die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack für das Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg

https://www.die-hochschule.de Kontakt Redaktion: institut@hof.uni-halle.de

Kontakt Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-92-2

Die Zeitschrift "die hochschule" versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der "hochschule" erscheinen die "HoF-Handreichungen", die sich vor allem dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Inhaltlich ist "die hochschule" vorrangig an Beiträgen interessiert, die Themen jenseits des Mainstreams oder Mainstream-Themen in unorthodoxen Perspektiven behandeln. Eingereicht werden können Texte, die (a) auf empirischer Basis ein nachvollziehbar formuliertes Problem aufklären oder/ und (b) eine theoretische Perspektive entfalten oder/und (c) zeitdiagnostisch angelegt sind, ohne reiner Meinungsartikel zu sein. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu "die hochschule" erscheint der "HoF-Berichterstatter" mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die "HoF-Arbeitsberichte" (https://www.hof.uni-halle.de/pub likationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe "Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg" beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews

Abbildung vordere Umschlagseite: Studentische Blockade der Karl-Marx-Universität Leipzig aus Anlass des Abwicklungsbeschlusses der Sächsischen Staatsregierung, Karl-Marx-Platz am 20.12.1990. Foto: Armin Kühne, Universitätsarchiv Leipzig, Signatur UAL, NA Kuehne KB 1990 06 43 N002

INHALT

Inventur

Krijn Thijs:

Carsten Gansel:

Sandra Schell:

Die "Ritter-Kommission" und ihre Mitglieder. Asymmetrische

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende.

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der "Wende". Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth......112

Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

die hochschule 1/2024

Humboldt-Universität (1991–1993)......84

Wende und Nachwende. Reflexionen und Erfahrungen.......99

Dorothea Horas: "Systemneutrale" Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems? Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in Halle und Potsdam					
Monika Juliane Gibas, Astrid Lorenz, Dieter Segert					
im Gespräch mit Franziska Bomski:					
Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge					
ostdeutscher Wissenschaftler:innen					
Wolfgang Schieder, Jörg Schönert					
im Gespräch mit Andrea Albrecht:					
Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre					
personellen Auswirkungen					
PUBLIKATIONEN					
Peer Pasternack:					
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945167					
Allgemeines und thematisch Übergreifendes (167) • Gesellschafts-/Sozial- und Geisteswissenschaften (169) • Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur (175) • Naturwissenschaften (177) • Medizin und affine Fächer (181) • Ingenieurwissenschaften (182) • Regionales und Lokales (184)					
Autorinnen & Autoren					

Franziska Bomski (Hrsg.)

Inventur

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften und seine Folgen

Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte

Franziska Bomski Potsdam

Im Zuge der deutsch-deutschen Wiedervereinigung musste auch eine Neuordnung des ostdeutschen Wissenschaftsbetriebs konzipiert und umgesetzt werden. Dieser Hochschulumbau Ost erfolgte nach dem 3. Oktober 1990

recht zügig, bereits Mitte der 1990er Jahre galt er auf institutioneller und personeller Ebene als abgeschlossen.

Vorbereitend hatte der Wissenschaftsrat der Bundesrepublik Deutschland am 6. Juli 1990 das Dossier *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen* verabschiedet. Ausgearbeitet hatte das Papier eine gemeinsame "Arbeitsgruppe …, der auch Wissenschaftler aus der DDR als Sachverständige angehörten"; beratend wirkten zudem aus der DDR-Regierung Hans Joachim Meyer, Minister für Bildung und Wissenschaft, und Frank Terpe, Minister für Forschung und Technologie, an den Empfehlungen mit. Drei der Zielsetzungen sind aus heutiger Perspektive bemerkenswert, insofern sie genau jenen Entwicklungen vorbeugen wollten, die in gegenwärtigen Analysen oft als größte Fehler des Personalwechsels angeführt werden:

■ Erstens mahnte der Wissenschaftsrat 1990 an, es könne "nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen", vielmehr biete "der Prozeß der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen".² Im Hintergrund standen hochschulreformerische Bestrebungen, die seit Mitte der 1980er stagnierten. Das ambitionierte Anliegen, die notwendigen Umstrukturierungen des ostdeutschen Wissenschaftsbe-

¹ Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Berlin, 6.7. 1990, S. 3. https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/9847-90.html (23.12.2023).

² Ebd., S. 6.

triebs gleich auch mit einer Revision des bundesdeutschen Hochschulwesens zu verbinden, wurde bekanntlich nicht verwirklicht; eine gesamtdeutsche bzw. gesamteuropäische Reform wurde erst Ende der 1990er mit dem sogenannten Bologna-Prozess in die Wege geleitet.

■ Zweitens legten die Empfehlungen in personeller Hinsicht den Fokus auf Studierende und den sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs, der für den international-westlich orientierten Forschungsbetrieb ausgebildet, in diesen integriert und für Berufe und Berufungen qualifiziert werden sollte. Dies sollte langfristig die Chancengleichheit gewährleisten, die man im unmittelbaren Fortgang des Wissenschaftsbetriebs vorläufig auszuhebeln vorschlug: Stellenneubesetzungen mit qualifizierten westdeutschen Wissenschaftler:innen wurden als beste Strategie deklariert, um die in der DDR staatlich gelenkten und insbesondere in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ideologisch auf den Marxismus-Leninismus verpflichteten Studiengänge zu reformieren.

Neben den notwendigen fachlich-inhaltlichen Neujustierungen sollte so auch dem in bestimmten Fächern vorliegenden Problem des westdeutschen Akademikerüberschusses abgeholfen werden. Der avisierte Personaltransfer von West nach Ost war prospektiv nicht selbstverständlich, denn viele westdeutsche Wissenschaftler:innen konnten sich 1990 eine Karriere im Osten nicht vorstellen. Im Rückblick allerdings werden heute oftmals just dieser schließlich doch erfolgte Transfer und die damit importieren Netzwerke als wichtigste Ursachen für die anhaltende ostdeutsche Unterrepräsentation im Hochschulwesen ins Feld geführt.

Drittens wurden auch Empfehlungen für die Ost-West-Mobilität ausgesprochen. Abgesehen von befristeten Studien- und Forschungsaufenthalten im westlichen Teil Deutschlands sollten ostdeutsche Studierende langfristig in den neuen Bundesländern verbleiben, um die ohnehin überfüllten westdeutschen Universitäten nicht noch weiter zu belasten. Der Nachwuchs hingegen sollte in möglichst großem Umfang aktiv in den internationalen Wissenschaftsbetrieb eingebunden werden. Dies beinhaltete die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen, in den Naturwissenschaften den Zugang zu Forschungslaboren, die Aufnahme in europäische Fachgesellschaften und internationale Austauschprogramme.

Damit sollte nicht nur dem zukünftigen Bedarf an Professor:innen in den neuen, sondern auch in den alten Bundeländern entsprochen werden, denn man prognostizierte – wohl vor allem mit Blick auf die Naturwissenschaften – für die späten 1990er Jahre "in vielen Fächern auch an

Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland ein[en] Mangel an qualifizierten, berufungsfähigen Nachwuchswissenschaftlern".³

Mehr als dreißig Jahre später fallen jedoch die Bilanzen des Hochschulumbaus Ost im Hinblick auf die Förderung und den Neuaufbau einer ostdeutschen Wissenschaftskultur verheerend aus: So wurde die "Herausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus Ostdeutschland durch umgebaute Institute, abgebrochene Promotionen oder eben auch durch den Wegfall früherer personeller Netzwerke gebremst", subsummieren die Autor:innen der 2022 erschienenen Studie *Der lange Weg nach oben.*⁴

Diese Marginalisierung wissenschaftlicher Nachrückereliten mit ostdeutscher Herkunft war, so der Soziologe Steffen Mau, für eine im Hinblick auf die Berufsklassen stark mobilitätsblockierte DDR-Gesellschaft, in der die Akademikerklasse zudem aus ideologischen Gründen möglichst klein gehalten wurde, eine fatale Ausgangssituation, die bis heute in den Personaltableaus, aber auch mental nachwirkt. Die dem radikalen und schnellen Umbau zugrundeliegende modernisierungstheoretische Annahme, dass der Institutionenwandel den Mentalitätswandel zwar allmählich, aber eben schließlich doch zuverlässig nach sich ziehen werde, habe die Persistenzneigung des Kulturellen und den Eigensinn von Mentalitäten unterschätzt.⁵ In Peer Pasternacks Worten prägt die anhaltende Kluft zwischen einer "Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft" und einer verpassten "Sozialintegration" auch den gegenwärtigen öffentlichen Diskurs.⁶

Dabei fallen subjektive Versuche, den Personalumbau in den neuen Bundesländern historisch einzuordnen und in seiner aktuellen Bedeutung zu bewerten, in der jüngeren Gegenwart mitunter krude und politisch bedenklich aus. So verglich Christoph Hein, einer der bis heute erfolg-

die hochschule 1/2024

³ Ebd., S. 22.

⁴ Michael Schönherr, Julia Antusch: Der lange Weg nach oben. Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen. Repräsentation und Karrierewege. Entwicklungen nach drei Jahrzehnten deutscher Einheit. Eine Datenerhebung im Rahmen des gleichnamigen MDR-Projekts. Erstellt von Hoferichter & Jacobs GmbH. Juni 2022. https://www.mdr.de/themen/dnades ostens/projekt/studie-der-lange-weg-nach-oben-100.html (31.12.2023).

⁵ Steffen Mau: Warum es immer noch ein 'Ost' und 'West' gibt. Vortrag im Rahmen der In_equality Conference 2022, Universität Konstanz, 6.4.2022. https://www.deutschlandfunk nova.de/beitrag/soziologie-warum-es-immer-noch-ost-und-west-gibt (31.12.2023).

⁶ Peer Pasternack: Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. Ergebnisse und Deutungsmuster. In: Jens Blecher, Jürgen John: Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive. Stuttgart 2021, S. 45–66, hier S. 64.

reichsten und bekanntesten Autor:innen ostdeutscher Herkunft, im Dezember 2023 im Deutschlandfunk Kultur die personellen Maßnahmen auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR nach 1989 mit der Umsetzung des von den Nationalsozialisten 1935 erlassenen "Gesetzes über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens". Angesichts der "Auswechslung der Eliten" fühlte sich Hein "so ein bisschen an die Zeit von 1935 erinnert, als die Universitäten gereinigt wurden von Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, wo auf einmal diese ganzen Professoren verschwanden und die zweite, dritte Garde dann erfreut diese Positionen einnahm".⁷

Der Autor berief sich dabei auf das im Februar 2023 erschienene Buch *Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung* von Dirk Oschmann, der sich allerdings umgehend von Heins Vergleich distanzierte.⁸ Oschmanns Bestseller, der allein bis zum Jahresende 2023 in 16. Auflage erschien, hatte die öffentliche Debatte über das Verhältnis zwischen Ost und West stark befeuert. Der Autor, Jahrgang 1967, geboren und aufgewachsen in der DDR, seit 2011 Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Leipzig, beklagt darin eine "bis heute andauernde[], derzeit sogar noch wachsende[] Stigmatisierung" der Ostdeutschen durch ihre westdeutschen Mitbürger:innen. Die daraus resultierende "soziale, ökonomische und diskursive Ungleichheit" zeige sich nicht zuletzt im universitären Bereich:

"Die Tore, die sich 1989 politisch geöffnet haben, sind in den Neunzigerjahren institutionell geschlossen worden: durch neue Strukturen einerseits, konkret handelnde Akteure andererseits. Dieser radikale Elitenwechsel über die Generationen hinweg ... sorgt, zumindest in den geisteswissenschaftlichen Fächern, bis heute dafür, dass Professuren kaum mit Wissenschaftlern ostdeutscher Herkunft besetzt werden (können), weil nur wenige überhaupt die Chance bekamen, sich für solche Positionen auszubilden. Die Qualifikationswege waren schlicht versperrt. Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall hat sich daran nichts geändert, denn bekanntlich rekrutieren Eliten in Form eines strukturellen Nepotismus ihren Nachwuchs aus den eigenen Netzwerken."

10 die hochschule 1/2024

_

⁷ Frank Meyer: Lesart Deutschlandfunk Kultur / Jahresrückblick mit Christoph Hein: "Der Osten eine: eine westdeutsche Erfindung". 5.12.2023 (https://www.deutschlandfunkkultur.d e/jahresrueckblick-mit-christoph-hein-der-osten-eine-westdeutsche-erfindung-dlf-kultur-21 5138cb-100.html, 12.12.2023), Min. 3:55-4:36.

⁸ Cornelia Geißler: Austausch der Osteliten: Dirk Oschmann antwortet auf Christoph Heins Nazivergleich. In: Berliner Zeitung, 7.12.2023. https://www.berliner-zeitung.de/kultur-verg nuegen/literatur/dirk-oschmann-antwortet-auf-christoph-hein-der-vergleich-mit-1935-hat-m ich-irritiert-li.2166347 (31.12.2023).

⁹ Dirk Oschmann: Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung. Berlin 2023, S. 60, 61, 66.

Pointiert bündelt Oschmann damit ein zentrales Argument der gegenwärtigen Debatte, dem zufolge die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Spitzenpositionen an den Universitäten auf den personellen Umbau im Wissenschaftsbetrieb der ehemaligen DDR von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre zurückzuführen sei. Obwohl Oschmann den Elitenwechsel "aufgrund vielfältiger ideologischer und politischer Verwicklungen der bis dahin lehrenden Professoren" als "oftmals notwendig" erachtet, schreibt er in einer kalkuliert konfrontativen Diktion und verzichtet "bewusst auf jede Art von Relativierung und Differenzierung", sodass seine Darstellung, wie das Beispiel Hein zeigt, zumindest anschlussfähig für populistische Deutungen ist. 10

Positionierungen wie die Oschmanns haben insbesondere auch von ostdeutscher Seite öffentlich Widerspruch erfahren. Ebenfalls im Dezember 2023 konstatierte etwa Richard Schröder, Jahrgang 1943, 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der frei gewählten Volkskammer der DDR, von 1993 bis 2009 Verfassungsrichter des Landes Brandenburg, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: "Die Vereinigung war unaufhebbar asymmetrisch. [...] Jede Revolution ist mit einem Elitenwechsel verbunden. [...] In den Ost-West-Vergleichen wird nicht nur die Herbstrevolution übergangen, sondern auch das abträgliche Erbe der DDR."¹¹

Um den identitätspolitischen Pauschalisierungen und den daraus resultierenden Polarisierungen entgegenzuwirken, ja um letztlich doch noch eine gesamtdeutsche Wissenschaftskultur zu fördern, ist es dringend geboten, die Diskussionen auf eine solidere, wissenschaftlich reflektierte Grundlage zu stellen. Es bedarf dafür *erstens* eines differenzierteren Umgangs mit empirischen Analysen, inklusive besserer quantitativer Erhebungen, und *zweitens* einer Historisierung des Postwendegeschehens. Zwar liegen inzwischen zahlreiche Studien vor, doch der Transfer dieses Wissens in die Öffentlichkeit lässt weiter zu wünschen übrig.

Als Beleg für den beklagten marginalen Anteil der Ostdeutschen in der Wissenschaft dienen in der Regel nur begrenzt aussagefähige Statistiken, auf die sich unter anderem auch der 2022 erstmals erschienene Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland Carsten Schneider *Ostdeutschland. Ein neuer Blick* beruft.¹² Diese im Rahmen

¹⁰ Ebd., S. 65, 20.

¹¹ Richard Schröder: Wer beherrscht den Osten? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12. 2023. S. 6.

¹² Der Beauftragte der Bunderegierung für Ostdeutschland (Hg.): Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Bericht 2022, S. 145. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/212997 976/a63ea9d17b1a3c6063933f9a2e68c345/bericht-des-ostbeauftragten-data.pdf (31.12.2023).

sogenannter Elitestudien erhobenen Zahlenwerke fragen nach dem prozentualen Anteil Ostdeutscher in Elitepositionen.¹³

Nicht nur, aber insbesondere auch für den Bereich der Wissenschaft kommen sie zu ernüchternden Ergebnissen: Der meistzitierte, 2020 publizierte Abschlussbericht des gleichnamigen Projekts Teilhabe ohne Teilnahme? beziffert den prozentualen Anteil Ostdeutscher in den Wissenschaftseliten mit 1,5 %. 14 In der Erhebung Der lange Weg nach oben liegt er für 2022 gar nur bei 1 %.15 Allerdings benennt die gleiche Studie auch eine Steigerung im Vergleich der Jahre 2016 und 2022: "An der Spitze der größten Forschungsinstitute in Ostdeutschland stieg der Anteil Ostdeutscher von 15 auf 20 Prozent". 16 Eine gesamtdeutsche Vervielfachung beobachtet die jüngste Erhebung: Lag der Anteil Ostdeutscher in den Wissenschaftseliten 2018 bei 1,6 %, so ist er 2022 auf 8,2 % gestiegen.17

Die differierenden Zahlen lassen unterschiedliche Interpretationen zu und deuten darauf hin, dass die Statistiken nicht die eindeutige Botschaft senden, die ihnen in der öffentlichen Debatte oftmals zugeschrieben wird. Es handelt sich dabei nicht um ein methodisches Problem der Elitestudien, die ihre Fragestellungen, Parameter und Auswahlkriterien stets offenlegen; in der selektiv-plakativen Zitation werden just diese Erläuterungen aber oft ausgeblendet. Um die Aussagekraft der Erhebungen als Monitor für gesellschaftliche Angleichungsprozesse angemessen zu be-

¹³ Die wichtigsten dieser Studien sind: Wilhelm Bürklin, Hilke Rebenstorf u.a.: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen 1997 [Potsdamer Elitestudie 1995]; Jutta Allmendinger u.a.: Entscheidungsträger in Deutschland. Werte und Einstellungen. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013. https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/ open access/2013/D00200144.pdf (31.12.2023); Michael Bluhm, Olaf Jacobs: Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Leipzig 2016. https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-ostenstudie-100.html (31.12.2023); Lars Vogel, Sabrina Zajak: Teilhabe ohne Teilnahme? Wie Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in der bundesdeutschen Elite vertreten sind. DeZIM Research Notes 4 (2020). https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user up load/Demo FIS/publikation pdf/FA-5009.pdf (31.12.2023); Schönherr, Antusch: Der lange Weg nach oben (Anm. 4); Lars Vogel u.a: Elitenmonitor. Befunde aus einem Forschungsprojekt zur personellen Unterrepräsentation der Ostdeutschen in den Eliten 2018-2023. Berlin, 20.9.2023. https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2044590/2224378/59b5ce5 f9b473cfd77688e8c94f3ebfd/elitenmonitor-data.pdf?download=1 (31.12.2023).

¹⁴ Vogel, Zajak: Teilhabe ohne Teilnahme (Anm. 13), S. 13.

¹⁵ Schönherr, Antusch: Der lange Weg oben (Anm. 4), S. 4: "An der Spitze der nach Studierendenzahl 100 größten Hochschulen steht nur an einer Einrichtung ein Ostdeutscher".

¹⁷ Vogel u.a.: Elitenmonitor (Anm. 13), S. 4.

urteilen, ist es insbesondere wichtig, die zugrunde gelegten Begriffe der "Ostdeutschen" und der "Eliten" zu verstehen.

Für die Zuordnung "ostdeutsch" werden ein Geburtsort und/oder eine Sozialisation auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in Anschlag gebracht. 18 Das erste Kriterium scheint klar umrissen, wenngleich sich die Frage stellt, inwieweit der Geburtsjahrgang zusätzlich einbezogen werden sollte. In dieser Hinsicht ist das zweite Kriterium noch komplexer und muss nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich ausdifferenziert werden: "Um zu bestimmen, wer als Ostdeutscher zählt, boten bis Ende der 1990er Jahre der Geburtsort und die primäre Sozialisation in der DDR (bis 14 Jahre) einen sicheren Indikator. Inwieweit jüngere Jahrgänge (ab 1976 Geborene) noch als "ostdeutsch" bezeichnet werden können, ist umstritten." 19

Diese Strittigkeit mündete in alternative Versuche, die Zuordnung "ostdeutsch" genauer zu fassen. Vorgeschlagen wurden dafür etwa "Personen …, die vor 1990 in der DDR geboren oder aufgewachsen sind oder … dort bis 1990 den größeren Teil ihres Lebens verbracht haben", zudem auch "jüngere Menschen, die nach 1989 bis zum Erreichen des Erwachsenenalters den überwiegenden Teil ihres Lebens in Ostdeutschland verbracht haben". Für eine Ausweitung der Kategorie "ostdeutsch" in Analogie zur Kategorie "Migrationshintergrund" sprechen sich Naika Foroutan, Mara Simon und Sabina Zajak aus: "Ostdeutsch ist nach dieser Definition, wer selbst in der DDR oder in Ostdeutschland geboren wurde oder mindestens ein Elternteil hat, das dort geboren wurde."

Diese Diskussion ist fruchtbar und längst nicht abgeschlossen, aber eben das sollte man bei der Interpretation der Statistiken berücksichtigen, denn: "Der Anteil Ostdeutscher … hängt von der Kategorie ab, auf der die Definition basiert."²² Als quantitatives Werkzeug nivellieren Statistiken zwangsläufig gewisse qualitative Unterscheidungen bzw. können sie nicht ohne angepasste Modellierungen repräsentieren.

¹⁸ Diskutiert wurde auch das Kriterium "Wohnort", das aber als ungeeignet erachtet wird. Vgl. Naika Fourutan, Mara Simon, Sabrina Zajak: Wer ist hier eigentlich ostdeutsch, und wenn ja, wie viele? Zur Konstruktion, Wirkunsgsmacht und Implikation von Ostidentitäten. DeZim Research Notes 15/23, Berlin 17.10.2023. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/DeZIM/Grafiken/Publikationen/DeZIM-Research-Note-15_Ostdeutsch/Resear chNotes 15 231013 final Web.pdf (Zugriff 30.12.2023), S. 4.

¹⁹ Vogel, Zajak: Teilhabe ohne Teilnahme (Anm. 13), S. 10.

²⁰ Schönherr, Antusch: Der lange Weg nach oben (Anm. 4), S. 10.

²¹ Foroutan, Simon, Zajak: Wer ist hier eigentlich ostdeutsch (Anm. 18), S. 6.

²² Ebd., S. 2.

Der zweite für die Erhebungen grundlegende Begriff der Eliten ist definitorisch weniger kontrovers, schränkt aber die Aussagekraft der Statistiken erheblich ein, was in der Debatte um den deutsch-deutschen Wissenschaftsbetrieb nur selten benannt wird: Unter "Eliten" verstehen die Studien zumeist sogenannte Positionseliten. Zentral für deren Identifikation ist die "Position oder das Amt, die oder das innerhalb einer Gesellschaft zu einem besonderen Einfluss auf gesamtgesellschaftlich bindende Normen und Entscheidungen befähigt. Bei den Positionseliten handelt es sich dabei um die Spitzenpositionen unter den Führungspositionen innerhalb eines gesellschaftlichen Teilbereichs."²³

Für den Bereich der Wissenschaft heißt dies, es werden die "formell einflussreichsten Positionen innerhalb der zentralen Organisationen und nicht die durch ihre Forschungsleistung prestigeträchtigsten erhoben", konkret also "die PräsidentInnen und RektorInnen an Universitäten und promotionsberechtigten Hochschulen, [die] Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Großforschungseinrichtungen, -verbünden und Wissenschaftsfördereinrichtungen, [die] Vorsitzenden von Organisationen der Wissenschaftsadministration sowie [die] Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden außeruniversitärer Forschungsinstitute und Forschungseinrichtungen des Bundes."²⁴

Mit dem Fokus auf die Positionseliten geben die Statistiken in der Regel somit keine Auskunft über das Gros praktizierender Wissenschaftler:innen auf allen Qualifikationsstufen ohne (leitende) Funktionen in der Universitätsverwaltung. Für den Bereich der Wissenschaft wären daher weitere Erhebungen mit modifizierten Kategorien von Interesse, ja notwendig, um die Ungleichheiten nicht nur zu beklagen, sondern zu verstehen. Zu fragen wäre zum Beispiel nach dem Anteil Ostdeutscher an der Anzahl Studierender und Promovierender, wissenschaftlicher Mitarbeiter:innen und Professor:innen in der Bundesrepublik insgesamt. Neben einer Differenzierung nach akademischem Status und Beschäftigungsverhältnis wären auch disziplinäre Unterscheidungen, die Frage nach dem Geschlechterverhältnis in ostdeutschen Wissenschaftsbiografien oder auch der gesamtdeutschen Mobilität, von Ost nach West ebenso wie von West nach Ost, u.v.m. aufschlussreich.

Sicher ist es zu optimistisch, anzunehmen, dass sich bei solchen Erhebungen schon ein sehr viel ausgeglicheneres Bild im Hinblick auf eine

²³ Katharina Heger, LarsVogel: Die Positionsauswahl der Elitenstudie 2020. Sample Report (Stand 23.10.2020), S. 1f. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5239.pdf (31.12.2023).

²⁴ Ebd., S. 12.

angemessene Verteilung Ost- und Westdeutscher ergäbe. Diese Statistiken könnten aber die Debatte darüber, welche Langzeitfolgen der mit dem Hochschulumbau Ost einhergehende Abbau und Austausch des wissenschaftlichen Personals nach 1990 bis heute zeitigt, weiter versachlichen helfen. Denn nur eine Versachlichung würde es uns ermöglichen, strukturelle von ideologischen Argumenten zu scheiden, Ursachen und Wirkungen zu analysieren und rationale statt populistische Lösungsstrategien zu entwickeln.

Der aus guten Gründen geäußerten Frustration über die aktuelle Situation liegt jedenfalls immer noch viel zu häufig ein eher diffuses Wissen über die unter dem Schlagwort "Elitenaustausch" subsummierten komplexen Vorgänge des historischen Wandels zugrunde: Der innere Umbau, die Integritätsprüfungen und fachlichen Evaluationen des bestehenden wissenschaftlichen Personals, die Begehungen und Verhandlungen vor Kommissionen, die Abwicklungen/Entlassungen, die nicht unproblematischen Neubesetzungen und die akademische Selbstreproduktion in den Folgejahren werden individuell unterschiedlich wahrgenommen, erinnert und politisch höchst kontrovers bewertet.

Dabei hat die wissenschaftsgeschichtliche, transformationshistorische und soziologische Forschung sich dem Thema schon seit den späten 1990er Jahren intensiv gewidmet, wird aber offensichtlich jenseits akademischer Kreise nicht ausreichend wahrgenommen. Zudem stehen Zeitgeschichte und Zeitzeugenschaft dabei nicht nur im Hinblick auf den Umgang mit der historischen Distanz mitunter in einem Spannungsverhältnis. Die Diskrepanz "zwischen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und selbsterlebter, selbsterinnerter Vergangenheit", so die Herausgeber des 2021 erschienenen Sammelbandes (Ost-)Deutschlands Weg, ist nur mühsam zu überbrücken, sie müsste aber "produktiv gemacht werden, und zwar, indem man ernstnimmt, was jemand vorträgt, erinnert, konstruiert", denn: "Geschichte ist keine Aufrechnungsangelegenheit, schon gar nicht, wenn man sie wissenschaftlich erforscht. Aber Wissenschaft ist eine öffentliche Angelegenheit, die ihre Ergebnisse auch im nichtwissenschaftlichen Diskurs behaupten muss."²⁶

-

²⁵ Vgl. Peer Pasternacks fortlaufende Bibliografie zur ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte seit 1945. Zudem wenden sich auch die sogenannten Nachwuchswissenschaftler:innen dem Thema mit wachsendem Interesse zu, es entstehen Qualifikationsschriften und Forschungsnetzwerke, wie etwa die 2018 gegründeten *Akademischen Archive*; https://akademische-archive.de (31.12.2023).

²⁶ Ilko-Sascha Kowalczuk, Frank Ebert, Holger Kulick: "Zusammenrücken". Annäherungen an dieses Buchprojekt. In: Dies. (Hg.): (Ost-)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes, 2 Bde. Bonn 2021, Bd. 1, S. 21–26, hier S. 23f.

In diesem Sinn gehen die folgenden Beiträge zurück auf eine Tagung, die das Potsdamer Einstein Forum im Januar 2023 veranstaltet hat, um dem virulenten Thema eine öffentliche Plattform zu bieten.²⁷ Ziel war es, sowohl die aktuelle Forschung als auch Zeitzeug:innen aus Ost und West ebenso wie verschiedene Generationen öffentlich zu Wort kommen zu lassen und miteinander ins Gespräch zu bringen. Diesem Anliegen bleibt auch die vorliegende Publikation verpflichtet – ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber in der Überzeugung, dass ein historisch-informierter, einander zugewandter Dialog immer wieder möglich gemacht werden muss, um die anhaltenden Konflikte zu verstehen und auf lange Sicht konstruktiv auszuhandeln.

Die Beiträge schreiten das Feld schlaglichtartig vom Allgemeinen zum Besonderen in einzelnen Fächern ab. Einen Überblick über die "Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung" gibt *Mitchell G. Ash* und setzt damit ein Korrektiv zur verbreiteten Wahrnehmung einer planvoll-systematischen "Kolonisierung" des Ostens durch den Westen. *Peer Pasternack* differenziert die unter dem Schlagwort "Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft" subsummierten komplexen Vorgänge aus und zeigt, dass das Ausmaß der Personal-Exklusion im ostdeutschen Hochschulwesen nach 1989 nicht allein aus der Neudefinition der Personalstrukturen, sondern auch aus dem Zusammenspiel zahlreicher weiterer Faktoren resultierte.

Die mit dem Systemumbruch einhergehende Umstellung von Planauf Marktwirtschaft hatte insbesondere für die Wirtschaftswissenschaften der DDR schwerwiegende Folgen. Welche Rolle "Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR" spielten, rekonstruiert exemplarisch Axel-Wolfang Kahl. An drei Fallbeispielen von Angehörigen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in der DDR zeigt er, wie deren Ideen für eine Neuausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft in den Deutungskämpfen der Vereinigungsgesellschaft überlagert und verdrängt wurden, was auch berufliche Konsequenzen hatte.

Der Umbau der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin steht im Mittelpunkt der beiden folgenden Beiträge: "Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft" ist das Thema der erfahrungsgesättigten Analyse von *Bernd Florath*, der die angepasst-opportunistische Rolle leitender DDR-Historiker kritisiert und den Unabhängigen Historikerver-

²⁷ https://www.einsteinforum.de/tagung/inventur-der-personalumbau-in-den-ostdeutschenwissenschaften-nach-1989/ (Zugriff 31.12.2023).

band als ostdeutsche Initiative beschreibt, der es nicht primär um die Evaluierung wissenschaftlicher Leistungen, sondern um vor allem um einen universitären Machtwechsel ging. Dieser wurde letztlich von westdeutschen Akteuren dominiert und vollzogen. Am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität waren das insbesondere "Die 'Ritter-Kommission' und ihre Mitglieder", deren Arbeit im Spannungsfeld von westdeutschen Interventionisten, ostdeutschen Institutsvertretern und Opfern der DDR-Bildungspolitik *Krijn Thijs* rekonstruiert.

Der "Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende" geht *Carsten Gansel* nach. Ausgehend von eigenen biografischen Erfahrungen beschreibt er Ansätze einer kritischen Selbstverständigung der ostdeutschen Literaturwissenschaft sowie die mitunter vorurteilsbehafteten Begegnungen mit der westdeutschen Zunft im wiedervereinigten Deutschland. Einem konkreten Fallbeispiel, dem Leipziger Literaturwissenschaftler Günter Mieth, wendet sich *Sandra Schell* in ihrem Beitrag "Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der "Wende" zu: Als auch vor 1989 international anerkannter Editionsphilologe begrüßte Mieth den Umbruch, sein Optimismus wurde jedoch durch den realen Transformationsprozess ernüchtert.

Die bislang weniger stark erforschten naturwissenschaftlich-mathematischen Fächergruppen stehen bei *Dorothea Horas* im Zentrum: Anhand von Fallbeispielen aus den Pädagogischen Hochschulen in Halle und Potsdam konturiert sie vermeintlich "Systemneutrale" Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems" und zeigt, wie unterschiedlich entsprechende "Integritätsprüfungen" an beide Hochschulen nach 1989 ausfielen.

Den Abschluss bilden die überarbeiteten Transkriptionen zweier Podiumsgespräche. Zeitzeug:innen aus Ost und West schildern ihre individuellen Erfahrungen mit dem Personalumbau Ost, in den sie jeweils auf sehr unterschiedliche Weise involviert waren: Im Beitrag "Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge ostdeutscher Wissenschaftler:innen" berichten *Monika Gibas* und *Dieter Segert* vom Umbruch ihrer akademischen Lebensläufe, die ihren Anfang in der DDR nahmen und nach der Wiedervereinigung ihre Fortsetzung in der Bunderepublik Deutschland und Österreich fanden. Ergänzend wirft *Astrid Lorenz*, die einer jüngeren Generation ostdeutscher Wissenschaftler:innen angehört, einen vergleichenden Blick auf osteuropäische Länder und stellt aktuelle Initiativen zur gleichberechtigten Gestaltung der Transformationsprozesse vor. Komplementär dazu führt *Andrea Albrecht* zwei Gespräche zur "Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre personellen Auswirkungen" mit *Wolfgang Schieder* und *Jörg Schönert*, die an der Evaluie-

rung von ostdeutschen Universitäten und Akademie-Instituten sowie dem Neuaufbau von Forschungseinrichtungen beteiligt waren.

Abschließend sei ein Dank ausgesprochen: an alle Beteiligten, die sich auf das Thema und die Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven eingelassen haben, an das Einstein Forum für die Ausrichtung der Tagung und an Peer Pasternack für die Aufnahme der Beiträge in die hochschule und seine große inhaltliche Unterstützung.

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung

Eine "Übernahme" mit unerwarteten Folgen

Mitchell G. Ash Wien Nach über 30 Jahren gibt es noch keine zusammenfassende Darstellung der Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. In diesem Beitrag soll ein Schritt in diese Richtung getan werden. Abweichend von der bisherigen Praxis werden dabei die Wandlungen an den

Hochschulen und in der außeruniversitären Forschung (insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft) zusammen behandelt und Verbindungen der beiden Felder aufgezeigt.

Eine erste These lautet: Die deutsche Vereinigung in diesem Bereich wie auch sonst war ein Prozess, an dessen Beginn weder Weg noch Ziel feststanden. Die zweite These lautet: Selbst nachdem die Übertragung bundesdeutscher Strukturen auf das Territorium der DDR im Sommer 1990 als Ziel festgelegt wurde, ist bei der Umsetzung viel improvisiert worden. Im Ergebnis erfuhr auch das bundesdeutsche System unerwartete Wandlungen. Dieser Befund reibt sich mit dem Narrativ einer "Kolonisierung" (Oschmann 2023) oder, weniger wertend, einer "Übernahme" (Kowalczuk 2019) des Ostens durch den Westen, das in der öffentlichen Debatte verbreitet ist. Daher wird die Tauglichkeit dieses Narrativs als historische Erklärung am Schluss dieses Beitrags erörtert.

1. Vom Mauerfall zum Einigungsvertrag

Obwohl der "Eiserne Vorhang" schon im Sommer 1989 durchbrochen worden war, war der Mauerfall eine Überraschung für alle Beteiligten. Nur wenige sahen gleich, dass dies das Ende der DDR bedeutete, weil eine Planwirtschaft ohne geschlossene Grenze nicht überlebensfähig war. Viele hofften anfangs auf einen reformierten Sozialismus, aber infolge u.a. des ab Frühjahr 1990 zunehmend sichtbaren Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft wurde der Zeithorizont auf dem Weg zur staatlichen

Vereinigung zusehends enger, die Handlungsspielräume der DDR-Regierung und der Opposition geringer. Die Entwicklungen der Hochschulund Wissenschaftspolitik in beiden deutschen Staaten waren Orientierungsversuche im Kontext dieser "Verflüssigung" der Zeit (Dobry 2001) sowie des Umbruchs der sozialen und institutionellen Strukturen (zum Folgenden vgl. Ash 2021a, Teil II sowie Ash 2023a, Kap. 2).

Fast unmittelbar nach dem Mauerfall begannen Machtkämpfe an den Hochschulen und den Instituten der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR zwischen den noch amtierenden Funktionären und den im Verlauf der Zeit besser organisierten Oppositionsbewegungen, die überwiegend aus dem Mittelbau kamen (zum Vorstoß der Studierenden an der TU Dresden vgl. Pommerin 2003, 324). An mehreren Hochschulen und AdW-Instituten, zum Beispiel an den biomedizinischen Instituten in Berlin-Buch (Bielka 2002), wurden die bisherigen Leitungen abgewählt und durch neue ersetzt. Auch die Modrow-Regierung versuchte, ihre Reformfähigkeit zu belegen, indem sie im Januar 1990 das Pflichtstudium des Marxismus-Leninismus aufhob. Allerdings entließ sie die Unterrichtenden nicht, die sich eilends bemühten, unter verschiedenen Vorzeichen ihren Verbleib an den Hochschulen zu sichern. Erst durch den Abberufungsbeschluss der Regierung de Maizière vom 23. Mai 1990 konnte diese Taktik durchkreuzt werden.

Anfang 1990 begannen die bundesdeutschen Einrichtungen zur Forschungsförderung ihrerseits, ohne Koordinierung miteinander jeweils eigene Wege zu gehen (zur Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) vgl. Trischler/vom Bruch 1999; zu den Großforschungseinrichtungen vgl. Hoffmann/Trischler 2015). Bereits Ende Januar 1990 preschte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit der Einladung an ostdeutschen Forschende vor, Förderanträge gemeinsam mit westdeutschen Forschenden zu stellen. Ziel war es, der Massenauswanderung in den Westen Einhalt zu gebieten.

Im Februar tagte zum ersten Mal eine "AG deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen" mit Mitgliedern aus beiden deutschen Staaten, geleitet vom Vorsitzenden des Wissenschaftsrates (WR) Dieter Simon.¹ Schon vorher hatte sich die Leitung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) auf Anraten des Präsidenten der Leopoldina, dem Physiker Heinz Bethge, zur Förderung von Einzelkooperationen zwischen MPI und AdW-Ins-

¹ Schluchter (1996, 60) spricht von "möglicherweise falschen Allianzen der ersten Stunde", weil die Beteiligten aus der DDR überwiegend "Reisekader" waren, die später entlassen oder frühpensioniert wurden. Zum Schicksal der ostdeutschen Mitglieder der Arbeitsgruppe vgl. Simon (1992). Immerhin ist die Stellungnahme des WR von Juli 1990 (siehe unten) u.a. aus der Arbeit dieser Gruppe hervorgegangen.

tituten unter Umgehung der Akademieleitung entschieden. Allen diesen Initiativen gemeinsam war die Annahme, dass die DDR eine Zeit lang fortbestehen würde.

Nach den März-Wahlen und der Entscheidung der Regierung de Maizière für einen Beitritt der DDR zur bestehenden Bundesrepublik nach Artikel 91 des Grundgesetzes im April intensivierte sich die Debatte über eine mögliche "Konvergenz" der beiden Systeme der Forschungsförderung. Dabei dachte man in der DDR über ein bis zu zweijähriges "Moratorium" der staatlichen Vereinigung nach, währenddessen sich der Forschungsverbund der DDR im verkleinerten Format als "Leibnizgesellschaft" neu formieren sollte (Förtsch 1990). Zur gleichen Zeit geschah jedoch fast unbemerkt eine andere "Konvergenz": Die Strukturen der Bildungs- und Forschungsministerien der beiden deutschen Staaten wurden an einander angeglichen (vgl. hierzu Ash 2021a, 30–31).

Spätestens im Mai begann man auch im Westen, sich Gedanken über die Finanzierbarkeit der AdW-Institute zu machen. Wichtiger noch war die Frage, welche Instanz im bundesdeutschen föderalen System der Forschungsförderung als Trägerin dieses riesigen Konglomerats fungieren könnte. Das unsichere Taktieren wurde am 17. Mai beendet, als der Nephrologe Horst Klinkmann zum Präsidenten und der Chemiker und Leiter des Verbands der naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute Siegfried Nowak zum Vizepräsidenten der AdW gewählt wurden – beide waren langjährige SED-Mitglieder. Die Bemühungen um eine interne Reform der AdW waren damit gescheitert; erst danach wendete sich das Blatt im Westen.

Am prominentesten positionierte sich daraufhin die MPG (vgl. hierzu Ash 2023a, 51–58). Im Rahmen ihrer Festsitzungen Ende Juni, flankiert von scharfer Kritik an der AdW durch ostdeutsche Forscher mit Insiderkenntnissen, lehnten der noch amtierende Präsident Heinz A. Staab und sein Nachfolger Hans F. Zacher jegliche "Konvergenz" der beiden Systeme der Forschungsförderung mit offen politischen Argumenten ab. Nach Staab (1990) war die AdW eine Einrichtung zur Förderung und zugleich zur Kontrolle der Wissenschaften durch Partei und Staat, und damit als Partnerin inakzeptabel. Die Begleitmusik zur wissenschaftspolitischen Wende war eine Entwertung der DDR-Wissenschaft im öffentlichen Diskurs.

Bis heute wird Zacher mit der ihm zugeschriebenen Aussage zitiert, die DDR-Wissenschaft sei eine "Wüste" (Wüste 1990). Zacher hatte sich jedoch nur auf einen Teil der Geisteswissenschaften bezogen, die Pauschaldenunziation stammte von der Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; sie gewann als Schlagzeile aber sehr bald ein Eigenleben.

Prominent zitiert wurde auch die Einschätzung des renommierten Wirtschaftshistorikers und SED-Mitglieds Jürgen Kuczynski, die DDR-Wissenschaft sei "im Mittelmaß Weltspitze" (Im Mittelmaß Weltspitze 1990).

Die Weichen für die außeruniversitäre Forschungspolitik wurden erst im "Kamingespräch" in Bonn am 2./3. Juli 1990 gestellt (vgl. zum Folgenden Ash 2023a, 58–59, und Osganian/Trischler 2020, 58). Bei diesem Treffen der beiden Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) und Frank Terpe (SPD) mit hochrangiger Beteiligung inszenierte Riesenhuber die Durchsetzung der Linie seines Hauses. Wie er kurz zuvor an den "Präsidentenkreis" der "Allianz" der bundesdeutschen Einrichtungen der Forschungsförderung geschrieben hatte, sollte es im vereinigten Deutschland "nur eine MPG, eine DFG, eine FhG usw." geben (zit n. Ash 2023a, 58).

Von diesem Konsens waren die ostdeutschen Beteiligten nicht vorab informiert worden. In der Presseerklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMFT) vom 3. Juli ist von einer einheitlichen deutschen Forschungslandschaft die Rede, in die sich die DDR-Einrichtungen nach einer Evaluierung durch den WR "einpassen" sollten (ebd., 58). Zacher nannte dies "eine Art Husarenstück" Riesenhubers, "denn so deutlich war der Konsens in der Sitzung nicht formuliert worden" (ebd., 59). Während der darauffolgenden Verhandlungen zum Einigungsvertrag (EV) wurden die Trennung der Gelehrtengesellschaft und des Institutsverbandes der AdW sowie die Auflösung des Letzteren vereinbart. Im betreffenden Art. 38 war wieder von "Einpassung" die Rede, und zwar auf Wunsch der DDR-Regierung (Ziller 1994, 44), aber die konkrete Bedeutung des Wortes blieb unbestimmt.

Dass diese Debatte auch eine innerwestdeutsche Dimension hatte, zeigt die seither oft zitierte, aber damals umstrittene Stellungnahme des WR "Perspektiven der Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Thesen" vom 6. Juli: Demnach biete die Evaluierung der AdW-Institute "die Chance", "selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile" des Bildungs- und Forschungssystems der BRD "der Änderung bedürfen" (Wissenschaftsrat 1990, 6). Das war kein "implizites Versprechen", wie Schönstedt (2019) meint (vgl. auch Osganian/Trischler 2020, 57), sondern eine Hoffnung, die bekanntlich nicht in Erfüllung ging. Laut Simon lehnte Riesenhuber den Vorschlag später mit den Worten "das lassen wir nun mal" glatt ab (zit. n. Ash 2021a, 286).

Wurde mit alledem eine "Kolonisierung" des Forschungssystems der DDR durch das der Bundesrepublik ausgemacht? Dagegen spricht, dass die bundesdeutschen Träger der Forschungsförderung in der ersten Hälfte

des Jahres 1990 unterschiedliche Wege gingen, dass es mehrere Monate dauerte, bis es zu einem Konsens entlang der Linie des BMFT kam, und dass Ostdeutsche mitgewirkt haben, wenngleich auf ihrer Seite kein Konsens zustande kam. Simon (1992) äußerte rückblickend, er habe gedacht, die Hochschulen würden intakt bleiben und durch Forschende aus den AdW-Instituten gestärkt werden. Der erste Teil dieser Aussage wurde sehr bald widerlegt, der zweite sollte aber tatsächlich geschehen.

2. Vom Vereinigungstermin zum Abschluss der AdW-Evaluierungen

Ab dem Tag der staatlichen Vereinigung liefen grundlegende Strukturwandlungen an den Hochschulen der ehemaligen DDR und die Evaluierung der Forschungsinstitute der AdW parallel nebeneinander, aber nicht völlig getrennt voneinander her. In beiden Fällen führten ambitionierte Vorstöße zu unvorhergesehenen Ergebnissen.²

2.1. Die Abwicklungen an den Hochschulen

Hier muss zwischen Abwicklungen *von* Hochschulen und solchen *an* Hochschulen unterschieden werden. Nach Art. 13 Abs. 1 EV war bis zum 31. Dezember 1990 festzulegen, ob "staatliche Einrichtungen" oder selbstständige "Teileinrichtungen" fortzuführen oder "abzuwickeln" seien (Der Einigungsvertrag, 880). Auf diesem Weg wurden die SED-nahen Akademien der pädagogischen Wissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften sowie die Hochschule für Ökonomie und die "Juristische Hochschule", ein Ausbildungsinstitut des Ministeriums für Staatssicherheit, ohne großen öffentlichen Protest abgewickelt.

Die Abwicklungen an den Hochschulen sind hingegen nach einer fragwürdigen Lesart des Art. 13 Abs. 1 EV geschehen. Akademische Disziplinen sind zwar Teileinrichtungen von Hochschulen, aber keine selbstständigen, und im EV ist von einer Neugründung abgewickelter Staatseinrichtungen keine Rede. Wie es zur Entscheidung kam, Institute an fortbestehenden Hochschulen wegen ihrer Nähe zum SED-Staat abzuwickeln und neuzugründen, und wie die Auswahl der abzuwickelnden Fächer getroffen wurde, bedarf also der Erklärung. Kahl (2022) weist zu

² Schon vor dem Vereinigungstermin begann der Kollaps der Industrieforschung wegen des Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft mangels osteuropäischer Nachfrage (Ziegler 1992). Damit fiel eine der drei "Säulen" des Forschungssystems der DDR in sich zusammen.

Recht darauf hin, dass diese Entscheidung nicht vorab geplant war, sondern erst nach dem Vereinigungstermin zustande kam.

Eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom Oktober 1990 scheint diesen Schritt nahegelegt zu haben (Middell 2021, 129). Durch wen und mit welcher Begründung diese Empfehlung konkret erfolgte, ist noch unklar. Jedenfalls setzten sich die erst am 14. Oktober gebildeten Regierungen der fortan so genannten "neuen Bundesländer" (NBL) selbst unter Zwang, bis Ende 1990 als politisch belastet geltende Fächer zu bestimmen und diese abzuwickeln. Ob die Auswahl nach "den subjektiven Präferenzen einzelner Ministerialen" (ebd.), oder auf anderen Wegen zustande gekommen ist, bleibt noch unklar. Die von Kahl (2022) festgestellte "chaotische" Aktenlage deutet auf ebenso chaotische Entscheidungsfindungen hin. Im Ergebnis wurden 21 Prozent des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen der ehemaligen DDR entlassen (Burkhardt/Scherer 1997, 331, Tabelle 12). Diese Angabe schließt den Personalbestand der Institute für Marxismus-Leninismus sowie fünf zur Gänze abgewickelte Hochschulen mit ein.

Dass dies "das Grundmuster für die Gesamtvorgänge an den Hochschulen" abgab, wie Peer Pasternack (2010, 316) behauptet, darf bezweifelt werden. Er selbst stellt fest, dass mehrere Geisteswissenschaften sowie die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Disziplinen von der Abwicklung vorerst verschont blieben (ebd., 319). Schon deshalb bedarf es einer Perspektive, die von den abgewickelten Disziplinen aus nicht pars pro toto verallgemeinert. In den Blick rückt dann zum Beispiel die Förderung von insgesamt 27 Arbeitsgruppen der MPG an den Universitäten der NBL, mehrheitlich in den Naturwissenschaften (vgl. hierzu Ash 2022).

Das Programm beruhte auf der falschen Annahme, dass in der DDR die Grundlagenforschung an der AdW und die Kaderbildung an den Hochschulen geschehen sei, weshalb es nötig sei, die Grundlagenforschung an die Universitäten "zurückzuführen" (zur scharfen Kritik an dieser Annahme vgl. Meyer 2015, 130–131). Gleichwohl kam trotz beträchtlicher Anfangsschwierigkeiten und personalpolitischer Probleme ein Gegenstück zu den Abwicklungen zustande. Bis zum Ende der Förderung durch die MPG 1998 erhielten fast alle Arbeitsgruppen-Leiter Professuren, und circa zwei Drittel der von ihnen ausgewählten Mitarbeiter/innen konnten integriert werden.

Im Kontrast hierzu protestierten Studierende der abgewickelten Fächer mit Unterstützung von linken Gewerkschaften und der PDS (die Nachfolgepartei der SED) und kämpften um ihre Prüfungs- und Abschlussrechte. Die Antwort der Regierungen der NBL war eine Improvi-

sation: Sie engagierten westdeutsche Professoren, die schon vor der Vereinigung mit Unterstützung des DAAD als Gastprofessoren zu arbeiten begonnen hatten, um diese Arbeit unter anderer Regie fortzusetzen (Muszynski 1993). Danach wurden die Professuren der abgewickelten Fächer über fachspezifische Struktur- und Berufungskommissionen neu besetzt. Als westdeutsche Kolleg/innen eine Chance sahen, Habilitierte aus den alten Bundesländern (ABL) unterzubringen, schlug die Stunde des Klientelismus. Formal qualifizierte ostdeutsche Bewerber/innen hatten kaum Chancen, weil ihnen die angelernten Skills im Umgang mit Bewerbungen nach westdeutschen Regeln sowie die Verbindungen zu internationalen Fachzeitschriften und Netzwerken fehlten (Pasternak 2010).

Gegen die Abwicklungen zogen der Senat und die Fakultät für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) mit getrennten Klagen vor Gericht, und sie bekamen Recht (Jarausch 2012, 622). Allerdings war die Rechtsprechung uneinheitlich; eine Klage der Fakultät für Sozial- und Politikwissenschaften in Jena wurde im Frühjahr 1991 abgewiesen (Meinhold 2014, 177). In den Geschichtswissenschaften an der HU wirkten Neuberufene aus dem Westen neben den bisherigen Lehrenden über mehrere Jahre hinweg; das war und blieb ein Einzelfall.

Nach den Abwicklungen im Herbst 1990 kam es zur Neuausrichtung des gesamten Hochschulsystems in den NBL. In diesem Prozess kommt der vom letzten Bildungsminister der DDR Hans Joachim Meyer erlassenen "Vorläufigen Hochschulordnung" vom 18. September 1990 (Dicke 2021, 149–150) und den bis Ende Juni 1991 geltenden provisorischen Gesetzen, die in allen NBL außer Brandenburg "Hochschulerneuerungsgesetze" hießen, große Bedeutung zu. Letztere schufen auf zwei Wegen eine Rechtslage, die in den ABL undenkbar gewesen wäre (vgl. Hall 1994): Erstens setzten sie die Hochschulautonomie zeitweilig aus, um die "Voraussetzungen für die Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der akademischen Einrichtungen" zu schaffen (Hochschulerneuerungsgesetz 1991, 4). Dazu gehörte die nachträgliche Legalisierung der Abwicklungen im Herbst 1990. Zweitens schufen sie "durch einen quasi revolutionären Kraftakt" (Hall 1994, 179) neue personelle Kategorien - Professoren bisherigen Rechts und Professoren nach neuem Recht -, um eine Umgestaltung des Lehrkörpers herbeizuführen.

Die Wieder- oder Neubesetzung der Professuren lief über Strukturund Berufungskommissionen, die nunmehr für die gesamte Hochschule zuständig waren, und die politischen Überprüfungen über "Ehren-" bzw. "Integritätskommissionen", die zum Teil schon früher entstanden waren und je nach Bundesland unterschiedlich agierten (vgl. u.v.a. Steffani

1992; Post 2002). Die Informationsbeschaffung der "Ehrenkommissionen" geschah anfangs im rechtsfreien Raum, weil die so genannte "Gauck-Behörde" erst gegen Jahresende eingerichtet wurde und noch später funktionsfähig war. In der Mehrheit der Fälle stellten sich erfahrene Lehrende der wissenschaftlichen Evaluierung wie der Ehrenprüfung und häufig auch noch der Konkurrenz auswärtiger Bewerber/innen. Dass damit vielen von ihnen Unrecht getan wurde, hielt der Leipziger Rektor Cornelius Weiss schon 1993 fest (Weiss 1994).

Dabei muss zwischen politischen Entlassungen im engeren Sinn, also wegen hoher Parteiämter oder Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, und politisch *verursachten* Entfernungen aufgrund von allgemeinen hochschul- und wissenschaftspolitischen Maßnahmen unterschieden werden. Der scharfe Fokus der Medien auf spektakuläre Fälle der "Entstasifizierung" wie die Entlassung des HU-Rektors Heinrich Fink (Jarausch 2012, 627–631) verdeckt die Tatsache, dass weitaus mehr Lehrende wegen politisch verursachter Entfernungen ihre Stellen verloren (vgl. hierzu im Detail Ash 2021b, 84–87 und die dort zitierte Literatur). Es gibt Indizien dafür, dass politische Entlassungen im engeren Sinne bis zu 20 Prozent der Hochschullehrenden treffen konnten (Burkhardt/Scherer 1997, 336), wobei die Zahlen für mehrere Hochschulen niedriger waren. Wie oben erwähnt, lagen die politisch verursachten Entfernungen im Zuge der Abwicklungen bei 21 Prozent.

Hinzu kamen aber die Folgen der Übernahme von Personalplänen nach bundesdeutschem Muster an den ostdeutschen Hochschulen im Herbst 1990 (ebd., 311). Dies ist ohne gesetzliche Basis oder öffentliche Debatte und vor jeglicher Einzelfallprüfung geschehen; das Ergebnis waren zahlreiche Entlassungen "mangels Bedarf", weil selbst für viele positiv evaluierten Lehrende, vor allem im Mittelbau, keine Stellen mehr da waren (vgl. Post 2002; König 2010, 849, 853–854, 857). Es folgten Klagen bei den Arbeitsgerichten und ein Patchwork von Einzellösungen, von befristeten Verträgen bis hin zu Frühpensionierungen.

2.2. Die Evaluierungen der AdW-Institute

Parallel zu alledem fand die Evaluierung der AdW-Institute durch den WR vom August 1990 bis zum Juli 1991 statt. Da die Verträge der AdW-Mitarbeiter laut EV bis zum 31. Dezember 1991 liefen, mussten bis dahin Lösungen gefunden werden. Grundlegend waren zwei Missverständnisse:

Erstens sollten Strukturen auf ihre "Einpassung" in das System der BRD evaluiert werden, nicht Individuen oder Arbeitsgruppen aufgrund ihrer Leistungen oder gar ihrer politischen Tätigkeit. Dieses Missverständnis führte zu einer von Betroffenen und linken westdeutschen Gewerkschaften getragenen Kritik, die losgetreten wurde, bevor der Vorgang überhaupt begann (Evaluation der Evaluation 1990). Ein zweites Missverständnis bestand in der verbreiteten Erwartung, dass positiv evaluierte Einrichtungen mitsamt der gesamten Belegschaft übernommen würden. Vermutlich wirkten die Verhältnisse der Honecker-Zeit hier weiter, in der das Schlagwort "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" für Arbeitsplatzgarantien stand.

Erst mitten im Prozess wurde klar, dass eine Kompatibilität der Strukturen der AdW-Institute mit dem Wissenschaftssystem der Bundesrepublik "nur in den seltensten Fällen gegeben" war (Wissenschaftsrat 1991, 8). Damit schlug die Stunde der Einzellösungen und Improvisationen. Positiv evaluierte Einrichtungen wie das Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle und das Institut für Hochenergiephysik in Zeuthen wurden als erste überführt oder neugegründet; außerdem wurden 17 industrienahe AdW-Institute von der FhG übernommen und drei neue Großforschungseinrichtungen geschaffen (Mayntz 1994, 198). Selbst in diesen positiven Fällen konnte aber aus Kostengründen nur ein Teil der Mitarbeiter/innen übernommen werden. Eine ungeplante Innovation war die Empfehlung, sieben geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte zu gründen, die eigenständig und interdisziplinär arbeiten sollten.

Das bedeutendste Ergebnis der AdW-Evaluierungen war jedoch die von niemandem vorhergesehene Empfehlung von über 30 neuen Instituten für die "Blaue Liste" der von Bund und Ländern zu je 50 Prozent zu fördernden Einrichtungen. Klares Zeichen einer ungeplanten Berücksichtigung von sozialen Förderkriterien war das Wissenschaftler-Integrations-Programm, das als Rettungsanker für 1700 Forschende geschaffen wurde, deren positiv evaluierte Arbeitsgruppen nicht untergebracht werden konnten. Berechtigte Warnungen davor, dass dieses Programm wegen der unzureichenden Etats der Hochschulen nicht haltbar sein würde, begegnete man mit der lapidaren Frage: "Sollen wir sie denn auf die Straße schicken?" (zit. n. Mayntz 1994, 207).

Insgesamt führten die Evaluierungen zu einer Mischung aus Übernahmen mit Personaleinbußen, unerwartetem Strukturwandel und Aufschiebungen.

3. Die Finanzkrise der Einheit und die Folgen 1992–1996

Dass die deutsche Vereinigung, insbesondere die Berechnung ihrer Kosten, auf Fehleinschätzungen beruhte, war spätestens bei der Erstellung des ersten Gesamthaushalts der neuen Bundesrepublik im Juli 1991 deutlich geworden (vgl. Rödder 2009; Ritter 2007). Nachdem Coping-Strategien wenig fruchteten, wurde die Krise im März 1993 mit dem "Solidarpakt" vorerst beendet (Schwinn 1997, 171–172). Dieser stockte den Fonds deutscher Einheit stark auf und schuf das Großprogramm "Aufschwung Ost", das mit dem bereits im Februar verabschiedeten Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) junktimiert wurde. Damit war die Richtung der Finanzströme fortan klar: "Aufbau Ost" auf der einen und als "Konsolidierung" kaschierte Kürzungen West auf der anderen Seite.

Infolge des Solidarpaktes beschleunigte sich die bereits 1992 begonnene Expansion der MPG in den NBL auf direktem Druck des neuen Forschungsministers Paul Krüger aus Mecklenburg-Vorpommern, der als Anwalt der NBL agierte (Ash 2023a, 160–162). In einem einmaligen Kraftakt erreichte die MPG mit der Gründung von insgesamt 18 neuen Einrichtungen das im Oktober 1993 selbst gesetzte Ziel, in den NBL bis 1998 gleich stark wie in den ABL vertreten zu sein. Dabei musste sie bei der Wahl der Institutsstandorte auf die regionalen Interessen der NBL Rücksicht nehmen. Derartiges galt jedoch nicht bei der Auswahl der Institutsleitungen; von den bis 2002 berufenen 65 Direktor/innen waren nur vier Ostdeutsche. Infolge einer Verschärfung des FKP ab 1995 kam es dann auch zu Kürzungen in den ABL, darunter zur Schließung oder Teilschließung von vier MPI und mehreren Abteilungen (ebd., Abschnitt 4.2).

Derweil lief die Neustrukturierung bei gleichzeitigen Etatkürzungen an den Hochschulen weiter. An der HU Berlin allein schrumpfte die Zahl der Professuren zwischen 1992 und 1996 um 12 Prozent, während die Studierendenzahlen um die Hälfte zunahm (Jarausch 2012, 662). Die Verbindung von forciertem Strukturwandel und Finanzdruck wirkte sich vielfach innovationshemmend aus. Auch in nicht abgewickelten Fächern setzte man bei der Neugestaltung der Studiengänge und der Denomination der Professuren auf vermeintlich Bewährtes aus dem Westen und vergab damit die Chance, positive Aspekte von DDR-Studiengängen und andere Innovationsvorschläge aufzugreifen (vgl. z.B. Ash 2023b).

4. Erste Ergebnisse

Bis Mitte der 1990er Jahre war der Umbau der Hochschul- und Forschungslandschaft in den NBL weitgehend abgeschlossen, und zwar mit

unerwarteten Ergebnissen sowohl auf struktureller Ebene als auch im Personalbereich.

In struktureller Hinsicht kamen, wie bereits hinsichtlich der MPG angedeutet, regionale und lokale Interessen zunehmend zur Geltung, nachdem die Regierungen der NBL ihre Handlungsspielräume zu realisieren begannen.³ Allerdings geschah dies im Hochschulbereich erst nach spannungsreichen Verhandlungen mit dem WR, dessen Empfehlung Voraussetzung für die Förderung durch Bund und Länder war (vgl. Krull 1994). Im Konsens verlief die Auflösung der an die Industriebetriebe angebundenen Fachschulen zugunsten von Fachhochschulen nach westdeutschem Muster.

Kontrovers waren die Aufwertung der Technischen Hochschulen in Cottbus und Ilmenau zu Technischen Universitäten sowie die Gründung einer neuen Universität in Erfurt. Vom WR befürwortet wurden die Erweiterung der TU Dresden zu einer Volluniversität mit Medizin- und Biowissenschaften und die Gründung neuer Universitäten in Weimar, Potsdam und (mit Vorbehalten) in Frankfurt (Oder), Letztere als binationale deutsch-polnische "Europa-Universität". Die Zahl der Hochschulen mit Universitätsstatus stieg zwischen 1990 und 1996 von neun (davon drei TU) auf 16 (davon fünf TU) (John 2021, 25). Klarer Gewinner des Umbaus war das Land Brandenburg, das in der DDR-Zeit keine Universitäten gehabt hatte (vgl. hierzu jetzt Büchel u.a. 2024).

Die Bedeutung der Länderautonomie auch in der außeruniversitären Forschung zeigt die Gründung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften im Juni 1993. Auch im Bereich der Personalpolitik wurde die Länderautonomie genutzt, indem eirea 25 Prozent der Stellen an den Hochschulen in Sachsen und eirea 20 Prozent in Sachsen-Anhalt nach außerordentlichen Verfahren aus dem jeweiligen Bundesland besetzt wurden (Burkhardt/Scherer 1997, 340).

Ist dies alles nun als eine Verwestdeutschung zu beschreiben? Nicht unbedingt. Neben den Veränderungen im Hochschulbereich trat ein neuer Player in der außeruniversitären Forschung aufs Parkett: Aus der zunächst informellen Verbindung der west- und ostdeutschen Institute der "Blauen Liste" ging die 1997 gegründete Forschungsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz hervor, die trotz ihres uneinheitlichen Profils bald in die "Allianz" der Einrichtungen zur Forschungsförderung aufgenommen wurde (Brill 2018; Osganian/Trischler 2020, 84). Fünf der oben er-

die hochschule 1/2024 29

.

³ Auf die Rollen von Partnerländern und mehreren aktiven "Beratern" aus den ABL sowie der unterschiedlichen Strukturkommissionen der NBL kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden (vgl. hierzu u.v.a. Krull 1994 und Teichler 1994).

wähnten geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte sind Leibniz-Institute geworden.

Im Personalbereich muss das hartnäckige Klischee einer Verdrängung ostdeutscher Lehrender und Forschender durch Westdeutsche zugunsten eines differenzierten Befundes korrigiert werden. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, zwischen den abgewickelten und den nicht-abgewickelten Geistes- und Sozialwissenschaften zu unterscheiden (vgl. hierzu schon Schluchter 1996, 64). In den abgewickelten Fächern wie Jura, den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Pädagogik, Philosophie und Geschichte kamen nach neueren Erhebungen erwartungsgemäß zwischen 82,7 und 100 Prozent der zwischen 1990 und 1995 berufenen Professor/innen aus dem Westen (Chan u.a. 2022, 13, Tabelle 2).

In den nicht-abgewickelten Fächern wie Ethnologie, Sprach- und Literaturwissenschaften, Kunstwissenschaften oder Theologie schnitten Ostdeutsche zu dieser Zeit besser ab als in den abgewickelten Fächern (vgl. z.B. Ash 1999, 123; Raiser 1998, 94, Tabelle 9). In den Natur-, Medizin- und Technikwissenschaften waren die Mehrheit der bis 1995 Neuberufenen Ostdeutsche (Chan u.a. 2020, ebd.). Allerdings spricht die enorme Varianzbreite ostdeutscher Berufungen innerhalb dieser Fächer gegen jede einfache Unterscheidung zwischen westdeutsch dominierten Geistes- und Sozialwissenschaften und ostdeutsch dominierten Natur-, Medizin- und Technikwissenschaften.

Nach Arno Hecht (2002) wurden in der Tendenz die ordentlichen C4-Professuren mit Westdeutschen, die C3-Professuren mit Ostdeutschen besetzt. An den Volluniversitäten war dieser Trend stärker, während an den Fachhochschulen mehr Ostdeutsche vertreten waren (besoldet nach C2 oder C3). Die Dominanz der Westdeutschen auf den C4-Stellen an den Universitäten verstärkte sich in den Folgejahren über ihre Mitarbeit in den Berufungskommissionen. Dies könnte erklären helfen, wie die heute weithin beklagte Westdominanz in Führungspositionen an den Hochschulen zustande kam.

Eine Bemerkung zur Frauenfrage darf nicht fehlen. Gegen früh aufgestellte Behauptungen einer "Verdrängung der Frauen aus den Hochschulen" (Petruschka 1993) war der Frauenanteil an Neuberufungen an die Hochschulen der NBL bis 1995 mit 11,7 Prozent doppelt so hoch wie in den ABL im gleichen Jahr; sie übertraf auch geringfügig den Frauenanteil an den Hochschullehrern in der DDR im Jahr 1989 (9,3 Prozent, darunter 5,3 Prozent Professorinnen) (Burkhardt und Scherer 1997, 344,

Tabelle 16).⁴ Vielleicht trifft die "Verdrängungs"-These für Frauen (wie Männer) aus dem Mittelbau zu. Zufriedenstellend können diese Statistiken jedoch aus heutiger Sicht ohnehin kaum sein. Dass dieses Thema nicht auf den Mittelbau begrenzt war, zeigt ein anderes Ergebnis: Von den 65 MPI-Direktor/innen in den NBL, die bis 2002 berufen wurden, waren nur zwei weiblich, eine Westdeutsche und eine Ausländerin.

5. Schluss

Die Vereinigung im Hochschul- und Wissenschaftsbereich stand unter dreifachen Druck: Zeitdruck, Finanzdruck und Legitimationsdruck. In einem derart vielschichtigen Prozess war eine Koordinierung der verschiedenen Handlungsfelder und -ebenen kaum zu leisten. So radikal die Transformation des Hochschulsystems wie der außeruniversitären Forschung in den NBL nach bundesdeutschem Muster ohne Zweifel war, stellte sie keine ungebrochene Ausweitung des westdeutschen Systems in die NBL dar. Vielmehr kam es im Transformationsprozess zu unerwarteten Wandlungen. Rückblickend war die Auflösung der AdW eine unvorhergesehene Konsequenz des "Beitritts". Ob alles Weitere in diesem Bereich ebenso einfach erklärt werden kann, und ob alle Betroffenen gerade diese Folgen wirklich hinnehmen mussten, steht auf einem anderen Blatt.

Diese Frage bringt uns zurück zum Narrativ einer "Kolonisierung" des Ostens durch den Westen (auch) in diesem Feld. Diese Erzählung stammt von Vertretern der damaligen ostdeutschen Funktionselite, die ihren Machtverlust als Ergebnis einer Eroberung einen Sinn zu geben versuchten (vgl. Gabriel und Lahmer 1991, 821). Dass das Narrativ sich danach über diese Kreise weit hinaus verbreiten konnte, hat mit den unbezweifelbaren Verlust- und Enttäuschungserfahrungen von tausenden ostdeutschen Forschenden und Hochschulangehörigen zu tun (vgl. hierzu Hecht 2007). Oschmanns jüngstes Buch (2023) knüpft an diesen Erfahrungen an und kann daher als Dokument der Kontinuität einer verbreiteten Befindlichkeit gelten.

Als historische Erklärung ist das Narrativ jedoch problematisch, denn es fehlte ein koordiniertes Verhalten der bundesdeutschen Beteiligten, die erst nach längerer Zeit zu einem Konsens fanden. Zudem wurden in den Umsetzungsvorgängen nach Oktober 1990 oft und viel improvisiert, und Ostdeutsche waren an den Grundsatz- wie auch an den folgenden

die hochschule 1/2024 31

.

⁴ Auch hier ist eine starke Varianz nach Fachgebiet gegeben: in den Sprach- und Kulturwissenschaften und im Sport lag der Frauenanteil bei 21,1 Prozent, in den Medizin- und Ingenieurwissenschaften bei 5,4 bzw. 5,3 Prozent.

Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Alle Rektoren ostdeutscher Universitäten im ersten Jahr der Vereinigung waren Ostdeutsche. In den folgenden Jahren arbeiteten mehrheitlich ostdeutsche Rektor/innen mit westdeutschen Kanzlern an den Hochschulen der NBL zusammen. Auf Regierungsebene war das mit jeweils west- oder ostdeutschen Ministerpräsidenten und ost- oder westdeutschen Wissenschaftsminister/innen auch der Fall. Die durch demokratische Abstimmungen legitimierten ostdeutschen Beteiligten allesamt als Kollaborateure einer "Kolonisierung" zu denunzieren, hat wenig Sinn.

Die realen Existenzverluste vieler Menschen, die von den hier beschriebenen Maßnahmen betroffen waren, und ihre emotional geprägten Erinnerungen, die sich über Jahrzehnte tradiert haben, sind mit Respekt anzuhören. Aber es ist ein Denkfehler, aus der Tiefe des eigenen Leids zu schließen, dass dieses Leid Ergebnis eines großen Plans gewesen sein muss. Selbst die schärfsten der Scharfmacher von 1990 konnten das, was kam, nicht vorausgeahnt haben. Das sollte uns aber eigentlich nicht überraschen, denn wenn es überhaupt ein Gesetz der Geschichte gibt, dann ist es "the law of unintended consequences". Über die Rolle einiger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die strukturellen wie inhaltlichen Folgen in vielen Disziplinen wissen wir noch immer zu wenig. Diese Bemerkungen fassen also lediglich einen vorläufigen Stand der Forschung zusammen.

Literatur

- Ash, M. G. (1999). Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess "Erneuerung" oder Krisenimport? In: Ders. (Hg.), Mythos Humboldt Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien: Böhlau-Verlag, 1999, 105–135.
- Ash, M. G. (2021a). Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–1995. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 13. Berlin.
- Ash, M. G. (2021b). Hochschulelitenwechsel in vergleichender Perspektive, in: J. Blecher und J. John (Hgg.), Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, 67–93. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Ash, M. G. (2022). Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der neuen Bundesländer 1991–1998. Ein Forschungsbericht. die hochschule, 134–151.
- Ash, M.G. (2023a). Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–2002. Eine politische Wissenschaftsgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ash, M.G. (2023b). Psychology and the Fall of Communism: The Special Case of (East) Germany. Journal of the History of the Behavioral Sciences, 59:1, 8–19. https://doi.org/10.1002/jhbs.22238.

- Bach, H. (1992): Zum Abschluss der Arbeit der Personalkommission, in: Vergangenheitserklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Beiträge zur Tagung "Unrecht und Aufarbeitung" am 19. und 20.6.1992, hg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, 284–288. Leipzig.
- Bielka, H. (2002). Geschichte der Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch. 2. überarb. u. erw. Aufl. Springer.
- Brill, A. (2018). Von der "Blauen Liste" zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gesellschaft. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017. Digitaler Reprint, Potsdam: Zentrum Zeithistorische Forschung 2018. http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1115.
- Büchel, L./Horas, D./Kahl, A. (2024). Ein "Brandenburger Weg"? Die Umgestaltung der Potsdamer Hochschullandschaft, in: P. U. Weiß u.a. (Hgg.), Umstrittene Umbrüche. Das Ende der SED-Diktatur und die Transformationszeit in Brandenburg, 171–195. Berlin: Metropol Verlag.
- Burkhardt, A./Scherer, D. (1997): Wissenschaftliches Personal, in: G. Buck-Bechler, H.-D. Schaefer und C.-H. Wagemann (Hgg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, 283–355. Weinheim: Beltz-Verlag.
- Chan, H. F. u.a. (2022). East German Science after Communism: Why does Westernization correlate with Productivity? University of Portsmouth Working Papers in Economics & Finance 2021-9. Revised: 06/2022.
- Der Einigungsvertrag (1990). Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, 6.9.1990, Nr. 104, 2. Aufl. Reprint Berlin: Goldmann Verlag.
- Dicke, K. (2021). Die Rolle der Hochschulgesetze im "Hochschulumbau Ost", in: J. Blecher und J. John (Hgg.), Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, 49–56. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Dobry, M. (2001). "Ereignisse" und Situationslogik: Lehren, die man aus der Untersuchung von Situationen politischer Unübersichtlichkeit ziehen kann, in: A. Suter und M. Hettling (Hgg.): Struktur und Ereignis, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19, 75–98. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Evaluation der Evaluation. Forum Wissenschaft 7 (1990), Nr. 4, 25–48 (I–XXIV).
- Gabriel, H./Lahmer, W. (1991). "Mit größtem Einsatz an der Lösung der Probleme mitwirken!" Gespräch mit Prof. H. Gabriel über die Evaluierung der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, in: Physikalische Blätter 47:9, 819–822.
- Hall, K.-H. (1994). Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: R. Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, 165–190. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Hecht, A. (2002). Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Leipzig: Faber und Faber.
- Hecht, A. (Hg.) (2007). Enttäuschte Hoffnungen. Autobiografische Berichte abgewickelter Wissenschaftler aus dem Osten Deutschlands. Berlin: Verlag am Park.
- Hochschulerneuerungsgesetz (1991). Hochschulerneuerungsgesetz des Freistaates Sachsen vom 25. Juli 1991. Fassung von 1.10.1992. https://www.revosax.sachsen.de. Zuletzt abgerufen 30.10.2023.
- Hoffmann, D./Trischler, H. (2015). Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive, in: J. Mlynek/A. Bittner (Hgg.): 20 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft, 9–47. Berlin: Eigenverlag.

- Im Mittelmaß Weltspitze (1990). "Im Mittelmaß Weltspitze", in: Der Spiegel 30/1990. URL https://www.spiegel.de/kultur/im-mittelmass-weltspitze-a-68d4bbd0-002-0001-0000-000013501973 (13.11.2023).
- Jarausch, K. H. (2010). Säuberung oder Erneuerung? Zur Transformation der Humboldt-Universität 1985–2000, in: M. Grüttner u.a. (Hgg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, 327–351. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jarausch, K. H. (2012). Das Ringen um Erneuerung. 1985–2000, in: Ders./M. Middell/A. Vogt, Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, 555–690. Berlin: Akademie Verlag.
- John, J. (2021). Grundfragen einer vergleichenden Typologie des "Hochschulumbaus Ost", in: J. Blecher/J. John (Hgg.), Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, 19—43. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kahl., A.-W. (2022). Aufbruch oder Abbruch? Eine zeithistorische Universitätsgeschichte der Transformationsphase nach 1989, in: bildungsgeschichte.de, Berlin 2022. DOI: https://doi.org/10.25658/98j8-fc51. (13.3.2023).
- König, F. (2010). Demokratische Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart 1989–2009, in: U. von Hehl u.a. (Hgg.): Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, 778–903. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Kowalczuk, I.-S. (2019). Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München: C. H. Beck.
- Krull, W. (1994). Im Osten wie im Westen nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der damaligen DDR, in: R. Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, 205–226. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- Mayntz, R. (1994). Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Meyer, H. J. (2015). In Keine Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland. Freiburg i. Br.: Herder.
- Middell, M. (2021), "Hochschulumbau Ost". Lange Dauer, unterschiedliche Perspektive, neue Kontexte, in: J. Blecher/J. John (Hgg.), Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, 125–143. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Muszynski, B. (Hg.) (1993). Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfharungen und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich.
- Osganian, V./Trischler, H. (2022). Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 16. Berlin.
- Pasternack, P. (1998). Demokratische Erneuerung und Kolonisierung. Prüfung zweier Klischees, in: A. Söllner/R. Walkenhaus (Hgg.): Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern, 146–173. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Pasternack, P. (2010). Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990, in: M. Grüttner/R. Hachtmann/K. H. Jarausch/J. John/M. Middell (Hgg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, 309–326. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pasternack, P. (2021). Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. Ergebnisse und Deutungsmuster, in: J. Blecher und J. John (Hgg.), Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, 45–66. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Petruschka, G. (1993). Die Verdrängung von Frauen aus der Hochschule am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Hilde Schramm (Hg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, 216–218. Berlin.
- Pommerin, R. (2003). Geschichte der TU Dresden 1828–2003. Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag.
- Post, A. (Hg.) (2002). Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Dresden.
- Raiser, T. (1998): Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994. Berlin: Verlag Arno Spitz.
- Ritter, G. A. (2007). Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, 2., erw. Aufl. München: C. H. Beck.
- Rödder, A. (2009). Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München: Verlag C. H. Beck.
- Schluchter, W. (1996). Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schönstedt, M.-C. (2019). "Eine neue gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt". Über ein implizites Versprechen des Wissenschaftsrates infolge der "Wende", in: J.-H. de Boer (Hg.): Praxisformen, 392–405. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- Schwinn, O. (1997). Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive. Opladen: Leske + Budrich.
- Simon, D. (1992). Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärts gewandte Rückschau. Aus Politik und Zeitgeschichte B 51, 29–36.
- Staab, H. A. (1990). Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der MPG. MPG-Spiegel 4: 53–57, 60-63
- Stephani, H. (1992). Über die Personalkommission der FSU Jena, in: Vergangenheitserklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 238–245. Leipzig.
- Teichler, U. (1994). Zur Rolle der Hochschulstrukturkommissionen der Länder im Transformationsprozess, in: R. Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, 227–258. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- Trischler, H./vom Bruch, R. (1999). Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft. München: C. H. Beck
- Weiss, C. (1994). Der Erneuerungsprozess an der Universität Leipzig, in: Nova Acta Leopoldina. Neue Folge, Nr. 290, Band 71, 95–99.
- Wissenschaftsrat (1990). Perspektiven von Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Köln.

- Wissenschaftsrat (1991). Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin Allgemeiner Teil. Köln.
- Wüste (1990). Wüste. Kritik der DDR-Wissenschaft (AP). In: F.A.Z., 21.6.1990, S. 31.
- Ziegler, H. (1993). Ein Stück Zukunft vertan. Der Niedergang der Industrieforschung Ost. Deutschlandarchiv 26:6, 689–702.
- Ziller, G. (1994). Der Erneuerungsprozess aus der Sicht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, in: Nova Acta Leopoldina. Neue Folge, Nr. 290, Band 71, 41–44.

Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft

Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial

Peer Pasternack Halle-Wittenberg

Ab 1990 galt das westdeutsche Wissenschaftssystem als normsetzendes Muster in Ostdeutschland. So wandelten sich im Zuge eines weitgehenden West-Ost-Transfers die kompletten Strukturen:

- die systemischen (im Hochschulbereich die Einführung des FH-Sektors, in der außeruniversitären Forschung die Übertragung der Bund-Länder-getragenen Organisationsformen),
- die organisationalen (Studienstruktur und akademische Selbstverwaltung),
- die Personalstruktur (Personalkategorien, Umkehrung des Verhältnisses von befristeter und unbefristeter Beschäftigung, erstere nunmehr dominierend, und quantitative Angleichung an westdeutsche Personalausstattungen),
- die Finanzierungsstrukturen (primär Landesfinanzierung, der Bund in eng definierten Grenzen beteiligt) sowie
- das rahmensetzende Rechtssystem (Hochschulautonomie bei damals noch staatlicher Fachaufsicht, Rahmen- und Landesgesetzgebung, ergänzt um die Regelungen zahlreicher Einzelmaterien).

Zwar setzte zugleich, finanztransfergetrieben, auch eine deutliche Ausstattungsverbesserung der ostdeutschen Hochschulen und, sofern weitergeführt, Forschungsinstitute ein. Der plötzlich in allen sanierten Büros verlegte Spannteppich vermittelte auf durchaus überzeugende Weise das Gefühl, nunmehr mit beiden Beinen im Westen zu stehen. Allerdings profitierten davon nur diejenigen an solchen Einrichtungen, denen eine Zukunft beschieden war, und auch von diesen am Ende sehr viele nicht.

Denn insgesamt war die Komplettumgestaltung der ostdeutschen Wissenschaft ein vor allem dramatischer Vorgang. Mit parolenhaften Beschreibungen wie "Die Entmachtung der roten Professoren an ihren roten Unis" würde der ziemlich schief, weil höchst unvollständig zusammen-

gefasst. Die Umbauvorgänge insgesamt entfalteten sich in vier Dimensionen: der strukturellen, personellen, inhaltlichen und der kulturellen. Die personelle Dimension war am stärksten konfliktbehaftet. Sie prägt daher einerseits die Erinnerungen der Beteiligten nach wie vor am deutlichsten. Andererseits wird der Personalumbau in der aktuellen öffentlichen Debatte zu den Verwerfungen der 90er Jahre gezählt, die als teilursächlich für die staats- und demokratieskeptische Stimmung in den ostdeutschen Regionen gelten.

Möchte man diesen Vorgang verstehen, ist es nötig, einige Differenzierungen vorzunehmen, da nur so zweierlei deutlich werden kann: Welchen objektiven und subjektiven Bedingungen sind die Entwicklungen zurechenbar, und wie sind folglich die Verantwortlichkeiten verteilt gewesen? Wie und mit welchen Berechtigungen sind die nach wie vor bestehenden, höchst gegenläufigen Deutungen des Personalumbaus in der ostdeutschen Wissenschaft begründet? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen die beiden Hauptelemente, die innerhalb des Vorgangs wirksam wurden – Personalstruktur-Neudefinition und umfangreiche Personalexklusion –, mit sieben intervenierenden Faktoren konfrontiert werden.

Die Hauptelemente: neue Personalstruktur und Personalexklusion

Zur allgemeinen Strukturübertragung von West nach Ost gehörte unter anderem die Überführung der Personalstruktur im Wissenschaftsbereich. Das betraf zum einen die Personalkategorien (wie sie für die Hochschulen damals das Hochschulrahmengesetz von 1987, §§ 42ff., regelte) und zum anderen die quantitative Angleichung. Um beides einordnen zu können, sind zweierlei Berechnungen instruktiv:

- inklusive Industrieforschung: Setzt man in einer Gesamtbetrachtung sämtlicher Wissenschaftssegmente also Hochschulen, Akademieforschung und Industrieforschung die Zahl der beschäftigten Forscher.innen ins Verhältnis zu Bevölkerungsgröße und allgemeiner Beschäftigtenzahl, dann gab es in der DDR etwa zehn Prozent mehr wissenschaftliches Personal als in der Bundesrepublik (Meske 1993: 11). Bezieht man zugleich ein, dass in der DDR apparative Ausstattungsdefizite durch erhöhten Personaleinsatz kompensiert wurden, dann lässt sich in dieser Betrachtung von einem ungefähren Gleichstand der relativen Wissenschaftlerbeschäftigung in BRD und DDR sprechen.
- ohne Industrieforschung: Im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen hatte die DDR im Jahr 1989 38.909 Personen beschäftigt, und in

der außeruniversitären Forschung waren es 31.628 Wissenschaftler.innen. Zusammen ergab das rund 70.500 Personen. (Burkhardt 1997: 11; Julier 1990: 5) In der ehemaligen Bundesrepublik wurden 1989 106.000 Wissenschaftler.innen öffentlich finanziert (Meske 1993: 11). Die Ost-West-Relation betrug damit 1:1,5. Hinsichtlich der Bevölkerung war das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland seinerzeit allerdings 1:3,7, hinsichtlich der Erwerbstätigen 1:2,9. Der Anteil an öffentlich finanzierten Wissenschaftler.innen war damit in der DDR sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung als auch im Verhältnis zu den Erwerbstätigen deutlich höher als in der Bundesrepublik, rund gerechnet: doppelt so hoch.

Der Wissenschaftsumbau wurde fast ausschließlich im Blick auf die Hochschulen und die öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschung konzipiert und umgesetzt (d.h. ohne die Industrieforschung angemessen in den Blick zu nehmen). Daher rührte die alsbald dominierende Auffassung, dass es in diesen beiden Bereichen notwendig sei, beträchtliche Teile des wissenschaftlichen Personals abzubauen. Infolgedessen wurde die Neudefinition der Stellenstrukturen in Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten verbunden mit einer deutlichen Exklusion von Personen aus dem wissenschaftlichen Betrieb. Zwar gab es für einen Teil des Personals auch Übergangsregelungen:

- das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) für positiv evaluierte Akademieforscher.innen:
- sog. Forschungsschwerpunkte, zunächst von der Max-Planck-Gesellschaft administriert, dann zu fünf Geisteswissenschaftlichen Zentren umgebaut (die heute noch bestehen und seit 2018/2019 Leibniz-Institute sind; drei in Berlin, je eines in Potsdam und Leipzig);
- an Hochschulen statt sofortiger Entlassungen auch zahlreiche Umwandlungen bisher unbefristeter Verträge in befristete;
- daneben eine allgemeine Vorruhestandsregelung für Personen ab 55 Jahre.

Doch waren die Übergangsregelungen zeitlich befristet, und zudem galt das Ziel der Ost-West-Personaldurchmischung, sodass nicht alle verbleibenden Stellen aus den Reihen der ostdeutschen Wissenschaftler.innen besetzt wurden. Im Ergebnis waren am Ende der 90er Jahre ca. 60 Prozent des ursprünglichen Personals aus öffentlich finanzierter akademischer Beschäftigung Jahre exkludiert.

Damit sind die beiden Hauptelemente des Personalumbaus benannt: die Neudefinition der Personalstruktur und die daraus folgende massenhafte Exklusion von Personal.

2. Intervenierende Faktoren

Allerdings erklärt die Personalstruktur-Neugestaltung allein nicht das Ausmaß der Personal-Exklusion und vor allem nicht die innerhalb dieser beobachtbar gewesenen Unterschiede. Intervenierend wirkten vielmehr sieben Faktoren: die Institutionenarten, die Personalüberprüfungen, die Fächergruppen-Zugehörigkeiten, die regionale wissenschaftliche Versorgungsdichte, die Wettbewerblichkeit der Wissenschaft, die Geschlechtsspezifik und Generationendifferenzen.

2.1. Institutionenarten

Es machte für die individuellen Chancen auf einen Verbleib in der Wissenschaft einen Unterschied, ob man an einer Akademie,¹ einer Hochschule, im Bereich von Sonderhochschulen und Ressortforschung² oder der Industrieforschung beschäftigt war. Letztere war zwar ein Bereich jenseits der öffentlich finanzierten Forschung, allerdings nur in der Bundesrepublik: In der DDR machte es für die Einzelnen keinen relevanten Unterschied, ob der Arbeitsvertrag mit einem Betrieb, einem Akademieinstitut oder einer Hochschule bestand, da auch die Wirtschaft staatlich war. In der DDR-Industrieforschung wurden 1989 86.208 Personen beschäftigt (Pleschak/Fritsch/Stummer 2000: 6). Diese blieben bei der Darstellung des öffentlich finanzierten Wissenschaftspersonals – also dessen, für das sich Bund und Ländern unmittelbar zuständig fühlen mussten – unberücksichtigt. Freilich prägt auch der Abbau des dortigen Personals die Erinnerungen der Beteiligten an die 90er Jahre.

Lassen sich die Größenordnungen des Personalabbaus in den einzelnen Bereichen beziffern? Ja und nein. Es gibt zum einen keine *Gesamter*-

40 die hochschule 1/2024

_

¹ Neben der Akademie der Wissenschaften (AdW) gab es in der DDR vier weitere Akademien und faktisch zwei Akademietypen: einerseits solche mit Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstituten (AdW, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Bauakademie), andererseits solche, die allein als Gelehrtengesellschaft bestanden (Akademie der Naturforscher Leopoldina, Sächsische Akademie der Wissenschaften).

² In diesem Bereich gab es 1989 116 Einrichtungen mit ca. 11.300 Wissenschaftler.innen (Grelak/Pasternack 2024).

hebung (was gewiss erstaunen mag, aber nur solange, bis man sich vergegenwärtigt, ob einer der potenziellen Auftrag- und Geldgeber einer solchen Erhebung ein Interesse an deren Ergebnissen hätte haben können). Zum anderen ist die Zahl der empirisch abgesicherten Erhebungen und Hochrechnungen, denen sich für einzelne Sektoren relevante Zahlen entnehmen lassen, überschaubar, und in ihren Details sind diese Studien nur schwer miteinander zu vergleichen. Daher kann lediglich eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der Studien stattfinden. Diese Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:³

- ca. 60 Prozent an den Hochschulen (mit Unterschieden zwischen den Ländern),
- ca. 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent wurden in neugegründeten Max-Planck-, Fraunhofer-, Großforschungs- und Blaue-Liste-Einrichtungen tätig),
- ca. 95 Prozent in Sonderhochschulen und Ressortforschung, also in Einrichtungen, die Ministerien und z.T. dem SED-Zentralkomitee bzw. Massenorganisationen unmittelbar unterstellt waren,
- ca. 85 Prozent in der Industrieforschung.⁴

2.2. Personalüberprüfungen

Keinen Hauptfaktor des Reduzierungsgeschehens stellten die Personalüberprüfungen dar, da ihre Folgen im Vergleich zur allgemeinen Stellenreduzierung eher marginal waren. Auf der psychologischen Ebene aber waren sie bedeutsam, da sie individuell vielfach als beschämend wahrgenommen wurden. Es fanden mehrere Überprüfungen statt. Von diesen wirkten institutionelle Evaluationen als indirekte Personalüberprüfungen, während individuelle fachliche Evaluationen und Integritätsprüfungen direkt die Einzelpersonen in den Blick nahmen.

die hochschule 1/2024 41

³ Grundlagen dieser Zusammenschau sind: Meyer (1993); Meske (1993); Pasternack (1996); Neie (1996); Buck-Bechler/Schaefer/Wagemann (1997); Lewin (1997); Burkhardt (1997); Pleschak/Fritsch/Stummer (2000); Hecht (2002); Grelak/Pasternack (2024).

⁴ Letzteres vor allem ein Ergebnis des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum "den Markt" dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche einer bislang planwirtschaftlich verwalteten Ökonomie kann "dem Markt" nicht direkt zugerechnet werden.

Die institutionellen Evaluationen fanden vor allem durch den Wissenschaftsrat statt, der insbesondere für die Akademien ein groß angelegtes Evaluierungsprogramm ins Werk zu setzen hatte. Die Ergebnisse dessen wie des nachfolgenden politischen Handelns lassen sich so zusammenfassen:

- Im naturwissenschaftlichen Sektor ergab sich eine Reihe von Weiterführungsempfehlungen für komplette Institute, die dann auch weitgehend umgesetzt wurden (vgl. Wissenschaftsrat 1992a).
- Im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich waren die Empfehlungen zwar differenzierter, als gemeinhin angenommen wird (vgl. Wissenschaftsrat 1992b). Doch folgten daraus nur wenige institutionelle Fortführungen. Aus zehn gesellschaftswissenschaftlichen Akademie-Einrichtungen konnten für jeweils kleine Teilbereiche im Laufe der 90er Jahre institutionelle Anschlusslösungen unterschiedlicher Qualität organisiert werden, die bis heute Bestand haben.⁵

An den Hochschulen fanden, je nach Land in unterschiedlichen Formen, individuelle fachliche Evaluationen statt. Sie zielten vor allem darauf, festzustellen, welche Personen für Besetzungen innerhalb der reduzierten Stellenpläne infragekommen. Letztlich aber stellten sie vor allem fest, wer dafür *nicht* infrage kommt, denn der Umfang der Stellenpläne war am Ende weitaus geringer als die Zahl des fachlich positiv evaluierten Personals.

Die ebenfalls individuellen Überprüfungen politisch-moralischer Integrität stellten eine paradoxe Intervention dar. Mit der Begründung, Wissenschaft und Politik fortan zu trennen, wurden Politik und Wissenschaft noch einmal explizit zusammengeführt: Personalkommissionen und Ministerien unternahmen politische Bewertungen der Wissenschaftler.innen und ihrer Biografien. Der Vorgang vermittelte seiner Form nach nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. In ihrem positivistischen Kern waren diese Überprüfungsverfahren Beurtei-

_

⁵ Das heutige Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung Erkner (IRS) setzt z.T. die Arbeiten des früheren Instituts für Städtebau und Architektur der DDR-Bauakademie fort, und das Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR) baute auf Dresdner Instituten der Bauakademie auf. Die neu gegründete Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin (BBF) fußt auf den Bereichen Sammlungen und Bildungsgeschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW). Direkte Fortsetzungen gab es für das Institut für sorbische Volksforschung, das heute als von Sachsen und Brandenburg getragenes Sorbisches Institut/Serbski institut mit Sitz in Bautzen und einer Ar-

beitsstelle in Cottbus arbeitet, sowie für das Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig (früher AdW-Institut für Geographie und Geoökologie). Hinzu treten die oben schon erwähnten fünf Geisteswissenschaftlichen Zentren, heute Leibniz-Institute.

lungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.

Wieviele Personen es genau waren, die infolge dieser verschiedenen Personalüberprüfungen mit jeweils welchen Begründungen die Wissenschaft verlassen mussten, ist nicht bekannt. Zum einen gibt es lediglich von einzelnen Hochschulen Veröffentlichungen solcher Zahlen. Zum anderen wurden die Kündigungsgründe "mangelnde fachliche Eignung" und "mangelnde persönliche Eignung" alsbald von den Hochschulen vermieden, nachdem sie mehrfach von Arbeitsgerichten nicht anerkannt worden waren. Dagegen war auf Basis der neuen Stellenpläne "mangelnder Bedarf" meist einfacher gerichtsfest zu begründen und wurde daher ersatzweise genutzt.

Auf Grundlage der wenigen veröffentlichten Zahlen und des Umstandes, dass nirgends eine Einrichtung besonders hohe Kündigungsquoten etwa für Inoffizielle Mitarbeiter.innen des MfS verkündet hat, lässt sich aber plausibel annehmen, was eingangs gesagt worden war: Quantitativ waren die Folgen der Personalüberprüfungen weniger bedeutsam als die Fragen nach Institutserhalt oder -schließung und nach der Ausstattung der Stellenpläne.

2.3. Regionale Versorgungsdichte der wissenschaftlichen Ressourcen

Betrachtet man auf einer DDR-Karte die Verteilung der wissenschaftlichen Einrichtungen, so werden drei räumliche Unterschiede deutlich (hier der Einfachheit halber mit den heutigen Ländernamen): Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern waren wissenschaftlich dünn besiedelt; Süd-Mecklenburg-Vorpommern und Nord-Brandenburg bildeten einen praktisch wissenschaftsfreien West-Ost-Korridor. Thüringen und Sachsen-Anhalt waren durchschnittlich mit Wissenschaft versorgt. In Ost-Berlin und Sachsen hingegen gab es eine starke Verdichtung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das hatte Auswirkungen auf den Personalabbau nach 1990.

Dieser betraf vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. Nimmt man beide zusammen, so hatte die DDR dort die Hälfte ihres Wissenschaftspotenzials konzentriert. In den drei sächsischen Bezirken waren 32 Prozent und in Berlin 19 Prozent des wissenschaftlichen Personals der DDR beschäf-

⁶ vgl. z.B. Universität Potsdam (1995); Universität Rostock (1996); Raiser (1998); Häfner/Fink (2002); Post (2002)

tigt (ohne Industrieforschung, bei der es sich aber ähnlich verhielt; vgl. Julier 1990: 3). In Sachsen bestanden allein 22 der 53 öffentlichen DDR-Hochschulen, in Berlin waren es sieben. Die anderen Regionen teilten sich die restlichen 24 Hochschulen. In Berlin befanden sich zudem die meisten Akademieinstitute und Ressortforschungseinrichtungen.

All das war durch die beiden Bundesländer in diesen Größenordnungen allein nicht mehr zu finanzieren. An der Universität Leipzig, der TU Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin, um drei Beispiele zu nennen, hatten daraufhin jeweils zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen.⁷

2.4. Fächergruppen

Das paradigmatische Muster für die Umgestaltungsvorgänge hatten die Abwicklungen an den Hochschulen, verfügt im Dezember 1990, abgegeben. Abwicklung – ein Elitenwechsel als Verwaltungsakt – bedeutete: Schließung von Einrichtungen, die als sachlich überflüssig oder politisch erneuerungsbedürftig galten, und Versetzung des vorhandenen Personals in eine Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten bei gleichzeitiger Zahlung von 70 Prozent der Gehälter. Sobald die Warteschleife auslief, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Zeitgleich war ggf. eine Neubewerbung auf eine der Stellen des statt der alten Einrichtung neu errichteten Instituts möglich. Diese war allerdings mit dem Makel behaftet, sich aus einem abgewickelten Zustand heraus zu bewerben. Das wesentliche Problem indes war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs: Die Mitgliedschaft in einem Institut, also ein Kollektivmerkmal, entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der oder die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen.

Damit waren die wissenschaftlichen Belegschaften der Hochschulen in abwicklungsbetroffene und abwicklungsverschonte Personen geteilt. Weitgehend war dies synchronisiert mit den großen Fächergruppen Gesellschaftswissenschaften versus Naturwissenschaften und – damit zusammenhängend – mit der Ost-West-Verteilung bei den Stellenbesetzungen im weiteren Verlauf der Entwicklung. Die Resultate lassen sich so zusammenfassen:

 Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die MINT-Fächer und die Medizin.

die hochschule 1/2024

-

⁷ vgl. Gutjahr-Löser (1997: 33); Raiser (1998: 119); Post (2005)

- Innerhalb der letzteren hatten ostdeutsche Professor.innen in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während sich an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichene Verhältnisse ergaben.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Es gab Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt wurden, da es das Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhielt: Von im Jahre 1997 53 für dieses Fach an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren hatten sich elf in der DDR habilitiert (Kaube 1998: 297).
- In den Geisteswissenschaften wurden Fächer wie Philosophie, Geschichts- oder Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gab zumindest solange Pensionierungen und darauffolgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirkten.

2.5. Wettbewerblichkeit des Wissenschaftssystems

Ebenfalls wirksam geworden sind die typischen Konkurrenzstrukturen eines meritokratischen Wissenschaftssystems, wenngleich sie zum Teil und für ein kurzes Zeitfenster auch außer Kraft gesetzt waren: Temporär wurde in einigen Ländern in Besetzungsverfahren ein Ostbonus angewandt, von dem einzelne profitierten. Gleichzeitig war es aber auch die Stunde für Durchschnittsbegabungen - was weniger despektierlich gemeint ist, als es klingt: Die meisten Menschen, auch Wissenschaftler.innen, sind Durchschnittsbegabungen, insoweit sich der Durchschnitt aus der Streuung zwischen den jeweils Leistungsschwächsten und den jeweils Besten geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Kohortenangehörigen errechnet. Das Problem war eher: Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine durchschnittliche Performanz; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam. Hier wurde ein Zusammenspiel habitueller Eigenheiten, fehlender Netzwerkeinbindungen und des (noch) unzulänglichen Beherrschens der neuen Spielregeln wirksam.

Das öffnete die Vorgänge dem Einfluss klientelistischer Interessen. Die westdeutsche Generationsblockade, verursacht durch die Kohortenberufungen der 70er Jahre, ließ sich so unverhofft auflösen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Anzahl von Professuren zu besetzen, dass die vorhandenen westdeutschen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die Wettbewerblichkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrechterhalten. Aber es konnte dann immer noch auf Anwärter zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der westdeutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein.

"Nicht zuletzt aufgrund des großen Zeitdrucks", so formulierte diesen Sachverhalt zurückhaltend der seinerzeitige Generalsekretär des Wissenschaftsrates, "ist es nur teilweise gelungen, den internationalen Standards entsprechende Berufungsverfahren durchzuführen."⁸ Wer sich in Westdeutschland habilitiert hatte, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften angesichts der Vielzahl zu besetzender Positionen kaum abgewiesen werden. ⁹ Dieter Simon, seinerzeit Wissenschaftsratsvorsitzender mit Neigung zu rollenfremder Formulierungsweise, sagte es so: "wenn heute auch hintere Ränge völlig geräumt sind, wenn noch die drittklassigste Begabung aus dem Wartestand erlöst wurde und sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen gibt, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schien – wenn dies so ist, dann hat offenbar die Praxis die Theorie erschlagen" (Simon 1995: 39).

Gleichwohl muss das – je nach Fächergruppe relative oder absolute – Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern, noch musste sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildete nun einmal nur 21 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Insbesondere in den Geistesund Sozialwissenschaften hätte man es wohl auch keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Allerdings wäre die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland nur dann völlig unproblematisch gewesen, wenn sich alsbald auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen

т.

⁸ Krull (1994: 215); vgl. auch die instruktive qualitative Untersuchung des ostdeutschen Berufungsgeschehens der 90er Jahre von Zimmermann (2000)

⁹ Zur Vermeidung von Missverständnissen: Es gab selbstredend auch Fächer, in denen sich dies teilweise anders verhielt.

Personals an westdeutschen Hochschulen ergeben hätte. Dies war nicht der Fall

2.6. Geschlecht

Bemerkenswert frühzeitig, bereits 1993, hatte der Heidelberger Soziologe und Leipziger Gründungsdirektor Wolfgang Schluchter (1993: 13) konstatiert: Die sich neu ergebende Personalzusammensetzung sei nicht nur stark von Dezimierung und Verwestlichung, sondern auch durch eine deutliche Vermännlichung gekennzeichnet. In der DDR hatte der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen 31 Prozent und der Professorinnenanteil fünf Prozent (Burkhardt 1997: 11: Burkhardt/ Schlegel 2004: 21) betragen. 10 Die westdeutschen Hochschulen hatten 1988 einen Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal von 16 Prozent und bei den Professuren, wie in der DDR, fünf Prozent (BMBW 1991: 230).

1995/96 waren drei Viertel der Neubesetzungen der Professuren an den ostdeutschen Hochschulen erfolgt. Der Frauenanteil betrug zwölf Prozent (Burkhardt 1997: 37). An den westdeutschen Hochschulen war er bis 1996 auf 9,5 Prozent angestiegen (GWK 2017: 17). Von dem Gleichstellungsvorsprung, den der Osten beim wissenschaftlichen Personal gegenüber Westdeutschland gehabt hatte, war also zumindest auf die Professorenebene etwas hinübergerettet worden – wenngleich zugleich auch Ausgrenzungstendenzen zu beobachten waren: "die Kombination Universität (speziell renommierte Hochschule an attraktivem Standort), C4-Professur und traditionell männlich besetztes Wissenschaftsgebiet (z.B. Ingenieurwissenschaften) war gleichbedeutend mit dem fast völligen Ausschluß von Frauen" (Burkhardt 1997: 36). Ein bemerkenswerter Satz der damaligen Gleichstellungsbeauftragten der TU Dresden, Karin Reiche, formulierte zudem prägnant, wie ambivalent sich symbolische Anerkennungsdimension mit faktischen Verbleibschancen verknüpfte: "Früher war ich Physiker, heute bin ich Physikerin …" (in Baum 1995: 9).

Im weiteren glichen sich Ost und West dann einander an: Der Westen holte auf, der Osten fiel zurück. Nun machte sich bemerkbar, dass sich der Personalstrukturumbau vor allem auf die Berufspositionen unter-

¹⁰ Die in der Literatur häufig zitierte Zahl von elf Prozent Professorinnen zum Ende der DDR ist irreführend: Das ist der Anteil an den Hochschullehrer.innen, was in der DDR die Positionen Dozentur und Professur umfasste. Dozent.innen waren, wenn man es vergleichend einordnen will, in etwa zwischen Akademischen Oberräten und den damaligen C2-Professorinnen zu verorten: Sie hatten ein höheres Lehrdeputat (und damit weniger Forschungszeit) und keine Ausstattung mit Assistentenstellen.

halb der Professur auswirkte. 2003 veröffentlichte das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) erstmalig sein Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten, basierend auf Daten von 2001 (Löther 2003). In der Gesamtschau der Indikatoren lagen drei ostdeutsche Bundesländer in der Spitzengruppe (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) und zwei in der Mittelgruppe (Sachsen, Thüringen). Zwei Jahre später fand sich nur noch Brandenburg in der Spitzengruppe. 2007 (mit Daten von 2005) war der ursprüngliche ostdeutsche Gleichstellungsvorsprung endgültig abgeschmolzen: Drei der ostdeutschen Länder landeten in der Schlussgruppe (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), und zwei Länder schafften es noch in die Mittelgruppe (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern). (Zimmermann 2013: 16)

2.7. Generationendifferenzen

Es war finanziell nicht komfortabel, aber zumindest eine halbwegs absichernde Lösung: Wer 55 Jahre alt war, konnte in den 90er Jahren über eine Sonderregelung in den Vorruhestand gehen. Wenigstens die Demütigung, sich als gestandene Wissenschaftlerin vom Arbeitsamt zu Anpassungskursen an einen nicht aufnahmebereiten Arbeitsmarkt schicken zu lassen, ließ sich so umgehen. Dieses Schicksal blieb den Entlassenen bis Mitte Fünfzig nicht erspart.

Zugleich kann aber auch die Altersstruktur der Hochschullehrerschaft in Augenschein genommen werden, um kundiger beurteilen zu können, welche Drastik der Maßnahmen tatsächlich unabweisbar war. 1989 beschäftigten die DDR-Hochschulen im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen 2.940 ordentliche Professor.innen und 3.408 Dozent.innen, zusammen 6.348 Hochschullehrer.innen (Deregoski/Scherer/Wardezki 1990: 3). Für diejenigen jenseits der Medizin liegen Altersstrukturdaten vor. Zieht man daher die 968 medizinischen Hochschullehrer.innen (Burkhardt 1997: 11) ab, so verbleiben 5.380. Von diesen wären 900 Professor.innen und 650 Dozent.innen (zusammen 1.550) bis 1995 und weitere 800 bzw. 850 (zusammen 1.650) bis zum Jahr 2000 altersbedingt ausgeschieden. Innerhalb des ersten Jahrfünfts nach der Vereinigung wären damit 30 Prozent und innerhalb des ersten Jahrzehnts 59 Prozent (3.200) verrentet worden. (Deregoski/Scherer/Wardezki 1990: 6)

Daneben aber war eine besonders problematische Implikation der Vorgänge die Schwierigkeiten, die der Transformationsmodus der jüngeren ostdeutschen Wissenschaftlergeneration bei der Integration in den neu organisierten akademischen Betrieb bescherte. Deren Angehörige

hatten noch in der DDR ihre ersten Schritte in der Wissenschaft absolviert und dann mit dem Umbruch ihre akademischen Lehrer und Netzwerke verloren. Aus dieser Generation gelang es nur wenigen, sich gegen das Stigma, in der DDR wissenschaftlich sozialisiert worden zu sein, in die neuen Strukturen zu integrieren.

Es mangelte den jüngeren Wissenschaftlern an der Einbindung in die nun relevanten Netzwerke, an habitueller Passfähigkeit und der (noch) unzulänglichen Beherrschung der neuen Spielregeln. Sie stießen daher an eine gläserne Decke (wie sie schon aus den Forschungen zu Karriereverläufen von Frauen in der Wissenschaft bekannt war). Es kam zum Zuge, was Ethnologen Tribalismus nennen: Kontakte zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe – hier die in der ostdeutschen Wissenschaft zunehmend dominierenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen westdeutscher Sozialisation – werden bevorzugt (vgl. Pasternack 1996a und Stenger/Lüchauer 1998). Dabei hatte der weitgehende Verzicht auf die komplette ostdeutsche Nachwuchskohorte eine wesentliche Voraussetzung: Die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands konnte, wie oben schon verhandelt, vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen.

3. Fazit

Die retrospektive Betrachtung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus nach 1989 leidet typischerweise unter der formalen Inkompatibilität zweier Perspektiven: Die eine erinnert zu viel, die andere zu wenig. Die eine löst sich nicht von den Details, und damit finden sich – häufig zu Recht – viele Anlässe, um anhaltend empört zu sein. Die andere Perspektive löst sich zu sehr von den Details, konzentriert sich auf große Entwicklungslinien, und damit lässt sich in den Vorgängen nur eine Normalisierungsgeschichte entdecken: Am Ende sei doch alles gut geworden. Die Kunst der angemessenen Beurteilung bestünde darin, eine mittlere Perspektive zu entwickeln: hinreichend nahe am Realgeschehen, um die problematischen Aspekte nicht zu übersehen, und hinreichend vom Realgeschehen distanziert, um die Entwicklungslinien der Prozesse identifizieren zu können. Dies ist hier unternommen worden.

Im Ergebnis lässt sich sagen: Vollbracht wurde in den 90er Jahren eine Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft, die jedoch nicht mit einer Sozialintegration einherging. Der Vorgang wurde umgesetzt unter Bedingungen eines unangemessenen Zeitrahmens und defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems. Er war gekennzeichnet durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem

Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der ostdeutschen Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen und dadurch dominierenden Einfluss klientelistischer (westdeutscher) Interessenkartelle.

So stand am Beginn der Entwicklungen die zutreffende Diagnose, dass die DDR weitaus mehr wissenschaftliches Personal an Hochschulen und in der außeruniversitären Forschung beschäftigt hatte als die Bundesrepublik. Die individuelle Verbleibswahrscheinlichkeit hing dann aber weniger von Leistungsfähigkeit ab, sondern von der Institutionenart, vom Bundesland und vom Fach, in denen man tätig war, vom Geschlecht und von der Generationenzugehörigkeit. Derart lässt sich bestimmen, wer von denen, die nicht wegen Bespitzelung ihrer Kolleg.innen in den Integritätsüberprüfungen scheiterten und zugleich als wissenschaftlich kompetent galten, im Bereich der öffentlich finanzierten Wissenschaft die geringste Chance hatte: wer in einem politiknahen gesellschaftswissenschaftlichen Fach, an einem außeruniversitären Forschungsinstitut und in Sachsen oder Berlin tätig sowie weiblich war und in der Phase zwischen Promotion und Habilitation steckte. Mithin: Die wesentlichen Faktoren dafür. ob iemand in der Wissenschaft eine Perspektive hat, waren nichtwissenschaftlicher Art.

Übersicht 1: Hauptelemente und intervenierende Faktoren des Personalumbaus in Stichworten

Hauntalamanta	Neudefinition Personalstruktur						
Hauptelemente	Personalexklusion						
Intervenierende Faktoren:							
Institutionenarten	Hochschulen	Akademien		Ressortforschung		ng	Industrie- forschung
Überprüfungen	institutionelle Evaluation	individuelle fachliche Evaluatio			Integritäts- überprüfung		Nichtevaluation
wissenschaftliche Versorgungsdichte	Sachsen, Berlin			Thüringen, LSA		В	randenburg, MV
Fächergruppen	abwicklungsb	е	abwicklungsverschonte				
	Gewi	Na		Medizi			Ingwi
Wettbewerblichkeit	Wettbewerbsbedingungen				S	trate	gische Nutzung
Geschlecht	Vermännlichung Gle			eichstellungsvorsprung bis 2007 abgebaut			
Generationen- differenzen	Vorruhestan	mit	mittlere Generation			Nachwuchs	

Ein Ergebnis ist eine mangelnde Präsenz ostdeutscher Sprecher und Sprecherinnen in den öffentlichen Debatten des vereinten Deutschlands. Sie besteht unter anderem deshalb, weil Ostdeutsche dort marginalisiert waren und sind, wo durch öffentliche Finanzierung das Nachdenken professionell betrieben werden kann und dessen Ergebnisse verstetigt in die öffentliche Meinungsbildung eingespeist werden: im Wissenschaftsbetrieb.

Auf der Seite derienigen, die aus dem Wissenschaftsbereich selbst gestaltend, d.h. zieldefinierend und zielrealisierend an den Evaluationen und Umbauten beteiligt waren, setzte sich dazu im Laufe der Jahre eine doppelte Argumentation durch. Einerseits müsse man Fehler anerkennen, die im einzelnen gemacht worden seien, "die auch verletzt haben, die Personen betroffen haben, die es verdient hätten, anders behandelt zu werden". Andererseits sei der Weg im Grundsatz richtig gewesen, da "fast jede denkbare Alternative ... zu schlechteren Ergebnissen geführt hätte" (Markl 1997: 31). Die Ursache dafür, eine solch ambivalente Bewertung treffen zu müssen, wird externalisiert: Die "Zusammenführung der Wissenschaft in diesem raschen Holterdipolter" (ebd.) wird äußeren Bewegungskräften zugeschrieben, wahlweise der Politik oder der geschichtlichen Dynamik. Diese Externalisierung von Verantwortung gleicht den argumentativen Strategien, mit denen ostdeutsche Wissenschaftler nach 1990 ihr Handeln in der DDR rationalisierten. Auf dieser Ebene zumindest konnte also die Einheit hergestellt werden.

Literatur

- Baum, Anja (1995): Ohne festen Boden. Frauenforschung Ost auf der Suche nach dem Feminismus östlichen Typs, in: unikonkret 2/1995, S. 9–11.
- BMBW, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.) (1991): Grund- und Strukturdaten, Ausgabe 1991/92, Bonn.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg.
- Burkhardt, Anke/Uta Schlegel (2004): Frauen an ostdeutschen Hochschulen in den gleichstellungspolitischen Koordinaten vor und nach der "Wende", in: L'Homme Z.F.G. 1/2004, S. 11–32.
- Deregoski, Angelika/Doris Scherer/Sabine Wardezki (1990): Standpunkte zur Entwicklung des Hochschullehrerbestandes, Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB), Berlin.
- Grelak, Uwe/Peer Pasternack (2024): Im Auftrag. Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR, Göttingen [i. Dr.].

- Gutjahr-Löser, Peter (1997): Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende, in: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anläßlich des "Dies academicus" am 2. Dezember 1996, Leipzig.
- GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2017): Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung. 21. Fortschreibung des Datenmaterials (2015/2016) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, Bonn.
- Häfner, Frieder/Dieter Fink (2002): Das Verfahren zur Überprüfung des Personals der Bergakademie Freiberg auf Menschenrechtsverletzungen im SED-Staat. Ein Novum in der Geschichte, in: Dietrich Stoyan/Helmuth Albrecht/Frieder Häfner/Harald Kohlstock (Hg.), Technische Universität Bergakademie Freiberg 1965–2002. Festgabe zum 300. Jahrestag der Gründung der Stipendienkasse für die akademische Ausbildung im Berg- und Hüttenfach zu Freiberg in Sachsen. Beiträge zur Geschichte der TU Bergakademie Freiberg, Freiberg, S. 158–165.
- Hecht, Arno (2002): Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig.
- Helmers, Sabine (1990): Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskulturforschung, Berlin.
- Hochschulrahmengesetz (1987), in: Bundesgesetzblat Teil I, 1987, S. 1170-1191.
- Julier, Elmar (1990): Personelle Forschungskapazitäten an DDR-Hochschulen und Akademien. Berlin.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin, S. 255–301.
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen nicht Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt/New York, S. 205–225.
- Lewin, Dirk (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim.
- Löther, Andrea (Red.) (2003): Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten, Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS, Bonn.
- Markl, Hubert (1997): "Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen": Rede des Präsidenten der MPG, Prof. Hubert Markl, zur Verabschiedung der Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern, in: MPG-Spiegel 2/1997, S. 29–34.
- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien Friktionen Optionen Statistik, Berlin.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993, in: hochschule ost 1/1996, S. 133–148.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung "Geisteswissenschaften in der DDR" (Konstanz 1990). Leipzig.
- Pasternack, Peer (1996a): Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: Deutschland Archiv 3/1996, S. 371–380.
- Pleschak, Franz/Michael Fritsch/Frank Stummer (2000): Industrieforschung in den neuen Bundesländern, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Heidelberg.

- Post, Alfred (Hg.) (2002): Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Symposium am 1. November 2001, Dresden.
- Post, Alfred (2005): Planung und Realisierung der neuen TU Dresden 1991 bis 1994. Gemeinsame Aufbruchjahre mit dem Rektor Günther Landgraf, Supplement zu Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden (Hg.), Prof. Dr. Dr. Günther Landgraf der TU Dresden verbunden, Dresden.
- Raiser, Thomas (1998): Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994, Berlin/Baden-Baden.
- Schluchter, Wolfgang (1993): Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, in: hochschule ost 9/1993, S. 5–18.
- Simon, Dieter (1995): Verschleudert und verschludert. In: Die Zeit 15/1995, S. 39f.
- Stenger, Horst/Annemarie Lüchauer (1998): Verweigerte Gleichwertigkeit. Zur Reproduktion des Ost-West-Unterschieds unter Wissenschaftlern, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1998, S. 490–516.
- Universität Potsdam, Rektorat (Hg.) (1995): Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam.
- Universität Rostock, der Rektor (Hg.) (1996): Die Ehrenkommissionen an der Universität Rostock. Reden anläßlich der Beendigung der Tätigkeit der Ehrenkommissionen am 30.6.1995 und Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock, Rostock.
- Wissenschaftsrat (1992a): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Bd. 2–8, Köln.
- Wissenschaftsrat (1992b): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Bd. 9 und 10, Köln.
- Zimmermann, Karin (2000): Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin.
- Zimmermann, Karin (2013): Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts, Wittenberg. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf (23.8.2023).

Planvoll zur Marktordnung

Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR¹

Axel-Wolfgang Kahl Potsdam

"Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber",² mit diesen markigen Worten forderte der Leipziger Handelsökonom Werner Cramer (geb. 1934) im Frühjahr 1990 die sofortige Umstellung von einer Plan- auf eine Marktwirtschaft in der DDR. Dieser Schritt sei angesichts der Krise alternativlos: "Jeder Realist,

der sich in Ökonomie auskennt, weiß das."³ Eine zentrale Quelle waren die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform,⁴ an der Cramer mitgewirkt hatte.

Diese Arbeitsgruppe war im November 1989 eingesetzt worden, um die Umgestaltung der Ökonomie in der DDR auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung vorzubereiten. Es regte sich allerdings Widerspruch gegen Cramers Buch, wenngleich nicht gegen dessen Inhalt als vielmehr gegen den Autor: Studierende der Handelshochschule, an der Cramer seit 1969 tätig war, stellten öffentlich in Frage, wie jemand, der sie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor die dogmatische Linie der SED gelehrt hatte, nunmehr glaubhaft Marktwirtschaft vermitteln wollte. Aus der Bundesrepublik meldeten sich überdies Kritiker an Cramers Plan, ein Institut für Marketing aufzubauen: "Aus Marx wurde Marketing",6 so der eingängige Vorwurf, der die vermeintlich unzureichende Qualifikation des Ökonomieprofessors skandalisierte.

Die geschilderte Episode steht beispielhaft für die nach 1989/90 öffentlich aufbrechenden Verwerfungen und Konfliktlinien, die ihren Ur-

54 die hochschule 1/2024

.

¹ Bei dem Aufsatz handelt es sich um ein verdichtetes Kapitel aus der in Erarbeitung befindlichen Dissertation des Autors.

² Werner Cramer: Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber, Berlin (Ost) 1990.

³ Ebd., S. 5.

⁴ Im folgenden als AG Wirtschaftsreform bzw. Arbeitsgruppe abgekürzt.

⁵ Zeitzeugengespräch mit Wolfram Fiedler, geführt am 22.2.2022.

⁶ SächsStA-D, SSWK 13319, Nr. 104, Briefwechsel Wöhler-Meyer, 12.3.1991.

sprung in den Ereignissen und Erfahrungen der vorangegangenen Jahre und Jahrzehnte nahmen und die Vereinigungsgesellschaft prägten.⁷ Während die Staatsführung unter Hans Modrow (1928–2023) zur Stabilisierung und Reformierung der DDR 1989/90 ihr Vertrauen noch in die Expertise der ostdeutschen Wissenschaftselite setzte, galten die akademischen Eliten Ostdeutschlands bzw. die vormalige sog. sozialistische Intelligenz einer breiteren Öffentlichkeit in der DDR aufgrund ihrer Stellung und Funktion im Wissenschaftssystem mehrheitlich als politisch diskreditiert.⁸

Sozialisiert und diszipliniert im Herrschaftsraum der SED, hatte jene soziale Gruppe ihren Geist im Laufe von vier Jahrzehnten in den Dienst der Macht gestellt. Das Expertenwissen der DDR schien somit fachlich überholt und die Umgestaltung nach dem Modell der Bundesrepublik als alternativlos. Den Ausgangspunkt der ökonomischen Transformation bildeten rückblickend oftmals ausschließlich die beiden Staatsverträge. Zwar war das Urteil einiger westdeutscher Intellektuelle umstritten, die pauschal das Wissen aller ostdeutschen Eliten mit dem Systemwechsel als "völlig entwertet" abtaten, doch zumindest im Fall der "(meisten) Jura- und Ökonomie-Professoren" war diese Wertung gemeinhin unstrittig. Übergreifend schien die Ablösung der "Apologeten der Staatsdoktrin" letztlich folgerichtig, da sie dem Demokratisierungs- und Beitrittsprozess keinerlei intellektuellen Vorschub geleistet hatten.

Die Erwartungshaltungen und Ideen der akademischen Eliten der DDR für den Umbau der ostdeutschen Wirtschaft wurden von jenen Deutungskämpfen der Vereinigungsgesellschaft überlagert und ver-

⁷ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel: Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2015, S. 544.

⁸ Für eine nähere Bestimmung des Elitenbegriffs, vgl. Morten Reitmayer, Eliten, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.2.2022, URL: https://docupedia.de/zg/Reitmayer_eliten_v2_de_20 22 (10.1.2023).

⁹ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.

¹⁰ Vgl. Gernot Gutmann/Stefanie Hamacher: Humanvermögensentwertung durch die Vereinigung – Das Beispiel der Hochschulen, in: Ders./ Ulrich Wagner (Hg.): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart/Jena/New York 1994, S. 227–252, hier S. 228–232.

¹¹ So etwa die kontroverse Äußerungen von Arnulf Baring: Deutschland was nun?, Berlin 1991, S. 59.

¹² Vgl. Gutmann/Hamacher, Humanvermögensentwertung, S. 234.

¹³ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 176–177.

drängt.¹⁴ Im Umbruch waren neue Teileliten in Machtpositionen gerückt, die vor 1989 schon systemimmanente Kritik an der Wirtschaftspolitik geübt hatten und die dem Typus der "DDR-loyalen Reformer"¹⁵ zugeordnet werden können. Sie diskutierten öffentlich die Umgestaltung der ostdeutschen Planwirtschaft und alternative Konzepte einer Marktordnung für die DDR.¹⁶ Zwischen November 1989 und Oktober 1990 kam es besonders in der akademischen Ökonomie zu einer kurzen, doch intensiven Phase wissenschaftlicher Aktivitäten.¹⁷ Angehörige aus den ostdeutschen Hochschulen und Universitäten waren darüber hinaus politisch aktiv am Umbruchsgeschehen beteiligt.¹⁸ Das Engagement fand aber letztlich nur wenig Widerhall und zeitigte kaum nachhaltige Folgen, was mit der rasanten Beitrittsdynamik zusammenhing.¹⁹ Eine Erfahrung, die überdies auch die Intellektuellen und Funktionseliten der Bundesrepublik machten.²⁰

Der Aufsatz widerspricht der Erzählung, in der DDR habe für die Umgestaltung der Plan- auf eine Wirtschaftsordnung aufgrund der vermeintlichen Entwertung des Expertenwissens keine qualifizierte ostdeutsche "Transformationsberatung" zur Verfügung gestanden.²¹ Die Quellenlage zeigt indes, dass sich in der DDR der Umbruchzeit neue Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen (Gesellschafts-)Wissenschaften und Politik entwickelten, die sich als Formen der Politik- und Regierungsbera-

_

¹⁴ Vgl. Marcus Böick: Konjunkturen des Ökonomischen im Umbruch: Retrospektiven auf das lange Schwellenjahr 1990 zwischen enttäuschten Erwartungen und affirmativen Alternativlosigkeiten, in: Jörg Ganzenmüller u.a. (Hg.): Das demokratische Jahr der DDR. Zwischen Friedlicher Revolution und deutscher Einheit, Weimar 2021, S. 47–72, hier S. 51–52.

¹⁵ Vgl. Wolfgang Seibel: Die gescheiterte Wirtschaftsreform in der DDR 1989/1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2010) 10, 4.3.2010, URL: https://www.bpb.de/apuz/32891/die-gescheiterte-wirtschaftsreform-in-der-ddr-1989-1990?p=all (7.2.2022).

¹⁶ Vgl. Marcus Böick: "Das ist nunmal der freie Markt". Konzeptionen des Marktes beim Wirtschaftsumbau in Ostdeutschland nach 1989, in: Zeithistorische Forschungen 12 (2015) 3, S. 448–473.

¹⁷ Vgl. Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S. 261.

¹⁸ Vgl. Peer Pasternack: Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Köln 2004, S. 121–148, hier S. 121–122.

¹⁹ Vgl. Thomas Apolte/ Dirk Kirschbaum: Erfahrungen mit der Politikberatung zu Beginn der deutschen Einheit, in: Martin Leschke/ Ingo Pies (Hg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart 2005, S. 47–72, hier S. 49.

²⁰ Vgl. Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 175–176.

²¹ Vgl. Thomas Döring: Politik- und Politikerberatung – eine Analyse vor dem Hintergrund von Transformationsprozessen, in: Leschke/Pies, Politikberatung, S. 3–28, hier S. 10.

tung beschreiben lassen. Erklärungsbedürftig sind dabei die Voraussetzungen der Beratung und die Marginalisierung der Experten.²² Am Beispiel von akademischen Eliten der AG Wirtschaftsreform wird aufgezeigt, auf welche bestehenden Möglichkeiten und Bedingungen der Beratung zurückgegriffen wurde. Bis 1989 war sie weitgehend folgenlos geblieben, nunmehr hoffte man auf ihre Durchsetzung.²³

Willige Ratgeber: Wissenschaftliche Politik- und Regierungsberatung in der DDR

"Anpasst", "systemkonform" und "letztlich wenig kreativ": Für Außenstehende waren das die einschlägigen Bilder von den Gesellschaftswissenschaften der DDR.²⁴ Nach dem Vollzug der Deutschen Einheit dienten solche Zuschreibungen zur Rechtfertigung für Abwicklungen, d.h. die Schließung von und Entlassungen in gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen.²⁵ Wer allerdings die Abläufe "hinter den Kulissen" kannte, bei denen hinterließ jene Episode Frust und Verbitterung. So beschrieb Christa Luft (geb. 1939) ihre Eindrücke von 1989/90. Die ehemalige Rektorin der Berliner Hochschule für Ökonomie und Professorin für Außenhandel war unter Modrow stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates für Wirtschaft und damit für die Wirtschaftsreform verantwortlich. Ihre Expertise wurde selbst von kritischen Stimmen anerkannt.²⁶ Gegenüber bundesdeutschen Politikern und Unternehmern bewies sie ein fundiertes Verständnis von der Marktwirtschaft.²⁷

In eine breitere Öffentlichkeit sei die in der DDR durchaus vorhandene Fachexpertise vor 1989 aber nie durchgedrungen, wie Luft einge-

die hochschule 1/2024 57

.

²² Vgl. André Steiner: Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR?, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 101–126, hier S. 123.

²³ Die Untersuchungsgegenstände ergeben sich aus dem Potsdamer Forschungsvorhaben zur Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen in den 1980/90er Jahren, vgl. Axel-Wolfgang Kahl: Die Transformation der ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den 1980/90er Jahren, in: Lars Lüdicke (Hg.): "Ausgeforscht?" Neueste Forschungsergebnisse zur Friedlichen Revolution 1989/90, Berlin 2020, S. 21–48.

²⁴ Christa Luft: Zwischen WEnde und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991, S. 88.

²⁵ Vgl. hierzu: Axel-Wolfgang Kahl: Abbruch oder Aufbruch? Eine zeithistorische Universitätsgeschichte der Transformationsphase nach 1989, in: bildungsgeschichte.de, 29.3.2022, DOI: https://doi.org/10.25658/98i8-fc51

²⁶ Vgl. Kowalczuk, Endspiel, 479–480.

²⁷ Vgl. Max Trecker: Neue Unternehmer braucht das Land. Die Genese des ostdeutschen Mittelstands nach der Wiedervereinigung, Berlin 2022, S. 72–74.

stand.²⁸ Ihrer Erinnerung nach lag das vor allem an der Zensur der Staatsund Parteiführung. Doch obschon die ökonomische Zunft vermeintlich schwieg, habe man "längst vor der Wende ... Signale" gesetzt. Diese Deutung ist zumindest umstritten, da in den Studien und Berichten nicht an den herrschenden Dogmen gerüttelt wurde. ²⁹ Vielmehr glichen die Arbeiten vielfach Lobhuldigungen.³⁰ Auch öffentliche Auftritte von Expertinnen und Experten dienten häufig der offiziellen Agitation.³¹ In dokumentierten Fällen, in denen Missstände im Land dagegen klar benannt wurden, waren berufliche Konsequenzen für die Beteiligten möglich.³² Doch aus Sicht des Parteiapparates folgten die meisten Hochschulangehörigen der von der SED geforderten Unterordnung ohnehin bereitwillig. Ursächlich für die Anpassung und Selbstzensur waren einerseits politische Überzeugung, andererseits Karrierestreben und auch Opportunismus 33

Die DDR-Gesellschaftswissenschaften waren von Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen gekennzeichnet. Einerseits war eine akademische Tätigkeit nur entlang von marxistisch-leninistischen Rationalitätskriterien möglich. Die beteiligten Personen waren dabei besonders stark dem Zwang zu ideologisch-politischen Loyalitätsbekenntnissen ausgesetzt. Andererseits aber verstanden sie ihre Arbeit weder als bloße Politiklegitimation noch als reinen Systemwiderspruch.³⁴ Die Staats- und Parteiführung forderte gar innovative Forschungen, obgleich diese Ermunterung durch die gleichzeitig eingeforderte Parteilichkeit oftmals wieder unterlaufen wurde.³⁵ Im Ergebnis entstanden Zonen der Teilauto-

²⁸ Vgl. Luft, WEnde, S. 88.

²⁹ Vgl. Kowalczuk, Endspiel, S. 314.

³⁰ Vgl. Peer Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften 1990 bis 2015. Tektonik und Substanz eines postmortalen Literaturmassivs, in: ders. (Hg.): Die Gesellschaftswissenschaften post mortem. Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990-2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation, Berlin 2016, S. 13-240, hier S. 34ff.

³¹ Vgl. Gregor Schirmer: Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Leitung und Planung durch die SED, in: Clemens Burrichter/Clemens Diesener (Hg.): Reformzeiten und Wissenschaft, Graz 2005, S. 155-172, hier S. 171.

³² Vgl. ein Beispiel aus der Akademie für Staat und Recht, Erhard Crome: Vorwort, in: Ders. (Hg.): Die Babelsberger Diplomatenschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR, Potsdam 2009, S. 9-21, hier S. 12.

³³ Vgl. Gregor Schirmer: Zum Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in der DDR, in: Michael Brie u.a. (Hg.): Schiff ohne Kompaß? Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik, Berlin 1995, S. 5-16, hier S. 8.

³⁴ Vgl. Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften 1990 bis 2015, S. 37.

³⁵ Vgl. Manfred Krause: Sozialwissenschaften unter der SED-Parteihegemonie. Eine guellengestützte Nachbetrachtung zur Forschungsleistung und -wirklichkeit in der DDR, in:

nomie, die eingeschränkt auch eigensinnige Forschungen ermöglichten.³⁶ Nachweislich bewegte sich die DDR-Wirtschaftstheorie so in den 1980er Jahre im Spannungsfeld zwischen Parteihörigkeit und vorsichtigem Reformansatz.³⁷

Eine gegenüber der Politik grundsätzlich kritische (Gesellschafts-) Wissenschaft gab es in der DDR nicht. Dennoch führten Professionalisierung und Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Teilbereichen auch dort zum verstärkten Bedarf nach fachwissenschaftlicher Expertise, obgleich entsprechende Aktivitäten nicht unter dem Schlagwort der Politikberatung geführt wurden.³⁸ In westlichen Ländern ist die wissenschaftliche Politik- und Regierungsberatung mindestens seit 1945 eine etablierte Form der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik. Darunter wird die institutionalisierte Bereitstellung von Informationen für politische Akteure verstanden ³⁹

Im Hochschulwesen der DDR gab es ebenfalls mehr als 80 wissenschaftliche Beiräte, Fachkommissionen und Arbeitskreise, in denen ein wissenschaftlicher Vorlauf für die Politik geschaffen werden sollte. 40 Auch die SED griff auf Fachexpertise zurück: Studien "zu Ehren der Parteitage" sollten das politische Handeln wissenschaftlich untermauern. Dabei nahm die oberste Staats- und Parteiführung die Anregungen und Hinweise im Laufe der 1970/80er Jahre jedoch immer weniger zur Kenntnis. 41

Erst mit dem Machtzerfall der SED ab dem Spätsommer 1989 öffneten sich in der Wissenschaft größere Handlungs- und Denkräume. Im Oktober 1989 suchte die taumelnde Staatspartei über ein "Aktionsprogramm der SED" auf die Umwälzungen im Land zu reagieren. Expertinnen und Experten waren explizit aufgefordert, an der "Erneuerung" von Gesellschaft, Staat, Recht und Wirtschaft mitzuwirken. Im Zentralkomitee der SED gingen daraufhin hunderte Schreiben ein, in denen u.a. die "Wissenschaftsfeindlichkeit" der vergangenen Jahre und Jahrzehnte an-

Heinrich Best (Hg.): Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum, Berlin 1992, S. 13–46, hier S. 38.

³⁶ Vgl. hierzu etwa Peter Hübner: Menschen-Macht-Maschinen. Technokratie in der DDR, in: ders., Eliten, S. 325–360, hier S. 344–346.

³⁷ Vgl. Krause, Wirtschaftstheorie, S. 259.

³⁸ Vgl. Steiner, Politikberatung, S. 107 und S. 124–125.

³⁹ Vgl. Svenja Falk u.a.: Politikberatung – eine Einführung, in: Dies. (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2020, S. 1–22, hier S. 4.

⁴⁰ BArch, DR4/386, Tätigkeit und Perspektiven zentraler Beratungsgremien im Hochschulwesen, o.D.

⁴¹ Vgl. Steiner, Politikberatung, S. 125.

geprangert wurde: Zwar sei die Wissenschaft bereit, einen "konstruktiven Beitrag" zur Ausarbeitung einer neuen Gesellschaftspolitik zu leisten; die "Einheit von Politik und Wissenschaft" dürfe aber keine Gleichsetzung mehr bedeuten. Es sei "störend", dass der "Rat der Wissenschaftler" in der Vergangenheit zu wenig Beachtung gefunden und der "Widerhall" von Publikationen, Studien und Berichten in dem Maße abgenommen habe, "wie die Probleme bei uns insgesamt wuchsen". Die akademischen Eliten forderten auch den Wechsel des bisheriges Führungspersonals der SED. 43

Die Vorbereitung einer Marktordnung in der DDR stellte zunächst nicht den Sozialismus zur Disposition. Vielmehr gedachte die neue Staatsführung unter Modrow, Planung und Wettbewerb zu verbinden sowie gleichzeitig eine Vielzahl von Eigentumsformen zu garantieren.⁴⁴ Die Umsetzung wurde als "Gemeinschaftsarbeit" verstanden. In Zuschriften, die den Ministerrat damals erreichten, spiegelt sich die Erwartungshaltung der akademischen Eliten, an der Gestaltung des ökonomischen Wandels mitzuwirken. Ein Wirtschaftsjurist von der Karl-Marx-Universität Leipzig bot Luft "in alter Verbundenheit" seine Mitarbeit in der "Erneuerung" der Wirtschaftsgesetzgebung an sowie Studien aus dem Arbeitskreis Wirtschaftsrecht. 45 Ein weiterer Kollege erklärte, er habe sich "seit Jahrzehnten (im Ernst!) mit der Gestaltung wirtschaftlicher Strukturen eines hochentwickelten Sozialismus"46 beschäftigt. Es sei "verantwortungslos", wenn er in dem Moment, wo "Kleinkariertes nicht mehr gefragt ist", nunmehr schweige. Einige der Reformvorschläge mögen "utopisches Ideal" sein, vieles sei wiederum "heute recht machbar".

Die öffentliche Debatte wurde zur Jahreswende 1989/90 von den Ökonomie-Professorinnen und -Professoren der DDR dominiert.⁴⁷ Die Diskussionen stießen auch in der Bundesrepublik auf Interesse.⁴⁸ Dort

⁴² Im Folgenden: BArch, DR3/20394, Die Universitäten und Hochschulen in der Erneuerung des Sozialismus. Was bedarf der Diskussion und neuer Antworten?, 13.11.1989.

⁴³ Hierzu beispielhaft: BArch, MfS, HA XX 5877, Brief der Babelsberger Akademie an die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der SED, 6.11.1989, Bl. 1–2.

 $^{^{44}}$ Vgl. Hans Modrow: Regierungserklärung am 17.11.1989, in: Neues Deutschland, Ausgabe vom 18./19.11.1989.

⁴⁵ BArch, Vorlass Christa Luft, N 2591/31, Engelmann-Luft, 20.11.1989.

⁴⁶ BArch, DC20/9842, Breitenfeld-Vorsitzenden des Ministerrates, 20.11.1989, Bl. 26–29.

⁴⁷ Vgl. Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Berlin 2020, S. 134.

⁴⁸ Beispielhaft die Serie "Die Wirtschaft der DDR von innen gesehen", siehe: Die DDR-Bürger brauchen Zeit, die Angst vor dem Kapitalismus zu überwinden, in: Handelsblatt, Ausgabe vom 16./17.12.1989, S. 3.

herrschten aber große Zweifel hinsichtlich einer schrittweisen ökonomischen Umgestaltung in Ostdeutschland und der Ideen eines etwaigen "Dritten Weges" einer weiterhin selbstständigen DDR vor.⁴⁹ Und so wurden in jenen Wochen und Monaten der sich überschlagenden politischen Rahmenbedingungen in Ost und West hitzig über eine Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik gestritten.⁵⁰ In deutsch-deutschen Gesprächen stießen dabei disparate Erfahrungs- und Erwartungsräume zusammen.⁵¹

Der Begriff "Politikberatung" taucht in einigen Dokumenten aus der Jahreswende 1989/90 auf, z.B. finden sich im Zusammenhang mit Reformen der Justiz, Verwaltung und Medien Bereitschaftserklärungen aus der Wissenschaft, die Reformen in der DDR zu unterstützen.⁵² Von den unterschiedlichsten Gremien, die zu dieser Zeit ins Leben gerufen wurden, bildete die AG Wirtschaftsreform sicherlich die prominenteste Institution.

2. Arena des Übergangs: Akademische Eliten im 'Erneuerungsprozess' 1989/90 am Beispiel der AG Wirtschaftsreform

Die AG Wirtschaftsreform sollte ein Konzept erarbeiten, um "in kürzester Zeit den radikalen Übergang von der Kommandowirtschaft einer zentralistischen Direktivplanung auf eine sozial und ökologisch orientiere Marktwirtschaft"⁵³ zu organisieren. Zur Vorbereitung dieser Regierungskommission fand zu Beginn des Jahres 1990 an der vormaligen Parteihochschule in Ost-Berlin eine mehrtätige Klausurtagung unter Einbezug von Praktikern und Theoretikern der Ökonomie mit elf Arbeitsgruppen statt.⁵⁴ Für den Umbau der Wirtschaft sollten die Hochschulen und Uni-

die hochschule 1/2024 61

.

⁴⁹ Vgl. etwa: Gernot Gutmann: Das Ende der Planwirtschaft in der DDR, Tübingen 1990.

⁵⁰ Vgl. André Steiner: Der Weg zur Wirtchafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 441–455, hier S. 442–445.

⁵¹ Beispielsweise: Hans Süssmuth (Hg.): Wie geht es weiter mit Deutschland? Politisches Gespräch am 24/25. Januar 1990; Reformgruppen, Parteien und Kirchen aus der Deutschen Demokratischen Republik im Gespräch mit Politikern und Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1990.

⁵² BArch, DC20/18866, Vorschläge zur Unterstützung der Maßnahmen des Ministerrates der DDR für die Vorbereitung von Gesetzen im Zeitraum bis Ende 1990, Bl. 258–259; und BArch, DR4/8, Thesen zur Bildungsreform, März 1990.

⁵³ BArch, DC20/11269, Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17. 11.1989, 19.1.1990, Bl. 4.

⁵⁴ BArch, DC20/9827, Muster eines Berufungsschreibens von Prof. Dr. Luft, o.D., Bl. 53.

versitäten aus ihrer bisherigen "Stiefkindrolle"55 in eine verantwortliche Position gebracht werden. Die Durchsicht der Teilnehmerlisten bestätigt den Vorsatz, mehr wissenschaftliche Expertise zu versammeln: So stammte zwar die Mehrheit von den insgesamt 171 Personen (73 Prozent) aus den Ministerien, Betrieben, Kombinaten, Gewerkschaften und Verbänden. Doch es kamen auch 47 Personen (27 Prozent) aus dem (außer-)universitären Forschungsbereich. Täglich von morgens bis abends arbeiteten die thematisch gegliederten Gruppen an Thesenpapieren u.a. zur Preisreform, Öffnung der Außenwirtschaft und Umgestaltung des Volkseigentums. 57

Kandidaten schlugen einzelne Ministerien und nachgeordnete Einrichtungen vor, 58 hierbei erfolgte die Auswahl der Mitglieder über berufliche Netzwerke und Bekanntschaften, wie sich exemplarisch an der Rekrutierung von Werner Cramer und Peter Hoß (1937–2018) zeigen lässt. Hoß war einer von drei Professoren, die aus der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in die AG berufen wurden. Der Planökonom hatte seine akademische Laufbahn an der Hochschule für Ökonomie Berlin begonnen. Anfang der 1960er Jahre wechselte er ans Ökonomische Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission und arbeitete dort u.a. für den Stellvertretenden Vorsitzenden und späteren Leiter der AG Wirtschaftsreform, Wolfram Krause (geb. 1933).⁵⁹ Krause wurde nach Kritik an der Wirtschaftspolitik der SED 1979 versetzt, Hoß wechselte 1985 zurück an die Berliner Hochschule für Ökonomie.60 1987 wurde Hoß schließlich an die Babelsberger Akademie berufen, nachdem 1984 bereits der vormalige Institutsleiter dort zum Rektor ernannt worden war.⁶¹ Gemeinsam stellten sie der Staats- und Parteiführung im November 1989 Vorschläge zur Wirtschaftsreform zur Verfügung.62

55

⁵⁵ Luft, WEnde, S. 21–22.

⁵⁶ BArch, DC20/9827, Arbeitsgruppen für die Vorlage zur Wirtschaftsreform (Klausurtagung vom 4. Januar bis 10. Januar 1990), o.D., Bl. 17–28.

⁵⁷ BArch, DC20/9827, Rahmen-Schema für das zusammengefaßte Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppen (nicht mehr als 5–6 Seiten), o.D., Bl. 48.

⁵⁸ Die Ernennungsurkunden der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind im Bestand nicht überliefert.

⁵⁹ BArch, DR3-B/9971, Lebenslauf, 16.1.1982, Bl. 3–5.

⁶⁰ BArch, DR3-B/9971, Berufungsurkunde zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Sozialismus an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin, 23.7. 1985, Bl. 82.

⁶¹ BArch, DR3-B/9971, Steeger-Böhme, 25.2.1987, Bl. 83-84.

⁶² BArch, Vorlass Christa Luft, N 2591/31, Vorschläge für Ausarbeitungen und Mitwirkungen der Mitarbeiter der ASR zu Schwerpunkten des Aktionsprogramms der SED, 15.11.1989.

Als einziger Vertreter der Handelshochschule Leipzig besaß Cramer mittelbare Kontakte zur Leitung der AG Wirtschaftsreform. Sein akademischer Mentor und Förderer war Wolfgang Heinrichs (1929–1994). Heinrichs trat im Herbst 1989 in einem Zeitungsartikel im "Neuen Deutschland" gemeinsam mit Wolfram Krause die Debatte um die Wirtschaftsreform los. Cramer verfügte daneben über fachliche Kontakte zu Hans Luft (1936–2006), Wirtschaftsprofessor und Ehemann von Christa Luft. Er habe ihr versichert, dass Cramer kein "Betonkopf", sondern gegenüber ihrer Politik aufgeschlossen war, so Luft rückblickend. Auf diesen Wegen sei er in die Arbeitsgruppe gekommen.

Die institutionelle Herkunft spielte für die Auswahl der AG Mitglieder ebenfalls eine Rolle. Vom Apparat des Ministerrates erhielt Christa Luft Informationen über die Forschung der Babelsberger Akademie. ⁶⁵ Dort hatte der Jurist Ludwig Penig (geb. 1930) gemeinsam mit seinen Fachkollegen 1989 einen offenen Brief an die Volkskammer verfasst, in dem die Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsrecht eine radikale Wirtschaftsreform forderten: "In diesen für unsere Heimat schweren Stunden" bot die Gruppe den "gewählten Parlamentarier[n]" ihre Unterstützung an, "die Verkürzung der bisherigen Vorstellungen auf rechtliche Gestaltung des Verhältnisses von Bürger und Verwaltung … zu überwinden". ⁶⁶ Denn, so ihr Appell, es dürfe "keinen halben Rechtsstaat geben".

Das Beispiel Penigs zeigt zudem auf, dass der Umbau der Wirtschaft eng mit der rechtlichen Umgestaltung des Staates verknüpft war. So half Penig dabei, die doppelte Unterstellung kommunaler Wirtschaftsunternehmen unter örtliche und zentrale Leitungsstrukturen aufzuheben.⁶⁷ In den 80er Jahren war er bereits an der Neufassung des "Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen" beteiligt gewesen. Doch dessen Anspruch, die örtlichen Volksvertretungen in ihrer wirtschaftlichen und politischen Gestaltungsmacht zu stärken, war am starren "Demokratischen Zentralismus" gescheitert. Zur Jahreswende 1989/90 war Penigs Expertise nunmehr gefragt. Er wurde zusätzlich zur AG Wirtschaftsreform auch

⁻

⁶³ Vgl. Marcus Böick: Das letzte Gefecht? Die ökonomischen Debatten über eine "Wirtschaftsreform" innerhalb der DDR um die Jahreswende 1989/90, in: Markus Gloe u.a. (Hg.): Standortbestimmung Deutschlandforschung, Berlin 2016, S. 113–132, hier S. 115ff.

⁶⁴ Privatarchiv Kahl, E-Mailschriftwechsel mit Prof. Dr. Christa Luft, 16.6.2022.

⁶⁵ BArch, Vorlass Christa Luft, N 2591/31, Information zur weiteren T\u00e4tigkeit der Akademie f\u00fcr Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, 22.11.1989.

⁶⁶ BArch, DC 20/9842, Schreiben an die Volkskammerabgeordneten, 8.11.1989, Bl. 5-9.

⁶⁷ Vgl. Ludwig Penig: Zur Entwicklung von Kommunaleigentum in der DDR (Thesen), in: Staat und Recht, Jg. 39 (1990) H. 3, S. 199–204.

Mitglied in einer Unterarbeitsgruppe der Regierungskommission Verwaltungsreform.⁶⁸

Eine wesentliche Bedingung für die Mitwirkung in der AG war eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere. In der akademischen Wirtschaftswissenschaft war dafür eine enge Zusammenarbeit auch mit der Staats- und Parteiführung notwendig.⁶⁹ Die Lehrstuhlinhaber Cramer, Hoß und Penig waren Mitglieder der SED, zeitweise auch der Hochschulparteileitungen.⁷⁰ Im Zeitraum vor 1989 nahmen sie darüber hinaus an der jeweiligen Hochschule zusätzliche Führungsaufgaben wahr: Penig war Direktor für Forschung seiner Sektion, Cramer übernahm 1969 unter Heinrichs als Rektor das Amt des Prorektors. Nach Heinrichs Abgang an die Akademie der Wissenschaften der DDR war Cramer von 1973 bis 1982 Rektor. Für die Regierung waren sie ferner in Gesetzgebungskommissionen und Beiräten tätig.

Cramer galt als ein besonders mustergültiger Kader, der "die Einheit von politisch-ideologisch und fachwissenschaftlicher Arbeit", wie Heinrichs in einem Gutachten schrieb, "sinnvoll mit den Leitungsaufgaben" verband. Ter durfte in jungen Jahren in Moskau Ökonomie studieren, begründete mit seiner Forschung die Teildisziplin "Ökonomie des Gaststättenwesens" und prägte die ostdeutsche Wirtschaftswissenschaft als Herausgeber des Lehrbuchs "Handelsökonomie" wesentlich mit. Fachlich und politisch war er in den 1980er Jahren schließlich bestens vernetzt und anerkannt: Als Berater stand er bei der Formulierung der Binnenhandelsstrategie sowohl im Austausch mit dem Ministerium für Handel und Versorgung als auch mit der entsprechenden ZK-Abteilung. Ta

Typologisch entsprechen alle drei Personen einem Karrieristen.⁷⁴ Hierdurch konnten sie letztlich im Umbruch auf Ressourcen zurückgreifen, um Ideen und Konzepte an verschiedenen Stellen zu platzieren.

64 die hochschule 1/2024

.

⁶⁸ BArch, DC20/18866, Vorschlag für die konstituierende Sitzung der Regierungskommission Verwaltungsreform am 18.12.1989, Bl. 223.

⁶⁹ Vgl. hierzu grundlegend: Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

⁷⁰ Angaben entnommen aus den Berufungsunterlagen: BArch, DR3-B/9971, DR3-B/5089 und DR3-B/10013.

⁷¹ BArch, DR3-B/5089, Beurteilung des Prof. Dr. rer. oec. habil. Werner Cramer, 1. Stellvertreter des Rektors der Handelshochschule Leipzig, 4.1.1973.

⁷² Werner Cramer: Handelsökonomie, Berlin (Ost) 1987.

⁷³ BArch, DL1/26473, Entwicklung des "Handelsbeschlusses" – Entwurfsfolge, o.D.

⁷⁴ Zur typologischen Einordnung vgl. Peer Pasternack: Kopfarbeiter im Umbruch und Wissenschaft im Umbau. Drei Typologisierungen, in: hochschule ost, Jg. 5 (1995) H. 3, S. 29–43, hier S. 31.

Exemplarisch zeigt sich das neben dem bereits genannten Buch an einem Aufsatz von 1989/90, den Cramer innerhalb eines kurzen Zeitraums (fast deckungsgleich) in drei Zeitschriften publizierte: der Hochschulzeitschrift, der Fachzeitschrift "Der Handel", und "Die Einheit" – dem theoretischen Sprachrohr des ZK der SED.⁷⁵ Dagegen konnten andere Mitglieder der Handelshochschule Leipzig erst mit Unterstützung durch bundesdeutsche Verlage eigene Reformvorstellungen auch auf einen breiteren Markt präsentieren.⁷⁶

Die Staatsnähe der Forschungen zeigt sich auch an den Forschungsprojekten. Cramer, Hoß und Penig waren im Zentralen Forschungsplan der Marxistisch-Leninistischen Gesellschaftswissenschaften mit politisch bedeutsamen Themen aufgeführt. Die Ergebnisse dieser Projekte dienten offiziell dazu, die Politik für die kommenden Jahre vorzubereiten. Damit war eine engere Anleitung, aber auch eine prestigeträchtigere Karriere verbunden.⁷⁷ Die Staats- und Parteiführung setzte aber entgegen dem Expertenrat die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" auf ökonomischem Gebiet in den 1980er Jahren ungemindert fort.⁷⁸ Nur marginale Kurskorrekturen wurden umgesetzt. Diese starre Fixierung auf den Planungs- und Steuerungsmechanismen kritisierte Hoß rückblickend. Zur ökonomischen Umgestaltung 1989/90 griff er auf Lösungsansätze zurück, die in den 1960er Jahren in der kurzen Reformperiode des "Neuen Ökonomischen Systems" vorgeschlagen worden waren.⁷⁹ Die Politik der SED wurde in Forschungsberichten, die vor 1989 erschienen, jedoch nur verhalten kritisiert. So hieß es etwa, bei der Bilanzierung und Plandurchführung gebe es "Probleme", die nicht allein durch die "örtlichen Staats-

⁻

⁷⁵ Werner Cramer: Gedanken zur Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus, in: Die Einheit: Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus, Jg. 44 (1989), H. 12, S. 1121–1124; in den beiden anderen Zeitschriften mit leicht abweichenden Titeln: "Überlegungen zur Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus in der DDR", in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Handelshochschule, Jg. 26 (1990) H. 2, S. 89–91; "Vorschläge zur Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus", in: der Handel. Zeitschrift für Theorie u und Praxis des Binnenhandels in der Deutschen Demokratischen Republik, Jg. 49 (1989) H. 6, S. 21–23.

⁷⁶ Siehe beispielhaft Peter Hofmann/ Kurt Stingl (Hg.): Marktwirtschaft in der DDR. Chancen und Herausforderungen, Berlin (West) 1990.

⁷⁷ Vgl. Krause, SED-Parteihegemonie, S. 34–38.

⁷⁸ Vgl. hierzu: André Steiner: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–194.

⁷⁹ Vgl. Peter Hoß: Staatliche Pläne und Planung, in: Klaus König (Hg.): Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991, S. 175–198, hier S. 176.

organe" gelöst werden könnten.⁸⁰ Ehemalige Parteifunktionäre bemängelten daher nach 1989/90, dass die "wahre Lage"⁸¹ in Berichten nur gefültert wiedergegeben worden sei. Die eingeübte Zurückhaltung und Disziplinierung in den Gesellschaftswissenschaften erwiesen sich so als teilweise falsch verstandene Akzeptanz der Parteipolitik.⁸²

Obschon die akademischen Eliten den Umbruch nicht vorausgesehen hatten, konnten sie in Teilen auf Forschungen als Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für den Wirtschaftsumbau zurückgreifen. Cramers oben genannter Aufsatz basierte auf einer Studie aus den 1980er Jahren. 83 Er hatte eine Forschungsgruppe zur Konsumgüterindustrie geleitet, einer Industrie, die besonders von den allgegenwärtigen Versorgungsengpässen betroffen war. So verzeichnete die Gruppe ein rückläufiges Angebot an Grundnahrungsmitteln und benannte als Ursache die staatliche Subventionspolitik. Eine ihrer Empfehlungen lautete daher, "unnötige Zentralisierungen von Entscheidungen" zu beseitigen sowie Handelsbetrieben und Verkaufseinrichtungen mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen. Die staatliche Ausblendung von "ökonomischen Gesetzmäßigkeiten" war auch in Berichten aus der Handelshochschule vor 1989 ein wiederkehrendes Thema.84 Schon in den 1980er Jahren wandte sich Cramer der "Marktforschung im Sozialismus"⁸⁵ verstärkt zu – ein Thema, das er im geplanten Marketing-Institut nach 1990 inhaltlich weiter auszubauen gedachte.

Für die ostdeutschen Konzepte und Maßnahmen zur Umstellung der Plan- auf eine Marktwirtschaft stellte die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nur begrenzt eine Orientierung dar. Aufschlussreich ist die Ablehnung der Lehren des ehemaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard (1897–1977), dessen Schriften in der Bundesrepublik geradezu als Musterweg einer ökonomischen Transformation angepriesen wurden. Zugleich stellten die bundesdeutsche Öffentlichkeit und deren hochschulpolitische Akteure ihrerseits in Frage, ob "Ludwig Erhards Einzug in die

.

⁸⁰ Siehe beispielhaft: SAPMO-BArch, DY30/24994, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR: Forschungsbericht für das Jahr 1987, Potsdam 1988.

⁸¹ Schirmer, Leitung und Planung, S. 169.

⁸² Vgl. Krause, SED-Parteihegemonie, S. 38.

⁸³ BArch, DL1/26473, Studie: "Hauptlinien der langfristigen Leistungs- und Effektivitätssteigerung des Binnenhandels in Verwirklichung der Gesellschafts- und Wirtschaftsstrategie der SED", Juni 1988.

 $^{^{84}}$ Beispielhaft etwa: BArch, DR3/20305, Informationsbericht über aktuell-politische Diskussionen (P $30),\,21.12.1987$

⁸⁵ UAL, HHL 010329, Begründung zum Antrag der Gewährung eines Sondergehaltes für Prof. Dr. habil. Werner Cramer, 10.8.1988, Bl. 62.

DDR-Universitäten"⁸⁶ gelingen könnte, sah die ostdeutsche ökonomische Zunft das "geistige Rüstzeug" dagegen dezidiert in den "konkreten Gegebenheiten und Bedingungen sowie ihre subjektive Reflexion in der DDR".⁸⁷ Die akademischen Eliten suchten analytische, prognostische und visionäre Aspekte gleichermaßen zu behandeln.⁸⁸ Die Aufsätze und Schriften zeugen von einer immensen Detailtiefe und konkreten Problemlösungen anstelle von teils eher theoriegeleiteten Modellen einer Transformation, die im Westen kursierten.

Der Bruch mit der "administrativ-zentralistischen Planwirtschaft"⁸⁹ bildete für die DDR-Eliten die Richtschnur. Dabei fanden sie in der Auseinandersetzung mit dem vormaligen System durch den Wegfall der politisch-ideologischen Deutungsmacht zu einer klareren Sprache.⁹⁰ Cramer etwa buchstabiert in seinem 1990 publizierten Buch seine Positionen aus dem Jahr 1989 deutlicher aus. Hatte er im Winter 1989 noch von der "Schaffung eines voll funktionierenden sozialistischen Marktes"⁹¹ gesprochen, wählte er im Angesicht der Krise Anfang 1990 drastischere Formulierungen: "Es klingt schockierend, aber es ist wahr: Wer für die schnellstmögliche Höherentwicklung der menschlichen Zivilisation mit ihren rasch anwachsenden globalen Problemen eintritt, der muß dies *mit* dem Markt und nicht gegen ihn tun."⁹²

Für Cramer war die Umstellung ein "dialektischer"⁹³ Prozess. Die Bereitschaft zum Umdenken wurde ihm in einer Zwischenevaluation 1991 auch positiv angerechnet.⁹⁴ Überwiegend lautete die dominante Lesart auf bundesdeutscher Seite jedoch, die älteren Kohorten der ostdeutschen Eliten seien nicht mehr lern- und wandlungsfähig.⁹⁵ Dies zeigt sich beispielhaft im Gutachten über Penig von 1991: Es sei aufgrund seines "fortgeschrittenen Alters … nicht zu erwarten", dass ihm die "Um-

⁸⁶ Ludwig Erhards Einzug in die DDR-Universitäten, in: Saarbrücker Zeitung, Ausgabe vom 3.5.1990, zitiert nach: Böick, Treuhand, S. 128.

⁸⁷ Vgl. Hofmann/Stingl, Vorwort, in: Dies. (Hg.): Marktwirtschaft, S. 7.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 7-9.

⁸⁹ Cramer, Marktwirtschaft, S. 12.

⁹⁰ Vgl. hierzu auch: Martin Sabrow: Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Ders./Jarausch, Untergang, S. 83–118, hier S. 105–106.

⁹¹ Siehe bspw., Cramer, Vorschläge, S. 21.

⁹² Cramer, Marktwirtschaft, S. 11.

⁹³ Ebd., S. 5.

⁹⁴ UAL, HHL 240001, handschriftliche Notizen zu Cramer, Bl. 158.

⁹⁵ So etwa bei Gutmann/Hamacher, Humanvermögensentwertung, S. 234.

stellung" auf das geltende Recht der Bundesrepublik gelinge.⁹⁶ Er sollte stattdessen dem wissenschaftlichen Nachwuchs Platz machen. Wie viele seiner Altersgenossen schied Penig so frühzeitig aus dem Erwerbsleben aus.

Penigs Tätigkeiten als Politikberater wurden in der Evaluierung weitgehend ausgeblendet. Dabei hatte seine Karriere in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 erst richtig an Fahrt aufgenommen. Unter Lothar de Maiziere (geb. 1940) wurde Penig zum juristischen Berater im Amt des Ministerpräsidenten berufen. Fer unterstützte die Regierung bei Verhandlungen zu den beiden Staatsverträgen und leitete zudem eine Arbeitsgruppe für Vermögensrestitutionen, wodurch er am Treuhandgesetz vom Sommer 1990 beteiligt war. De Maiziere kannte Penig noch von der Humboldt-Universität zu Berlin, wo Penig Gastvorlesungen gehalten hatte, und schätzte ihn als Fachmann. So wurde Penig gegen Ende der DDR mit der Vermögensauflösung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes betraut – eine Aufgabe, die zeitintensiv sei und von der Hochschullehre ablenken würde, so eine weitere Begründung für seine Abberufung.

Hoß fand als Fachmann 1990 ebenfalls den Weg aus der Wissenschaft in die operative Politik. Von April bis Oktober 1990 war er Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, ¹⁰⁰ wo er an berufliche Kontakte anknüpfte. Nach 1990 arbeitete er dann als Geschäftsführer der Deutschen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, 2001 folgte der Ruhestand. In Fachkreisen aus dem ostmitteleuropäischen Raum fand sein Werdegang nach seinem Ableben eine gewisse Würdigung. ¹⁰¹ In der Selbstdarstellung der späteren Universität Potsdam heißt es dagegen, vor 1989 habe es in Potsdam gar keine Wirtschaftswissenschaften gegeben. ¹⁰² Dabei hatte Hoß Anteil an der Umbildung eines entsprechenden Fachbereiches an der Babelsberger Hochschule. Doch

⁹⁶ UAP, UP 8657, Empfehlung Unabhängige Gutachterkommission zu Herrn o. Prof. Dr. jur. habil Ludwig Penig, 2. Mai 1991.

⁹⁷ BArch, DC 20/6099, de Maizière-Steding, 17.5.1990, Bl. 6.

⁹⁸ Privatarchiv Kahl, Brief von de Maizière an den Autor, 23.2.2022.

⁹⁹ UAP, UP 8657, Empfehlung Unabhängige Gutachterkommission zu Herrn o. Prof. Dr. jur. habil Ludwig Penig, 2. Mai 1991.

¹⁰⁰ BArch, DL3/111, MWZ Organigramm, o.D.

¹⁰¹ Vgl. Matti Raudjärv: Prof. Dr Peter Karl-Friedrich Hoss (25.4.1937–21.12.2018) in memoriam, in: Estonian Discussions on Economic Policy, 5.9.2019, URL https://ojs.utlib.ee/index.php/TPEP/article/view/15466 (10.2.2022).

¹⁰² Vgl. Rolf Mitzner: Denkschrift der Universität Potsdam, Potsdam 1993, S. 61.

diese Aufgabe scheiterte nicht zuletzt Ende 1990 daran, dass jene Sektion von der Landesregierung ersatzlos abgewickelt wurde.

Während das (hochschul-)politische Engagement der akademischen Eliten Ostdeutschlands von bundesdeutscher Seite vielfach aus- und überblendet wurde, riefen im Osten die Positionen und Stellungen der Hochschullehrerschaft nach 1989/90 Kontroversen hervor. Schon vor 1989 war Cramer in ministeriellen Arbeitsgruppen an der Reform der Ökonomieausbildung beteiligt. 103 Mit dem Umbruch knüpfte er dort an und entwarf für die Handelshochschule überarbeitete Studiengänge. Doch stieß die Initiative auf Kritik: Er würde die neuen demokratischen Strukturen missachten und stattdessen Positionspapiere weiterhin im Namen der gesamten Hochschule veröffentlichen. 104 Als Cramers Fachbereich abgewickelt und Zeitverträge ausgestellt wurden, äußerte der Personalrat Bedenken gegen seine Weiterbeschäftigung. Verfehlungen wurden aber nicht nachgewiesen. Erst mit der absehbaren Integration der Handelshochschule in die Universität Leipzig im Herbst 1992 schied Cramer im August 1992 vorzeitig aus dem Hochschulbetrieb aus; zuvor hatte er sich einer abschließenden Evaluierung entzogen. Fortan half er als freier Unternehmensberater bei der Privatisierung der russischen Wirtschaft und arbeitete als Autor ökonomischer Lehrbücher. 105

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ostdeutsche Wissensbestände im Systemwechsel keinesfalls obsolet wurden, sondern die Grundlage für Lösungsansätze bildeten. Die drei vorgestellten Mitglieder der AG Wirtschaftsreform konnten auf Netzwerke, Forschungen und bestehende Formen der Politikberatung zurückgreifen, die dann 1989/90 zum Tragen kamen. Mit ihrer Expertise blieben die akademischen Eliten auch nach dem Ende der Arbeitsgruppe für die Bewältigung der Transformation gefragt. So fanden sie sich vielfach als politische Akteure in verantwortlichen Positionen innerhalb von Ministerien wieder. Gleichzeitig schürten die Privilegien und Stellungen Ressentiments, die schon vor 1989 bestanden und die sich ab 1989/90 in Widerständen niederschlugen und zu Karriere(ab)brüchen an den Hochschulen und Universitäten führten.

102

¹⁰³ BArch, DR3/20299, Langfristiges Lehrbuchprogramm 1986 – 1990, o.D.

¹⁰⁴ UAL, HHL 010151, Leder-Goldammer, 16.11.1990, B. 140.

¹⁰⁵ Werner Cramer: Die Gesetze der Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Wissenschaft contra Ideologie – Ein Lehrbuch, Berlin 2012.

Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft

Eine erfahrungsgesättigte Analyse

Bernd Florath Berlin Die erste notwendige Bedingung der Freiheit ist aber Selbsterkenntnis, und Selbsterkenntnis ist eine Unmöglichkeit ohne Selbstbekenntnis. (Karl Marx)¹

Als Armin Mitter und Stefan Wolle Anfang Januar 1990 ihren Aufruf zur

Gründung einer "Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker in der DDR" ans Schwarze Brett des Zentralinstituts für Geschichte pinnten, las ich diese Brandschrift halb amüsiert, halb kopfschüttelnd: Irgendwie traf der wütende Text die Situation, zugleich empfand ich ihn auch als ziemlich dick aufgetragen. Da ich mit den beiden Autoren schon als Student befreundet war und mit ihren Temperamenten (eher hitzig bei Armin Mitter, ironisch bis sarkastisch bei Stefan Wolle) vertraut war, nahm ich es als notwendiges offenes Wort ernst, war selbst aber in dieser Zeit zu sehr mit der Abwicklung der SED in der Akademie beschäftigt,² um mich weiter darum kümmern zu können. Unter den etablierten Kollegen war ohnehin bereits eine muntere und z. T. kontroverse Debatte ausgebrochen, deren Effekt noch keineswegs abzusehen war. Einigkeit herrschte darüber, dass tiefgreifende Änderungen notwendig waren, um eine Situation zu beenden, in der die Geisteswissenschaften "zu Bestätigungsinstanzen der SED-Beschlüsse"3 geworden waren.

Beseitigt werden sollte ein System, in dem bestimmte historische Vorgänge systematisch verschwiegen, verfälscht, geleugnet wurden, um

70 die hochschule 1/2024

__

¹ Die Verhandlungen des 6. Rheinischen Landtags. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 1, S. 28.

² Vgl. Bernd Florath: Gespensterstunde – von der SED zur PDS. Eine Staatspartei auf Überlebenssuche, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Berlin, Bonn 2021, Bd. I, S. 186–203.

³ Armin Mitter/Stefan Wolle: Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker in der DDR (10. Januar 1990). In: Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk/Isolde Stark (Hg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes. Berlin 1994, S. 22.

der herrschenden Partei den Anschein zu verleihen, historisch gesetzmäßig und frei von jeglichen Verbrechen gewachsen zu sein. Gegen diese "Instrumentalisierung der Geschichte zum Zweck der Herrschaftssicherung" protestierten Mitter und Wolle und betonten die Unmöglichkeit, die Situation "von innen heraus" zu ändern. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um die Applizierung der politischen Revolution auf einen spezifischen Sektor des (ideologischen) Staatsapparates.

Verantwortlichkeiten im bestehenden System

Besonders in der zeithistorischen Forschung der DDR bestand ein striktes System der Zensur, sodass Regimekritisches oder gar -feindliches in der Regel gar nicht erst gedruckt wurde. Dieses System war kein äußeres, die Historiker gleichermaßen einzäunendes, repräsentiert durch einen Oberzensor. Das System bestand vielmehr in einem vielstufigen Konzert von Begutachtungen und Textrevisionen, vollzogen durch Kollegen der eigenen Zunft. Es operierte desto engmaschiger, je mehr sich die Texte mit politisch sensiblen Themen befassten. Das Verfahren zielte indes weniger auf die Texte als auf deren Autoren und ihre Gesinnung. Die ideologische Kontrolle überwachte in erster Linie die Loyalität der Personen: der Autoren ebenso wie der institutionell Verantwortlichen und der Gutachter.

Gegen die Eigendynamik der Wissenschaft an den Universitäten hatte die SED die Hegemonie ihres ideologischen Ansatzes nicht allein mit der wissenschaftlichen Autorität ausgewiesener Nazigegner durchgesetzt, sondern vor allem durch die Etablierung einer parallelen Wissenschaftsstruktur innerhalb und außerhalb der Universitäten, in Einrichtungen der Partei, an denen die nächste Generation nicht nur ihre wissenschaftliche, sondern auch ihre politische Ausbildung erhielt.⁶ Bis Mitte/Ende der 1950er Jahre waren die verantwortlichen Positionen und Lehrstühle durch Kader besetzt, die sich zwar auf ihre fachwissenschaftlichen Meriten berufen konnten, deren Kernkompetenz allerdings in ihrer Verlässlichkeit als Vertreter der Partei bestand. Sie waren es, die die Geschichtspolitik der SED durchzusetzen hatten. Freilich waren sie zugleich immer auch Objekte dieser Politik. Kamen Zweifel an ihrer unbedingten Loyali-

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda, S. 23.

⁶ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 1997, S. 98–106.

tät auf, wurden auch sie in unterschiedlichen Graden zu Objekten der Disziplinierung, wurden von Schlüsselpositionen versetzt bzw. nicht in solche berufen oder marginalisiert wie z.B. Günter Mühlpfordt,⁷ Helmut Eschwege⁸ oder Manfred Kliem.⁹ Das System der Kadernomenklatur verlieh stellvertretend die Autorität der SED, die Interessen der Partei durchzusetzen, an ihre Funktionäre, die "Arbeiter an der historischen Front". Diese Übertragung war verbunden mit der gesteuerten Karriere, privilegiertem Zugang zu Ressourcen und einem höheren Maß an Eigenverantwortlichkeit, nicht zuletzt bei internationalen Kontakten.

Für Beobachter aus dem Ausland war die Historiographie der DDR sichtbar vor allem durch diese Kader, ihre Publikationen und Kontakte mit ihnen – ein Bild, in dem die internen Arbeitsbedingungen in der historischen Zunft der DDR ausgeblendet blieben. ¹⁰ Die Kontrolle über Publikationen (verschärft über solche, die im Ausland erscheinen sollten), Reisen, insbesondere ins westliche Ausland, oblag den durch das System der Nomenklatura geprüften und kontrollierten Kadern. Deren Autorität bestimmte darüber hinaus auch die Entwicklung und personelle Ausstattung von Projekten. Selbst der Zugang zu Archiven, vor allem der zeithistorisch relevanten Archive, unterlag strikter Kontrolle. So blieb z. B. die Einsichtnahme in Archivalien des SED-Parteiarchives abhängig von der Befürwortung durch SED-Parteisekretäre. Selbst wenn diese gegeben war, konnte das Material nicht durch die Forschenden selbst recherchiert werden, sondern wurde vorgelegt unter dem Aspekt der von Archivseite definierten Relevanz für das angegebene Thema.

⁻

⁷ Vgl. Margarete Wein: Der "Fall Mühlpfordt" 1947–1989 und Ulbrichts Verfolgungskampagne an der Universität Halle. Mit Exkurs: Lehren der Geschichte – Zur Lage nach den Wahlen von 1998. 50 Fragen an Günter Mühlpfordt, in: Erich Donnert (Hg.): Aufklärung in Europa. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 777–819.

⁸ Das Unbehagen an, um nicht zu sagen der Horror vor ernsthafter Erforschung der Shoah selbst durch eigene Parteigänger zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit am Beispiel von Ota Kraus und Erich Kulka (Die Todesfabrik. Berlin 1957) oder Anatolij Kuznecov (Babi Jar. Berlin 1968), deren Bücher vom Markt verschwanden und deren Arbeitsmöglichkeiten weit eingeschränkt wurden. Kulka und Kuznecov emigrierten schließlich nach Israel.

⁹ Kliems eigenmächtige Kommentare sowohl zur Biographie von Marx (Karl Marx. Dokumente seines Lebens 1818 bis 1883. Leipzig 1970.) als auch zum "Kommunistischen Manifest" (Ausgabe des Reclam Verlages, Leipzig 1976) als Mitarbeiter des Institus für Marxismus-Leninismus führten nicht nur zu einem Parteiverfahren und seiner Entlassung, sondern noch über zehn Jahre später auch zu Schwierigkeiten bei seiner Habilitation.

¹⁰ Dies traf bei der Evaluation der wissenschaftlichen Leistungen post festum um so mehr auf die Lehrtätigkeit zu, bei der insbesondere in kleinen Seminaren die gängigen Axiome mitunter geradezu subversiv dekonstruiert wurden.

Zweifelsohne war die Spannung zwischen professioneller Arbeit und politischer Disziplin permanente Arbeits-, ja Existenzbedingung für die Geschichtskader, wenn auch individuell in unterschiedlicher Schärfe empfunden. Eine Beschreibung der DDR-Historiographie als eine "anormale"11 oder "oktrovierte Normalwissenschaft"12 geht am Kernproblem vorbei. Nicht die Wissenschaft wand sich zwischen Wissenschaftlichkeit und Parteiauftrag, die Personen taten dies und sie wussten, was sie taten. Die Debatte darüber, ob wissenschaftliches und politisches Interesse sich kontravalent oder disjunktiv gegenüberstünden, unterstellt freilich einen Wissenschaftsbegriff, der sowohl Offenheit wie Orientiertheit an einem exklusiven Paradigma als zulässig unterstellt, aber sie problematisiert nicht, welche politischen Interessen die wissenschaftlichen desavouieren und welche einer so immens politischen Wissenschaft notwendig immanent sind – es sei denn die Geschichtswissenschaft soll unpolitisch, d. h. interessenlos, bloße Brotgelehrsamkeit sein, wie sie Friedrich Schiller beschrieben hat

Allerdings waren DDR-Historiker nicht politisch im Sinne von $\pi o\lambda i \tau \epsilon \varsigma$, indem sie sich als Bürger ihres Gemeinwesens mit den spezifischen Mitteln ihrer Arbeit in dessen Gestalt einbrachten, sondern sie waren politisch lediglich im Sinne einer Macht, die sich absolut über verschiedene gesellschaftliche Interessen erhob, seien diese ökonomischer oder, wie hier, wissenschaftlicher Natur. Positiv legitimiert war diese Macht einzig durch Negation eines inhumanen Vorgängerregimes. Die bloße Negativität eines Antifaschismus, der alles, was nicht den Vorstellungen der kommunistischen Partei entsprach, als tatsächlich oder zumindest potentiell faschistisch bekämpfte, wirkte endlich als absolute Negativität.

Die DDR-Historiker waren freilich weder bloße Parteifunktionäre, noch waren sie nur durch äußeren, politischen Druck kujonierte Wissenschaftler – sie waren in graduell unterschiedlicher Weise akzentuiert beides. Und sie waren es über den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR.

die hochschule 1/2024 73

_

¹¹ Konrad Jarausch: Die DDR-Geschichtswissenschaft als "Meta-Erzählung". In: Martin Sabrow (Hg.): Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR. Leipzig 1997, S. 31.

 $^{^{\}rm 12}$ Martin Sabrow: Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis. In: Ebenda, S. 60.

¹³ Vgl. Bernd Florath: Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren, in: Utopie kreativ, 73/74/1996, S. 51–64; ders.: Von der historischen Mission der SED. Wandel der politischen Vorgaben in den sechziger Jahren und die Entpolitisierung der Historiker der DDR, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. München 1998, S. 205–226.

Nimmt man die in Marxens "Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie" skizzierte Grundauffassung als das für die DDR-Geschichtswissenschaft geltende Paradigma historischer Erklärung und Methode – womit man sich innerhalb wissenschaftsförmiger Methodik befände –, so sind die politischen Folgerungen, welche die kommunistischen Parteien aus diesem Verständnis des historischen Fortschritts gezogen haben, selbst kein Teil dieses Paradigmas und können nur als außerwissenschaftliches Oktroy Geltung erlangen. Die SED hatte ihre Politik als historische Sendung, sich selbst gleichermaßen als Platzhalter des Weltgeistes begriffen. Daher hatte die historische Zunft den Gang des Fortschritts zur SED als aus der Vergangenheit sich logisch entfaltend nachzuzeichnen.

Doch dass die Historiker dieses Ansinnen "ursprünglich" unterstützt, ihm aber "allmählich" distanzierter gegenübergestanden hätten, ist eine Legende. 14 Die unmittelbar politischen Interventionen in die Arbeit der Fachwissenschaft zielten auf die Personen, ja mehr noch, sie zielten auf die Gesinnung, in der die Historiker ihre Arbeit leisteten. Schon die Auffassung, in der Wissenschaft "die Politik vollkommen beiseite zu lassen", wurde daher "als eine Provokation" 15 betrachtet, es galt – um es mit den Worten von Marx zu beschreiben, die "Jurisdiktion des Verdachts …, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien" machte. 16

Die Selbstverständlichkeit, mit der Äußerungen von Politikern als "grundsätzliche Feststellungen und Hinweise, … als eine sehr wertvolle Hilfe für die weitere Arbeit"¹⁷ der Forschung als Leifaden zugrunde gelegt wurden, gehörte zum Kanon einer Ausbildung, nach der "von den allgemeinen Darstellungen zu Spezialabhandlungen" vorangeschritten werden sollte, wobei "Studien der Werke von Marx, Engels und Lenin sowie der Parteibeschlüsse" von "besonderem Wert" seien.¹⁸ Noch 1989 wurde den vollkommen überlebten und offenkundig kontraproduktiven

74 die hochschule 1/2024

.

¹⁴ So Ralf Possekel: Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Geschichte und Gesellschaft, 24(1998)3, S. 457 f.

¹⁵ Treffbericht des IM "Arno" (Kurt Gossweiler) vom 11.11.1959, BStU, ZA, MfS, AIM 2951/80, Teil II, Bd. 1, Bl. 14.

¹⁶ Karl Marx: Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 1, Berlin 1978, S. 14.

¹⁷ Werner Tschannerl: Die SED-Führung und der "Grundriß der Geschichte des deutschen Volkes", in: Martin Sabrow/ Peter T. Walther (Hg.): Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR. Leipzig 1995, S. 115.

¹⁸ Walther Eckermann/ Hubert Mohr (Hg.): Einführung in das Studium der Geschichte. 3., völlig neu erarb. Aufl., Berlin 1979, S. 539.

Thesen der SED-Führung zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung¹⁹ von verantwortlichen Wissenschaftlern in ihrer Eigenschaft als Wissenschaftsfunktionäre ein erkenntnisfördernder Inhalt zugerechnet.

Die Unterwerfung unter die politischen Aspirationen der Partei war nicht geboren aus der Annahme, "dies würde *im Interesse* der Wissenschaft selbst, ihres substantiellen Fortschritts, geschehen".²⁰ Sie war geboren aus der Übereinstimmung der Historiker mit den politischen Zielen dieser Partei, der das wissenschaftliche Ethos unterworfen wurde. Mit einem Marx'schen Paradigma freilich hatte das nichts zu tun:

Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrthümlich sie immer sein mag), sondern von aussen, ihr fremden, äusserlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu accomodieren sucht, nenne ich "gemein".²¹

Man mag die Engführung der Geschichtswissenschaft in der DDR auf das Marx'sche Paradigma als Einschränkung und Verarmung beklagen, ihre wissenschaftlichen Defizite lagen aber vor allem in ihrer Unterordnung unter außerwissenschaftliche Interessen begründet.

Krisenstrategien leitender Historiker 1989

Im November 1989 war auch den leitenden Historikern der DDR aufgefallen, dass sich das Land veränderte. Diesen Umstand zu benennen, bedurfte es zu jenem Zeitpunkt keines Bürgermutes mehr. Die Phase des Abwartens, ob sich der Wind wieder drehe und dann jene auffräße, die sich für Veränderungen engagiert hatten, ging ihrem Ende zu. Selbst jene, die für die bisherige Entwicklung Schlüsselverantwortung trugen, befleißigten sich der Kritik – freilich auch ohne sich selbst als jene Akteure zu benennen, die das Desaster zu verantworten hatten. Verantwortung, ja Schuld trugen immer andere.

Am 29. November 1989 versammelte sich das (erweiterte) Präsidium der Historikergesellschaft zur Schadensbetrachtung. Der Präsident Heinrich Scheel machte gleich einleitend eine verblüffene Bemerkung. Man habe gearbeitet, sich in letzter Zeit sogar an einige schwierige Fragen herangetastet, "aber all das langte bei weitem nicht zu, um all das wegzu-

die hochschule 1/2024 75

.

¹⁹ Vgl. 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden, für das Wohl des Volkes. Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD; Beschluß der 6. Tagung des ZK der SED, 9.10. Juni 1988. Berlin 1988.

²⁰ Possekel, a.a.O., S. 457.

²¹ Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863). Teil 3. In: MEGA II, 3, Berlin 2013, S. 771.

wedeln, was die elementare Volksbewegung in den letzten Wochen an Frust und Verkrustung aus unserem Geschichtsbild weggewedelt hat – Frust und Verkrustung, um deren Existenz wir sehr wohl wußten".²² Die Probleme waren den Verantwortlichen nicht neu. Überraschend war allenfalls, dass diese nunmehr mit derartiger Geschwindigkeit und Radikalität auf die Tagesordnung gesetzt wurden, dass kaum noch Zeit für Antworten blieb. Oder doch? Scheel empfahl ein dreistufiges Verfahren: 1. Kritik des "Vorhandenen mit allen Fehlern und Mängeln"; 2. Sammlung von Ideen, ohne Rücksicht auf deren Realisierbarkeit zu nehmen, 3. Verwirklichung des Machbaren. Der Revolutionshistoriker Manfred Kossok reduzierte die demokratische Revolution auf den "Sturz von Idolen und Bilderstürmerei",²³ auf einen radauartigen Moment der Empörung, dem mit einer Reformation des Glaubens abzuhelfen sei.

Weitgehende Einigkeit bestand unter den präsidialen 14 Historikern (und der einen Historikerin) darin, zentrale Leitungs- und Lenkungsbehörden der SED wie den Rat für Geschichtswissenschaft zu schleifen und damit das unmittelbare Eingriffsrecht der Partei in die professionelle Arbeit. Dass die rigorosen Kontroll- und Zensuranmaßungen des Institus für Marxismus-Leninismus zuvor ausgerechnet von Walter Wimmer, der geradezu als Personifizierung des monierten Verfahrens gelten konnte, im "Neuen Deutschland" kritisiert worden waren, rief freilich empörte Gegenreden hervor: "Und wer damals dazu geschwiegen hat, hat für mich heute nicht das moralische Recht, sich zu entrüsten."²⁴

Karl Drechsler benannte in seiner Rede ähnliche Punkte wie später Mitter und Wolle, nur moderater im Temperament und beschränkt auf die ihm näher liegenden Fachgebiete:

Zur Positionsbestimmung gehören in erster Linie die schonungslose Überprüfung und die Aufarbeitung der gesamten bisherigen Geschichte des internationalen Sozialismus, vor allem der Geschichte sozialistischer Länder und der kommunistischen Bewegung.²⁵

Eine Totalrevision der geleisteten eigenen Arbeit. Was soll man mit dem selbstverursachten Desaster anfangen? Drechslers Antwort lautete:

76 die hochschule 1/2024

-

²² Heinrich Scheel: Neue Anforderungen an die Arbeit der Historiker. Standpunkte – Probleme – Vorschläge. Materialien der erweiterten Tagung des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft vom 29. November 1989. Eröffnungsansprache. In: Wissenschaftliche Mitteilungen (der Historiker-Gesellschaft) (im Folg: WiMi), 1990/I, S. 7.

²³ Manfred Kossok: Diskussionsthesen. In: Ebenda, S. 9.

²⁴ Klaus Kinner: Worum es geht. In: Ebenda, S. 15.

²⁵ Karl Drechsler: [Diskussionsrede] In: Ebenda, S. 26.

Das gebietet, meine ich, Selbstbesinnung, aber nicht Selbstaufgabe, Selbstkritik, aber nicht Selbstzerstörung, Selbstbefragung, aber mit Selbstbewußtsein und mit Würde. ²⁶

Die Mitglieder des leitenden Gremiums der Berufsorganisation der DDR-Zunft debattierten den eingetretenen Schaden, als wären sie dauerhaft abwesend gewesen, und zeigten sich erstaunt. Aber selbstverständlich, so lautet ihre Schlussfolgerung, dürfe man in der Havarie nicht die Fachleute, d.h. deren Verursacher wechseln.²⁷ Die Fachleute aber wussten um die Fehler, die sie gemacht hatten. Manfred Weißbecker verwies auf die Defizite der mit großem Aufwand verbreiteten Biographie Ernst Thälmanns, fragte nach den "lackierenden Malweisen und Fälschungen" darin und warf die Frage der Wahrhaftigkeit und professionellen Ernsthaftigkeit auf.²⁸

Letztlich aber ging es um die Rettung der Deutungsmacht. Wenn schon eine Umwertung der Werte unumgänglich erschien, dann sollte sie auch von denselben Herrschaften kontrolliert werden, die sie in Verkehr gebracht hatten. Entscheidend waren nicht die Inhalte der Forschungen, sondern die Loyalität der im System der Kadernomenklatur²⁹ organisierten politischen Funktionäre. Entsprechend priorisierte Kurt Pätzold die politische vor der wissenschaftlichen Disziplin:

Die Historiker der DDR waren eine leistungsfähige, hochorganisierte und durch Disziplin ausgezeichnete Gruppe von Gesellschaftswissenschaftlern in unserem Staate. Nach meinem Urteil könnten wir das bleiben, vorausgesetzt wir würden uns den Inhalt unserer Disziplin und darüber, wie wir sie miteinander und nach außen üben wollen, neu verständigen.³⁰

²⁶ Ebenda.

²⁷ In diesem Sinne hatte sich am 10.11.1989 Moritz Mebel gegen die Einberufung eines SED-Parteitages gewandt: "Für einen operativen Eingriff sei der richtige Zeitpunkt wichtig." Den folgenden Satz verschwieg das "Neue Deutschland": Man könne, so Mebel, während der Operation nicht das Ärzteteam austauschen, weshalb er gegen den weithin geforderten – ein neues Zentralkomitee wählenden – Parteitag sei. – Vgl. Neues Deutschland, 11. 11.1989, S. 3.

²⁸ Vgl. Manfred Weißbecker: Verantwortung und Wahrhaftigkeit von Historikern heute – Stellungnahme zu einem Interview. In: WiMi 1990/I, S. 37.

²⁹ Vgl. zum System und der Funktion der Kadernomenklatur Borys V. Levyc'kyj: Die Nomenklatur als ein wichtiges Instrument sowjetischer Kaderpolitik, in: Osteuropa, 11 (1961) 6, S. 406–412; Michail S. Voslenskij: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion. Wien ³1980; Matthias Wagner: Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR. Berlin 1998.

³⁰ Kurt Pätzold. In: WiMi 1990/I, S. 17 – Hervorhebung: B.F.

Demokratisierung von innen

Nach dem Jahreswechsel 1989/90 kamen auch in der Wissenschaft personelle Veränderungen in Gang. Etliche Direktoren traten zurück. Intern wurde gewählt, und man meinte, damit der Forderung nach Demokratisierung Genüge getan zu haben. Doch diese Veränderungen perpetuierten im Grunde die jahrzehntelange Kaderpolitik. Ich will nicht auf den drastischen Vergleich Stefan Wolles über Wahlen im Freudenhaus zurückgreifen, die Metapher Ilko-Sascha Kowalczuks über die Ernennung der "einstigen Hauptumweltverschmutzer … zu Umweltschutzaktivisten und Direktoren der Stadtreinigung"³¹ bringt die Situation ebensogut auf den Punkt. Waren diese Neuwahlen nicht eher das Pendant zur Wahl Prinz Max von Badens zum Reichskanzler durch die alte Führung der deutschen Reichsregierung?

Tatsächliche Alternativen in den gesellschaftswissenschaftlichen Akademieinstituten waren schlicht zu schwach, wo sie überhaupt bestanden. Der Unabhängige Historikerverband (UHV) galt als Nestbeschmutzer, als existenzielle Bedrohung. Er sei "weniger durch wissenschaftliche Leistungen, als vielmehr durch Verbalinjurien, Denunziationen und Enthüllungsstories in Erscheinung" getreten und postuliere "nun einen hauseigenen Wahrheits- und Interpretationsanspruch …, der in seiner messianischen Absolutheit penetrant an SED-Zeiten erinnert."³²

Nichtsdestotrotz konnten der neu gewählte stellvertretende Direktor des Zentralinstituts für Geschichte Rainer Eckert und Fritz Klein – der wohl einzige der alten Professoren, der sich dem UHV angeschlossen hatte und der als Emeritus die Leitung des Akademie-Instituts für allgemeine Geschichte übernommen hatte – gestaltend in den Umbruch eingreifen. Beiden blieb aber am Ende nur die traurige Beerdigung ihrer Institute.

Optionen des UHV

Die kleine Gruppe von Kollegen, die sich im April 1990 als UHV konstituierte, stellte sich im Wesentlichen zwei Aufgaben: "die Brechung auch des geistigen Machtmonopols der SED" und "die Wiederherstellung der

78 die hochschule 1/2024

³¹ Ilko-Sascha Kowalczuk über Georg Iggers, Konrad Jarausch, Matthias Middell, Martin Sabrow: Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. München 1998. In: H-Soz-u-Kult 19.5.1999.

³² Kurt Finker: Die Verklärung der "Aufklärer". Wie die DDR delegitimiert wird, so auch deren Geschichtsschreibung. In: Neues Deutschland v. 16./17.11.1996, S. 11.

Würde des Berufsstandes".³³ Es waren dies hochgesteckte Ziele, denen praktisch nur nahezukommen war, indem die für die ideologische Bevormundung Verantwortlichen namhaft gemacht und aus wissenschaftsleitenden Positionen entfernt wurden. Ich will das ohne jede Beschönigung benennen: Es ging uns, dem UHV, nicht primär um die Evaluierung wissenschaftlicher Leistungen. Es ging um die Macht im wissenschaftlichen Betrieb. "Denn überall – in allen Institutsdirektionen, in jeder Zeitschriftenredaktion, in allen Verlagslektoraten – sitzen noch die alten Leute."³⁴

Es ging darum, den Einfluss jener zu minimieren, die wider besseres Wissen ihre Arbeit den Interessen der Herrschenden unterworfen hatten. Und es ging darum, jene aus dem Wissenschaftsbetrieb zu entfernen, die durch repressive Maßnahmen nicht nur Kollegen oder Studierende zu disziplinieren oder zum Schweigen zu bringen suchten, sondern hierdurch Generationen von Studierenden die Instrumente zeigten, ihnen vor Augen führten, was Ungehorsam, Widerworte, Zweifel, der Griff zu illegalisiertem Material etc. für Folgen hatten.

Im Sommer 1976 fragte mich Hermann Simon, seinerzeit verantwortlich für die Orientalischen Münzen des Münzkabinetts scherzhaft, was mit der Geschichtssektion an der Humboldt-Universität sei. Bislang hatte etwa alle vier Jahre ein politischer Exzess stattgefunden, in dessen Folge Studenten exmatrikuliert oder verhaftet worden waren. Nun aber sei es schon seit 1972 ruhig. Als ich ihn im folgenden Jahr – ich war unterdessen nach der unseligen Biermann-Ausbürgerung exmatrikuliert und zur Bewährung in die Produktion geschickt worden – zufällig traf, meinte er, sich für die ironische Bemerkung entschuldigen zu müssen: Er habe meine Exmatrikulation nicht an die Wand malen wollen. Wir konnten aber herzlich über unsere Schlussfolgerung lachen, dass es offenbar ein höheres Prinzip, gleichsam eine der viel gesuchten historischen Gesetzmäßigkeiten zu sein schien, derartige Disziplinierungsvorführungen an Universitäten zumindest in einem solchen Rhythmus durchzuführen, dass jeder Student und jede Studentin sie wenigstens einmal im Laufe des Studiums erlebt: Disziplinierung als Teil des Curriculums.

Der mehrfach erwähnte Kurt Pätzold war an einigen Lehrveranstaltungen dieser Art leitend beteiligt – er wollte "Menschen für eine gute und gerechte Sache gewinnen" – und bedauerte im Nachhinein, dass seit 1990 behauptet werde, dies sei "mit Mitteln des politischen Drucks geschehen":

³³ Mitter; Wolle: Aufruf, a.a.O., S. 23.

³⁴ Ebenda.

Zum Beweis dafür werden politische Auseinandersetzungen angeführt, die damit endeten, dass Studenten gezwungen wurden, sich die "Welt DDR" zeitweilig nicht aus der Perspektive der Hörsaalbank, sondern aus der eines Produktionsbetriebes, von einer Werkbank aus anzusehen. Wir reden in meinem Fall von fünf Studenten, was die Sache nicht besser macht, aber bestimmte, absichtlich übertriebene Vorstellungen korrigiert. Das war ein harter Eingriff in die Biografie junger Menschen. Später habe ich mich gefragt: "Wie sähe ich die Sache an, wenn einer der Betroffenen sich einen Strick genommen hätte?" Das habe ich damals nicht bedacht.³⁵

Einige Korrekturen sind an dieser Stelle angebracht: Es ging nicht um fünf Studenten. Direkt betroffen waren weitaus mehr. Die intendierte Kollateralwirkung betraf, wie Hermann Simon so treffend bemerkte, alle Studierenden. Allein für die politischen Exzesse der Jahre 1972 und 1976 ging es nicht nur um zeitweilige Studienunterbrechungen wie bei den späteren Gründungsmitgliedern des UHV Stefan Wolle, Rainer Eckert, Ulrich Geyer oder mir selbst. Mechthild Günther, Erika Wohlers und Peter Timm wurden 1972 durch die Staatssicherheit verhaftet. Über die Reaktion des Lehrkörpers hielten Mechthild Günther, Rainer Eckert und Stefan Wolle später fest: "Das Verhalten der Lehrkräfte während dieser Ereignisse reichte vom blanken Opportunismus bis zu Forderungen nach einer weiteren Verschärfung der repressiven Maßnahmen."³⁶

Die Disziplinierung der Wissenschaftler, die Durchsetzung der Macht an den Universitäten durch die Vertreter der SED wird – und auch für diesen Aspekt der Selbstreflexion ist Kurt Pätzold nur ein Beispiel unter vielen – im autobiographischen Œuvre der Akteure mitunter deutlich beschrieben, doch nur aus der Perspektive eines unbeteiligten Zeitzeugen, der eigene aktive Beteiligung der Gnade des Vergessens überlässt.

Der Umbau der Wissenschaft

Erfolg konnte der UHV mit seinen Absichten 1990 nicht haben. Dazu waren seine Kräfte zu schwach, der Verband selbst war überdies durchaus heterogen, nicht alle Mitglieder befürworteten die Rigidität, wie sie Mitter und Wolle im Gründungspapier zum Ausdruck gebracht hatten. Unklar blieb auch, wie zu unterscheiden sein sollte zwischen fürderhin

80 die hochschule 1/2024

³⁵ Kurt Pätzold: "Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschweren", in: Siebeck, Cornelia; Ulrich, Monique (Hg.): Verlorene Zeiten. DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung. Berlin 2010. S. 42.

³⁶ Rainer Eckert / Mechthild Günther / Stefan Wolle: "Klassengegner gelungen einzudringen ...". Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, S. 206.

tragbaren und untragbaren Kollegen. Selbst in scheinbar simplen Fällen wie dem Kurt Pätzolds lagen die Dinge nicht einfach. Immerhin galt er als hervorragender Hochschullehrer und Wissenschaftler und genoss auch außerhalb des Landes erhebliches Ansehen.

Mitter und Wolle, beteiligt an der Besetzung der Stasizentrale in Berlin-Lichtenberg, widmeten sich einer ersten professionelle Sichtung der geheimpolizeilichen Hinterlassenschaft. Die offene Repressionstätigkeit war von der permanenten hinterhältigen Wirksamkeit der Stasi verstärkt worden – ein Umstand, auf den mit Sachkenntnis auch Possekel hinwies.³⁷ Eine Zuarbeit für dieses Ministerium diskreditierte Wissenschaftler nachweisbar. Das bot spätestens seit dem 3. Oktober 1990 eine legale Handhabe, eine weitere Beschäftigung im öffentlichen Dienst, insbesondere in der Vertrauen heischenden Lehrtätigkeit an Universitäten, zu unterbinden. Doch war der Verweis auf eine frühere Kollaboration mit dem Geheimdienst nur eine formale Krücke, traf mitunter sogar die Falschen, während politische Verantwortungsträger sich nicht durch geheime Zuträgerei beschmutzen mussten.

Überdies war die Bewertung des Stasi-Materials oft schwierig. Die Akten sind nicht immer eindeutig, insofern es mehr zu beurteilen galt als die bloße Verpflichtungserklärung und den Fleiß bei der Ausführung jedweder Aufträge der Geheimpolizei zur Beschaffung von Informationen über Personen. Vollkommen absurd wäre die Verwendung dort gesammelten Spitzelmaterials über Personen gewesen. Wie sollte man etwa einen Bericht über Diskussionen in der Arbeitsgruppe "Moderner Sozialismus" der Humboldt-Universität am 22. Juni 1989 bewerten – es sei denn als indirekte Auskunft über den Verfasser, den IM "Thomas":

D. Segert ... arbeitet über die Vervollkommnung des politischen Systems, ist sehr fleißig und ehrgeizig; seine Stärke besteht in der Analyse und dem Vergleich bestehender Auffassungen. Er weiß, was Sozialismus sein soll, hat aber Probleme bei der theoretischen Erfassung von Systemzusammenhängen bzw. bei der Prüfung möglicher Systemzusammenhänge. 38

Letztlich ist zu bedenken, dass wir im UHV uns im Grunde anmaßten, über unsere akademischen Lehrer zu urteilen – berechtigt, aber auch nicht immer gerecht. Es ist eher unser Glück, dass die Überprüfung des Personals letztlich von Dritten übernommen wurde.

Die nach dem 3. Oktober 1990 in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Vollmachten und Autorisierungen operierenden Kommissionen, die die Neubesetzungen der ostdeutschen Universitäten organi-

³⁷ Vgl. Possekel, a.a.O.

³⁸ BStU, MfS, AIM 2533/91, Teil II, Bd. 2, Bl. 82.

sierten, standen vor der Aufgabe, die wissenschaftlichen Leistungen und die persönliche Eignung des Personalbestandes zu bewerten.³⁹ Schließlich standen auch die als politische Funktionäre arbeitenden Historiker mit ihrer Arbeit nicht außerhalb des Faches. Der unbestritten als SED-Funktionär von der parteieigenen Akademie für Gesellschaftswissenschaften Anfang der 1980er zum Direktor des Zentralinstitut für Geschichte ernannte Walter Schmidt etwa war zweifelsohne ein brillanter Experte für die Geschichte der 1848er Revolution und für die politische Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung.

Der Evaluation gründete sich auf die Publikationen der zu Prüfenden, wie das bei jeder Bewerbung der Fall sein dürfte. Ihre administrative und ihre Lehrtätigkeit waren für westdeutsche Evaluatoren viel schwieriger einzuschätzen. So gab es eine Reihe von Tabus, die indes im universitären Curriculum kaum zu umschiffen waren: Wer die entsprechenden Publikationen durchsieht, wird das Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt in einer DDR-Publikation das erste Mal 1989 vorfinden. Bis dahin galt es als fiktiv, gefälscht, seine Herbeiziehung als Quelle als zu ahndender feindlicher Akt, den man im Seminar bei Pätzold besser vermied.

Im Gegensatz dazu verhandelte z.B. Günter Rosenfeld faktische Resultate des Pakts in einer Weise, die dessen Status als historische Tatsache implizit deutlich werden ließ. Rosenfeld erlaubte sich jene Doppelbödigkeit, die Studenten das Umschiffen der Tabuzonen ermöglichte, indem sie kenntlich blieben zumindest für jene, die aufmerksam zuzuhören bereit und willens waren. Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen im universitären Lehrbetrieb mussten westdeutschen Evaluatoren ohne Informationen durch ostdeutschen Zeugen indes verborgen bleiben. Der UHV übernahm diese Rolle häufig, mitunter auch lärmend und Vertuschungsstrategien öffentlich skandalisierend.

Die Alternative zum personellen Umbruch hatten die Präsidialen der Historikergesellschaft bereits im November 1989 umrissen. Befreit von politischen Vorgaben und Tabuzonen, denen nun auch deren Exekutoren nicht mehr unterworfen waren, gingen sie im Frühjahr 1990 praktisch daran, das Konzept vom November umzusetzen. Sie kannten das Material gut, das sie anderen wissentlich vorenthalten hatten.

Ausgerechnet Kurt Pätzold – die Sachkunde und Nachsichtigkeit seines Kollegen Rosenfeld nutzend – edierte die Dokumente zu den deutsch-

³⁹ Vgl. hierzu Krijn Thijs: Geschichte im Umbruch. Lebenserfahrung und Historiker-Begegnungen nach 1989, in: Maubach, Franka; Morina, Christina (Hg.): Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland. Göttingen 2016, S. 387–448.

sowjetischen Beziehungen der Jahre 1939–1941. Zur Vorgeschichte der Edition, an deren Verhinderung er maßgeblich beteiligt war, reduzierte sich der Kommentar auf die schamhafte Nichterklärung:

Lange wurde das Vordringen zu abwägend-kritischer Beurteilung des Geschehens dadurch zusätzlich erschwert, daß eine der streitenden Seiten sich nicht bereit fand, klar erwiesene geschichtliche Fakten wie das Vorhandensein jenes Geheimen Zusatzprotokolls anzuerkennen, das unablösbarer Bestandteil des Vertrags war, den Deutschland und die Sowjetunion auf der Schwelle zum Kriege geschlossen hatten.⁴⁰

Der für die Verfälschungen der Geschichte des Aufstandes vom 17. Juni 1953 verantwortliche langjährige Leiter des Wissenschaftsbereichs DDR-Geschichte initiierte die erste Tagung darüber.

Mit dem Beitritt der am 3.10.1990 noch nicht gebildeten Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes trat eine Perspektivenwechsel in Kraft, der sich über den Sommer im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Einigungsvertrag angebahnt hatte. Nunmehr galt es, das westdeutsche Wissenschaftssystem im Osten umzusetzen und das östliche ins westdeutsche einzufügen. Diese Anpassung folgte einer anderen Logik als die DDR-interne Auseinandersetzung, die Teil der demokratischen Revolution von 1989/90 war. Die Allianzen und wechselseitigen Beeinflussungen folgten nun dem Prius des Umbaus des Wissenschaftssystems, in dessen Resultat sich eine radikale Reduktion der akademischen Geschichtsforschung im Osten ergab.

Für den UHV blieb die Aufgabe, die Binnenperspektive der widerborstigen DDR-Historiker wieder und wieder in diesen Prozess einzubringen.

die hochschule 1/2024 83

-

⁴⁰ Kurt Pätzold / Günter Rosenfeld: Vorwort. In: Dieselben (Hg.): Sowjetstern und Hakenkreuz. 1938–1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin 1990, S. 7.

Die "Ritter-Kommission" und ihre Mitglieder

Asymmetrische Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität (1991–1993)

Krijn Thijs Amsterdam Die entscheidende Weichenstellung für den postrevolutionären Umbau der Humboldt-Universität (HU) erfolgte im Winter 1990/91, als die Berliner Landespolitik beschloss, sechs ideologisch "belastete" Fachbereiche "abzuwickeln" und neuzugründen.¹ Dazu ersetzte der Wissenschaftssenator die re-

formorientierten Personal- und Strukturkommissionen der Universität (PSK) durch von ihm gelenkte Struktur- und Berufungskommissionen (SBK), die sich trotz unklarer Rechtslage als durchsetzungsfähige Gremien etablierten. Sie definierten akademische Felder neu, strukturierten Fachbereiche um und gestalteten die personalpolitische Vereinigung der Geistes- und Sozialwissenschaften in Ost-Berlin.

Die SBK Geschichte, die im März 1991 die Arbeit aufnahm, stand unter der Leitung des Historikers Gerhard A. Ritter aus München. Der 61-Jährige war gebürtiger Berliner und führender Vertreter der modernen Sozialgeschichte, international weit vernetzt und in wissenschaftspolitischen Angelegenheiten sehr erfahren. Seit dem Sommer 1990 hatte er Bundesministerien, den Wissenschaftsrat und den Historikerverband zur anstehenden Reorganisation der Geschichtswissenschaft der DDR beraten und mehrfach an Begehungen der HU teilgenommen. "Um weitere Inzucht zu verhindern", fasste er Mitte November 1990 die Lage zusammen, sei es "unbedingt erforderlich", westdeutsche Kollegen an den "Berufungsvorgängen" an ostdeutschen Universitäten zu beteiligen.²

Ritters Einsatz in der SBK Geschichte entsprach weitgehend seinen eigenen Denkschriften aus dem Jahr zuvor, und er konnte die meisten seiner Vorstellungen in kurzer Zeit erfolgreich umsetzen. Dabei hatte er

84 die hochschule 1/2024

.

¹ Sven Vollrath, Zwischen Selbstbestimmung und Intervention. Der Umbau der Humboldt-Universität 1986–1996 (Berlin, 2008); Konrad H. Jarausch: Das Ringen um Erneuerung 1985–2000, in: H.-G. Tenorth (Hg.), Die Geschichte der Universität unter den Linden III (Berlin 2012), S. 555–690.

² Bundesarchiv (BA), N1525, 97: Ritter an vom Bruch, 13.11.90.

seine SBK durch eine sehr kontroverse Zeit zu führen, die vom juristischen Scheitern der Senatspolitik, von zusätzlichen Aufgaben auf dem Feld der Personalabwicklung und von zunehmenden Spannungen mit westdeutschen Neuberufenen geprägt wurde. Stets musste die SBK im Dreiecksgeflecht von westdeutschen Interventionisten, ostdeutschen Institutsvertretern und Opfern der DDR-Bildungspolitik lavieren, die sich in dieser Disziplin in einem Unabhängigen Historikerverband (UHV) vereinigt hatten.³

Am Ende seiner Arbeit für die SBK Geschichte, im Sommer 1992, verfasste Ritter einen Rechenschaftsbericht, der die Literatur bis heute dominiert.⁴ Er zieht dort eine differenzierte Erfolgsbilanz, wobei er einige empfindliche Niederlagen verdeckt, nicht zuletzt auf der Ebene der ost- und westdeutschen Integration. So entsteht das Wunschbild einer unter sehr widrigen Umständen doch geglückten, integrativen und dialogbereiten Aufbauarbeit, aus der der Vorsitzende "die Erfahrung gewonnen" habe, "dass die notwendige geistige Auseinandersetzung zwischen den Menschen aus den neuen und alten Bundesländern zu sehr viel besseren Ergebnissen geführt hätte, wenn man statt übereinander mehr miteinander gesprochen und vor allem gearbeitet hätte."⁵

Diese recht beschönigende Selbsterklärung soll als Ausgangspunkt für eine Befragung weiterer zeitgenössischer Quellen dienen, darunter Dokumente aus dem SBK-Archiv, Publizistik und Erinnerungen anderer Beteiligter. Im Zentrum stehen dabei die nie gänzlich stabilisierte Zusammensetzung und die wechselnden Positionierungen der "Ritter-Kom-

³ Krijn Thijs: Der Unabhängige Historiker-Verband und die Vereinigung der deutschen Geschichtswissenschaften 1990, in: Berg: Die Versammelte Zunft, S. 653–680; Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczuk, Isolde Stark (Hg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994. Vgl. dazu auch den Beitrag von Bernd Florath im vorliegenden Band.

⁴ G. A. Ritter: Der Neuaufbau der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin – ein Erfahrungsbericht, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1993) 226–238. Vgl. W. Hardtwig/A. Thomas: Forschungen und Parteilichkeit; Die Neuzeithistorie an der Berliner Universität nach 1945, in: Tenorth, Die Geschichte VI, S. 333–359; I.-S. Kowalczuk: Geschichtswissenschaft – Heute. Einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hg.): Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft (Berlin 1994), 4–14; M. Borgolte, Kontinuität und Neuaufbau. Ostberliner Mittelalterhistoriker nach der Wende, in: S. Fund (Hg): Klaus G. Saur – die Berliner Jahre (Berlin 2009), 57–67. Ganz anders aus Sicht der Abgewickelten: W. Röhr, Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, Bd 1, Berlin 2012, 368–392; I. Matschenz u.a. (Hg.), Dokumente gegen Legenden. Chronik der Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996.

⁵ Ritter: Der Neuaufbau, 228.

mission", in denen sich der Kampf um die Erneuerung besonders ausdrückte

1. Der Plan

Ritter entwickelte einen umfangreichen Strukturplan für das historische Institut der HU, über den er sich mit der Senatswissenschaftsverwaltung verständigte. Mit 15 bis 19 Professuren wollte er im Anschluss an die bedeutende Tradition der Berliner Geschichtswissenschaften eines der größten historischen Institute im vereinigten Deutschland gründen.

Inhaltlich stärkte Ritter die kriselnde Sozialgeschichte als bundesrepublikanisches Paradigma und setzte auf eine deutsche und europäische Ausrichtung. "Profilprofessuren" in Bereichen wie Wissenschaftsgeschichte, Preußische Geschichte und Zeitgeschichte der DDR sollten der HU die Chance bieten, "eine führende Rolle in der Entwicklung des Faches Geschichte in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten zu spielen".⁶ Der Strukturplan entwarf ein westdeutsches Idealinstitut. Eine Reihe von Lehrstühlen – Arbeitergeschichte, Militärgeschichte, Geschichtstheorie sowie außereuropäische Länder –, die das abgewickelte Institut später ins Spiel brachte, wurden aus verschiedenen Gründen abgelehnt, auch der Studiengang Archivwissenschaften wurde wegen deutsch-deutscher Dopplung nicht fortgeführt.⁷

Was mit dem abgewickelten Personal geschehen sollte, gehörte nicht zu den drängendsten Fragen. Denn seitdem der bekannteste Historiker des "alten" Instituts Kurt Pätzold, Faschismusforscher und SED-Mitglied, Ende 1990 öffentlich zum Widerstand gegen die Abwickler aufgerufen hatte, war der Ruf der Abteilung in westdeutschen Augen endgültig ramponiert: Hier konnten sich die Reformer anscheinend nicht gegen die Altkommunisten durchsetzen. Daher galt die Devise: lieber alles abbauen und rasch ersetzen. Die bisherigen Mitarbeiter mussten sich so auf die eigenen Stellen bewerben, wobei Ritter ihnen kaum Chancen zurechnete. Talentierte Nachwuchsforscher wollte er hingegen mit befristeten Stellen fördern, um die Lehre auch in der Übergangszeit zu gewährleisten. Ansonsten lehnte Ritter etwaige Evaluierungen ab: "Mit der Überprüfung

⁶ BA, N1525, 18: Strukturplan Geschichte, S. 3-4.

⁷ BA, N1525, 9: Erinnerungshilfe, z.D. (Mitte März 1991).

⁸ K. Pätzold: Sich totstellen oder wehren? – das ist die entscheidende Frage, Neues Deutschland, 29.12.1990; B. Miller, Die Selbstreinigung funktioniert nicht. Der Historiker Armin Mitter über die Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR, Schwäbische Zeitung, 16.1.1991.

der persönlichen Integrität sind m.E. Professoren aus den alten Bundesländern grundsätzlich überfordert. Nach welchen Kriterien soll das beurteilt werden, wenn man sich nicht auf Gerüchte und Hören-Sagen verläßt, zumal man wohl davon ausgehen muß, daß Stasi-Akten z.B. nicht zur Verfügung stehen und Personalakten gesäubert worden sind."⁹ Die Bewältigung solcher "Altlasten" wurde vorerst Universitätsgremien überlassen, wie der Ehrenkommission oder der erwähnten PSK. Ritter widmete sich dem Neuaufbau.

2. Die westdeutschen Aufbauhelfer

Diese personellen Grundsätze kamen ohne Mitsprache der SBK zustande, die sich im März 1991 noch im Aufbau befand. Laut Senatsbeschluss sollte sie paritätisch arbeiten, mit jeweils drei westdeutschen Professoren und drei von der HU, dazu einem Mittelbau- und einem Studentenvertreter. Der Vorsitz lag zwar stets in westdeutschen Händen und die Legitimation beim Senator, aber den Ostdeutschen gehörte in diesem achtköpfigen Gremium die numerische Mehrheit. Ritter sah daher von Anfang an das Risiko, dass es "zu einer geschlossenen Front der Mitglieder der Humboldt-Universität gegen die Professoren ... aus den alten Bundesländern kommt."¹⁰ Nicht nur deshalb galt es, die westliche Riege stark zu besetzen. Ritter rekrutierte dafür zwei Vorstände des Verbandes der Historiker Deutschlands: Winfried Schulze, Professor für Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Bochum und Ausrichter des "Vereinigungshistorikertags", sowie Otto-Gerhard Oexle, Mediävist und Direktor des Max-Planck-Instituts Göttingen.

3. Die ostdeutschen Mitglieder

Die Besetzung der ostdeutschen Riege verlief schwieriger. Ritter wollte, "daß es nicht von vornherein zu einer Konfrontation kommt." Mit Blick auf den schlechten Ruf der HU-Historiker legte er dem Senator daher nahe, die SBK lieber "mit Mitgliedern aus anderen Universitäten der DDR oder der Akademie zu besetzen." Jedoch meldeten sich zur konstituierenden Sitzung der SBK im März 1991 gleich vier Professoren aus der Institutsleitung: der neu gewählte Direktor Ingo Materna, der PSK-Vor-

die hochschule 1/2024 87

_

⁹ BA, N1525, 9: Ritter an Hempel, 24.1.91 mit Anlage: Notiz vom 22.11.91.

¹⁰ Fbd

¹¹ BA, N1525, 25: Ritter, Aufzeichnung über ein Telefongespräch mit Herrn Hempel, 22.1.91.

sitzende Konrad Canis und die beiden Leiter der Studiengänge Volkskunde/Ethnologie und Archivwissenschaften Ute Mohrmann und Botho Brachmann. Es fehlten die befürchteten "Bannerträger" der ostdeutschen Zeitgeschichte, wie etwa Pätzold und andere. Weil diese Institutsvertreter noch nicht von der Universität bestätigt worden waren, erkannte Ritter ihnen "zunächst nur einen Beobachter-Status" zu. 12 Zudem nahmen der Rektor Heinrich Fink und sein Kanzler teil sowie drei Mitarbeiter der Senatswissenschaftsverwaltung. Auch stellten sich die anvisierte Mittelbauvertreterin, die in Bielefeld vernetzte HU-Mediävistin Heidelore Böcker, und der Studentenvertreter Ilko-Sascha Kowalczuk vor. In dieser "vorläufigen Zusammensetzung" wurde der Strukturplan Geschichte verabschiedet und "zur baldmöglichen Ausschreibung" an den Senator übermittelt, im April wurden zwölf Geschichtsprofessoren inseriert.

Erst zwei Wochen nach der konstituierenden Sitzung fielen die endgültigen Personalentscheidungen für die ostdeutsche Riege. Niemand vom vorläufigen ostprofessoralen Quartett war noch dabei, stattdessen wurden, wie von Ritter vorgeschlagen, Vertreter aus der Akademie der Wissenschaften ernannt: Fritz Klein, der in Ost wie West geschätzte, eigentlich bereits emeritierte Leiter des eben evaluierten Instituts für Allgemeine Geschichte, und der Althistoriker Peter Musiolek vom Institut für Wirtschaftsgeschichte, der in den 1950er Jahren den Gulag überstanden und sich nun dem UHV angeschlossen hatte. Beide waren von der Universität gefragt worden, weil sie "in der Vergangenheit kritische Positionen in der Geschichtswissenschaft verkörpert haben". 13 Dazu kam die HU-Dozentin für Ur- und Frühgeschichte Ruth Struwe, deren Fachdisziplin ebenfalls in den Bereich der SBK Geschichte fiel. Alle drei hatten sich der "Anhörungskommission" des Akademischen Senats gestellt und waren in ihrer "persönlichen Eignung" bestätigt worden. Damit war die SBK Geschichte bei ihrer zweiten Sitzung Mitte April vollständig.

4. Das alte Institut

Rückblickend hob Ritter die gute Arbeitsatmosphäre hervor: "Die zunächst bestehende Befangenheit zwischen uns," schrieb er bilanzierend, "ist schon in der zweiten oder dritten von 19 meist mehrtägigen Sitzungsperioden überwunden worden, und wir haben sehr eng und immer sach-

¹² BA, N1525, 18: Ritter an Senator, 19.3.1991; 27: Beschlussprotokoll SBK-Sitzung am 12.–13.3.1991.

¹³ BA, N1525, 9: Rektor, Notiz betr. Vorschläge der Universität zur Besetzung der SBKs, 20.3.91.

lich zusammengearbeitet."¹⁴ Auch Klein schrieb von "den guten persönlichen Beziehungen" untereinander, und für Kowalczuk wurde Ritter sogar zum "väterlichen Freund".¹⁵ Der Vorsitzende schuf eine Atmosphäre von Vertrauen und Effizienz, und er wurde gerade auch von den ostdeutschen Mitgliedern sehr geschätzt, von einigen geradezu verehrt: Hier lebte ein westdeutscher Gelehrte vor, wie geschichtswissenschaftliche Arbeit mit rechtsstaatlicher Orientierung zusammenging.

Dennoch täuschte der Eindruck einer paritätisch arbeitenden, gar unter Ostmajorität stehenden Kommission. Die HU-Professoren, deren Einrichtung abgewickelt und neugegründet werden sollte, waren von der Kommission ausgeschlossen worden, während in anderen abzuwickelnden Fächern Anfang 1991 ein personeller Überlapp zwischen Selbsterneuerung (PSK) und Intervention (SBK) zustandekam. Dies wurde beim Institut für Geschichte vermieden. Der Dialog, so es diesen je gegeben hatte, wurde gleich am Anfang abgebrochen.

Im abgewickelten Fachbereich war die Stimmung deshalb pechschwarz. Aus der erzwungenen "Warteschleife" heraus unterstützten die ehemaligen Genossen die laufende Klage gegen die Abwicklung. Auch wenn längst nicht alle auf Pätzolds radikaler Linie lagen, führten die Pauschalmaßnahmen sie doch zusammen. "Bei den Historikerkollegen versteht man … gar nicht mehr, warum nun die Kollegen aus der Akademie in der Kommission aushelfen sollen," notierte einer der westdeutschen Gastprofessoren. "Dies verstärkt das Gefühl, das alle allesamt bestraft werden trotz der so großen Unterschiede im Verhalten und der Fähigkeiten. An Fairness glaubt niemand, an Aufbau auch nicht, eher daran, daß die Münchner die Berliner deklassieren möchten."¹⁷

In der Tat war die Schieflage Programm geworden. Das vorhandene Institut war in der SBK nur durch Struwe und Böcker vertreten, die einzigen Frauen, ohne Lehrstühle und ohne Erfahrung in wissenschaftspolitischen Fragen; Struwe war zudem eine Archäologin, die "mit dem Fach Geschichte im engeren Sinn bisher wenig zu tun hatte", wie Ritter einräumte. War zudem eine Distanz zur ehemaligen SED-Hochburg der Geschichtswissenschaft, die Böcker und Struwe in westdeut-

die hochschule 1/2024

-

¹⁴ Ritter, Neuaufbau, 228.

¹⁵ Fritz Klein: Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR (Berlin 2000), 357–8; Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde (München 2019), 203.

¹⁶ Vollrath, Selbstbestimmung und Intervention, 99, 218–19; 222–23.

¹⁷ BA, N1525, 15: Heinemann an Ritter, 19.4.1991.

¹⁸ Ritter, Neuaufbau, 228.

scher Perspektive für ihre Rolle qualifizierte, jedoch gingen damit eben auch nur schwache Verbindungen zum alten Fachbereich einher, und ihnen standen drei der mächtigsten und erfahrensten Männer der westdeutschen Zunft gegenüber.

5. Ostdeutsches Gegenspiel

Auf diese Herren machte der 23jährige Kowalczuk sehr viel mehr Eindruck. Der Geschichtsstudent war noch praktisch ohne Scheine, als er in die SBK-Arbeit einstieg. In seiner Jugend hatte er bereits krassem Parteidruck widerstanden, was ihn um seine Zukunftsperspektiven gebracht hatte, bis ihm dann 1989/90 unverhoffte Freiheit und den lang erträumten Studienplatz brachten. Kowalczuk war als Aktivist im Fachbereich unterwegs und trat für Vollzug der Revolution ein. Er hatte auf Versammlungen gesprochen, gegen die Abwicklung und für radikale Selbsterneuerung demonstriert und in einer kleinen Fachkommission mitgewirkt, die einen Bericht über die früheren Relegationen in der Sektion Geschichte verfasste. 19 Kowalczuk wusste über die Vergangenheit des Instituts und seiner Hochschullehrer seitdem bestens Bescheid. Damit hatte er Ortsund Personenkenntnisse, über die die westdeutschen SBK-Mitglieder nicht verfügten, und er brachte diese anders als Böcker oder Struwe auch konsequent und offensiv ein. Zudem war über ihn und Musiolek der UHV mit Ritters Kommission vernetzt. Dies machte den Graben zum "...alten" Institut allerdings noch tiefer.

In fachlicher Hinsicht konnte unter den Ostdeutschen nur Fritz Klein den Westdeutschen einiges Gegenspiel bieten, und hin und wieder tat er das auch, so etwa, als er den bereits vor seinem Zutritt beschlossenen Strukturplan zugeschickt bekam. Zwar habe er "wunschgemäß" seine "grundsätzliche Zustimmung" zum Plan gegeben, ließ er Ritter wissen, sehe aber durchaus den "Nachteil, auf ein im Grunde europazentrisches Geschichtsbild zu orientieren, das doch eigentlich nicht mehr zeitgemäß ist."²⁰ Klein spielte solche Differenzen jedoch nicht aus. Dass Ritter Kleins Akademieinstitut mitevaluiert hatte, machte die Ausgangslage ohnehin asymmetrisch. Man kannte sich und Klein ließ sich zu Ritters Freude auf eine geteilte Verantwortung ein. Als es dann an die eigentli-

¹⁹ R. Eckert/M.Günther/S.Wolle, "Klassengegner gelungen einzudringen...", Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1 (1993), 197–225, hier 198.

²⁰ BA, N1525, 18: Klein an Ritter, 4.4.91.

che Arbeit ging, musste Klein jedoch frustriert feststellen, dass DDR-Bewerber für Lehrstühle kaum mithalten konnten.²¹

6. Feine Unterschiede

Faktisch durchzog die Asymmetrie die gesamte Arbeit der SBK. Sie wurde in zahllosen Vorgängen, Routinen und Praktiken reproduziert, die stets westdeutschen Skripten folgten oder weitere Westdeutsche einspeisten. Weil ihre Mitglieder bei aller Expertise nie die ganze Breite des Fachs abdeckten, arbeitete die SBK beispielsweise mit Unterkommissionen, die Bewerbungen sichteten und je nach Berufungsliste zu den Beratungen dazukamen. So hatte es Ritter schon bei der Evaluierung der Akademie erlebt, und wie damals waren auch jetzt alle diese beratenden Experten renommierte Herren aus dem Westen, die in der SBK zwar ohne Stimmrecht auftraten, deren Wort aber viel galt.²² Später kamen auch die ersten "Neuberufenen" hinzu, ebenfalls fast alle Westdeutsche. Nur auf dem Papier fielen Entscheidungen somit paritätisch, in der Praxis bildete die westdeutsche Seite stets eine sichere Mehrheit.

Zudem konnten die westdeutschen Professoren bei der eigentlichen Berufungsarbeit auf ihre Erfahrung und Vernetzung zurückgreifen. Das führte in dieser spezifischen Situation – die ersten Berufungslisten waren im Schnellverfahren allein aufgrund schriftlicher Bewerbungsunterlagen zusammengestellt worden und die wichtigsten Kandidaten waren Westdeutsche – zu einer weiteren Schlagseite. Nur die westdeutschen Kommissionäre kannten die Bewerber, nicht selten aus Schülerverhältnissen. In manchen Fällen sahen ostdeutsche SBK-Mitglieder erst zu Semesterbeginn, wen man da eigentlich berufen hatte. Solche Vorsprünge prägten zutiefst und waren kaum auszugleichen. Die Kommission machte dazu auch keine Versuche. Und sie galten nur in einer Richtung: Bei den ostdeutschen Assistenzen nahm man sich die Zeit für ganze 51 Vorstellungsgespräche und empfahl niemanden ungesehen auch nur für eine befristete Mittelbaustelle.

Auch subkutan gab es feine Unterschiede. Die ostdeutschen Kommissionäre wurden beispielsweise nach ihrer Anhörung durch die HU zu-

²¹ Klein, Drinnen und Draußen, 355–356. Zu Kleins Rolle an der Akademie: K. Thijs: Vier Wege in das Aus der Einheit. Strategien ostdeutscher Institutsdirektoren gegenüber der Evaluierung des Wissenschaftsrates (1989/91), Jahrbuch Deutsche Einheit 2 (2021), 243–274.

²² Weitgehend aufgelistet bei: G. A. Ritter, Geschichte an der Humboldt-Universität. Leserbrief, FAZ 10.6.1991. Vgl auch: Thijs, Die Evaluierer aus dem Westen.

sätzlich einem langwierigen "Bestätigungsverfahren" durch die Senatsverwaltung unterworfen, um zu klären, ob sie "den materiellen Begriff des Professors ausfüllen". Damit sollte, wie man erst im Laufe der Konstituierungsphase erfuhr, tatsächlich eine heißbegehrte unbefristete Arbeitsstelle im neuen Institut verbunden sein.²³ Die Zeugnisse wurden von den westdeutschen Professoren der SBK verfasst, womit die ostdeutschen Vertreter ihren Verhandlungspartnern direkt ausgeliefert waren. Danach verlangte die Senatsverwaltung zusätzlich zwei externe Gutachten. So rissen die Vorbehalte gegenüber ostdeutschen Akademikern auch in den SBK nicht ab. Ritter und Oexle beschwerten sich beim Senator darüber, wie sehr die fehlenden Bestätigungen "als Kränkung" empfunden wurden und nicht nur "die Arbeitsfähigkeit der Kommission", sondern auch ihre eigene "Glaubwürdigkeit" untergruben.²⁴ Erst Monate nach Arbeitsbeginn rang sich der Senat zur Bekräftigung der ostdeutschen Mitglieder durch – nur noch unter dem inzwischen fast selbstverständlichen Vorbehalt der Gauck-Behörde 25

7. Visionen

Während Professoren aus dem abgewickelten Institut noch hofften, viele der neuen Lehrstühle ohne große Umwidmungen übernehmen zu können, betrieben die Interventionisten längst den personellen Wechsel. Ritter hatte nie verhehlt, dass er kaum auf ostdeutsche Bewerber zählte. Der breit geteilte Wunsch nach "Exzellenz" überwucherte immer stärker die ursprünglichen Integrationsziele: Spitzenleistung wurde ganz offen und unverhohlen westdeutsch gedacht.²⁶ Die zwölf ersten Berufungslisten in Geschichte, die bis zum Sommer 1991 entstanden, veranschaulichen diese Verhältnisse: Nur ein Ostdeutscher war auf einen ersten Platz gesetzt worden, kein Humboldtianer und übrigens auch keine Frau.²⁷

Integrativer plante die Kommission für den Mittelbau: Sie sah hierfür zunächst talentierte oder in der DDR beruflich behinderte ostdeutsche

²³ BA, N1525, 9: Kempa an Ritter, 22.3.1991.

²⁴ BA, N1525, 9: Ritter an Kempa, 7.5.91 sowie Oexle an Senator 28.5.91.

²⁵ BA, N1525, 28, 23 und 25: Senatsverwaltung an Böcker; Klein; Musiolek; Struwe, 23.7.1991.

²⁶ H. Rudolph, Streitgespräch zwischen Professor Baring und Professor Ritter, Der Tagesspiegel, 11.6.1991. So auch Hartwig/Thomas, Forschungen und Parteilichkeit, 357.

²⁷ Was Ritter hierzu selbst schreibt, ist zumindest verschleiernd, indem er von Listenplätzen statt Erstplatzierten spricht, was die Sache weniger einseitig macht, aber auch von den Realberufungen entfernt. Die vollständige Liste der Rufe bei Röhr, Abwicklung I, 380–381.

Nachwuchsforscher vor, um diese als künftige demokratische Elite zu fördern. Nicht weniger als 89 Bewerbungen waren im April 1991 eingegangen. "Inwieweit wir wirklich auch genügend Leute mit politischen Schwierigkeiten erreicht haben", wusste Ritters Referentin nach erster Durchsicht nicht zu sagen. "Nahezu alle Bewerber haben Familie, soziale Probleme wird es also überall geben. Die meisten sind echte "Kinder der DDR", wurden sie doch in den 50er Jahren geboren. Die Entscheidung wird sicher nicht leicht, und die Bewerbungen offenbaren insgesamt doch in vielem, wie groß der wissenschaftliche Nachholbedarf ist". ²⁸ Nach intensiven Vorstellungsrunden empfahl die Kommission 29 Ostdeutsche für eine zweijährige Assistentenstelle, davon 19 von der Akademie, denen man, wenn auch ohne Lehrerfahrung, mehr zutraute als den Humboldtianern. ²⁹ Das war die hierarchisch durchmischte SBK-Vision: Westprofessoren integrieren Ostmitarbeiter und bringen später eigene Assistenten mit.

8. Das Fiasko

Dieser Aufbauarbeit wurde schlagartig den Boden entzogen, als Mitte Juni die Klage gegen die Abwicklung erfolgreich war. Die Legitimität des ohnehin umstrittenen Interventionskurses war nunmehr dahin, und das spiegelte sich in einem neuen Tauziehen um die SBK und ihre Positionierung. Zwar stellte die Universität die bis dahin erreichte Erneuerung nicht grundsätzlich infrage, aber ihre Vertreter beanspruchten fortan Mitsprache und Stellen für Humboldtianer. Das rehabilitierte Geschichtsinstitut erneuerte seine PSK, die sofort Mitarbeitergespräche anfing, um eigene Personalvorschläge für die Zukunft einzubringen. Das führte nach kontroversen Sitzungen zu einer Empfehlungsliste, gemäß der ungefähr die Hälfte des ostdeutschen Lehrkörpers in einer festen Stelle belassen werden sollte. ³⁰

Zugleich trat die PSK mit Kooperationswünschen an Ritter heran, kritisierte die bisherigen Berufungslisten für ihre Westlastigkeit und lud die westdeutschen Professoren sogar in ihre Runde ein.³¹ Aber der Berliner Wissenschaftsenator und seine Verwaltung beharrten auf ihrem Interven-

²⁸ BA, N1525, 18: Föcking an Ritter, 13.4.1991.

²⁹ BA, N1525, 18: Ritter an Senator, 18.5.1991.

³⁰ HU-Universitätsarchiv, Sammlung Vollrath, 6: PSK Geschichte, Bericht über die Tätigkeit der PSK, 26.9.1991.

³¹ BA, N1525, 11: Materna, Anfragen an Herrn Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, 8.7.199; 23: Materna und Warnke an Ritter, 31.7.1991.

tionskurs. Das Land Berlin entzog den HU-Professoren einige Wochen nach der Gerichtsentscheidung per Hochschulergänzungsgesetz ihre akademische Selbstverwaltungsrechte und setzte weiterhin auf die Arbeit der SBK. 32 Auch Ritter grenzte seine Kommission klar von den neu hoffenden PSK-Vertretern ab, um die eigene Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Eine Zusammenarbeit, geschweige denn Integration beider Kommissionen, kam auch nach dem Ende der Abwicklung nicht in Frage – lediglich ein formeller Austausch von Empfehlungen war machbar. 33 Der neue starke Mann am historischen Institut, der frisch berufene Heinrich August Winkler aus Freiburg, lag ebenfalls auf dieser Linie.

Zugleich untergrub die neue Situation auch den inneren Zusammenhalt der Ritter-Kommission. Denn die Zurücknahme der Abwicklung bedeutete, dass ostdeutschen Mitarbeitern nunmehr einzeln gekündigt werden musste. Das erforderte individuelle Überprüfungen und Einschätzungen, die nach neuer Rechtslage, und weil die SBK nicht mit der PSK zusammenarbeiten wollte, kein anderes Gremium als die SBK selbst erstellen konnte.³⁴ Und das war am Anfang so nicht geplant gewesen. Während die Neuberufungen weiterliefen, brachte die Evaluierungsaufgabe die beiden HU-Vertreter Struwe und Böcker in eine schwierige Lage. Sie standen wie Struwe einmal sagte, ohnehin schon unter den Eindruck, "gegen die eigenen Kollegen zu arbeiten".³⁵ Und nun sollten sie auch noch Entlassungen vorbereiten, wogegen sie sich sperrten.

Ritter konnte einen "Zerfall der Kommission" nur vermeiden, indem er spitzfindig nur seine Bereitschaft erklärte, "Bleibeempfehlungen" unter dem alten Personal auszusprechen, darüber hinaus wollte er seine SBK aus dem Bereich der Kündigungen heraushalten.³⁶ Klein wollte sich auch daran nicht mehr beteiligen. Er hatte gerade die negativen Ergebnisse der Akademie-Evaluierung erhalten, gegen die er öffentlich polemisierte. Deshalb lehnte er "die aktive Beteiligung an der Evaluierung der Humboldt-Kollegen" insgesamt ab. "Das sollte, ohne die Arbeit der Kommission zu sprengen, auf dem Wege der einfachen Stimmenthaltung in den betreffenden Fragen möglich sein."³⁷ Ritter gab sich "ganz froh,

³² Zu den Hintergründen: Vollrath, Selbstbestimmung und Intervention, Kapitel 5; Jarausch, Ringen, 623–627.

³³ BA, N1525, 23: Ritter an Materna und Warnke, 6.8.1991.

³⁴ BA, N1525, 27: SBK-Protokoll vom 2.–3.9.1991, S. 2.

³⁵ Zit. n. Wo Professoren sich erneuern, bleiben Studenten vor der Tür, Neue Zeit, 9.4.1992.

³⁶ BA, N1525, 22: Ritter an Föcking, 9.9.91.

³⁷ BA, N1525, 9: Klein an Ritter, 16.9.91; F. Klein, Die evaluierten Historiker melden Widerspruch an, Der Tagesspiegel, 8.9.1991. Zu den Hintergründen: Thijs, Vier Wege.

dass sich offenbar einen Weg findet, unsere Arbeit einvernehmlich fortzusetzen."³⁸

Aber so ganz einvernehmlich war die Arbeit nun natürlich nicht mehr. Im Januar 1992, nach Öffnung des Stasi-Unterlagen-Archivs, tauchte schließlich eine Akte von Klein auf, die ihn als inofiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auswies.³⁹ Klein leugnete die Auskunft nicht und erklärte seine Bereitschaft zum Rücktritt. Er hatte, wie er offenlegte, als IM "Wilhelm" dem MfS über seine Auslandsreisen berichtet. Man verständigte sich mit dem misstrauischen Kowalczuk, um die Erneuerung nicht zu gefährden, und kommunizierte nichts nach außen.⁴⁰ So schied Klein leise aus der SBK aus, was er angesichts der Evaluierungsaufgaben kaum bedauerte.

Auf tragische Weise ging der SBK auch der zweite ostdeutsche Hochschullehrer verloren: Peter Musiolek starb im Herbst 1991, was nicht nur für die SBK einen großen Verlust darstellte.⁴¹ Die Ritter-Kommission musste die sehr sperrige Aufgabe der vollständigen Mitarbeiterevaluierung nun in einer Rumpfbesetzung ohne ostdeutsche Professoren angehen. Das Gewicht der Stimmen von Böcker und Struwe wuchs.

Die intensiven Personalgespräche beanspruchten vier Arbeitstage und resultierten Ende November in Empfehlungen für 55 Humboldtianer – Professoren, Dozenten, Mitarbeiter. Die Ergebnisse glichen denen der institutseigenen PSK: Etwa die Hälfte des ostdeutschen Lehrkörpers erhielt eine oft konditionierte Bleibeempfehlung, wobei allerdings alle Stellen befristet wurden. ⁴² Aber die Planstellen fehlten, weil diese inzwischen an Westdeutsche und an ehemalige Mitglieder der Akademie vergeben waren. Ritter hoffte auf ein großzügiges Überhangkapitel und Sonderfinanzierung. Für viele Humboldtianern waren die Ergebnisse niederschmetternd.

³⁸ BA, N1525, 23: Ritter an Klein, 9.9.91.

³⁹ Für das Folgende: Klein, Drinnen und Draußen, 356ff.

⁴⁰ Weil Klein selbst einige seiner ehemaligen Kollegen informierte, wurde sein Fall fachintern bekannt. Acht Jahre später machte er seine IM-Tätigkeit in seinen Memoiren für das weite Publikum öffentlich.

⁴¹ I. Stark, Nachruf für Peter Musiolek, in: B.Florath/A.Mitter/S.Wolle (Hg.), Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft (Berlin, 1992), 13–17.

⁴² BA, N1525, 27: SBK-Protokolle 29.-30.10.1991 und 14.-15.11.1991; 22: Ritter an den Rektor, 19.11.1991.

9. Weststreit

An dieser Frage – dem Umgang mit den in ungekündigter Stellung verharrenden Ostdeutschen - entzündete sich dann der schwerste Konflikt der Ritter-Kommission, dessen Bruchlinie überraschenderweise zwischen westdeutschen Erneuerern verlief. Seit Dezember 1991 saßen die ersten Neuberufenen – fünf Westdeutsche und ein Ostdeutscher – als beratende Gäste mit am Tisch. Deren Wortführer Winkler beanspruchte formelle Mitentscheidungsrechte bei laufenden Lehrstuhlbesetzungen und forderte Ritters Kommission auf, nun auch die notwendigen Kündigungen vorzubereiten. 43 Zugleich übernahm er gegen große lokale Widerstände den Direktorenposten des Geschichtsinstituts, mit dem er bald auf Kriegsfuß stand, und sagte dem Selbsterneuerungskurs der Humboldtianer und ihres Stasi-belasteten Rektors mediengewaltig den Kampf an.⁴⁴ Winkler hatte UHV-Vertreter an seinen Lehrstuhl geholt, und wie die Senatsverwaltung empfand auch er die Personalempfehlungen der Ritter-Kommission als viel zu großzügig und gefährlich für den Erneuerungskurs. Es kam zum offenen Machtkampf.

Ritter war über Winklers polarisierende Auftritte sehr besorgt, und seine SBK versuchte, die Einmischung der Neuberufenen abzuwehren. Erleichtert protokollierte man, dass der Senator in einem persönlichen Schlichtungsgespräch "ausdrücklich" betont hatte, "daß der Vorsitzende der SBK der alleinige Herr des Verfahrens in der Kommission ist". ⁴⁵ So rückte die bedrängte und ausgedünnte Kommission zusammen.

Die wahre Streitfrage war indes, wer denn die wissenschaftlich begründeten und juristisch tragbaren Kündigungsempfehlungen für die etwa zwei Dutzend Mitarbeiter ohne Bleibeempfehlung verfassen würde. Tatsächlich war fast die gesamte ostdeutsche Mitarbeiterschaft noch da, mit oder ohne Bleibeempfehlung, was Winkler und der UHV immer wieder monierten. ⁴⁶ Winkler trug auch diesen Konflikt ab Januar 1992 in die Presse. ⁴⁷ Auf Druck des Senators musste die SBK ihren Widerstand ein-

⁴³ BA, N1525, 27: SBK-Protokoll 19,-20,12,1991.

⁴⁴ H. A. Winkler: Ein Rektor im Zwielicht. Der Fall Fink oder: Der schöne Schein der Erneuerung, FAZ, 5.12.1991; Ders. Der Täter als Opfer, in: GWU 44 (1993), 585–588; beide erneut abgedr. in: Ders., Nationalstaat wider Willen. Interventionen zur deutschen und europäischen Politik (München, 2022). Aus ostdeutscher Sicht: Röhr, Abwicklung I, 383–386

⁴⁵ BA, N1525, 27: Protokoll SBK-Sitzung 22.–23.1.1992.

⁴⁶ Vgl. den Pressespiegel in: Eckert ua., Hure oder Muse, 385–395.

⁴⁷ B. Seewald, Eine Seifenoper mit dem Titel "Selbstreinigung", Die Welt, 17.1.1992; Humboldt-Historiker scheuen die eigene Vergangenheit, Neue Zeit, 18.1.1992; H. Rudolph,

stellen, eine klare Niederlage für Ritter. Seine Kommission übernahm im Februar und März 1991 widerwillig die Beschluss-Verantwortung für ein knappes Dutzend Kündigungsschreiben, die von westlichen Mitgliedern, Beratern und Neuberufenen verfasst worden waren. In den Leserbriefen der Berliner Zeitungen zogen sich die Schuldzuweisungen zwischen Ritter und Winkler noch wochenlang hin.⁴⁸ Bald darauf stellte Ritter die Aufbauarbeit erschöpft ein – erschöpft vom Kampf mit Winkler, weniger mit den Humboldtianern, obwohl auch da die Erneuerung schwieriger verlief als erhofft. Dass die Kündigungen selbst von der HU-Personalabteilung je nach Ansicht verschlampt oder sabotiert wurden, stand bereits auf einem anderen Blatt.⁴⁹

10. Das Erbe

Mit der Vorlage der Berufungslisten und der Kündigungsempfehlungen ging Ritters Aufbauzeit in der Tat zu Ende. Auf einer Pressekonferenz im April zog er nach außen hin eine optimistische Zwischenbilanz und betonte – in Abgrenzung von Winkler – die Bedeutung ost-/westdeutscher Zusammenarbeit.⁵⁰ Die internen Unterlagen dokumentieren im Gegensatz dazu dauernde Spannungen zwischen Ost und West, die die Arbeit flächendeckend durchzogen. Stets war die ostdeutsche Teilnahme in der SBK instabil geblieben.

Das Geschichtsinstitut selbst war 1992 auch öffentlich zutiefst gespalten. Ritter hatte die ostdeutsche Belegschaft auch nach der zurückgenommenen Abwicklung nie als Gesprächspartner akzeptiert und selbst die Reformer auf Abstand gehalten. Nie ging ein westdeutscher Professor auf eine ostdeutsche Einladung oder Erneuerungsinitiative ein. Dabei hätte es im Herbst 1991 mit den erheblichen Übereinstimmungen zwischen den Personalvorschlägen der SBK und der PSK die Aussicht auf geteilte Verantwortung gegeben. Die Interventionisten um Ritter und

Es fehlt an selbstkritischer Aufarbeitung. Interview mit Professor Heinrich August Winkler, Der Tagesspiegel, 22.1.1992; H. A. Winkler, Erneuerung verlangt Aufarbeitung. Die behinderte Reform – Zur Situation der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität, Süddeutsche Zeitung, 22.–23.2.1992.

⁴⁸ Vgl. Leserbriefe im Tagesspiegel von 2.2.1992 (Ritter); 16.2.1992 (Winkler); 8.3.1992 (Ritter) sowie in Die Welt, 14.2.1992 (Ritter).

⁴⁹ Dazu Kowalczuk, Geschichtswissenschaft – heute, 11.

⁵⁰ M. Küpper, Eine Erfolgsbilanz mit Regelverstoß, Der Tagesspiegel, 8.4.1992; Zur Besinnung in die Produktion", Berliner Morgenpost, 9.4.1992; Schnelle Geschichte, FAZ, 9.4.1992; Wo Professoren sich erneuern, bleiben Studenten vor der Tür, Neue Zeit, 9.4.1992.

dem Senator zogen es stattdessen vor, ihre eigene Handlungsmacht abzugrenzen und aufrechtzuerhalten.

Dieser schocktherapeutische Ansatz war später nicht mehr zu korrigieren, als Winkler die Erneuerung noch viel offener in polarisierendem Sinne betrieb, und sich bis hin zu doppelten Vorlesungsverzeichnissen weigerte, mit bestimmten Humboldtianern zusammen gesehen zu werden. ⁵¹ Immer mehr Neuberufene besetzten vorhandene Stellen mit westdeutschen Assistenten. Um zumindest zeitweilig Platz für die Ostdeutschen mit Bleibeempfehlung zu schaffen, musste der erweiterte Strukturplan am Ende stark gekürzt werden, – es blieb bei 16 statt 19 Lehrstühlen in Geschichte. Alles das führte zu bitteren Verteilungskonflikten und veranlasste Ritter dazu, die vergessenen Ziele von Integration und Verständigung wieder neu zu unterstreichen, als er und Oexle im August 1992 aus der SBK ausschieden. Sein noch im Gefechtsnebel verfasster Rückblick spiegelt teilweise dieses Sentiment, nennt aber nicht die Ursache: den Konflikt mit dem von ihm selbst berufenen Institutsdirektor.

So gewann das erneuerte Geschichtsinstitut langsam an Profil: An seiner Schauseite strahlte eine stetig wachsende Mannschaft führender westdeutscher Historiker und markierte internationale Exzellenz, an der ostdeutschen Kehrseite gammelte ein soziales Desaster von Demütigungen, Ausgrenzungen und oft jahrelangen Rechtstreitigkeiten. Die SBK führte unter Schulzes Vorsitz ihre Geschäfte noch weiter, bis 1993 so viele Neuberufene da waren, dass Wahlen für Selbstverwaltungsgremien riskiert werden konnten. Schulze musste sich vor allem mit dem juristischen Erbe der Entlassungen befassen. Wegen Ressourcenmangel wurde bald auch positiv Empfohlenen gekündigt. Viele klagten sich erfolgreich zurück und übernahmen noch bis weit in die 1990er Jahre Lehraufgaben. Die Auch dieses Zwielicht gehörte zum Erbe der Ritter-Kommission.

⁵¹ Matschenz, Dokumente, S. 35; Die Geschichten der Geschichte werden Geschichte? Von alten Affären und dem Chef des neuen Institut, Studentenzeitung Unaufgefordert Nr. 36, 30.4.1992, S. 6 u. 13 (Interview mit Winkler).

⁵² Matschenz, Dokumente.

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende

Reflexionen und Erfahrungen

Carsten Gansel
Gießen

I.

Im Jahr 2015 folgte Volker Braun der Einladung zum XIII. Weltkongress der Internationalen Vereinigung der Germanisten (IVG) in Shanghai und kam bei seinem Auftritt auf die Literaturwissenschaft in der DDR zu sprechen,

die spätestens seit Ende der 1960er Jahre keine Einheit mehr war, eigentlich war sie es nie:

Wissenschaft und Literatur, die sich oft so abstoßen und nichts voneinander wissen wollen, teilweise, aber eigentlich brauchen sie einander. Es gab immer zwei Spezies von Literaturwissenschaft, die einen, die bloß Urteile fällen und Zensuren verteilen und sogar vermeiden, in Berührung zu kommen mit den Verfassern, um sich nicht da hineinziehen zu lassen. Und die anderen, die möglicherweise schon im Arbeitsprozeß irgendwie dabei sind. Die man als Berater wähnt. Und das ist natürlich der produktivere Zugang für beide Seiten [...] Ihr seid keine neben der Literatur herlaufende Spezies von urteilenden Mächten, sondern ihr seid vollkommen in diesen Entstehungsprozess einer National- und Weltliteratur hineingezogen oder verantwortlich, indem Ihr Euch aussetzt. Aussetzt in einer Weise, dass Ihr nicht bei Euren Auffassungen über Literatur bleiben könnt. [...] Das heißt auch, die Wissenschaft muss sich gesellschaftlich positionieren, sie muss in die Verhältnisse ernsthaft eintreten und nicht bloß dienen, indem ein Buch irgendwie gut beurteilt wird. ¹

Volker Braun betonte, dass es allem Anschein nach zwei Richtungen in der DDR-Literaturwissenschaft gab: die eine, die "Zensuren verteilte" und und Kontakte zu den Autoren vermied, die andere, die mit den Autoren im Dialog stand. Während die erste Spezies letztlich affirmativstaatserhaltend agierte, war die andere auf das aus, was Christa Wolf im Kontext der Edition von Werner Bräunigs Roman "Rummelplatz" als ein Motiv herausstellte: teilzuhaben "an der Veränderung der Welt".²

¹ Volker Braun: Lesung und Gespräch auf dem XIII. Weltkongress der IVG in Shanghai 2015 (Mitschrift nach der Tonbandaufzeichnung. In: Archiv Gansel).

² Christa Wolf: Vorwort. In: Werner Bräunig: Rummelplatz. Hrsg. von Angela Drescher. Berlin: Aufbau-Verlag 207, S. 5.

Bei "den Schlenstedts", also Sylvia und Dieter Schlenstedt, so stellt Braun sein Argument exemplifizierend weiter heraus, sei es beim Lesen des Manuskriptes des "Hinze-Kunze-Romans" 1981 zu einem "Schock" gekommen, der ihnen bewusst gemacht habe, dass sie "nicht in der bisherigen Weise weiterhin ihre Wissenschaft betreiben" können.³ Man kann auch einen anderen Begriff wählen: Das Manuskript geriet in den Status einer Störung im Sinne Niklas Luhmanns. Und damit bin ich bereits bei einem Soziologen, der für mich nach 1989 zu einem entscheidenden Bezugspunkt geworden ist.

Mit Luhmann kann man Folgendes sagen: Unser Bewusstsein und die sozialen Kommunikationssysteme (u.a. Politik, Medien, auch Wissenschaft) werden in Auseinandersetzung mit der Umwelt permanent aufgestört. Solche Störungen verarbeiten unser Bewusstsein oder die sozialen Kommunikationssysteme nach je eigenen Prinzipien als Irritation. Insofern sind Störungen zunächst einmal eine Selbstirritation, wie Niklas Luhmann sagt. Es wird ein "Informationsverarbeitungsprozess" in Gang gesetzt.⁴ Die Wahrnehmung wird auf die Störstelle gelenkt, in diesem Fall war es der "Hinze-Kunze-Roman".

Den Schlenstedts wurde bewusst, dass sie "zur Sache" kommen mussten und sich als Literaturwissenschaftler nicht heraushalten konnten. Und genauso kam es: Der Text, der schon einige Jahre beim Mitteldeutschen Verlag lag, erschien 1985 "mit einer schöngeistigen Lesehilfe von Dieter Schlenstedt im Anhang".⁵ Das Nachwort dokumentiert, um welche Fragen es damals in der DDR-Literaturwissenschaft ging. Dieter Schlenstedt setzte das um, was er an anderer Stelle ein wenig vage formuliert hatte. Dass Literaturwissenschaft nämlich vor der Aufgabe steht, die "charakteristischen Blindstellen der literarischen Produktion aufzudecken, das, was im Bereich bestimmter Fähigkeiten nicht erscheint, und das, worüber die herrschenden Interessen das Schweigen verhängt haben".⁶ Das konnte man in "Problemfeld Widerspiegelung" lesen, einer der wichtigen wissenschaftlichen Publikationen von 1981, deren Lektüre

³ Volker Braun: Lesung und Gespräch auf dem XIII. Weltkongress der IVG in Shanghai 2015 (Mitschrift nach der Tonbandaufzeichnung. In: Archiv Gansel).

⁴ Niklas Luhmann: Einführung in die Systemtheorie. Heidelberg: Carl-Auer Verlag 2006, S. 127 (3. Auflage). Siehe u.a. Carsten Gansel: Zur "Kategorie Störung" in Kunst und Literatur – Theorie und Praxis. In: Ders. (Hg.): Störungen in Literatur und Medien. Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes. Heft 4/2014, Göttingen 2014, S. 315–332.

⁵ Volker Braun: Hinze-Kunze-Roman. Halle-Leipzig: Mitteldeutscher Verlag 1985.

⁶ Dieter Schlenstedt: Problemfeld Widerspiegelung. In: Ders. u. a. (Leitung und Gesamtredaktion): Literarische Widerspiegelung. Geschichtliche und theoretische Dimensionen eines Problems. Berlin, Weimar: Aufbau-Verlag 1981, S. 181.

empfohlen werden kann, wenn es um Fragen zum Stand der DDR-Literaturwissenschaft in den 1980er Jahren geht.

II.

Seit Ende der 1960er Jahre kam es in Literatur und Wissenschaft in der DDR zu dem, was Werner Mittenzwei in den 1970er Jahren als "Ästhetische Emanzipation" bezeichnet hat, die im Kern auch eine politische war.⁷ Ausgehend davon setzte auch in den Gesellschaftswissenschaften eine verstärkte kritische Reflexion der Ost-Moderne ein, und es wurde über das Funktionsverständnis von Literatur nachgedacht. Dabei spielte einmal mehr der Begriff der "gesellschaftlichen Funktion" eine Rolle. Es wäre ein eigenes Thema, den wissenschaftlichen Resultaten nachzugehen, die dieses Bemühen, das eine Rehabilitierung der Moderne einschloß, mit sich brachte.

Zu nennen sind die an der Akademie der Wissenschaften entstandenen Bände um Dieter Schlenstedt, Karlheinz Barck, Klaus Städtke und Inge Münz-Koenen: "Künstlerische Avantgarde. Annäherungen an ein unabgeschlossenes Kapitel" (1979), "Literarische Widerspiegelung" (1981), "Ästhetische Grundbegriffe" (1983–2000) "Werke und Wirkungen" (1987), zudem die Arbeiten von Wolfgang Heise und Werner Mittenzwei. Für Teile von Literatur und Literaturwissenschaft gilt eben gerade nicht, dass sie politische Vorgaben "von oben" umgesetzt und Affirmation betrieben hätten. Stattdessen ging es um eine Emanzipation von Rahmenideologemen; jedoch hing es von sehr spezifischen Bedingungen ab, wann und wo die zur Literatur wie Wissenschaft in modernen Gesellschaften gehörende kritische Beobachtung und Selbstbeachtung von gesellschaftlichen Prozessen einsetzte und wie weit sie im Einzelfall ging.

Wie problematisch es ist, in Bezug auf die DDR und die "ihr gleichartigen Gebilde" vom "Machtzusammenhang direkt auf die Akteure", also die Bürger des Staatsgebildes zu schließen, hat der Soziologe Wolfgang Engler mit einigem Recht herausgestellt: "Wer so verfährt", schreibt Engler, "verfängt sich rettungslos in dem Vorurteil, die Menschen seien primär und unmittelbar durch das politische System und den

_

⁷ Siehe die Positionen von Werner Mittenzwei: Der Realismus-Streit um Brecht. Grundriß der Brecht-Rezeption in der DDR 1945–1975. Berlin: Aufbau Verlag 1978. In diesem Zusammenhang war dann einige Jahre später auch von einer "theoretischen Emanzipation der Literaturwissenschaft der DDR" die Rede (Heinz-Jürgen Staszak: Beobachtungen an der Wirkungsweise des Lukács'schen Literaturkonzepts. In: Weimarer Beiträge 31, Heft 4/1985, S. 573–579, hier: S. 578.

Repressionsapparat geprägt und nicht vielmehr durch ihre Auseinandersetzung mit beiden".⁸ Anders gesagt: Eine spezifische Mentalität, in diesem Falle eine ostdeutsche, bildete sich gerade im Wechselspiel zwischen Individuum und staatlichen Instanzen heraus. Dort, wo von der "Schwierigkeit, ich zu sagen" (Christa Wolf), die Rede ist, bedeutet dies immer auch, dass die je eigene Individualität sich unter gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auszubilden hat, die vom einzelnen gegebenenfalls Widerstand gegen eben diese notwendig machen. Das ist – glaube ich – heute nicht anders. Man wird nicht in jedem Fall sagen können, dass dies der Persönlichkeit abträglich ist und einzig "gebrochene Gestalten" das Ergebnis einer solchen Individuation sind. Und das betrifft eben auch die Literaturwissenschaft.

Klaus Schlesinger, dem man nicht den Vorwurf machen kann, er hätte den staatlichen Instanzen in der DDR zu nahegestanden – er gehörte zu jenen Autoren, die 1979 aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen wurden –, fragte 1993: "Sehnsucht nach der DDR?" Und indem er darauf eine negative Antwort gab, sagte er etwas aus über den Emanzipationsgrad von Bürgern, keineswegs nur von Intellektuellen oder Literaten. "Ich denke, wir hatten auch eine Menge Spaß. Oder?" heißt es selbstbewusst.⁹

Dies war auch in den Wissenschaften so. Lange vor dem Herbst 1989 konnte man in den Literaturwissenschaften Ergebnisse des Nach-Denkens und der kritischen Reflexion erkennen. Es wäre wiederum ein Thema für sich, dem nachzugehen, Blicke in die Zeitschriften "Weimarer Beiträge", "Sinn und Form" oder die "Neue deutsche Literatur" wären dafür erhellend. Freilich: An die Substanz gehende Forderungen ergaben sich dann erst im Herbst 1989. Vom 31. Oktober bis zum 2. November fand in Berlin ein Kolloquium mit dem zurückhaltenden Titel "DDR-Literatur in der Literaturgeschichtsschreibung – Bilanz und Aufgaben" statt. Eröffnet wurde es von Manfred Naumann, damals Direktor des Zentralinstituts für Literaturgeschichte (ZIL) an der Akademie der Wissenschaften der DDR, und Horst Haase, Direktor des Instituts für Kulturund Kunstwissenschaften an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Dieter Schlenstedt hielt das Eröffnungsreferat zum Thema "Neues Nachdenken über die Geschichte der DDR-Literatur". Ich verzichte darauf, die Diskussionen nachzuzeichnen, in denen sich vielfältige Neuan-

102 die hochschule 1/2024

-

⁸ Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau-Verlag 2002, S. 39.

⁹ Klaus Schlesinger: Von der Schwierigkeit, Westler zu werden. Berlin: Aufbau Taschenbuchverlag 1998, S. 11.

sätze und ausgesprochen kritische Sichten artikulierten. Viel wichtiger war, dass am Nachmittag des ersten Tages der "Textvorschlag" einer Erklärung über mehrere Stunden diskutiert wurde, der es in sich hatte und direkt von der Konferenz an das Ministerium für Kultur und das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gehen sollte. Dort hieß es:

In diesen Wochen sind massenhaft Forderungen nach grundlegender Veränderung an die Regierenden in diesem Land gerichtet worden [...]. Wir solidarisieren uns mit jenen Kräften, die engagiert und ehrlich, kritisch und selbstkritisch, gewaltlos und glaubwürdig für einen menschlichen, weltoffenen und attraktiven Sozialismus eintreten. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, diese Forderungen mit einem energischen Nachdenken über Geleistetes und Versäumtes, Notwendiges und Mögliches unserer täglichen Arbeit als Literaturhistoriker zu verbinden. 10

Vom aufgemachten Forderungskatalog sei lediglich der erste Punkt zur literaturwissenschaftlichen Forschung zitiert:

Wahrnehmung und Mitverantwortung dafür, daß die These von der Unersetzbarkeit der Kunst im Sozialismus nicht mehr länger für den praktischen Umgang mit Literatur (z.B. in den Medien) eine leere Floskel bleibt. Politische Bevormundung und Zurechtweisung von Autoren und Kunstwissenschaftlern, nicht gedruckte oder nur in der BRD veröffentlichte Bücher von Autoren der DDR haben eine lebendige literarische Öffentlichkeit nachhaltig behindert. Es muß gefordert werden, daß die Ergebnisse der Literaturwissenschaft endlich in angemessener Form Eingang in den Literaturunterricht finden.¹¹

Es schloss sich eine lange und aufgeregte Diskussion an, die unterschiedliche Positionen offenbarte. Ich erinnere noch sehr gut, dass die Auffassungen zur Erklärung etwa zwischen Dieter Schlenstedt, der das Papier federführend ausgearbeitet hatte, und Hans Richter von der Universität Jena auseinandergingen. Letztlich blieb das Papier mit dem Forderungskatalog folgenlos, wie so vieles. Nicht zuletzt deshalb, weil die DDR an ihr Ende kam.

III.

Damit bin ich bei der Frage nach der literaturwissenschaftlichen Verständigung über das, was in der Erklärung als "das energische Nachdenken über Geleistetes und Versäumtes" bezeichnet worden war. Die Reflexion hatte es nunmehr mit veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingun-

¹⁰ Erklärung von Teilnehmern des literaturwissenschaftlichen Kolloquiums "DDR-Literatur in der Literaturgeschichtsschreibung. Bilanz und Aufgaben, das vom 31.10. bis 2.11.1989 in Berlin stattfindet, S. 1 (unv.). Die Streichungen ergaben sich in Folge der Diskussion.

¹¹ Ebd.

gen zu tun. Am 23. August 1990 beschloss die Volkskammer in einer "turbulenten Sitzung" den "Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Von den 363 Abgeordneten stimmen 294 dem Beitritt zu, 62 votieren dagegen, sieben enthalten sich", so die Einlassung auf der Seite der Bundesregierung. 12 Noch vor diesem Beschluss, der die staatliche Souveränität der DDR mit dem 3. Oktober 1990 aufhob, war an ausgewählte Literaturwissenschaftler eine Einladung der "Wiemarer Beiträge" zu einer Umfrage "Zur Situation der Literatur-Kunst- und Kulturwissenschaften" ergangen. Die Ergebnisse des Nachdenkens erschienen in den Heften 1 und 2/1991.

Beteiligt waren Literaturwissenschaftler aus der inzwischen vergangenen DDR und der Bundesrepublik. Auf der Ostseite waren dies bekannte Kollegen der damals schon älteren Generation, also Karlheinz Barck, Horst Haase, Ursula Heukenkamp, Bernd Leistner, Wolfgang Albrecht und Eike Middell. Auf der Westseite schrieben Georg Bollenbeck, Helmut Peitsch, Irma Hanke, Ludwig Fischer, Sonja Hilzinger oder Gert Pickerodt. Von der jüngeren Generation aus dem Osten gehörten nur wenige dazu, Sigrid Lange, Birgit Dahlke, Martina Langermann, Jens F. Dwars, und auch ich hatte eine Einladung erhalten. Die meisten Beiträge gingen sehr ausführlich auf die neue Situation ein und suchten in selbstreflexiv-kritischen Darstellungen die jeweiligen Forschungsansätze anzudeuten.

Produktiv schien mir damals Ursula Heukenkamp, mit deren Projekt "Unerwünschte Erfahrung. Kriegsliteratur und Zensur in der DDR" ich schon im Entstehungsprozess ab 1987 in Berührung kam, da ich zwei der in diesem Rahmen entstandenen Dissertationen begutachtete. Es gäbe viel über die Schwierigkeiten zu sagen, auf die das Vorhaben an der Humboldt Universität und dann bei Verantwortlichen im Aufbau Verlag stieß.

Ursula Heukenkamp notierte nun für die "Weimarer Beiträge", dass es darum gehe, die "Geschichte, an der wir beteiligt waren, neu zu buchstabieren und jener, die wir als unsere Vorgeschichte angeeignet haben, mit Respekt vor den Sachverhalten und ohne einen eingeübten Finalismus begegnen" sollten." Ihrem Gegenstand, den "literarischen Texten samt ihren Kontexten", sollte die Literaturwissenschaft sich mit Achtung vor der "Einzelheit und Einmaligkeit der je anderen Zeit" nähern. Es sind dies Aussagen, die auf den ersten Blick selbstverständlich erscheinen, aber mit Blick auf die Geschichte hervorzuheben waren. Ihre Überle-

104 die hochschule 1/2024

_

¹² Volkskammer sagt Ja zur Einheit (https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deuts che-einheit/volkskammer-sagt-ja-zur-einheit-353950, 20.1.2023).

gung, dass es nun um eine "Periode des beinahe positivistischen Sammelns von Sachverhalten gehe", konnte in der Folgezeit nur bedingt umgesetzt werden. ¹³ Für mich jedenfalls war der Hinweis insofern wichtig, als er einen Ansatz bestätigte, der mich bereits Mitte der 1980 Jahre in Archive trieb, die damals noch wenig oder gar nicht zugänglich waren.

Aber zurück zu den Diskussionen 1991 in den "Weimarer Beiträgen": Einigkeit herrschte darüber, dass eine Disziplin dort in eine Krise geraten musste, wo die ihre Tätigkeit fundierenden, als wissenschaftlich angenommenen Grundpositionen wie die Ideologie, in deren Rahmen sie sich bewegte, in dieser Form nicht mehr existierte. Meine damalige Position war: Zwar hatten ideologische Maßgaben die Wissenschaften behindert, aber als ideologische und zugleich wissenschaftliche Form hatte die Literaturwissenschaft kognitive Apparaturen entwickelt, die sich einer einseitigen ideologischen Präformierung entzogen und gegen den Monismus einer Denkrichtung wendeten. Und ich vermutete, dass bei aller berechtigten Distanz sich kritisches Bewusstsein in der Literaturwissenschaft (vielleicht?) eher artikuliert habe als in anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen.¹⁴

Das mag mit ihrem Untersuchungsgegenstand zusammenhängen, denn unbestritten bleibt, dass es gerade künstlerische Darstellungen waren, die Anteil daran hatten, ein Nachdenken über Gesellschaftsstrukturen herauszufordern, die den einzelnen zum Spielball eines sich verselbständigenden Machtapparates machten. Wollte Wissenschaft nicht als affirmative Instanz gelten, konnte sie gar nicht anders, als sich den in den poetischen Texten diagnostizierten "gestockten Widersprüchen"¹⁵ zu stellen. Freilich musste ich damals eingestehen, dass dies nicht hinreichend konsequent erfolgt war. Dies betraf meinen eigenen Umgang etwa mit Anti-Utopischem. Auf der einen Seite brachte ich durchaus zum Ausdruck, dass sich die phantastisch-grotesken Darstellungen und Parabeln von Volker Braun, Franz Fühmann, Uwe Grüning, Gottfried Meinhold oder Heiner Müller auf den stagnierenden Real-Sozialismus und sein

_

¹³ Ursula Heukenkamp: Umfrage. In: Umfrage zur Situation der Literatur-, Kultur- und Kunstwissenschaften. In: Weimarer Beiträge, Heft 1/1991, S. 23-25, hier: S. 25.

¹⁴ Vgl. dazu meinen eigenen Beitrag: Carsten Gansel: Fortsetzung der Umfrage zur Situation der Literatur-, Kultur- und Kunstwissenschaften. In: Weimarer Beiträge, 2/1991, S. 244–251, hier: S. 245. Siehe auch Ders.: "Nachruf" von Stefan Heym (Für und Wider). In: Ebd., S. 213–233, hier: S. 213–217.

¹⁵ Franz Fühmann: Saiäns-Fiktschen. Erzählungen, Rostock: Hinstorff-Verlag 1981, S. 7.

"gebremstes Leben"¹⁶ bezogen; andererseits schwächte die Formel von den Anti-Utopien als "Antizipation von möglichem Zukünftigem, aber absolut zu Verhinderndem" eben das wieder ab. Diese Bestimmung brachte nicht auf den Punkt, dass inzwischen eine Strukturierung von Gesellschaft existierte, die das Wesen menschlicher Entfremdung produzierte, und dass literarische Texte eben längst Diagnosen von Ist-Zuständen waren.¹⁷

IV.

Ein Blick auf den Augsburger Germanistentag 1991 zeigt exemplarisch, wie die Verhältnisse in der Germanistik inzwischen beschaffen waren. Von den 137 Beiträgen, die im Konferenzband abgedruckt sind, sind neun von Wissenschaftlern aus der vergangenen DDR, Manfred Bierwisch und Karl-Ernst Sommerfeld als Linguisten, als einzige etablierte Literaturwissenschaftler sind Hans-Georg Werner aus Halle, der damals im Vorstand des Deutschen Germanistenverbandes war, und Peter Wruck von der Humboldt-Universität dabei. Wruck informiert auf knapp vier Seiten über "Erneuerungsprozesse" und gibt einen "Zwischenbericht aus dem Fachbereich Germanistik der Berliner Humboldt-Universität". Den Evaluierungsprozess – das Wort fällt bei Wruck nicht – umschreibt er sehr milde.

Interessantes zum Gegenstand lieferte vor allem Petra Boden, die damals als junge Wissenschaftlerin einen Beitrag zur "Fachentwicklung und Selbstreflexion in der literaturwissenschaftlichen Germanistik in der DDR in den 80er Jahren" hält. Sie gesteht unter Bezug auf den Slawisten Klaus Städtke ein, vor einer "hermeneutischen Zwangssituation" zu stehen, weil sie, "wissenschaftsbiographisch mit dem Bezugsrahmen DDR verbunden" sei, über "deren Wegfall auch die Germanistik hinreichend nachzudenken hat". ¹⁹ In dem Beitrag wird dann u.a. auch auf die germa-

¹⁶ Volker Braun: Rimbaud. Ein Psalm der Aktualität, in: Ders.: Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie. Schriften, Leipzig: Reclam 1988, S. 95–183, hier: S. 113.

¹⁷ Carsten Gansel: Fortsetzung der Umfrage. A.a.O., S. 245.

¹⁸ Peter Wruck: Erneuerungsprozesse. Ein Zwischenbericht aus dem Fachbereich Germanistik der Berliner Humboldt-Universität. In: Johannes Janota (Hrsg.): Vorträge des Augsburger Germanistentags (1991). Kultureller Wandel und die Germanistik in der Bundesrepublik. Band 4. Tübingen: Max Niemeyer Verlag 1993, S. 309–312.

¹⁹ Petra Boden: Fachentwicklung und Selbstreflexion in der literaturwissenschaftlichen Germanistik in der DDR in den 80er Jahren. In: Ebd., Band 2, S. 198–206, hier: S. 198.

nistischen Großprojekte in der DDR verwiesen, etwa die zwölfbändige Literaturgeschichte, die im Verlag Volk und Wissen herauskam.²⁰

Der Vorstand des Deutschen Germanistenverbandes, dem ich angehörte, hat sich damals durchaus mit der Situation an den Ost-Universitäten beschäftigt. Es gab entsprechend ein Forum II auf dem Germanistentag in Augsburg, das Wilfried Barner eingeleitet hat, und ich sprach zu Problemen von Germanistik und wissenschaftlichem Nachwuchs in den Neuen Bundesländern. Allerdings hat die Verständigung wenig an den ablaufenden Prozessen verändert, die nolens volens politisch wie wirtschaftlich vorgegeben waren. Interessant ist der Beitrag von Manfred Seiler in der "Zeit", in dem mit Blick auf die Entwicklungen im Osten konstatiert wurde, dass mehr als "die Forderung, man möge die Abwicklung der Wissenschaft nicht so hastig betreiben", und ein "paar Hinweisen auf die sprachlichen und literarischen Kenntnisse des östlichen Kulturraums in der DDR-Germanistik" nicht zu hören waren. Das trifft durchaus den Kern. Der Beitrag endet wie folgt:

Und so verschieden die Vorgaben des Erwartungshorizontes auch sein mögen, solange sich der hermeneutische Zirkel dreht, kommt am Ende doch immer das gleiche dabei heraus: das 'wissenschaftlich hochqualifizierte' Personal von Ex-DDR und Ex-BRD mit seiner einigenden Angst vor dem ästhetischen Urteil und dem gemeinsamen Wunsch nach Verbeamtung.²²

Aber wie ging es weiter? Um das in pointierter Weise anschaulich zu machen, sei aus einem Beitrag von Bernd Leistner zitiert. Leistner, Jahrgang 1939, wurde nach Stationen an den Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten Weimar und dem Literaturinstitut "Johannes R. Becher" 1992 an die TU Chemnitz berufen, die aus der Eingliederung der früheren Pädagogischen Hochschule Zwickau in die Technische Hochschule entstanden war. In einem Beitrag, der Anfang 1999 in der "Neuen Deutschen Literatur" (NDL) publiziert wurde, bezog er sich auf eines der vielen Kolloquien zur deutschen Literatur vor und nach der Wende und berichtete "von Episodischem", das ihm in den vergangenen Jahren widerfahren war. Die Episoden reichen vom Sommersemester 1990 bis zum Juli

die hochschule 1/2024 107

-

²⁰ Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Literatur. Berlin: Volk und Wissen 1976–1990.

²¹ Carsten Gansel: Zwischen dem 'Prinzip Folgenlosigkeit' und dem 'Prinzip Hoffnung'? – Zu Problemen von Germanistik und wissenschaftlichem Nachwuchs in den Neuen Bundesländern. In: Johannes Janota (Hrsg.): Vorträge des Augsburger Germanistentags (1991). Kultureller Wandel und die Germanistik. A.a.O. Bd. 4, S. 211–216.

²² Manfred Seiler: Die Angst vor dem Urteil. Germanistentag in Augsburg: Anmerkungen zum Zustand einer Wissenschaft. In: Die Zeit, 25. Oktober 1991 (https://www.zeit.de/1991/44/die-angst-vor-dem-urteil/komplettansicht, 24.9.2023).

1996, und sie akkumulieren in gewisser Weise durchaus repräsentativ jene Erfahrungen, die Ostdeutsche nach 1989 gemacht haben. Ich greife nur eine der Episoden heraus:

Juli 1994, eine ostdeutsche Universität: ich nahm als Gast, an einem Habilitationskolloquium teil. Am Rande ein Korridorgespräch, dessen unfreiwilliger Zeuge ich wurde, und im Verlauf des Gesprächs diese Rede: Man sei hier, sagte ein aus dem Westen an die besagte Universität berufener Professor, dem mißlichen Tatbestand etlicher bereits besetzter, mit überkommenem Personal besetzter Mittelbaustellen konfrontiert. Da die Verträge indes befristet seien, könne man immerhin planen. "Und ich rechne jedenfalls damit, daß ab Herbst 96 das Institut so ziemlich ossifrei sein wird."²³

Die Episode soll hier unkommentiert bleiben, und ob sie für die Universitäten im Osten zu verallgemeinern ist, das sei dahingestellt. Was man aber mit Sicherheit rückblickend sagen kann: Die Universitäten und Hochschulen waren nach 1989 wohl einer jener Bereiche der früheren DDR-Gesellschaft, in denen am stärksten evaluiert wurde. Und das meint die politische und die fachliche Evaluierung.

Während die politische Unbescholtenheit oder Belastung von sogenannten Ehrenkommissionen verhandelt wurde, lag die Einschätzung der fachlichen Kompetenz bis hin zu den Überleitungen, die das Recht auf eine Bewerbung auf eine Stelle erbrachten, in der Hand von Kommissionen, in denen Wissenschaftler aus den neuen und alten Bundesländern vertreten waren, wobei sich die Beteiligung aus dem Osten eher auf Nachwuchswissenschaftler bezog. Wie diese fachliche Evaluation konkret gehandhabt wurde, das war in den neuen Bundesländern von Land zu Land unterschiedlich geregelt, also in Sachsen anders als in Mecklenburg oder Brandenburg. Die Ergebnisse, über die ich hier nicht richten möchte, lassen sich im Abstand von mehr als 30 Jahren aber durchaus auf einen Punkt bringen, der bis in die Gegenwart führt und eine Ursache für aktuellen sozialen Sprengstoff ist.

Man kann das erinnerungstheoretisch fundieren, wie es an der Universität Gießen seit Ende der 1990er Jahre im Sonderforschungsbereich "Erinnerungskulturen" getan wurde. Der "Elitenaustausch" ist nicht ohne Folgen für den kleineren Ostteil wie die gesamte Bundesrepublik geblieben. Die Ostdeutschen sind letztlich aufgefordert worden, sich am kommunikativen und kulturellen Gedächtnis der anderen deutschen Teilgesellschaft zu orinetieren. Während im Sinne von Jan Assmann das kommunikative Gedächtnis bekanntlich gespeist wird durch Gespräche mit Freunden, Erfahrungen in der Familie oder der Gruppe, ist das kulturelle

²³ Bernd Leistner: "Groß meine Mühe, würdevoll zu fliehn". Ostdeutsche Literatur nach der "Wende". Ein Vortrag. In: Neue deutsche Literatur, Heft 2/1999, S. 16–32, hier: S. 16, 17.

Gedächtnis an "feste Objektivationen" gebunden, es ist offiziell gestiftet, und es transportiert einen "festen Bestand" an Inhalten und Sinngebungen. Es geht hier um Ausstellungen, Denkmäler, Feiertage, Straßennahmen, Gelöbnisse, Museen bis hin zu Briefmarken. Und nicht zu vergessen sind die Schulen, etwa der Geschichts- und Deutschunterricht. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass hier das dominiert, was man mit dem Historiker Martin Sabrow "Diktaturgedächtnis" nennen kann. Hervorgehoben werde der "Unterdrückungscharakter der SED-Herrschaft und ihre mutige Überwindung in der friedlich gebliebenen Revolution von 1989/90". Es

Man wird allerdings nicht sagen können, dass dieses Narrativ in vollständigem Einklang mit jenen Erzählungen und Primärerfahrungen steht, die im kommunikativen Gedächtnis eines größeren Teils der Ostdeutschen abgespeichert sind. In der Folge kommt es mithin zu einem Clash, offen oder verdeckt und zu dem, was der Kulturwissenschaftler Dietrich Mühlberg einmal "geistige Heimatlosigkeit" genannt hat.²⁶ Für die Universitäten und die zentralen Forschungseinrichtungen kann man pointiert zuspitzen: Die Ostdeutschen konnten ihre Auseinandersetzung mit dem, was die DDR als eine "Diktatur des Proletariat" war, nicht selbständig betreiben, weil jene, deren Forschungsgegenstand das gewesen wäre, dafür aus den genannten Gründen nicht mehr zur Verfügung standen. Das unterscheidet sie von allen anderen Ländern des sogenannten Ostblocks.

Die Narrative kamen weitgehend von jenen, die nicht Teil der DDR-Gesellschaft gewesen waren. Die regionalen Kleinstprojekte, in denen ostdeutsche Wissenschaftler gegebenenfalls eine finanzielle Anbindung fanden, seien hier vernachlässigt, weil die Ergebnisse sich nicht in den Systemen von Wissenschaft und Medien niederschlagen. Peer Pasternack hat dies 1998, also vor mehr als 20 Jahren, in einer Studie zu "geistesund sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989" belegt.²⁷ Geändert hat sich an dem Befund nichts. Und insofern existiert – man muss nur einmal die Leserbriefe der ostdeutschen Regionalzeitun-

²⁴ Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C.H. Beck 1992, S. 48–56.

²⁵ Martin Sabrow: Die DDR erinnern. In: Ders. (Hrsg.) Erinnerungsorte der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, S. 9–25, hier: S. 16.

²⁶ Dietrich Mühlberg: Vom langsamen Wandel der Erinnerung. In: Kulturation, Heft 1/2003.

²⁷ Peer Pasternack: Bewegung auf einem gesättigten Markt. Geistes und sozialwissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989: Berlin: Edition Luisenstadt 1998 (https://berlingeschichte.de/lesezei/blz98 07/text01.htm, 23.9.2023).

gen besehen – ein Hiatus zwischen kulturellem und kommunikativem Gedächtnis

٧.

Zum Ende seien einige Aspekte angesprochen, die meine eigene Situation in der Wendezeit und die Jahre danach betreffen. Zu den Vorgängen wie zum Klima in der Germanistik an den Universitäten in den Neuen Bundesländern kann ich aus eigener Erfahrung etwas bis zum Sommersemester 1995 sagen. Allerdings: Viele der Kolleginnen und Kollegen leben inzwischen nicht mehr: Rolf Bräuer, Horst Hartmann, Ursula Heukenkamp, Sylvia und Dieter Schlenstedt, Hans Georg Werner, Frank Hörnigk, Joseph Pischel, Klaus Jarmatz; ich könnte die Reihe fortsetzen.

Um es kurz zu machen: Nach der politischen und fachlichen Evaluation wurde ich im Juli 1992 im Rahmen des Hochschulerneuerungsgesetzes (HEG) in die mitgliedschaftsrechtliche Stellung eines Professors laut Hochschulrahmengesetz (HRG) an der Universität Greifswald "übergeleitet", so der Terminus. Dienstrechtliche Konsequenzen ergaben sich daraus nicht, aber die Bewerbung auf eine auf sechs Jahre befristete C2-Stelle war erfolgreich. Ich habe sodann 1992 eine Vertretungsprofessur an der Universität Bielefeld wahrgenommen und 1993 eine Gastprofessur an der Universität Frankfurt a.M., es folgten drei Listenplätze und im Wintersemester 1994/1995 der Ruf an die Universität Gießen, dem ich gefolgt bin.

In den 28 Jahren seither kann ich mich an kein einziges Beispiel erinnern, bei dem es zu Episoden gekommen ist, wie sie Bernd Leistner schildert. Gießen war in absolut jeder Hinsicht ein Glücksfall, und dies meint die Forschungskontexte wie die Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich es zu tun hatte bzw. habe. Die Forschungsvorhaben und die methodologischen Ansätze, die für mich ab 1989/90 prägend gewesen sind, erhielten durch die Umbrüche von 1990/91 maßgebliche Impulse, ja sie wurden dadurch überhaupt erst möglich. Dazu gehören ab 1992 die System- und Modernisierungstheorie: Niklas Luhman und Ulrich Beck danke ich einen anderen Blick auf literaturgeschichtliche Zusammenhänge. Orientierend damals war für mich das Großprojekt der Münchener Forschergruppe zu einer Sozialgeschichte der Literatur, auch deshalb, weil es System- und Modernisierungstheorie zusammendachte.

So war ich 1993 auf einen Beitrag von Jörg Schönert gestoßen, den ich in der Folgezeit mehrfach aufgegriffen habe, weil er eine für mich grundlegende Position herausstellt. Veränderungen im "System der Gattungen und Genres", hatte Jörg Schönert geschrieben, sind eine Reaktion

"auf die Umwelt, auf die Entwicklungen in den Sozialsystemen, auf Prozesse der gesellschaftlichen Modernisierung". Für den Modernisierungsprozess insgesamt gilt, dass er vom Kultur- bzw. Literatursystem kritisch begleitet wird. Eben darum werden in den verschiedenen systemund modernisierungstheoretischen Ansätzen dem Kultur- bzw. Literatursystem selbstreflexive Funktionen zugeschrieben. Schließlich kam in Gießen mit dem Sonderforschungsbereich "Erinnerungskulturen" die kulturwissenschaftliche Erinnerungsforschung dazu, die bei mir seit 2003 u.a. auf die Lessing-Rezeption bezogen war und daher die "Wissenschaftsgeschichte der Germanistik im 19. Jahrhundert" mit Auge hatte. ²⁹

Anregend war für mich auch die Debatte um Literaturwissenschaft als Kulturwissenschaft ab Ende der 1990er Jahre. In den Arbeiten danach habe ich mehrfach auf Wilhelm Voßkamp Bezug genommen, der mit Recht herausstellt, das es sich bei Literatur um eine Form der "kulturellen Selbstwahrnehmung und Selbstthematisierung" von Gesellschaft handelt. "In Texten beobachten sich Kulturen selbst", so Vosskamp.³⁰ Da literarische Texte "spezifische Formen des individuellen und kollektiven Wahrnehmens von Welt und Reflexion dieser Wahrnehmung" darstellen, sind sie "durch ein hohes Maß an Selbstreflexion"³¹ gekennzeichnet. Seit 2008 kam der Versuch hinzu, die Kategorie Störung im Sinne von Niklas Luhmann für die Kulturwissenschaften produktiv zu machen und neu über das nachzudenken, was man Ost-Moderne nennen kann.

Der Blick auf die Wendejahre bis 1995 sei mit einer Erinnerung von Uwe Johnson geschlossen. Gewiss, die Jahre waren eine Erfahrung,

obendrein die einer juvenilen Periode. Aber die Erfahrung sollte nicht verkleinert werden durch die Tricks der Erinnerung. Es gibt da auch Dinge, die der Regen nicht abwäscht. Was da an Biographie gestiftet wurde, war immerhin nicht alles notwendig zum Leben. Es ist nicht nötig, die Rechnung neu aufzumachen. Aber sie verträgt es, offen zu bleiben.³²

²⁸ Jörg Schönert: Zur Kategorie der Modernisierung in kultur- und literaturgeschichtlichen Diskussionen. In: Differenzierung und Integration. Sprache und Literatur deutschsprachiger Länder im Prozeß der Modernisierung. Mitteilungsbulletin Nr. 2, S. 30–53, hier: S. 42.

 ²⁹ Siehe dazu die Editionen zu G.E. Lessings "Nathan der Weise", "Minna von Barnhelm" sowie "Emilia Galotti" in der Reihe "Gotthold Ephraim Lessing im kulturellen Gedächtnis – Materialien zur Rezeptionsgeschichte". Hrsg. von Carsten Gansel und der Arbeitsstelle für Lessing-Rezeption Kamenz. Göttingen: Vandenhocek & Ruprecht.

³⁰ Wilhelm Vosskamp: Die Gegenstände der Literaturwissenschaft und ihre Einbindung in die Kulturwissenschaften. In: Jahrbuch der deutschen Schillergesellschaft 42 (1998), S. 503–507, hier: S. 505.

³¹ Ebd.

³² Johnson, Uwe: Versuch, eine Mentalität zu erklären. Über eine Art DDR-Bürger in der Bundesrepublik Deutschland (1970). In: Ders.: Berliner Sachen. Aufsätze. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975, S. 52–63, hier: S. 63.

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der "Wende"

Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth

Sandra Schell Heidelberg Günter Mieth (1931–2013), ab 1976 Ordinarius für Deutsche Literatur des 18. Jahrhunderts an der Karl-Marx-Universität Leipzig, eröffnete im Januar 1990 die Mitarbeiterbesprechung seines Lehrstuhls mit der Feststellung, es werde für alle ein "bedeutsames Jahr". Die Planung seiner Lehrstuhlarbeit

wollte er schon längst im Zeichen des Aufbruchs verstanden wissen. Das Protokoll verzeichnet: "Internationale Beziehungen. Rückblick und neue Möglichkeiten [...]. Vorstellungen sind dazu vorhanden, einiges ist eingeleitet. (Hölderlin-Projekt)".¹

Schon vor dem Herbst 1989 hatte sich der international anerkannte Hölderlin-Philologe um die wissenschaftliche Öffnung seiner Lehrstuhlarbeit in Richtung Westen bemüht und ein Netzwerk internationaler, vor allem aber westeuropäischer Wissenschaftskontakte aufgebaut. Die "Wende" konnte er demgemäß als Moment des Aufbruchs begrüßen. Doch dem Optimismus folgte rasch Ernüchterung: Ende September 1990 gab Mieth, vorgeblich aus gesundheitlichen Gründen, seinen Wunsch nach einer vorzeitigen Emeritierung bekannt. Zum 1. April 1992 wurde er schließlich abberufen, seine Leipziger Arbeitsgruppe im Zuge der Transformationsprozesse weitgehend "abgewickelt".

Mieth wurde nicht evaluiert. Auch war und ist er in der (fach-)öffentlichen wie fachgeschichtlichen Wahrnehmung weitaus weniger präsent als die 'Star-Germanisten' der DDR wie etwa sein Leipziger Kollege Claus Träger. Dennoch lassen sich an seinem Beispiel 'Transformationsfriktionen'² im Zuge des Personalumbaus der ostdeutschen Gesellschaftswissenschaften anschaulich verfolgen.

¹ Eintrag vom 10.1.1990, in: Protokollbuch des Lehrstuhls 18. Jahrhundert, 1986–1992, Universitätsarchiv Leipzig (UAL), KuKu 75.

² Josef Schmid (1992): Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden: Organisationspraktische und organisationstheoretische Probleme, in: ders./Frank Löbler/Heinrich Tiemann (Hg.), Wiedervereinigung als Organisationsproblem: Gesamtdeutsche

Im Folgenden werde ich mich, nach einer kurzen Vorstellung seiner Person (1), auf die Initiativen zur internationalen Öffnung (2) und zur deutsch-deutschen Annäherung (3) seiner Forschungstätigkeit konzentrieren. Hierbei stütze ich mich in besonderem Maße auf Archivmaterial³ und auf autobiografische Berichte von Wissenschaftler:innen, die ihre Erfahrungen im Wissenschaftssystem der DDR rückblickend beschrieben haben.⁴ Mit einem Ausblick auf Mieths wissenschaftliches Engagement nach der Abberufung (4) gehe ich der Frage nach, wie das 'Scheitern' dieser anfänglich von Aktivität und Zuversicht getragenen 'Eigenreformversuche' zu bewerten ist.

1. Zur Biografie

Manfred Günter Mieth, Jahrgang 1931,⁵ gehört einer Generation marxistisch-leninistischer Germanisten an, die wissenschaftlich ganz in der DDR sozialisiert wurden. Nach einer Ausbildung zum Industrie-Kaufmann wurde er 1949 zunächst Neulehrer für Deutsch,⁶ von 1954 bis 1958 folgte das Studium der Fächer Germanistik, Philosophie und Pädagogik an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1959 begann Mieth bei Hans Ma-

Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, 2. Auflage, Brockmeyer, Bochum, S. 39–47. hier 45.

³ Zu Dank verpflichtete bin ich der Hölderlin-Gesellschaft und Matias Mieth, die mir freundlicherweise den Abdruck der Zitate gewährt haben. Dem Universitätsarchiv Leipzig danke ich für die große Hilfsbereitschaft bei der Arbeit mit den Archivalien. Mein Antrag zur Einsichtnahme möglicher Stasi-Unterlagen ist vom Bundesarchiv Berlin angenommen, aber noch in Bearbeitung. Für hilfreiche Diskussion und Hinweise danke ich Andrea Albrecht, Petra Boden, Franziska Bomski, Peer Pasternack und Ralf Klausnitzer.

⁴ Auch hier gilt mein Dank Matias Mieth, der mir Zugang zu den 2009 verfassten, unveröffentlicht gebliebenen Erinnerungen seines Vaters ermöglicht hat. Von großem Gewinn waren für mich ferner die Erfahrungsberichte: Klaus Blaudzun (2005): Zum Beispiel Rostock. Transformation statt Reformation des Wissenschaftssystems, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 52/4, S. 470–478; Bärbel Raschke (2001): Der Lehrstuhl "Geschichte der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts" an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Günter Mieth (1975–1992), in: dies./Ludwig Stockinger (Hg.), Prägungen und Spuren. Festgabe für Günter Mieth zum 70. Geburtstag, Universitätsverlag, Leipzig, S. 11–25.

⁵ Vgl. Lebenslauf von Günter Mieth (2011/12), URL https://research.uni-leipzig.de/agin tern/CPL/PDF/Mieth_Guenter.pdf (29.8.2023); UAL, PA-A 56358 und PA 3164; Günter Mieth: Mein Leben, 2009, Typoskript im Privatbesitz von Matias Mieth.

⁶ Vgl. Annemarie Mieth (2013): Deutschlehrerausbildung an der Karl-Marx-Universität Leipzig: Entwicklungen – Zäsuren – Verluste, in: Jan Cölln/Franz-Josef Holznagel (Hg.), Positionen der Germanistik in der DDR. Personen – Forschungsfelder – Organisationsformen, de Gruyter, Berlin/Boston, S. 568–581.

yer eine Promotion über den schwäbischen Romantiker Friedrich Hölderlin. Damit widmete er sich einer Epoche, die noch bis in die 1970er Jahre in der parteilich vorgegebenen Erbepolitik als "Prädekadenz verdammt" wurde,⁷ die sein Doktorvater aber seit Beginn der 1960er Jahre (erfolglos) von den kulturpolitischen Lenkungsansprüchen zu befreien suchte.⁸ In seinem methodischen Zugriff orientierte sich Mieth zunächst an Mayer, entwickelte diesen dann aber über die Jahre zu einer eigenen marxistisch fundierten materialistischen und sozialgeschichtlichen Herangehensweise weiter.⁹ Nach der Promotion, die 1965 aufgrund von Mayers Flucht in die BRD bei Walter Dietze erfolgt war,¹⁰ wurde Mieth im Herbst 1969 vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen an die Universität nach Algier delegiert, wo er die Deutschabteilung leitete; in seinem Fall scheint dieser mehrjährige Auslandseinsatz im Zuge der wachsenden internationalen Anerkennung der DDR Teil einer strengen Elitenauswahl¹¹ gewesen zu sein.

Anlässlich von Hölderlins 200. Geburtstag 1970 brachte Mieth die Werke des Dichters im Berliner Aufbau-Verlag heraus; man feierte sie als "neue, marxistisch konzipierte Gesamtausgabe". ¹² Im Zentrum der programmatischen, der Erbepolitik weitgehend zuarbeitenden Einleitung stand die Frage, wie Hölderlin vor dem Hintergrund einer bürgerlich-demokratischen Restaurationsperiode mit dem von der Französischen Re-

⁷ Hans Jürgen Geerdts/Reinhard Hillich (1983): Materialien zur Geschichte der marxistischen germanistischen Literaturwissenschaft in der DDR, in: Zeitschrift für Germanistik 4/1, S. 41–52, hier 44. Siehe zur Romantik-Rezeption Ralf Klausnitzer (2002): *Taugenichts* im real existierenden Sozialismus. Aspekte der Eichendorff-Rezeption in der DDR, in: Aurora. Jahrbuch der Eichendorff-Gesellschaft 62, S. 171–195; Jens Saadhoff (2007): Germanistik in der DDR. Literaturwissenschaft zwischen "gesellschaftlichem Auftrag" und disziplinärer Eigenlogik, Synchron, Heidelberg, S. 343–364.

⁸ Gemeinsam mit dem Romanisten Werner Krauss hatte Mayer im Juli 1962 auf der Leipziger Tagung zur Romantikforschung eine Neubewertung der Epoche gefordert (vgl. Saadhoff 2007: 347–349). Auch Mieth war an der Konferenz mit einem Beitrag beteiligt.

⁹ Vgl. Petra Boden (1997): "Es geht ums Ganze!" Vergleichende Beobachtungen zur germanistischen Literaturwissenschaft in beiden deutschen Staaten 1945–1989, in: Euphorion 91, S. 247–275, hier 250f.; Raschke 2001: 15.

¹⁰ Promoviert wurde Mieth magna cum laude mit der Arbeit Hölderlins Tübinger Hymnen. Wirklichkeit und Dichtung. Das Zweitgutachten übernahm Siegfried Streller (KMU).

¹¹ Vgl. Günther Öhlschläger/Ludwig Stockinger (2009): Germanistik, in: Ulrich von Hehl/ Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 4.1, Universitätsverlag, Leipzig, S. 534–561, hier 557. Dies war nicht immer so, siehe bspw. den Erfahrungsbericht von Ulla Fix (2022): Sprachwissenschaftlerin zwischen Ost und West. Erlebnisse, Überlegungen und Erfahrungen, Frank & Timme, Berlin, hier S. 74.

¹² Jürgen Werner (1971): Marxistisch konzipierte Hölderlin-Ausgabe, in: Das Hochschulwesen 4, S. 127f., hier 127.

volution geprägten revolutionären Erbe umging.¹³ Die um Varianten ergänzte Leseausgabe wurde auch im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet erfolgreich vertrieben – Anerkennung erfuhr sie vor allem von der bundesdeutschen Hölderlin-Forschung.¹⁴

Als Mieth 1972 zur Leipziger Germanistik zurückkehrte, galt diese manchen als die "profilierteste der gesamten DDR". ¹⁵ Nach der Habilitation wurde er zum September 1976 auf die neueingerichtete Professur für Geschichte der Deutschen Literatur mit Schwerpunkt 18. Jahrhundert berufen. ¹⁶

Mieth war ab 1953 Mitglied der SED und im Laufe seiner Karriere in unterschiedlichen partei-, kultur- und hochschulpolitischen Funktionsbereichen aktiv. ¹⁷ Auch auf diese Weise habe er versucht, an der Entwicklung der DDR konstruktiv mitzuwirken. So schreibt er in seinen 2009 verfassten, unveröffentlicht gebliebenen Erinnerungen, dass er "bei den nationalen und internationalen Konstellationen keine Alternative" gesehen habe. ¹⁸ Wie die Aktenlage und Stimmen aus seinem Umfeld nahelegen, war Mieth jedoch kein unkritischer Denker; ¹⁹ seine grundsätzliche Loyalität zur DDR scheint eine gezielte Kritik an einzelnen real- und hochschulpolitischen Entscheidungen der SED keineswegs ausgeschlossen zu haben, sodass sich seine Haltung vielleicht am ehesten als "utopi-

¹³ Günter Mieth (1970): Einleitung, in: Friedrich Hölderlin, Sämtliche Werke und Briefe, Bd. 1, hg. v. Günter Mieth, Aufbau-Verlag, Berlin, S. 5–108; ferner ders. (1978): Friedrich Hölderlin. Dichter der bürgerlich-demokratischen Revolution, Rütten & Loening, Berlin.

¹⁴ Vgl. Werner 1971: 127f.; für Rezensionen siehe den Eintrag 2940/1, in: Maria Kohler (1975–1977): Hölderlin-Bibliographie 1971–1973, in: Hölderlin-Jahrbuch 19/20, S. 595–669, hier 648.

¹⁵ Günther Öhlschläger et al. (2013): Einleitung. Germanistik in Leipzig – Wissenschaftsgeschichte als Regionalgeschichte, in: dies. (Hg.), Leipziger Germanistik. Beiträge zur Fachgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, de Gruyter, Berlin/Boston, S. 1–6, hier 4.

¹⁶ Vgl. den Antrag auf Berufung von Günter Mieth zum ordentlichen Professor für Geschichte der deutschen Literatur zum 1.9.1976, UAL, PA-A 56358; siehe Raschke 2001: 11–26; Öhlschläger/Stockinger 2009: 558f.

¹⁷ So die verstreuten Angaben in: UAL, PA-A 56358 und PA 3164, dort verzeichnet sind u. a. Funktionen als Sekretär der Abteilungsparteiorganisation Germanistik und Parteisekretär, als Mitglied der AG Germanistik beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, im sog. Erberat und Parteiaktiv der Goethe-Gesellschaft. Für seine fachpolitischen und fachlichen Leistungen wurde er mehrfach ausgezeichnet. UAL, PA-A 56358 listet: Medaille für ausgezeichnete Leitungen (1953, 1966); Pestalozzi-Medaille in Bronze (1959), in Silber (1975); Aktivist der sozialistischen Arbeit (1972); Kollektiv der sozialistischen Arbeit (1973–1976).

¹⁸ Mieth 2009: 50f.

¹⁹ Vgl. Raschke 2001: 14f.

sche Solidarität" charakterisieren ließe – in dem Sinne, wie Ludwig Stockinger es unlängst am Beispiel von Hans Mayer ausgeführt hat.²⁰

2. Internationale Ausrichtung der Lehrstuhlarbeit

In Folge der hochschulpolitischen Impulse, die von der internationalen Anerkennung der DDR zu Beginn der 1970er Jahre ausgingen, hat sich auch Mieth um eine grenzüberschreitende Öffnung seiner Forschungstätigkeit bemüht. Aufgrund von Kaderpolitik und restriktiven Genehmigungsverfahren galt diese Öffnung zunächst den sozialistischen Bruderländern,²¹ recht früh aber auch der "deutlich politisch links dominiert[en]" Germanistik in Frankreich,²² zu der Mieth den Kontakt über die Jahre verstetigte.

Wie die Akten im Universitätsarchiv Leipzig dokumentieren, fanden unter seiner Leitung und Mitarbeit insgesamt drei internationale Tagungen statt (1982, 1988, 1993), für Vorträge und Tagungsteilnahmen reiste Mieth bis 1990 in zahlreiche west- und osteuropäische Länder, bis nach Ägypten, Tunesien und in die USA.²³ Es war aber vor allem der persönliche Austausch im Rahmen der Institutspartnerschaften und Lehrstuhlkooperationen mit Frankreich (Lyon, Rennes, Besançon), Breslau und später Amsterdam,²⁴ der die Auseinandersetzung mit den 'neomarxistischen' Fachentwicklungen im Westen verstärkte. Zugleich verfestigte sich in Mieths Arbeitsgruppe aber auch der "Eindruck des Wissensdefizites"; eine, wie seine langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin Bärbel Raschke erinnert, "nicht zu gewinnende[] Aufholjagd".²⁵

Im "lange[n] Jahr des Systemwechsels"²⁶ kam dieser Internationalisierung zunehmend eine legitimations- und ressourcenstrategische Funk-

116 die hochschule 1/2024

.

²⁰ Ludwig Stockinger (2019): Germanistische Literaturwissenschaft nach der Einheit. Ein Leipziger Erfahrungsbericht, Frank & Timme, Berlin, S. 61, passim.

²¹ Vgl. Raschke 2001: 14.

²² Günter Krause (2013): Universitätspartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR. Erfahrungen, Aspekte, Horizonte, in: Cölln/Holznagel (Hg.) 2013: 665–677, hier 673.

²³ Vgl. Personalbogen von Günter Mieth, 22.9.1990, UAL, PA-A 56358. Raschke 2001: 20f.

²⁴ Vgl. Günter Mieth (2007): Worte des Dankes von 2001, in: ders.: Friedrich Hölderlin. Zeit und Schicksal. Vorträge 1962–2006, Königshausen & Neumann, Würzburg, S. 229–233; und Mieths im UAL archivierte Korrespondenz mit Klaus F. Gille (Amsterdam).

²⁵ Raschke 2001: 22.

²⁶ Heinrich Best (2017): Die Ausgangslage 1989/90: Elitenwechsel oder Elitenreproduktion?, in: Deutsche Gesellschaft e.V. (Hg.), Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven. Dossier, S. 38–44, hier 38, URL https://www.deutsche-gesellschaft-ev.

tion zu: So zeugt die Mieth im Oktober 1989 verliehene Ehrendoktorwürde der Université Lumière Lyon II symbolisch von der internationalen Anerkennung, ebenso die Gastprofessur an der Universität Besançon, die Mieth vor seinem Vorruhestand noch für das Wintersemester 1991/92 annahm. Auf die sich abzeichnende Einsparung seiner Planstelle im Zuge der Abwicklungsprozesse²⁷ hatte sein internationales Renommee allerdings keine positiven Auswirkungen. Ich komme hierauf zurück, möchte aber zunächst die spezifisch deutsch-deutsche Öffnung seiner Lehrstuhlarbeit verfolgen.

3. Deutsch-Deutsche Annäherungen unter dem Dach der Hölderlin-Gesellschaft²⁸

Seit seinen beiden Forschungsaufenthalten in der BRD in den 1960er Jahren hatte Mieth immer wieder Kontakt zu führenden Mitgliedern der Hölderlin-Gesellschaft. Erst nach dem Amtsantritt Gorbatschows ließ sich jedoch nachhaltig darauf aufbauen: Mit Mieth trug 1987 erstmals ein DDR-Philologe bei einer Veranstaltung der Hölderlin-Gesellschaft in der BRD vor.²⁹ Ein Jahr später leitete er auf ihrer Jahrestagung in Kassel eine Arbeitsgruppe. Im Gegenzug lud er den Vizepräsidenten der Gesellschaft Gerhard Kurz zu einem Vortrag nach Leipzig ein.³⁰ Auch in organisatorischer Sicht übernahm Mieth ab 1988 für den Dichterverein eine vermittelnde Rolle. So beriet er etwa den Vereinsvorstand in der Frage, wie sich durch die veränderte politische Lage eine gesamtdeutsche Gesellschaft konstituieren ließe.³¹ 1989 begann man zudem gemeinsam, die Jahrestagung der Hölderlin-Gesellschaft für 1992 in Jena zu planen, was

de/images/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/2017-pb-ostdeutsche-eliten/Deutsche_Ge sellschaft eV Broschuere Ostdeutsche Eliten.pdf (27.8.2023).

²⁷ Vgl. den Zusatz von Helmut Richter auf dem Brief von Günter Mieth an den Staatsminister für Wissenschaft und Kultur, 8.5.1991, UAL, PA-A 56358.

²⁸ Vgl. meine bereits erschienenen Vorarbeiten: Sandra Schell (2023): Das "vereinigende Wort des Dichters". Zur deutsch-deutschen Geschichte der Hölderlin-Gesellschaft, in: Zeitschrift für Germanistik 33/1, S. 94–112.

²⁹ Publiziert im zweiten Band der von der Hölderlin-Gesellschaft herausgegebenen Reihe *Turm-Vorträge*.

 $^{^{30}}$ Vgl. Günter Mieth: Begründung zum Visumsantrag für Gerhard Kurz [1988], UAL, Ku-Ku 76.

³¹ Vgl. Gerhard Kurz an Uvo Hölscher, 8.9.1989, Stadtarchiv Tübingen, Archiv der Hölderlin-Gesellschaft (AdHG), Ordner 40.

im Januar 1990 noch vom Ministerrat der DDR "begrüßt" und genehmigt wurde ³²

Schon auf ihrer in Tübingen stattfindenden Jahrestagung im Juni 1990 konnte die Hölderlin-Gesellschaft ein gesamtdeutsches Profil vorweisen: Neben Mieth, der auf der Mitgliederversammlung in den Vereinsvorstand gewählt wurde, nahmen auch Leipziger Doktorand:innen und zahlreiche ostdeutsche Hölderlin-Liebhaber:innen teil. Durch solche Einladungs- und Personalpolitik versuchte man wechselseitig an den gesellschaftlichen und kulturellen Austausch- und Ausgleichprozessen der Wendezeit zu partizipieren. Jedoch wurden an diesen Maßnahmen auch innerhalb der Hölderlin-Gesellschaft das im Allgemeinen asymmetrische Verhältnis sichtbar.

In seinen unveröffentlichten Memoiren erinnert Mieth beispielsweise an eine Kampagne gegen seine Vorstandskandidatur durch die Lokalpresse. Anhand der aktuellen Materialbasis konnte ich diese zwar nicht vollständig rekonstruieren, im *Schwäbischen Tagblatt* ist jedoch der von D. E. Sattler, dem Herausgeber der *Frankfurter Ausgabe*, geäußerte Vorwurf dokumentiert, der Tübinger Dichterverein habe seit 1943 eigentlich "nur dazu gedient, irgendwelche Professoren zu beschäftigen (jetzt auch noch heimatlos gewordene SED-Professoren ...), deren ewiges Gelaber mit Hölderlins Geist nun wirklich nichts zu tun habe".³³ Ob aus diesem "Wendehals"-Vorwurf³⁴ am Rande der Jahrestagung 1990 weitere deutsch-deutsche Spannungen aufbrachen, ist dort nicht überliefert. Was die Personalie Mieth als neues Vorstandsmitglied betrifft, ist im Archiv der Hölderlin-Gesellschaft zwar kein großes, aber ein durchweg positives Echo zu dieser "kluge[n] und zugleich politisch sensible[n] Wahl" dokumentiert.³⁵

Auch institutionell profitierte man in der deutsch-deutschen Übergangsperiode voneinander: Die Gesellschaft lud Leipziger Doktorand:in-

118 die hochschule 1/2024

.

³² Der Ministerrat der DDR an Günter Mieth, 11.1.1990, AdHG, Ordner 128.

³³ Helmut Hornbogen (1990): Der Anstoß, in: Schwäbisches Tagblatt (11.6.1990), o.S.; vgl. zum Hintergrund der spannungsgeladenen Tagung: Uvo Hölscher (1990/91): Bericht des Präsidenten über die 21. Jahresversammlung in Tübingen, in: Hölderlin-Jahrbuch 27, S. 321–326; D. E. Sattler (1990): Ad usum delphini, in: Die Republik 15/86–88, S. 10–160; Gideon Stiening (2007): Editionsphilologie und 'Politik'. Die Kontroverse um die Frankfurter Hölderlin-Ausgabe, in: Ralf Klausnitzer/Carlos Spoerhase (Hg.), Kontroversen in der Literaturtheorie/Literaturtheorie in der Kontroverse, Peter Lang, Bern u. a., S. 265–298; Nils Kahlefendt und Kerstin Keller (1991): 21. Tagung der Hölderlin-Gesellschaft in Tübingen, in: Weimarer Beiträge 37/5, S. 781–785.

³⁴ Mieth 2009: 52.

³⁵ Werner Keller an Uvo Hölscher, 30.4.1990, AdHG, Ordner 40.

nen zu Forschungsaufenthalten ein³⁶ und öffnete erstmals das eigene Vereinsarchiv zu Recherchezwecken. 1991 gründete sich auf lokale Initiative eine Ortsgruppe der Hölderlin-Gesellschaft im Romantikerhaus in Jena,³⁷ ein Jahr später fand dort erstmals eine ihrer Jahrestagungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR statt. Die Atmosphäre am Tagungsort war aufgrund des politischen Umbruchs jedoch spannungsgeladen, dämpfte die Euphorie und ließ eine neue Qualität der verstetigten Asymmetrie zwischen Ost und West erkennen.³⁸

In der *Neuen Zürcher Zeitung* heißt es, die Jenaer Tagung sei durch einen "zwiespältige[n]" Eindruck des Umbruchs geprägt gewesen, durch eine Mischung aus "Freude, Erleichterung über Freiheit und Neubeginn – und [dem] Widerstand gegen das kränkende westdeutsche Kolonialistengehabe". Kritische Erwähnung finden im Artikel zudem die im Hintergrund der Tagung laufenden Evaluationsprozesse, durch die man "zurzeit systematisch die ansässigen Dozenten durch solche aus dem Westen" ersetze und damit riskiere, die ostdeutschen Universitäten zum "Auffanglager gescheiterter Akademiker aus dem Westen" zu degradieren.³⁹ Diese Umbauprozesse seien, wie das *Schwäbische Tagblatt* berichtete, u.a. im Vortrag von Günter Mieth "durch die historische Blume" scharf kritisiert worden.⁴⁰ Gleichwohl ließ er seinen anspielungsreichen Vortrag im Juni 1992 in ein Plädoyer zur "Weiterführung des wissenschaftlichen Gesprächs" münden.⁴¹

Mieth war zu diesem Zeitpunkt schon seit gut zwei Monaten abberufen. Die Abwicklungsbeschlüsse waren in Leipzig zum 2. Januar 1991 getroffen worden.⁴² Auf seinem Auflösungsvertrag ist neben der Wahr-

³⁶ Das Lehrstuhlprotokoll verzeichnet für 1990/91 Aufenthalte von Hans-Jürgen Malles, Nils Kahlefendt, Kerstin Keller und Susanne Zwiener (UAL, Kuku 75).

³⁷ Ute Fritsch (1991): Gründung der Ortsgruppe der Hölderlin-Gesellschaft, in: DNT (13.3. 1991), o.S.

³⁸ Siehe z. B. Rolf Michaelis (1993): Schöne Folge der deutschen Einheit: Ein von der DDR vernachlässigter Dichter wird wiederentdeckt. Hölderlin in Jena – eine Ausstellung und mehr. Der vertriebene Wandrer kehrt zurück, in: Die Zeit 17 (23.4.1993), o.S.; Elisabeth Binder (1992): Schwierige Nähe. Jahresversammlung der Hölderlin-Gesellschaft in Jena, in: Neue Zürcher Zeitung (23.6.1992), S. 23.

³⁹ Binder 1992: 23.

⁴⁰ Helmut Hornbogen (1992): Nähe der wahrhaft großen Geister, in: Schwäbisches Tagblatt Tübingen (16.6.1992), o.S.

⁴¹ Günter Mieth (1992/1993): Friedrich Hölderlin und Friedrich Schiller – die Tragik einer literaturgeschichtlichen Konstellation, in: Hölderlin-Jahrbuch 28, S. 68–79, hier 79.

⁴² Vgl. Peer Pasternack (1999): "Demokratische Erneuerung". Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995, Deutscher Studien Ver-

nehmung des Alters-Übergangsgelds auch der zu erwartende Personalabbau als Grund vermerkt. ⁴³ Die im Zuge der Abwicklungsbeschlüsse neu eingeführte Vorruhestandsregelung hat an den ostdeutschen Universitäten allgemein zu einer "massenhafte[n] Frühverrentung wissenschaftlich tätiger Akademiker" geführt; ⁴⁴ Mieth war erst 60 Jahre alt. Wie es in seinen Erinnerungen heißt, war er nicht nur "tief" vom "Niedergang der DDR berührt[]". ⁴⁵ Auch dass im Zuge der Evaluationsprozesse sein Lehrstuhl – wie ca. zwei Drittel des 1990 an der Universität Leipzig beschäftigten Personals ⁴⁶ – schubweise abgewickelt wurde, verletzte ihn. Neben den Ordinarien war insbesondere der wissenschaftliche Nachwuchs ein Opfer der Transformation: Fast alle der hier erwähnten Hölderlin-Qualifikationsschriften blieben unvollendet, eine Dissertationsschrift ist von der Fakultät nicht angenommen worden. ⁴⁷

Im Juni 1993 fand schließlich anlässlich von Hölderlins 150. Todestag ein von Mieths akademischem Nachwuchs veranstaltetes Kolloquium in Leipzig statt, ⁴⁸ das zugleich das Ende des Lehrstuhls symbolisierte. Es wurde zwar, wie Mieth berichtet, von der Hölderlin-Gesellschaft, zur allgemeinen Enttäuschung aber nicht von Seiten der Universität gefördert. ⁴⁹ Im Programm dieses Kolloquiums zeigt sich gebündelt, wie sehr die Aufbruchstimmung der späten 1980er Jahre in Mieths Arbeitsgruppe durch die deutsch-deutschen Arbeitsbeziehungen geprägt war. Sein Doktorand Nils Kahlefendt etwa hatte sich während seines von der Hölderlin-Gesellschaft geförderten Forschungsaufenthalts der intrikaten NS-Gründungsgeschichte des Dichtervereins angenommen. Neben einer Literatur-

lag, Weinheim, S. 368. Spezifisch zur Germanistik siehe auch Öhlschläger/Stockinger 2009: 560f.

⁴³ Vgl. Auflösungsvertrag §58 BAT zwischen Universität Leipzig und Günter Mieth mit Wirkung vom 31.3.1992; der in Mieths Personalakte überlieferte Antrag auf vorzeitigen Ruhestand datiert auf den 25.7.1991, UAL, PA-A 56358.

⁴⁴ Pasternack 1999: 24; vgl. auch Heinz-Jürgen Staszak (2013): Evaluation und Transformation in der DDR-Germanistik. Ein Erfahrungsbericht, in: Cölln/Holznagel (Hg.) 2013: 29–42, hier 39f.

⁴⁵ Mieth 2009: 51f. Nach eigenen Angaben ist Mieth 1989 aus der SED ausgetreten.

⁴⁶ Vgl. Peer Pasternack (2004): Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Hans-Joachim Veen (Hg.), Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Böhlau, Köln, S. 121–148, hier 132.

⁴⁷ Vgl. Mieth 2009: 36, 57.

⁴⁸ Vgl. Björn Achenbach (1993): Nah ist und schwer zu fassen: Hölderlin. Leipzig ehrte den Dichter mit einem Kolloquium zu seinem 150. Todestag, in: LVZ (5.7.1993), o.S.

⁴⁹ Vgl. Mieth 2009: 57.

ausstellung in Tübingen gingen aus seiner Recherchearbeit zu diesem Thema bis heute vielzitierte Beiträge hervor.⁵⁰

Beschlossen wurde das Kolloquium mit einer Präsentation der von Michael Knaupp im Hanser-Verlag München herausgegebenen dreibändigen Hölderlin-Ausgabe. Wie die im Universitätsarchiv verwahrten Lehrstuhldokumente nahelegen, war die Edition einstmals von bzw. mit Mieth geplant worden – als Teil eines größeren Forschungsprojekts, ⁵¹ das er schon Ende der 1980er Jahre für das Dichterjubiläum 1993 auf den Weg gebracht hatte. Im Zuge der Umbruchsphase hatte Mieth es jedoch selbst 'abwickeln' müssen: ein Buchprojekt wurde verworfen, ⁵² aus einer internationalen Tagung wurde das Leipziger Kolloquium, die Leitung der Ausgabe übertrug er dem bereits beteiligten Knaupp⁵³ – an der Edition blieben immerhin die Leipziger Hans-Jürgen Malles und Susanne Zwiener beteiligt.

4. Was bleibt?

Mieth gehörte also zu denjenigen älteren ostdeutschen Wissenschaftler:innen, die sich durch die Folgen des Transformationsprozesses mit guten Gründen gedemütigt fühlten. Dies führte jedoch nicht zwangsläufig zu "Einkapselung und Rückzug". ⁵⁴ Wenngleich Mieth nach der Emeritierung in seinem akademischen Wirkungsradius stark beschränkt blieb, suchte er nach alternativen wissenschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten. Diese fand er nicht nur bei der Hölderlin-Gesellschaft, sondern auch im Rosa-Luxemburg-Verein (Sachsen). Vereine wie dieser sind, wie Peer Pasternack gezeigt hat, vielfach das Resultat einer für die ostdeutsche

^{- 5}

Nils Kahlefendt (1993): "Im vaterländischen Geiste...". Stuttgarter Hölderlin-Ausgabe und Hölderlin-Gesellschaft (1938–1946), in: Dieter Burdorf et al. (Hg.), Hölderlin entdecken. Lesarten 1826–1993, Hölderlin-Gesellschaft, Tübingen, S. 115–163; ders. (1994): "Kampfgefährte Hyperion". Eine Hölderlin-Feldpostausgabe im Zweiten Weltkrieg, in: Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 4, S. 209–226; Kahlefendts Vortrag auf dem Leipziger Kolloquium trug den Titel: "Der Name muß geändert werden". Von der 'Hölderlin-Gesellschaft' zur 'Friedrich-Hölderlin-Gesellschaft' (1945–1947).

⁵¹ Trotz intensiver Recherche habe ich bislang keinen Projektantrag gefunden. Ich beziehe mich auf die Hinweise in: UAL, KuKu 76; Mieth 2009: 37, passim.

⁵² Vgl. den Hinweis in: Günter Mieth (2007): Anmerkung zu *Joseph Friedrich Emerich – ein linksrheinischer Jakobiner und Freund Hölderlins*, in: Mieth 2007: 241.

⁵³ Vgl. Mieth 2009: 37; ders. (2007): Anmerkungen zu Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970, in: Mieth 2017: 279.

⁵⁴ Jens Bisky (2005): Abwicklung Ost, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 52/4, S. 468f., hier 469.

Wissenschaftstransformation durchaus typischen "Ausweichstrategie[]" in die sog. Zweite Wissenschaftskultur.⁵⁵

Gemeinsam mit Alfred Klein⁵⁶ und Klaus Pezold⁵⁷ rief Mieth 1992 einen literarhistorischen Freundeskreis zu Ehren von Hans Mayer ins Leben, dessen Mitglieder, allesamt "aus der Universität ausgeschiedene[] Hochschullehrer", sich regelmäßig trafen – im Januar 2010 feierte man nach eigener Aussage die 200. Zusammenkunft.⁵⁸ Ende 1993 scheint dieser Freundeskreis in die Struktur des Rosa-Luxemburg-Vereins eingegliedert worden zu sein, was – mit Pasternack gesprochen – als "quasinstitutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung" der Abwicklungsprozesse gewertet werden kann.⁵⁹

In der unregelmäßig beim Rosa-Luxemburg-Verein erschienenen Reihe *Texte zur Literatur* schrieben die Autor:innen gegen die Delegitimierung der DDR-Literaturwissenschaft und damit auch der eigenen Forschungsergebnisse an.⁶⁰ Die Funktion des Freundeskreises bzw. des Vereins lag neben der Bereitstellung einer Kommunikationsstruktur für wissenschaftliche Weiterarbeit in der "Dokumentation zur DDR-(Gesellschafts-)Wissenschaftsgeschichte",⁶¹ in die sich Klein, Pezold und Mieth auch ihren Platz einzuschreiben suchten.

Folgt man dem Politologen Josef Schmid, erforderten die Umbrüche in der deutsch-deutschen Wissenschaftslandschaft vielfach eine "Bewältigung von Transformationsfriktionen".⁶² Mieth versuchte vergeblich, seine wissenschaftlichen wie wissenschaftspolitischen Ressourcen im

⁵⁵ Peer Pasternack (2016): Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation, BWV, Berlin, S. 138–142.

⁵⁶ Alfred Klein (*1930) war zuletzt Direktor des Instituts für Literaturgeschichte an der Akademie der Künste der DDR und außerordentlicher Professor an der KMU (beides 1987). Nach der Abwicklung 1991 ging er 1994 in Rente; vgl. Lebenslauf in: Alfred Klein/Günter Mieth/Klaus Pezold [Hg.] [o.D], Im Zwielicht des Jahrhunderts [= Texte zur Literatur. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins hg. v. Helga Conrad/Alfred Klein/Klaus Pezold, H. 1], S. 69.

⁵⁷ Klaus Pezold (*1937) war von 1980 bis zu seiner vorzeitigen Emeritierung 1992 ordentlicher Professor für Literatur der BRD. Siehe Lebenslauf von Klaus Pezold (2011), URL https://research.uni-leipzig.de/agintern/CPL/PDF/Pezold_Klaus.pdf (30.8.2023).

⁵⁸ Mieth 2009: 61f.

⁵⁹ Pasternack 2016: 138.

 $^{^{60}}$ Vgl. programmatisch: Vorbemerkung [o.D.], in: Klein/Mieth/Pezold (Hg.), S. 5.

⁶¹ Pasternack 2016: 142.

⁶² Schmid 1992: 45.

deutsch-deutschen Annäherungsprozess zu mobilisieren;⁶³ wodurch er sich auch positive Startvoraussetzungen für die Integration *seiner* wissenschaftlichen Arbeit – und die seines akademischen Nachwuchses – in eine nachtransformatorische, postsozialistische Wissenschaftslandschaft erhoffte.

Die "romantische Phase des Aufbruchs" 1989/1990⁶⁴ und die Hoffnung auf das Eigenreformpotenzial eines "demokratischen Sozialismus"⁶⁵ mündete vielfach in Desillusionierung. Klaus Blaudzun hat in seinen Erinnerungen treffend beschrieben, wie "die akademische Euphorie der Wende- und Nachwendezeit" angesichts der Unerfüllbarkeit dieses Ziels "[w]ie im Zeitraffer … in Ohnmacht und Resignation" umschlug⁶⁶ – dies lässt sich auch an den Akten zum Lehrstuhl Günter Mieths ablesen. Dem ökonomischen und politischen Druck zur Reduktion vergleichsweise großer gesellschaftswissenschaftlicher Lehreinheiten konnte die individuelle Mitgestaltungsbereitschaft nicht standhalten.

Hinzu kam, dass in den brisanten, für alle Beteiligten mentalitätsgeschichtlich ungewohnten Aushandlungsprozessen rasch konservative Haltungen westdeutscher Überlegenheit zu dominieren schienen. Diese boten vielfach das "ebenso suggestiv[e] wie reduktionistisch[e]" Bild einer autonomen BRD-Germanistik gegen das Bild einer heteronomen, parteilich gebundenen DDR-Germanistik dazu auf, die ostdeutschen Forschungstraditionen pauschal zu disqualifizieren oder zugunsten der eigenen Meriten zu marginalisieren.⁶⁷

Die anerkannte editionsphilologische Ausrichtung von Mieths Forschungstätigkeit hätte eigentlich eine positive Voraussetzung für den disziplinären Umbau der Germanistik von einer marxistisch-leninistisch formierten Gesellschaftswissenschaft in eine Geisteswissenschaft darstellen können.⁶⁸ Zumindest wenn man davon ausgeht, dass Editionen (abgese-

⁶³ Vgl. Mitchell Ash (2002): Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Franz Steiner, Stuttgart, S. 32–51.

⁶⁴ Pasternack 1999: 309.

⁶⁵ Staszak 2013: 34.

⁶⁶ Blaudzun 2005: 471.

⁶⁷ Gerhard Kaiser/Matthias Krell (2005): Einleitung, in: dies. (Hg.), Zwischen Resonanz und Eigensinn. Studien zur Geschichte der Sprach- und Literaturwissenschaften im 20. Jahrhundert, Synchron, Heidelberg, S. vii-xix, hier vii.

⁶⁸ Vgl. zum disziplinären Umbau u. a. Staszak 2013: 38, zum historischen Kontext: Saadhoff 2007: 155–205.

hen von ihrem Gegenstand) ideologierepugnanter sind als Interpretationen oder literaturtheoretische Studien.

Eine bündige Antwort auf die Frage, welche Faktoren letztlich die Abwicklung von Mieths Lehrstuhl begünstigten, kann meine Darstellung – auch aufgrund des lückenhaften und noch nicht vollumfänglich gesichteten Archivmaterials – leider ebenso wenig liefern wie eine integrale Rekonstruktion, zumal Vergleichsstudien, mit denen man relative Bewertungen vornehmen könnte, bislang nahezu vollständig fehlen. Denn die germanistische Fachgeschichtsforschung zu DDR, Wende und Nachwendezeit steht nach wie vor am Anfang. Erst durch einen ausgeweiteten, vergleichenden und mehrfachperspektivierten Zugriff auf die individuellen, institutionellen und leistungsorientierten Aspekte der Entwicklung seines Werdegangs im Kontext anderer (auch Leipziger) akademischer "Wendebiografien" ließen sich Mieths Initiativen des Aufbruchs sowie deren "Scheitern" fachhistorisch angemessen bewerten.

6

⁶⁹ Vgl. Hendrijke Schauer/Anna Sauer (2017): Germanistik in der DDR: Auswahlbibliographie, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 64/2, S. 181–198; siehe auch die Beiträge in dem jüngst erschienenen Schwerpunktheft *Evaluation in den Geisteswissenschaften* (2023), in: Zeitschrift für Germanistik 33/1.

⁷⁰ Vgl. das u. a. in Anschluss an Wilhelm Voßkamp formulierte Plädoyer für eine DDR-Fachgeschichtsschreibung von Jens Saadhoff 2007: 16.

"Systemneutrale" Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems?

Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in Halle und Potsdam

Dorothea Horas Potsdam

2016 stellte der Chemiker und ehemalige Gründungsrektor der Universität Potsdam Rolf Mitzner rückblickend fest, dass es an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Potsdamer Hochschule in den 1980er Jahren besonders viele parteilose Professoren gegeben habe. Sie hätten sich

im Umbruch zu einer Initiativgruppe zur Erneuerung der Hochschule zusammengefunden und aufgrund ihrer ideologischen Unvoreingenommenheit schnell das Vertrauen einer Mehrheit der Hochschulangehörigen erlangt.¹ Seine Einschätzung steht in einer gewissen Spannung zur staatlich zugewiesenen Rolle der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in der DDR. Sie sollten durch herausragende wissenschaftliche Fortschritte die Überlegenheit des DDR-Gesellschaftssystems unter Beweis stellen.²

Dieser Spannung zwischen rückblickender Selbstwahrnehmung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Personals und der staatlich zugewiesenen Rolle zu DDR-Zeiten soll anhand der Pädagogischen Hochschulen Potsdam und Halle-Köthen nachgegangen werden. Beide Hochschulen glichen sich in den 1980er Jahren in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, nahmen aber aufgrund landespolitischer Entscheidungen und hochschulintern erarbeiteter Perspektiven nach 1990 eine voneinander abweichende Entwicklung: Während die Pädagogische Hochschule Potsdam die wichtigste Grundlage für die spätere Universität Potsdam bildete, wurde die Pädagogische Hochschule Halle-Köthen 1993 in die Martin-Luther-Universität eingegliedert.

die hochschule 1/2024 125

_

¹ Vgl. Rolf Mitzner, Neubeginn an historischem Ort, in: Manfred Görtemaker (Hg.), 25 Jahre Universität Potsdam. Rückblicke und Perspektiven, Berlin-Brandenburg 2016, S. 11–29. S. 19.

² Vgl. Johannes Abele, Technik und nationale Identität in der DDR, in: Sabine Schleiermacher/Norman Pohl (Hg.), Medizin, Wissenschaft und Technik in der SBZ und DDR. Organisationsformen, Inhalte, Realitäten, Husum 2009, S. 243–258, S. 245.

Im vorliegenden Beitrag steht die Frage nach der Einbindung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Personals in die politischen und hochschulpolitischen Machtstrukturen in den 1980er Jahren und der Umgang mit dem ehemaligen Leitungspersonal nach dem Umbruch 1989/90 im Zentrum. Dazu werden zunächst die Präsenz der SED und das Leitungspersonal an beiden Einrichtungen in den 1980er Jahren untersucht. Anschließend werden exemplarisch Repressionsmaßnahmen gegen Studierende dargelegt, an denen mathematisch-naturwissenschaftliches Personal beteiligt war. Der Umgang mit dem ehemaligen Leitungspersonal in den 1990er Jahren wiederum unterstreicht die unterschiedlichen Verfahrensweisen in den Personalüberprüfungen nach 1990 und ermöglicht durch den Fokus auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer eine neue Perspektive auf die landespolitischen Weichenstellungen und lokale Akteur:innen im Hochschulumbau Ost.

1. SED-Mitgliedszahlen und Leitungspersonal der 1980er Jahre

Im Jahr 1989 arbeiteten insgesamt 900 Wissenschaftler:innen in den Hauptsektionen der Pädagogischen Hochschulen Halle-Köthen und Potsdam. 67,7 Prozent von ihnen gehörten der SED an.³ Die Zahlen sind gegenüber der erwachsenen Gesamtbevölkerung überaus hoch. Doch auch im Vergleich zu anderen Wissenschaftseinrichtungen stechen die Zahlen hervor. An den übrigen Universitäten und Hochschulen waren 1988 lediglich 52,9 Prozent des wissenschaftlichen Personals in der SED organisiert.⁴ Die hohen Zahlen überraschen dennoch nicht: Die Pädagogischen Hochschulen hatten die Aufgabe der Diplomlehrerausbildung und waren

_

³ Die Anzahl der Blockparteimitglieder ist sehr gering und zu vernachlässigen. Für beide Pädagogischen Hochschulen sind die Hauptsektionen einbezogen. In Halle sind dies die Sektionen Pädagogik/Psychologie/Freundschaftspionierleiterausbildung, Marxismus/Leninismus, Mathematik/Physik, Biologie/Chemie und Polytechnik. In Potsdam fließen die Sektionen Pädagogik/Psychologie, Marxismus/Leninismus, Slawistik/Anglistik, Geschichte/Germanistik, Musikerziehung, Sportwissenschaft, Geographie, Mathematik/Physik, Chemie/Biologie, Polytechnik und Informatik ein. Vgl. Stellenplan Wissenschaftliche Mitarbeiter, September 1989, UAHW, Rep. 49, Nr. 89, und Stellenplan "Wissenschaftliches Fachpersonal" der Pädagogischen Hochschule Potsdam vom 1.9.1989, UAP 7007.

⁴ In die Berechnung wurden nur Professor:innen, Hochschuldozierende, Wissenschaftliche (Ober-)Assistent:innen einbezogen, nicht jedoch Lehrer:innen im Hochschuldienst und Lektor:innen. Für die Pädagogischen Hochschulen wurde diese Personengruppe berücksichtigt. In dieser Personengruppe waren die SED-Mitgliedschaftszahlen durchschnittlich niedriger als unter dem übrigen wissenschaftlichen Personal. Ihre Einbeziehung ist also keineswegs für die höheren Zahlen an den Pädagogischen Hochschulen verantwortlich, vgl. Analyse der Gesamtentwicklung des Lehrkörpers an den Hochschulen des MHF-Bereiches, 31. Dezember 1988, in: SAPMO-BA DY 53/871.

anders als die übrigen Universitäten und Hochschulen der DDR dem Ministerium für Volksbildung unterstellt.

Die hohen Zahlen unterstreichen den staatstragenden Charakter der Pädagogischen Hochschulen und zeigen die erhebliche Einbindung des wissenschaftlichen Personals in die Herrschaftsstrukturen der SED-Diktatur. Die mathematisch-naturwissenschaftliche Fächergruppe bildete dabei keine Ausnahme. An den Universitäten und Hochschulen waren 45,4 Prozent der mathematisch-naturwissenschaftlichen Beschäftigten Mitglied der SED.⁵ An den Untersuchungshochschulen lag der Anteil mit knapp 65 Prozent deutlich höher.⁶ Die ideologische Einbindung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer war gemessen an den SED-Mitgliedschaften also höher als an anderen Universitäten und Hochschulen der DDR. Dennoch ist die Verankerung der SED an den Pädagogischen Hochschulen nur ein Faktor, der Aufschluss über politische Verflechtungen geben kann.

Anhand des Leitungspersonals der Hochschule kann dieser Punkt vertieft werden. Mathematisch-naturwissenschaftliches Personal besetzte in den 1980er Jahren nicht nur in den jeweiligen Fachsektionen Führungspositionen. Es trug auch auf Hochschulebene Verantwortung. Dazu zählten Funktionen in der Hochschulleitung, aber auch in den Massenorganisationen wie SED, FDJ und FDGB. Die erste Leitungsebene der beiden Hochschulen bestand jeweils aus einem Rektor und seinen Stellvertretern, den Prorektoren. Das waren neben dem Ersten Prorektor die Prorektoren für Gesellschaftswissenschaften, für Naturwissenschaften und für Erziehung und Ausbildung. An beiden Hochschulen besetzten diese Funktionen ausschließlich Männer.

Die beiden Hochschulrektoren gehörten in den späten 1980er Jahren den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten an. Der Hallenser Rektor hatte ein Diplomstudium in Maschinenwesen an der Technischen Hochschule Dresden absolviert, bevor er sich in seinen Promotionsarbeiten methodisch-didaktischen Fragen zuwandte. In Halle besetzte er eine Professur für Methodik des polytechnischen Unterrichts. In Potsdam gehörte der Rektor den reinen Fachwissenschaften an. Der im Herbst 1989 amtierende Biologe war erst im März 1989 zum Rektor ernannt worden.

die hochschule 1/2024 127

.

⁵ Vgl. Analyse der Gesamtentwicklung des Lehrkörpers an den Hochschulen des MHF-Bereiches, 31. Dezember 1988, in: SAPMO-BA DY 53/871.

⁶ Vgl. Stellenplan Wissenschaftliche Mitarbeiter, September 1989, UAHW, Rep. 49, Nr. 89; Vgl. Stellenplan "Wissenschaftliches Fachpersonal" der Pädagogischen Hochschule Potsdam vom 1.9.1989, UAP 7007.

⁷ Vgl. Berufungsakte Robert Künstner, BArch, DR 3-B/6145.

Sein Vorgänger stammte als Professor für Mathematische Methoden der Bildungsforschung ebenfalls aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Doch nicht nur die Rektoren gehörten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät an.

In Potsdam stammten bis Anfang 1989 zudem drei Prorektoren aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und ein Prorektor aus der Historisch-Philologischen Fakultät. Sie lehrten die Fächer Methodik des Geographieunterrichts, Physische Geographie, Pflanzenphysiologie und Allgemeine Geschichte. Mit dem Aufstieg des Prorektors für Naturwissenschaften zum Rektor Anfang 1989 wurde die erste Leitungsebene umgestaltet. Neuzugang war ein Hochschuldozent für Wissenschaftlichen Kommunismus als Prorektor für Erziehung und Ausbildung.⁸ Wenig anders sah es an der Hallenser Hochschule aus. Drei Prorektoren stammten aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Sie besetzten Professuren in Organischer Chemie, Methodik des Mathematikunterrichts und Allgemeiner Chemie. Lediglich der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften gehörte den Gesellschaftswissenschaften, speziell dem Bereich Wissenschaftlicher Kommunismus, an.⁹

Neben der ersten Leitungsebene hatten SED, FDJ und FDGB eine nicht zu unterschätzende Macht an den Hochschulen und waren dort durch hauptamtliche Mitarbeitende vertreten. Insbesondere die Position als FDJ-Sekretär:in beförderte spätere Hochschulkarrieren und auch die jeweiligen Hochschulgewerkschafts-Vorsitzenden übten einen besonderen Einfluss aus. Die wichtigste Rolle unter den Funktionär:innen nahmen aber die SED-Parteisekretär:innen und ihre Stellvertreter:innen ein.

Die ausschließlich männlichen Potsdamer Funktionäre arbeiteten vor ihrer politischen Tätigkeit überwiegend an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Sie forschten und lehrten in den Wissenschaftsbereichen Methodik des Chemieunterrichts, Stoffkunde und Produktion sowie Physische Geographie und Geologie. ¹⁰ Lediglich der Hochschulgewerkschafts-Vorsitzende war vor seiner Tätigkeit im Direktorat für Studienangelegenheiten beschäftigt. ¹¹

128 die hochschule 1/2024

⁸ Vgl. 1. Leitungsebene und Kontrollnomenklaturkader der P\u00e4dagogischen Hochschule Potsdam, BArch, DR 2/11537.

 $^{^9}$ Vgl. 1. Leitungsebene und Kontrollnomenklaturkader der Pädagogischen Hochschule Halle/Köthen, BArch, DR 2/11537.

¹⁰ Vgl. o.A., Fernsprechverzeichnis der Pädagogischen Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam. 1984, Potsdam 1984, S. 24, 29 und 32.

¹¹ Vgl. Ebd., S. 11.

Anders sah es an der Hallenser Hochschule aus. Trotz des dortigen mathematisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkts stammte ein Großteil der Funktionär:innen nicht aus diesen Fächern. Sowohl die stellvertretende SED-Parteisekretärin als auch der FDJ-Sekretär arbeiteten vor ihrer Funktion im Wissenschaftsbereich Freundschaftspionierleiterausbildung. Für den langjährigen SED-Parteisekretär ist keine vorherige wissenschaftliche Tätigkeit nachweisbar, doch gehörte er in der Umbruchzeit kurzzeitig der Sektion Marxismus-Leninismus an. Der Hochschulgewerkschafts-Vorsitzende hatte hingegen zuvor in der Physikmethodik gearbeitet.

2. Repressionen gegen Studierende und Behinderung von Hochschulkarrieren

In ihren Positionen auf Sektions- und Hochschulebene trug auch das mathematisch-naturwissenschaftliche Führungspersonal Repressionen gegen Studierende mit und behinderte wissenschaftliche Karrieren, wie die beiden nachfolgenden Fallbeispiele zeigen.

Der erste Fall betrifft eine Potsdamer Studentin, die gerade ihr zweites Studienjahr des Diplomlehrerstudiums in Chemie und Biologie beendet hatte. Sie verbrachte den Sommer 1983 an der Ostsee und lernte dort einen jungen Mann aus Schweden kennen, der in Rostock arbeitete. Nach ihrer Rückkehr setzte die Studentin die Beziehung fort. Am 4. Januar 1984 erhielt die Pädagogische Hochschule Potsdam durch die Volkspolizei davon Kenntnis. Bereits zwei Tage später fand eine Aussprache mit der Studentin statt und die Hochschule meldete den Fall an das Ministerium für Volksbildung. Problematisch war die schwedische Nationalität des Freundes. ¹⁶

die hochschule 1/2024 129

-

¹² Vgl. Manfred Gersch/Regina Gleichmann/Klaus-Dieter Horn, Zur Rolle pädagogischer Aufgabenstellungen in der pädagogischen Tätigkeit der Freundschaftspionierleiterstudenten, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "N. K. Krupskaja" Halle, XXIV (1986) 1, S. 48–51, S. 51.

¹³ Ausgewertet wurde die Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "N. K. Krupskaja" Halle, die seit 1964 regelmäßig erschien. Darin sind keine fachlichen Publikationen des Parteisekretärs nachweisbar, vgl. Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule N. K. Krupskaja Halle-Köthen.

¹⁴ Vgl. Ermittlung Finanzbedarf Vorruhestand 2. Halbjahr 1990 (Halle, Dessau, Leipzig), Stand 29.8.1990, UAHW, Rep. 49, Nr. 469.

¹⁵ Vgl. o. A., Autorreferate zu Dissertationen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "N. K. Krupskaja" Halle, XVI (1978) 2, S. 79, S. 79.

¹⁶ Vgl. Protokoll eines Gespräches mit der Studentin H., BC 81.1 vom 6.1.1984, BArch, DR 2/10148.

Am Gespräch waren mit dem stellvertretenden Sektionsdirektor für Erziehung und Ausbildung und dem Seminargruppenberater zwei Angehörige der Sektion Chemie/Biologie beteiligt. Außerdem nahmen der Direktor für Kader und Qualifizierung und ein Vertreter des Direktorats für Studienangelegenheiten am Gespräch teil. Die Studentin sah sich also mit einem Gremium von vier Männern konfrontiert, vor denen sie ihr Beziehungsleben rechtfertigen musste. Besonderes Augenmerk lag auf den Zukunftsplänen der Studentin. Laut Protokoll versicherte sie, es handele sich um eine normale Liebesbeziehung zwischen jungen Leuten. Obwohl sie diese als fest einordne, denke sie noch nicht an eine Hochzeit oder Ähnliches. Sie habe keine Ausreiseabsichten und würde bei der Rückkehr ihres Freundes nach Schweden eine Trennung in Kauf nehmen.¹⁷

Die Hochschulbeschäftigten zeigten sich nicht überzeugt. Sie wiesen die Studentin darauf hin, dass ihre Beziehung ein Ansatzpunkt für staatsfeindliche Tätigkeiten sein könne. Als zukünftige Lehrerin werde von ihr ein eindeutiges Bekenntnis zur DDR erwartet. Sie forderten die Studentin zum Überdenken ihrer Beziehung auf. Sie solle über etwaige Veränderungen informieren und ihren Studienverpflichtungen mit allem Ernst nachkommen.

Wie sehr die Studentin in Bedrängnis geraten war, offenbart eine unter dem Gesprächsprotokoll festgehaltene Bemerkung. Die Studentin erbringe "sowohl hinsichtlich ihrer fachlichen Leistungen als auch ihrer Charakterqualitäten nur geringe Voraussetzungen für ihren zukünftigen Beruf". Eine Exmatrikulation aus fachlichen Gründen sei somit nicht ausgeschlossen. ¹⁸ Ob die Studentin tatsächlich exmatrikuliert wurde, ist anhand der Akten weder nachvollziehbar noch auszuschließen. Sie war jedoch nicht die Einzige, deren Verhalten die Hochschule sanktionierte. Mehrere ehemalige Studierende der Pädagogischen Hochschule Potsdam berichteten in Gesprächen von unfreiwilligen Exmatrikulationen aufgrund vermeintlich fachlicher Gründe. ¹⁹

Ob und in welchem Umfang derart motivierte Exmatrikulationen in den 1980er Jahren systematisch erfolgten, ist schwer nachzuweisen. Durchschnittlich immatrikulierten sich jährlich knapp über 500 Studierende an der Potsdamer Hochschule, davon etwa die Hälfte für mathema-

¹⁷ ebd.

¹⁸ ebd.

¹⁹ Vgl. Interview J. P. vom 25.1.2022 und Interview mit I. I., S. K. und A. E. vom 28.6. 2021.

tisch-naturwissenschaftliche Fachkombinationen. ²⁰ In diesen Fächern gab es 1987 acht Hochschulwechsel und 59 Studienabbrüche. Damit unterschieden sie sich kaum von den historisch-philologischen Fächern. Die Abbrüche fanden meist in den ersten drei Studienjahren statt. Als Gründe gab die Hochschule überwiegend familiäre und persönliche Gründe an, gefolgt von fachlichen und gesundheitlichen. Lediglich drei Studierende exmatrikulierte die Hochschule aufgrund disziplinarischer Gründe. Im 4. und 5. Studienjahr war die Abbruchquote überaus gering. Aus fachlichen Gründen wurden lediglich zwei Studierende der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer exmatrikuliert. ²¹ Die Aussagekraft der angegebenen Gründe kann durch das Fallbeispiel in Frage gestellt werden, und es zeigt die tiefen Eingriffe, die sich die Hochschulen in das Leben ihrer Studierenden erlaubte.

Doch nicht nur gegen Studierende wirkten die Repressionsmaßnahmen der Hochschulen. Das zweite Fallbeispiel eines Zoologen der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen zeigt, wie Leitungspersönlichkeiten Hochschulkarrieren über mehrere Jahrzehnte behinderten. Der 1934 geborene Zoologe war Ende der 1980er Jahre als wissenschaftlicher Assistent in der Sektion Chemie/Biologie beschäftigt. Obwohl er seine Tätigkeit bereits 1959 aufgenommen hatte, führte diese – anders als bei vielen gleichaltrigen Kolleg:innen mit gleichen Qualifikationen – nicht zur Professur

Gründe sah der Mitarbeiter in seiner politischen Einstellung. Er sei aus Gewissensgründen nicht in die SED oder eine der Blockparteien eingetreten. Rückblickend identifizierte er viele Punkte, die ihn während seiner Tätigkeit behindert hatten: So beäugte die Hochschule eine ab 1960 von ihm betreute AG Naturschutz wegen der fehlenden Einbindung in die FDJ misstrauisch. Sie schränkte die Arbeitsbedingungen immer stärker ein, sodass sich die Gruppe 1970 auflöste. Währenddessen strebte die Sektionsleitung zusätzlich eine Umstufung auf eine befristete Assistentenstelle an. Der Zoologe konnte zwar mit einer Beschwerde seinen Verbleib an der Hochschule sichern, doch waren ihm ab diesem Zeitpunkt jegliche Aufstiegsmöglichkeiten genommen.

Die Situation eskalierte in den 1970er Jahren weiter. Nach einer mit Studierenden gestalteten Ausstellung über Naturschutz und Landeskultur erhob die Sektionsleitung scharfe Vorwürfe. Die Ausstellung habe Pro-

die hochschule 1/2024 131

_

²⁰ Vgl. Wie ist der Stand der Immatrikulation zum Diplomlehrerstudium für das Studienjahr 1988/89, undatiert, UAP 6421, und Stand der Immatrikulationen zum Diplomlehrerstudium für das Jahr 1987/88, undatiert, UAP 6421.

²¹ Vgl. Übersicht zur Fluktuation im Studienjahr 1987/88 vom 1.9.1988, UAP 6421.

paganda für imperialistische Literatur betrieben und gegen die DDR und ihre Umweltpolitik gerichtete, falsche Inhalte verbreitet. Der Hochschulrektor oder die Parteileitung ließen seine Vorlesung über "Naturschutz, Landeskultur und Ökologie" daraufhin beobachten und entzogen sie ihm schließlich. In der Darstellung des Zoologen wird deutlich, dass ihm aufgrund der engen Verzahnung von Hochschulleitung und Parteileitung nicht klar war, wer tätig wurde. Zudem habe ihn die Postfrau der Hochschule 1975 wegen unerlaubter postalischer Kontakte in den Westen denunziert. Es folgte ein Disziplinarverfahren vor dem Rektor und dem Sektionsdirektor.

Obwohl es in den 1980er Jahren ruhiger um den Zoologen wurde, stellte er weitere Einschränkungen fest. So habe ihn die Hochschule als Leiter studentischer Auslandsdelegationen ausgeschlossen und ihm die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen im Ausland verwehrt. Die Versuche, seine Kontakte insbesondere ins nichtsozialistische Ausland einzuschränken, habe er nur mit Mühe abwenden können.²² In den frühen 1990er Jahren beantragte die Erneuerungskommission der Hochschule die Rehabilitierung des Zoologen.²³ Der Hochschulsenat schloss seinen Fall am 22. März 1993 ab und kam dem Antrag nach. Der neue Rektor entschuldigte sich in einem Brief für das zugefügte Unrecht und drückte sein Bedauern aus.²⁴

Die beiden Fallbeispiele zeigen, wie das mathematisch-naturwissenschaftliche Leitungspersonal auf Sektions- und Hochschulebene Repressionen gegen Studierende mittrug und wissenschaftliche Karrieren behinderte. Es waren zwar nicht immer die Angehörigen der ersten Leitungsebene oder die hauptamtlichen Funktionär:innen, die direkten Einfluss auf wissenschaftsfremde Entscheidungen nahmen. Sie waren aber ihre prominentesten Vertreter:innen.

2

²² Vgl. Zu meiner 'Entwicklung' am PI bzw. an der Pädagogischen Hochschule Halle und meiner Haltung in Lehre, Erziehung und Forschung, z.Hd. der Personalkommission der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen, UAHW, Rep. 49, Nr. 367.

²³ Vgl. Vorlage zur Sitzung des Senats am 10.7.1991 durch die Erneuerungskommission vom 5.7.1991, UAHW, Rep. 49, Nr. 367.

²⁴ Vgl. Schreiben des Rektors Hans-Uwe Otto der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen an Günther O. vom 24.3.1993, UAHW, Rep. 49, Nr. 367.

3. Politische Integrität und Umgang mit der Leitungsebene nach 1990

Während und nach dem Umbruch 1989/90 standen die leitenden Beschäftigten deshalb besonders im Fokus. Aufgrund seiner engen Einbindung in die Machtstrukturen der DDR musste der Hallenser Rektor 1992 aus dem Hochschuldienst ausscheiden. Zwei seiner Prorektoren, der Prorektor für Erziehung und Ausbildung und der Prorektor für Naturwissenschaften, erhielten 1991 bzw. 1992 ebenfalls negative Voten in den Integritätsüberprüfungen der Hochschulpersonalkommission.²⁵

Im Fall des Prorektors für Erziehung und Ausbildung empfahl die Kommission zusätzlich die Aberkennung des Professorentitels. Die staatliche Leitung und die Hochschulparteileitung habe den Titel ausschließlich zur Besetzung der Leitungsfunktion verliehen und sich nicht an wissenschaftlichen, lehrbezogenen oder ausbildungsorientierten Gründen orientiert. Gravierender waren jedoch die Enthüllungen über den Ersten Prorektor und den Prorektor für Gesellschaftswissenschaften. Die Hochschule ermittelte beide bereits 1990 in einer ersten Überprüfung als Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Er mussten daraufhin die Hochschule verlassen.

Der Brandenburgische Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur berief den Potsdamer Rektor 1991 ebenfalls ab. Die Evaluierungskommission der Potsdamer Hochschule bescheinigte ihm aufgrund seiner jahrelangen Leitungsverpflichtung Defizite in fachlicher Hinsicht. Die Begründung schien aber auf tönernen Füßen zu stehen. Die Mehrheit der anwesenden Kommissionsmitglieder enthielt sich ihrer Stimme.²⁸ Nach seinem Ausscheiden prozessierte der ehemalige Rektor erfolgreich gegen die Abberufung. Er konnte an die Hochschule zurückkehren, hatte aber mit Einschränkungen zu kämpfen. In einem Zeitzeugeninterview klagte

die hochschule 1/2024 133

.

²⁵ Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der Personalkommission Rüdiger Fikentscher an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung mit Empfehlungen der Personalkommission vom 27.11.1991, LASA, L2, Nr. 262, und Schreiben des Vorsitzenden der Personalkommission Rüdiger Fikentscher an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung mit Empfehlungen der Personalkommission vom 10.1.1992, LASA, L2, Nr. 262.

²⁶ Vgl. Empfehlung der Personalkommission an den Minister für Wissenschaft und Forschung Rolf Frick zur Aberkennung des Titels Ordentlicher Professor für Methodik des Mathematikunterrichts vom 28.11.1991, LASA, L 2, Nr. 262.

²⁷ Vgl. Mitarbeiter der Pädagogischen Hochschule, die im Ergebnis der ersten Überprüfung (inoffiziell) als Stasi-Mitarbeiter ermittelt wurden. Überprüfung im Sept. 1990, LASA, L 2, Nr. 262.

²⁸ Vgl. Protokoll der Beratung der Evaluierungskommission des Fachbereichs Biologie vom 16.4.1991, UAP 8656.

er über seine fehlenden Möglichkeiten in den 1990er Jahren. Ihm habe kaum Geld für eigene Forschungsprojekte zur Verfügung gestanden.²⁹

Zwei der Potsdamer Prorektoren – die beiden Gesellschaftswissenschaftler – berief das Ministerium 1990 bzw. 1991 ebenfalls ab.³⁰ Ausschlaggebend waren nicht ihre Leitungsfunktionen, sondern ihre Zugehörigkeit zur Sektion Marxismus-Leninismus und die negative Empfehlung der Evaluierungskommission wegen zu geringer wissenschaftlicher Leistung.

Doch nicht für alle Potsdamer Entscheidungsträger der ersten Leitungsebene bedeutete der politische Umbruch einen Karriereabbruch. Die beiden Angehörigen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät konnten an der Hochschule bleiben. Den Ersten Prorektor beurteilte die Evaluierungskommission aufgrund seiner fachwissenschaftlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der Methodik des Geographieunterrichts positiv und empfahl einstimmig eine C4-Stelle.³¹ Für den Prorektor für Naturwissenschaften verlief der Evaluierungsprozess weniger erfolgreich, doch konnte auch er an der Hochschule bleiben. Die Kommission beurteilte ihn als besonders konsequenten Verfechter der Parteilinie. Diese Einschätzung war jedoch nicht für das eingeschränkt positive Votum der Kommission verantwortlich. Vielmehr kritisierte sie seine fachwissenschaftlichen Fähigkeiten. Wissenschaftlich sei er auf einen engen Bereich beschränkt und habe zwischen der Ernennung zum Dozenten und zum Professor keine adäguaten wissenschaftlichen Leistungen erbracht. Auch seine didaktischen Fähigkeiten entsprächen nicht den Erwartungen an einen Professor. Die Kommission entschied, erneut einstimmig, zugunsten einer Abberufung und Einweisung auf eine befristete Dozentenstelle.³² Die beiden Hochschulen beurteilten ihr Leitungspersonal nach 1990 also sehr unterschiedlich.

Das galt auch für die ehemaligen politischen Funktionär:innen. In Potsdam kehrte der Parteisekretär zunächst als Professor an den Wissenschaftsbereich Chemiemethodik zurück, während sein Stellvertreter als

²⁹ Vgl. Interview A. G. vom 31.8.2021.

³⁰ Der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften wurde zum 1.10.1991 abberufen. Er klagte gegen seine Abberufung und konnte eine Abfindungszahlung erstreiten, vgl. Bestandsstreitigkeiten Ulrich S., BLHA, Rep. 1690, Nr. 4215. Der Prorektor für Erziehung und Ausbildung wurde bereits zum 1.7.1990 durch den Minister für Bildung und Wissenschaft abberufen, vgl. Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Staatssekretär Jürgen Dittberner vom 24.7.1991, UAP 8656.

³¹ Vgl. Protokoll zur Evaluierung des Fachbereichs Geographie am 22./23. April 1991 vom 23.4.1991, UAP 8658.

³² ebd.

Leiter des Wissenschaftsbereichs Technologie Fuß fasste.³³ Auch nach den Evaluierungen der frühen 1990er Jahre blieben beide ehemaligen Funktionäre, nun als Wissenschaftliche Mitarbeiter, an den jeweiligen Fachbereichen.³⁴ Der Hochschulgewerkschafts-Vorsitzende hingegen wechselte seinen Tätigkeitsbereich und wurde vorerst Wohnheimleiter.³⁵ Später ist eine Tätigkeit in der Diathek des Fachbereichs Geographie nachweisbar.³⁶ Auch der FDJ-Sekretär konnte zunächst an der Hochschule bleiben. Er wechselte in den Fachbereich Sportwissenschaften und wurde stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Biomechanik/ Sportmotorik.³⁷ Seine Spur verliert sich jedoch bereits im Sommersemester 1991.³⁸ Er durchlief folglich keinen der Evaluierungsschritte an der Potsdamer Hochschule.

In Halle trennte sich die Hochschule hingegen von allen Funktionär:innen. Für den 1928 geborenen Parteisekretär ist zum 1. Mai 1990 eine Vorruhestandsregelung nachweisbar.³⁹ Seine Stellvertreterin verließ die Hochschule in der Umbruchzeit unter ungeklärten Umständen. Als der Hochschulsenat am 15. Mai 1991 auf Antrag einer sich in der Umbruchzeit gegründeten Erneuerungskommission beschloss, alle ehemaligen hauptamtlichen SED-Funktionäre seien für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst im Sinne des Einigungsvertrages nicht geeignet, war sie nicht mehr an der Hochschule tätig.⁴⁰ Auch der Hochschulgewerkschafts-Vorsitzende und der FDJ-Sekretär schieden aus dem Hochschuldienst aus. Zwar arbeitete der Hochschulgewerkschafts-Vorsitzende vorübergehend als Wissenschaftssekretär in der Physikmethodik,⁴¹ doch empfahl ihn die 1991 eingesetzte Personalkommission später zur Kündigung.⁴²

-

³³ Vgl. o.A., Fernsprechverzeichnis der Pädagogischen Hochschule Potsdam. 1990, Potsdam 1990, S. 31 und S. 51.

³⁴ Vgl. o.A., Vorlesungs- und Personalverzeichnis. Wintersemester 1993/94, Potsdam 1993, S. 32 und S. 53.

³⁵ Vgl. o.A., Fernsprechverzeichnis der Pädagogischen Hochschule Potsdam. 1990, S. 13.

³⁶ Vgl. o.A., Vorlesungs- und Personalverzeichnis. Wintersemester 1993/94, S. 33.

³⁷ Vgl. o.A., Fernsprechverzeichnis der Pädagogischen Hochschule Potsdam. 1990, S. 43.

³⁸ Vgl. o.A., Vorlesungs- und Personalverzeichnis. Sommersemester 1991, Potsdam 1991.

³⁹ Vgl. Ermittlung Finanzbedarf Vorruhestand 2. Halbjahr 1990 (Halle, Dessau, Leipzig), Stand 29.8.1990, UAHW, Rep. 49., Nr. 469.

⁴⁰ Vgl. Mitteilung des Rektors der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen nach der Senatssitzung am 15.5.1991, UAHW, Rep. 49, Nr. 305.

⁴¹ Vgl. Jahresstellenplan 1989/90 der Pädagogischen Hochschule "N. K. Krupskaja" Halle-Köthen, UAHW, Rep. 49, Nr. 377.

Der Weg des FDJ-Sekretärs verliert sich hingegen in der Umbruchzeit. Er verließ vor den Evaluierungen die Hochschule. Das Leitungspersonal beider Hochschulen stellte sich also nicht in jedem Falle den Integritätsüberprüfungen. Viele verließen die Hochschulen bereits zuvor. Dennoch zeigen die Beispiele, dass in Halle wesentlich mehr Beschäftigte unfreiwillig aus dem Hochschuldienst ausschieden.

Die Ergebnisse der Integritätsüberprüfungen aller Hochschulangehörigen unterfüttern statistisch die in den genannten Einzelfällen deutlich werdenden unterschiedlichen Verfahrensweisen der beiden Hochschulen. Die habilitierten/B-promovierten Mitarbeitenden der Potsdamer Hochschule begutachtete eine gesonderte Kommission. Sie bewertete die politische Integrität, fachliche Eignung und in geringem Maße den Bedarf. Insgesamt überprüfte die Kommission bis Juni 1991 150 habilitierte/B-promovierte Beschäftigte, darunter 70 Angehörige der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Die Kommission evaluierte 16 Hochschullehrende negativ. Nur vier von ihnen beurteilte die Kommission aus Gründen der persönlichen Integrität negativ, während sie bei den übrigen Personen fachliche oder Bedarfsgründe anführte. Unter den negativ evaluierten Hochschullehrenden waren lediglich fünf Angehörige der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer.

Die übrigen 1249 Mitarbeitenden überprüfte 1991 eine Personalkommission innerhalb von zweieinhalb Monaten auf ihre persönliche Integrität. Sie empfahl dem Brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur 23 Kündigungen sowie elf Dringlichkeitsanfragen beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. ⁴⁶ Die 23 Kündigungen betrafen überwiegend technisch-administrative Beschäftigte. Nur wenige Kündigungen entfielen auf wissenschaftliche Beschäftigte der

⁴² Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der Personalkommission Rüdiger Fikentscher an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung mit Empfehlungen der Personalkommission vom 3.2.1992, LASA, L2, Nr. 262.

⁴³ Vgl. Schreiben des Rektors der Brandenburgischen Landeshochschule Rolf Mitzner an den Minister Hinrich Enderlein vom 23.5.1991, UAP 8618.

⁴⁴ Vgl. Evaluierungsprotokolle der Hochschullehrenden und B-Promovierten Mitarbeitenden der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche, UAP 8618 und UAP 8658.

⁴⁵ Vgl. Schreiben des Rektors der Brandenburgischen Landeshochschule Rolf Mitzner an den Minister Hinrich Enderlein vom 23.5.1991, Anlage 1 Evaluierungskommissionen der Fachbereiche an der Brandenburgischen Landeshochschule, Anlage 2 Vorläufige Liste der zur Abberufung anstehenden Hochschullehrer der Brandenburgischen Landeshochschule, UAP 8618.

⁴⁶ o.A., Schreiben der Personaldezernentin Steffi Kirchner an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 30.10.1991, in: Manfred Görtemaker (Hg.), Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam 1995, Anlage 8.

Fachbereiche Musik, Mathematik und Physik.⁴⁷ Die Integritätsprüfung war seitens der Potsdamer Hochschule vor der Gründung der Universität Potsdam am 15. Juli 1991 abgeschlossen.

Nach einem knappen dreiviertel Jahr Bearbeitungszeit konnte auch die Hallenser Personalkommission ihre Ergebnisse präsentieren. In ihrem Abschlussbericht vom 1. Juni 1992 empfahl die Kommission für 101 der 750 überprüften Hochschulangehörigen die Abberufung/Kündigung. Anders als in Potsdam entfiel die Mehrzahl der Abberufungen/Kündigungen nicht auf das technisch-administrative Personal, sondern stieg prozentual mit dem Status der überprüften Personen. So empfahl sie 23 der 54 überprüften Hochschullehrenden zur Abberufung. Ein Großteil der negativ evaluierten Hochschullehrenden gehörte den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an. Dies ist jedoch nur bedingt aussagekräftig, da aufgrund des fachlichen Schwerpunkts der Hochschule überwiegend Angehörige dieser Fächer evaluiert wurden.

4. Resümee

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das mathematisch-naturwissenschaftliche Personal beider Hochschulen vor 1989 in relevantem Maße in die politischen Machtstrukturen der Hochschulen eingebunden war. Insbesondere das Leitungspersonal trug auch wissenschaftsfremde Entscheidungskriterien und Repressionen mit. Nach 1990 verfuhren beide Hochschulen aber sehr unterschiedlich mit den leitenden Personen. Während in Halle alle Beteiligten aus ihren Positionen entfernt wurden, konnten in Potsdam insbesondere mathematisch-naturwissenschaftliche Beschäftigte an der Hochschule bleiben. Sie besetzten nach 1990 aber keine leitenden Positionen mehr. Auch die Gesamtzahlen der Integritätsüberprüfungen beider Hochschulen wichen im Ergebnis deutlich voneinander ab. Obwohl die überprüften Personen zu DDR-Zeiten ähnliche Ausbildungswege durchlaufen hatten und ihre Karrieren prinzipiell auf ähnliche Weise durch außerwissenschaftliche Kriterien beeinflusst waren, konnten die Potsdamer Hochschulangehörigen die Integritätsüberprüfungen erfolgreicher bestehen.

⁴⁷ Vgl. Ergebnisprotokoll des Abschlußgesprächs in Sachen Personalüberprüfung an der Universität Potsdam zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und der Universität Potsdam vom 11.10.1991, Aktenbestand Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

⁴⁸ Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Personalkommission an der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen vom 1.6.1992, L 2, Nr. 262.

Die Unterschiede lassen sich durch den landesspezifischen Kontext mit unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten, Regierungskoalitionen und einzelnen Akteur:innen erklären. Während die brandenburgische Regierung auf Stellenerhalt und Hochschulausbau setzte, legte die sachsen-anhaltische Regierung größeren Wert auf die personelle Erneuerung. Dabei trafen beide Regierungen auf lokale Akteur:innen, die bereit waren, der jeweiligen Linie – auch zum eigenen Vorteil – zu folgen. Die Ergebnisse der individualisierten Integritätsüberprüfungen beider Hochschulen hingen also weniger mit der individuellen Belastung zusammen als vielmehr mit hochschulpolitischen Entscheidungen und dem Handeln einzelner lokaler Akteur:innen.

Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge ostdeutscher Wissenschaftler:innen

Monika Juliane Gibas (Leipzig) Astrid Lorenz (Leipzig) und Dieter Segert (Wien) im Gespräch mit Franziska Bomski (Potsdam) Um ein vertieftes Verständnis für die Klage und Frustration über die Unterrepräsentation Ostdeutscher an den Hochschulen und Universitäten zu gewinnen, reichen wissenschaftliche Studien allein nicht aus. Wir sind auch auf die Auskunft von Zeitzeug:innen angewiesen, die uns aus der jeweils in-

dividuellen Erinnerung eine besondere Perspektive auf die Vergangenheit eröffnen und den objektivierenden Studien durch ihre Erfahrungsberichte eine Verankerung in der Lebenswelt verschaffen. Das Verhältnis von Zeitzeugenschaft und Wissenschaft ist dabei nicht immer spannungsfrei, jedoch mehren sich insbesondere in der analysierenden Bearbeitung des Umbruchs 1989/90 die Ansätze, individuelle Erfahrungsberichte mit historisch-soziologischen Analysen in eine konstruktive Verbindung zu setzen. Dass dies erhellender ist als subjektiv-polemische Streitschriften, zeigt unter anderem Steffen Maus Studie Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft (2019). Auszuhalten und auszuhandeln gilt es dabei, dass nicht nur wissenschaftliche Analysen und Erinnerungen, sondern schon die Erinnerungen selbst divergieren können. Umso wichtiger ist die Berücksichtigung verschiedener Perspektiven. Neben Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten wenig im Diskurs zu Wort gekommen sind bislang individuelle ostdeutsche Stimmen, deren akademische Karrieren 1989/1990 zwar unterbrochen, aber letztlich doch unter neuen Bedingungen fortgesetzt werden konnten. Im Folgenden berichten daher zwei Wissenschaftler:innen, deren akademischer Werdegang zu DDR-Zeiten seinen Anfang nahm, wie sich der politische Umbruch auf ihre individuellen Berufswege ausgewirkt hat. Im Austausch mit einer Vertreterin der nachfolgenden Generation, deren wissenschaftliche Sozialisation schon im vereinigten Deutschland erfolgte, wird zudem der Blick geografisch und zeitlich geweitet. Da es hier explizit um individuelle Lebensläufe, Erfahrungen und Wahrnehmungen geht, werden die

wichtigsten biografischen Stationen der Gesprächspartner:innen vorangestellt

Gespräch mit Monika Gibas

Monika Juliane Gibas, geboren 1951 in Lutherstadt Eisleben, schloss ihr Studium der Geschichte, Philosophie und politischen Ökonomie an der Karl-Marx-Universität Leipzig 1973 als Diplomhistorikerin ab. 1978 folgten Promotion und 1990 Habilitation mit Arbeiten zur Kommunikations- und Ideengeschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland zwischen 1919 und 1939. Forschungs- und Lehrtätigkeiten übernahm sie an den Universitäten Leipzig (1973 bis 1992). Jena (2001 bis 2011) und Magdeburg (2012 bis 2017, Fachbereichsleiterin Geschichte und Öffentlichkeit). Sie arbeitete u.a. in den DFG-Projekten "Deutsch-deutsche Propagandageschichte" und "Deutschlands Mitte' als Entwurf industrieller, technischer und naturwissenschaftlicher Eliten" mit. Sie forscht und publiziert zur deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts und ist Kuratorin mehrerer Ausstellungen zur jüdischen Geschichte in Mitteldeutschland. Von 2017 bis 2023 war sie Leiterin des Projekts "Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts" beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband

Bomski: Sie haben Ihre akademischen Qualifikationen in der DDR erworben – wie bewerten Sie Ihre Ausbildung rückblickend?

Gibas: 1969 habe ich in Leipzig an der damaligen Sektion Geschichte zu studieren begonnen und eine meiner ersten Vorlesungen bei Werner Berthold gehört, der mich gleich sehr beeindruckt hat. Er forschte zur Geschichte der Geschichtswissenschaften, das hat mich interessiert. Er hat mich ab dem zweiten Semester schon als wissenschaftliche Hilfskraft an seinen Lehrstuhl geholt, und ich hatte daher früh schon Einblick in die wissenschaftlichen Arbeiten des Lehrstuhls und konnte mich unter seiner Leitung qualifizieren. Ich habe 1973 mein Diplom bei Berthold gemacht und war dann Assistentin bzw. Oberassistentin an seinem Lehrstuhl. Im Februar 1990 hatte ich gerade meine Habilitation abgeschlossen (damals B-Promotion), als der Umbruch in den Universitäten begann.

Bomski: Gab es Kontakte zur westdeutschen Geschichtswissenschaft?

Gibas: Ich hatte bis 1989 keine Kontakte zu westdeutschen Historikern. Die hatte aber unser Lehrstuhlinhaber Professor Werner Berthold. Persönliche Begegnungen, an denen wir Mitarbeiter des Lehrstuhls teilnehmen konnten, gab es über seine Kontakte zu dem deutsch-amerikani-

schen Professor Georg Iggers, der an der State University of New York in Buffalo einen Lehrstuhl zur Geschichte der Geschichtswissenschaft hatte und der ihn regelmäßig in Leipzig besuchte. Es fanden dann stets kleine informelle Runden mit dem Lehrstuhl stand. Das war vor 1989 meine einzige Möglichkeit, mit Historikern aus dem westlichen Ausland ins Gespräch zu kommen. An westdeutsche Forschungen kamen Studierende mit Glück auch in der Leipziger Nationalbibliothek heran: Mit einem Propusk von einem Professor bekam man Zugang zum sogenannten Gift-Kabinett, den hat uns Werner Berthold immer ermöglicht.

Bomski: Wie verlief die Wendezeit in den Leipziger Geschichtwissenschaften?

Gibas: In Leipzig gingen Reformbemühungen vor allem von den Studenten und dem Mittelbau aus. Wir haben versucht, neue Grundsatzpapiere zu schreiben, zusammen mit den wenigen Professoren, denen wir damals vertrauten. Es war ein demokratischer Prozess in Gang gekommen, wir hatten Wahlen, in denen auch der Mittelbau seine Vertreter wählen konnte. Ich bin damals als Mittelbauvertreterin der Sektion Geschichte gewählt, aber dann ohne jede Begründung von der Liste wieder gestrichen worden. Das geschah auch dem gewählten Professor Werner Bramke. Es war also keine demokratische Wahl. Protest von Studierenden und dem Mittelbau hat insgesamt nicht viel genützt, denn in meiner Wahrnehmung trug die breite Professorenschaft diese Bestrebungen nicht mit.

Bomski: Wie hat sich der Umbruch 1989/90 auf Ihre berufliche Situation ausgewirkt?

Gibas: Von September bis Dezember 1992 habe ich weiter mein Gehalt bekommen, aber ich durfte nicht mehr lehren, sondern war in dieser Umbruchssituation sozusagen freigestellt. Im Dezember 1992 ist mir gekündigt worden. Der Rektor hat mir eine Urkunde übergeben, mir für meine Arbeit in den vergangenen 15 Jahren gedankt und mir viel Erfolg auf dem neuen Arbeitsmarkt gewünscht. Nur war der neue Arbeitsmarkt eigentlich erstmal nicht zu sehen.

Bomski: Nun galt die DDR-Geschichtswissenschaft als ideologisch besonders belastet. Sind Ihre Arbeiten und Abschlüsse aus der Zeit vor 1990 anerkannt worden?

Gibas: Nein. Wir sind natürlich auch evaluiert worden. Sofern wir schon habilitiert waren, mussten wir unsere Arbeiten bei westdeutschen Professoren neu einreichen und vor einer paritätisch ost- und westdeutsch besetzten Kommission nochmals verteidigen. Thema meiner Arbeit war

"Die Stellung der KPD zur Weimarer Republik. Historisch-politische Wertung, Demokratieverständnis und antifaschistische Strategieentwicklung im Rahmen der Komintern 1933 bis 1939". Ich habe um die westdeutschen Gutachten gebeten, um mich vorbereiten zu können, aber das wurde nicht gestattet. Eine Kollegin und ich sind zum Rektor gegangen und haben darauf bestanden, dass er uns zumindest relevante Ausschnitte aus den Gutachten vorliest – und nicht einmal dabei durften wir uns Notizen machen.

Im Kommissionsgespräch hat mir dann einer der westdeutschen Gutachter geraten, das Kommunismus-Thema nicht weiter zu verfolgen und mich mit anderen Themen zu beschäftigen. Ganz offensichtlich gab es da Vorbehalte. Dabei hatte ich in meiner Habilitation doch gerade aufgezeigt, was in der KPD und in der Kommunistischen Internationale ab 1933 hinsichtlich des Demokratieverständnisses problematisch war.

Bomski: Sie haben das Verfahren erfolgreich überstanden, dennoch hatten sich Ihre bis dahin vielversprechenden akademischen Perspektiven auf eine feste Stelle mit der Wende plötzlich erübrigt und Sie waren stattdessen arbeitslos. Wie ging es für Sie weiter?

Gibas: Letztlich verdanke ich Werner Berthold, der mein großer Mentor gewesen ist, dass ich nach meiner Entlassung doch noch in der Wissenschaft bleiben konnte. Werner Berthold, der damals schon Emeritus war, wies uns auf das Buch Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern hin und regte einen jungen Kollegen und mich an, mit den drei westdeutschen Herausgebern in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auszuloten. Und tatsächlich hat das geklappt. Die drei Herausgeber aus Freiburg waren in einer ähnlichen Situation, sie hatten auch keine Stellen an einer Universität bekommen. Wir haben gemeinsam bei der DFG ein Projekt zur deutsch-deutschen Propagandageschichte beantragt und konnten ab Januar 1993 als autonome Gruppe fünf Jahre gemeinsam ohne Anbindung an eine Universität arbeiten. Dadurch hatte ich keine größere Lücke im Lebenslauf. Und es war ein völlig neues und beglückendes Arbeiten: Wir haben zusammen in Leipzig in einer Art WG gewohnt und konnten machen, was wir wollten, uns wissenschaftlich wirklich frei äußern. Es hat uns überhaupt niemand reingeredet. Diese Erfahrung hat mir die Angst vor dem Umbruch genommen.

Bomski: Wie beurteilen Sie über Ihre eigenen Erfahrungen hinaus die Folgen des Personalumbaus für die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft?

Gibas: Das war eine Katastrophe für Mittelbau und für die meisten Professoren der Geschichtswissenschaft, nicht nur in Leipzig. Habilitierte Kolleginnen und Kollegen des Mittelbaus aus der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig hatten keine Chance auf dem neuen akademischen Arbeitsmarkt. Und das war wirklich eine Katastrophe, weil gute ostdeutsche Historikerinnen und Historiker, die schon etwas geleistet hatten, die Universität verlassen mussten. Viele haben dann Brotjobs angenommen und sind wissenschaftlich nicht wieder auf die Beine gekommen. Einige arbeiten erst jetzt, nachdem sie in Rente gegangen sind, wieder an ihren Forschungen.

Bomski: Sie selbst haben Ihre wissenschaftliche Arbeit ohne Professur kontinuierlich fortgesetzt – wie war das möglich und wie haben Sie das Forschen im neuen Kontext erlebt?

Gibas: Nach Abschluss des DFG-Projektes 1997 war ich zunächst länger arbeitslos. Ab 2002 habe ich dann an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Stelle in einem Drittmittelprojekt bekommen. Professor Jürgen John, an dessen Lehrstuhl ich in Jena assoziiert war, hat mir Angebote gemacht, in welchen Projekten ich mitarbeiten könnte, aber er hat mir nie vorgeschrieben, welche Themen ich in meinen Seminaren behandeln soll. Ich habe gern mit Studenten gearbeitet, weil mir das großen Spaß macht. Mit ihnen konnte ich Ausstellungen zu historischen Themen mit lokalen Bezügen konzipieren und umsetzen, vor allem zur jüdischen Geschichte Thüringens (Ausstellung "Arisierung in Thüringen" 2008). Insgesamt war es ein viel freieres Arbeiten. Und meine eigenen Forschungs- und Lehrinteressen, die sich immer mehr auf die jüdische Geschichte verlagerten, konnte ich ohne Widerstände verfolgen, auch dann ab 2012 an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg. So einfach wäre das in der DDR nicht gewesen. Zwar hatte ich bei Professor Werner Berthold verhältnismäßig großen Spielraum, aber der war eben trotzdem durch das politische System begrenzt. Wir können heute in der Geschichtswissenschaft das machen, was wir selbst umsetzten wollen.

Bomski: Wie beurteilen Sie rückblickend die mit der Wende verbundene Zäsur in Ihrer wissenschaftlichen Laufbahn?

Gibas: In meinem Freundeskreis waren wir anfangs natürlich wütend, weil wir hinausgeworfen worden sind und haben dagegen protestiert, auch unsere Studenten haben uns unterstützt. Aber wir haben unsere unterschiedlichen Wege gefunden, und nach über 30 Jahren hat sich diese Wut gelegt. Die gegenwärtige Frustration in der ostdeutschen Bevölkerung resultiert aus meiner Sicht nicht mehr aus den Abläufen nach der

Wendezeit, sondern aus einer Unzufriedenheit mit aktuellen Ereignissen bzw. dem politischen Umgang damit, zum Beispiel mit der Einwanderungsproblematik. Es handelt sich dabei um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht spezifisch auf die Wissenschaft bezogen ist.

Gespräch mit Dieter Segert

Dieter Segert, geboren 1952 in Salzwedel, studierte Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und an der Lomonossow-Universität Moskau. Ab 1978 war er an der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der HU tätig und wurde dort 1989 zum Professor berufen. Er arbeitete ab 1985 an einem Forschungsprojekt zum Vergleich der Reformen im europäischen Staatssozialismus (mit Uwe-Jens Heuer und Rosemarie Will), ab 1988 am Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" (mit Michael Brie und Rainer Land), das im Herbst 1989 in eine sich reformierende SED hineinwirkte. 1993 bis 1998 hatte er eine Professur für Vergleichende Politikwissenschaft (Osteuropa) an der HU sowie Gastprofessuren in Bath und Prag inne und war anschließend Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung. Von 2005 bis 2017 war er Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien. Er forscht zur osteuropäischen Transformation, zur Geschichte und zum Erbe des Staatssozialismus. Über seine Perspektive auf die Umbruchszeit 1989/90 schrieb er das Buch "Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR" (2008).

Bomski: Wie verlief Ihre wissenschaftliche Karriere bis zum Jahr 1989 in der DDR?

Segert: Studiert hatte ich marxistisch-leninistische Philosophie, und zwar nicht aus irgendeinem Zwang von oben, sondern aus freiem Entschluss. Ich wollte mich unbedingt mit der Gegenwart und ihren Problemen beschäftigen, das führte mich zum Fach wissenschaftlicher Kommunismus. 1989 war ich mit 37 Jahren gerade zu einem der jüngsten ordentlichen Professoren der DDR berufen worden: an die Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie im Bereich des Wissenschaftlichen Kommunismus. Und genau das erwies sich wenige Zeit später für mich als unglücklich, obwohl ich eine Reform des Sozialismus unterstützt habe – sofern das aus einer Universität heraus überhaupt möglich war.

Bomski: Monika Gibas hat darauf hingewiesen, dass die Professoren in der Leipziger Geschichtswissenschaft Reformabsichten im Allgemeinen eher träge bis ablehnend gegenüberstanden. Wie haben Sie sich in der Wendezeit positioniert?

Segert: Wir hatten im Sommer 1989 ein Papier für die "Rote Woche" geschrieben. Das war eine Einführungswoche vor Beginn des Studienjahres, in der mit den Studenten die politischen Fragen aus dem vorangegangenen Sommer besprochen werden sollten. Der SED-Kreissekretär Harry Smettan war gar nicht einverstanden mit unserem Text und wollte ein Parteiverfahren gegen die Autoren einleiten. Aber Dieter Klein, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der HU, von dem auch die Anregung zu dem Papier ausgegangen war, hat Gespräche mit uns und älteren Kollegen vermittelt. Daraus ist dann das Papier entstanden, welches im Herbst 1989 als "Sozialismusprojekt" an der HU bekannt wurde. Wir waren zum einen der Überzeugung, dass man die Sozialwissenschaften grundsätzlich reformieren müsste, und haben im Sommer 1990 einen neuen Fachbereich gegründet. Zum anderen wollte ich die Politikwissenschaft, die es in der DDR so nicht gab, als universitäre Disziplin etablieren und war an der Gründung der Gesellschaft für Politikwissenschaft im April 1990 beteiligt.

Bomski: Sie haben dann auch als Mitglied der Struktur- und Berufungskommission (SBK) am Hochschulumbau mitgewirkt. Wie gestaltete sich die deutsch-deutsche Zusammenarbeit?

Segert: Unsere SBK hatte das Glück, dass mit Friedhelm Neidhardt ein Vorsitzender bestimmt wurde, der Wert darauf legte, dass mit den Angehörigen des neuen Fachbereichs gesprochen wurde. Er kam zu uns, und wir haben auf mehreren Versammlungen vor und während der Arbeit der Kommission miteinander geredet. Er wollte keine Integritätsprüfungen durchführen. Das sollten mal die Ostdeutschen selbst machen. Die wüssten am besten, wer integer war und wer nicht. Dennoch wurden dann für die Ostmitglieder der Kommission Beurteilungen von der Gauck-Behörde angefordert, um zu prüfen, ob diese eine reine Weste hatten, was die Stasiunterlagen betraf. Zudem musste zum Beispiel auch ich, weil ich gewählter Prodekan des neuen Fachbereichs war, vor einer im Frühjahr 1990 an der Universität gebildeten Anhörungskommission darüber berichten, was ich gemacht hatte in der SED, in der FDJ, bei den Kampfgruppen. Die Frage nach sich aus meiner Funktion ergebenden Privilegien konnte ich verneinen. Danach setzte die Arbeit der SBK ein. Neidhardt wollte von jedem, der sich auf eine der neuen Stellen bewarb, zwei Texte sehen, zu denen man auch nach dem Ende der DDR stehen konnte. Im Grunde war es eine anständige Herangehensweise des Vorsitzenden.

Eine unangenehme Methode der Arbeit der SBK muss ich jedoch erwähnen. Die Mitglieder der Kommission wurden fachlich zuletzt geprüft, also nachdem die Prüfung des übrigen Personals abgeschlossen war, das

empfand ich als eine moralische Erpressung. Aber solchen Zumutungen muss man sich wohl stellen, wenn so eine Gesellschaft zusammenbricht. Anders als zwischen 1988 und 1989 in meiner Funktion als ehrenamtlicher Parteisekretär der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie, wo ich kein einziges Mal jemand entlassen musste, hatte ich als Mitglied der SBK nach 1990 die Mitverantwortung für viele Entlassungen zu tragen.

Bomski: Wie beurteilen Sie die Gründe für diese Entlassungen, waren sie gerechtfertigt oder zumindest nachvollziehbar?

Segert: Das Ergebnis war verheerend für viele: Von 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 30 entlassen worden, vor allem deshalb, weil nicht mehr Stellen finanziert wurden. Es gab darunter aber auch inhaltlich problematische Entscheidungen wie die Entlassung Michael Bries, einer der begabtesten jüngeren Wissenschaftler der Sozial- und Geisteswissenschaften der DDR. Ich habe zusammen mit dem Mittelbau-Vertreter dagegen gestimmt und meine Position in einem schriftlichen Minderheitsvotum begründet. Ich empfand es als hanebüchen, dass er entlassen werden sollte, weil angeblich seine fachliche Qualifikation nicht zur neuen Fachbereichsstruktur passte. Er war im September 1990 vom zuständigen Minister der Regierung de Maizière als Professor für Sozialphilosophie berufen worden, und für dieses Fach sei an unserem Fachbereich kein Platz. Der offizielle Entlassungsgrund lautete "Mangel an Bedarf". Aber wenn das ausdrücken sollte, ein Sozialphilosoph hätte fachlich keinen Platz an einem Institut für Sozialwissenschaften, so muss man zumindest konstatieren, dass die Profile der fachlich positiv Evaluierten, wie bei mir der Fall, ebenfalls nicht vollständig passten.

Der eigentliche Grund der Entlassung lag wohl darin, dass Brie Ende 1990 vor seinen Studierenden erklärt hatte, dass er selbst IM der Staatssicherheit gewesen war. In der offiziellen Begründung wurde das nicht erwähnt, aber Klaus von Beyme, einer der Westprofessoren, hatte uns in der Kommission ausdrücklich gesagt, dass er wegen dieser IM-Tätigkeit auf keinen Fall für Brie stimmen würde, und deswegen also wurde so entschieden. Brie konnte auf Grundlage der Entscheidung der SBK seine wissenschaftliche Karriere nicht fortsetzen, sondern baute nach befristeten Tätigkeiten als Gastwissenschaftler die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit auf. Ungeachtet dessen hat er seine wissenschaftliche Arbeit auf privater Grundlage fortgesetzt, wie man an seinen vielen Monografien, von ihm herausgegeben Konferenzbänden und Interventionen in aktuelle Debatten ablesen kann.

Bomski: Wie ging es beruflich für Sie weiter?

Segert: Vier von den 16 Professorenstellen am neugegründeten Institut für Sozialwissenschaften sollten durch Ostdeutsche besetzt werden. Ich bin im Ergebnis der SBK-Beratungen auf den ersten Platz der Liste für eine unbefristete Stelle gekommen. Aber danach sollte meine Stelle plötzlich auf fünf Jahre befristet werden. Zur Begründung zitierte der Senator aus meiner Berufungsakte für die Professur für Wissenschaftlichen Kommunismus aus dem September 1989. Es gab da Begründungen wie "Er hat ein hohes Klassenbewusstsein, folgt immer den Lehren von Marx und Engels", denn meine Gutachter Dieter Klein, Rolf Reissig und Uwe-Jens Heuer wollten natürlich, dass ich berufen werde und nicht, dass ich vor der Parteikontrollkommission lande. Da gab es also ein kulturelles Missverständnis seitens der Senatsverwaltung.

Bomski: Sie haben schließlich einen Ruf an die Universität Wien angenommen – welche Rolle spielte Ihre ostdeutsche Herkunft dort?

Segert: Das war 2005. Im Unterschied zu den Arbeitsstellen in Deutschland nach 1990 wurde mir durch die Kolleginnen und Kollegen in Wien mein Engagement in der DDR nicht vorgehalten. Im Gegenteil, sie waren an meinen Erfahrungen aus diesen Jahren und besonders der Zeit des Herbstes 1989 sehr interessiert. Natürlich hatten mich diese Erfahrungen besonders geprägt. An der Universität Wien habe ich mich darüber gewundert, dass über den Dekan ohne einen Gegenkandidaten öffentlich abgestimmt wurde. Ich habe dann gesagt, das wurde in der DDR auch so gemacht. Aber ihr wollt doch eine andere, eine bessere Art von Demokratie haben. Dann aber müsst ihr die Entscheidungen anders organisieren. Und ich habe durchgesetzt, dass auch über den Dekan geheim und mit Gegenkandidaten abgestimmt wird. Ich hätte mich nicht so engagiert, wenn ich nicht die Erfahrungen des Herbstes 89 gehabt hätte.

Bomski: Wie beurteilen Sie rückblickend den Transformationsprozess und seine Folgen für die politische Gegenwart?

Segert: Mir scheint, dass bei der Transformation über die Integration der DDR in ein vollständig fertiges Institutionensystem die ostdeutsche Seite etwas zu kurz gekommen ist. So hat es eben einen großen Unterschied gemacht, dass die Neugestaltung der Universität letztlich nicht über die eigenen Personal-Struktur-Kommissionen (PSK), sondern durch von außen eingesetzte Struktur- und Berufungskommission (SBK) mit einer im Streitfall greifenden Stimmenmehrheit der westdeutsche Professoren erfolgt ist. Wäre nicht vorausgesetzt worden, dass das geltende westdeuts-

sche Universitätsrecht unverändert auf uns ausgedehnt wird, hätte man z.B. in einem demokratischen Prozess andere, angemessenere Paritätsregelungen festlegen können. Der Prozess der Demokratisierung aus eigener Kraft hat zu kurz gedauert, die Erfahrung einer aktiven Aneignung der neuen Institutionen haben viele Ostdeutsche auf diese Weise nicht machen können. Das zeigt sich auch in der geringen Repräsentation der Ostdeutschen in den deutschen Eliten, und die damit verbundene Entfremdung schwächt die Verankerung der Demokratie. Eine autoritäre Gesellschaft, und das war die DDR, braucht so einen Prozess, in dem sie aufwacht und die Möglichkeiten hat, auch unbeobachtet von irgendwelchen Kontrollpersonen einfach mal das zu machen, was sie für richtig hält, um sich dann zu verändern.

Gespräch mit Astrid Lorenz

Astrid Lorenz, geboren 1975 in Rostock, ist seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. Seit 2019 ist sie zugleich Dekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie. Sie studierte von 1993 bis 1998 Politikwissenschaft und Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin. Ihre Promotion erlangte sie als Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort war sie auch Juniorprofessorin und habilitierte sich 2008 zu "Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien. Motivlagen und Aushandlungsmuster". Für diese Arbeit erhielt sie den Wissenschaftspreis der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Seit 2022 gehört sie dem Vorstand der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig an. Zudem ist sie Mitglied im Leitungsteam des Forschungsprojekts "Elitenmonitor": Personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen in zentralen Führungspositionen".

Bomski: Sie gehören einer jüngeren Generation an und haben Ihre wissenschaftliche Karriere schon im wiedervereinigten Deutschland begonnen. Spielt Ihre Sozialisation in der DDR in Ihrem Berufsleben eine Rolle?

Lorenz: Bei vielen Aufgaben spielt das keine Rolle, z.B. in meiner Arbeit als Dekanin. Gerade wenn es um die Erforschung und Diskussion von postsozialistischen Gesellschaften geht, unterscheiden sich Blickwinkel aber (auch) danach, ob man einen engeren Bezug zu diesen Gesellschaften hat. Dann stellt man Fragen manchmal anders und kontextualisiert bestimmte Fakten stärker.

Bomski: In der jüngeren Forschung werden die Umbauprozesse der ostdeutschen Wissenschaft nach 1989 verstärkt auch in den Kontext der etwa zeitgleich erfolgenden Veränderungen in anderen ehemals sozialistischen Ländern gerückt werden. Wie verändert das die Perspektive?

Lorenz: In Ost- und Ostmitteleuropa gab es im Wissenschaftssystem zunächst nicht den Nachbau West wie in Deutschland. Dennoch war es in diesen Staaten auch kompliziert. Zum Beispiel gab es teilweise Überprüfungen und Aussonderungen von Personen, die im alten System politisch belastet waren. Zudem haben Wissenschaftler, selbst wenn sie ihre Arbeitsverträge behielten, oft sehr wenig Geld verdient. Über einen sehr langen Zeitraum, teils bis heute, war es deshalb Standard, dass man mehrere Arbeitsverträge hat. Viele sind daher aus freien Stücken aus der Wissenschaft ausgestiegen. Gerade im Bereich Rechtswissenschaften ist man in die neuen internationalen Kanzleien gegangen, wo gut bezahlt wurde. Nimmt man materielle Unsicherheiten in den Blick, ist in Ostdeutschland nicht das Allerschlimmste geschehen. Es gab ein soziales Auffangbecken, und wer einen Wissenschaftsjob hatte, wurde gut bezahlt.

Bomski: Das heißt also, in Vergleich zu anderen Ländern ist der Hochschulumbau in Deutschland entgegen der öffentlichen Klage wenigstens in Teilen gar nicht so schlecht vollzogen worden?

Lorenz: In den deutschen Gesellschaftswissenschaften wurden die Entscheidungen gegen die Übernahme von Personal manchmal auch als folgerichtig im Sinne des Systemumbaus und in dieser Hinsicht als fair betrachtet. Wenn umgekehrt die Bundesrepublik der DDR beigetreten wäre, wäre auch fast niemand in den Gesellschaftswissenschaften übernommen worden, kalkulierten manche. Also hängt es auch von der Vergleichsfolie ab, wie man den Umbau der Wissenschaft bewertet.

Man darf auch nicht aus dem Blick verlieren, dass es in der DDR ein System mit Vollbeschäftigung gab, in dem in vielen Sektoren mehr Menschen beschäftigt waren, als man sich das ökonomisch leisten kann. In den Neunzigern haben die Landesregierungen oder Landesparlamente der neuen Länder, die den Umbau verantworteten, sich redlich bemüht, relativ viele Hochschulstandorte zu erhalten, trotz knapper Mittel. Dies wurde auch als strukturpolitisches Element benutzt, damit Städte nicht "kippen". Später kam es dann zu Schrumpfungsprozessen im Hochschulbereich – aus Kostengründen. Das Ergebnis ist, dass es in Ostdeutschland oft kleine Hochschulstandorte mit wenigen Professuren pro Fachbereich gibt, die es schwer haben, wettbewerbsfähig zu sein und bei der Einwer-

bung von Sonderforschungsbereichen oder in den Exzellenzinitiativen kaum mithalten können.

Diese Entscheidungen wurden sehr oft von Ostdeutschen getroffen. Auch den Beschluss über die Vorbereitung zur Übernahme des westdeutschen Hochschulgesetzes fasste der DDR-Ministerrat 1990, noch vor der Einheit. Und es ging ja bei der Revolution von 1989 darum, das System einschließlich des Wissenschaftbetriebs personell umzubauen, auch wenn dieser Prozess durch die deutsche Einheit einen ganz anderen Fahrtwind bekommen hat

Bomski: Wie kommt es Ihrer Meinung nach zu einem öffentlichen Diskurs, der die ostdeutsche Mitbeteiligung an diesen Prozessen weitgehend ausblendet?

Lorenz: Das hat mit der Struktur der Öffentlichkeit zu tun: Wie wird berichtet über Politik und gesellschaftliche Entwicklungen in Medien, die wir alle rezipieren? Diese Berichterstattung erfolgt oft durch die westdeutsche Brille. Und wenn dann Ostdeutsche zu Wort kommen, sind es häufig dieselben Personen und dieselben Narrative. Das ist nicht hilfreich für eine inner-ostdeutsche Diskussion auch über die eigene Vergangenheit. Es trägt dazu bei, dass viele das Gefühl haben, nicht den gerechten Anteil vom Kuchen bekommen zu haben und dass die Revolution, die man selber gestartet hat, den Ostdeutschen dann entglitten ist. Gleichzeitig hat dieses Gefühl die Gesellschaft lange recht stark zusammengehalten. Über die Frage, ob und wie man politische Eliten entmachtet, die andere postsozialistische Gesellschaften auskämpften, wurde in Deutschland nicht gestritten, die Härten der innergesellschaftlichen Zerrissenheit in diesen Fragen, die andere postsozialistische ostmitteleuropäische Staaten hatten, gab es in Ostdeutschland nicht.

Bomski: Dennoch wirken die personellen Transformationsprozesse auch in Deutschland bis heute nach. Wo sehen Sie die Ursachen für die Unterrepräsentation Ostdeutscher im Wissenschaftsbetrieb?

Lorenz: Die Folgen des Wissenschaftsumbaus für die Gegenwart lassen sich nicht so einfach bestimmen, denn es haben sich in der Zwischenzeit auch viele andere Dinge geändert. Es gab neue Forschungsmoden, die bestimmte Themen und Personen begünstigten, Finanzkrisen, die zu Sparmaßnahmen führten, usw. Das heißt, man kann die heutigen Phänomene nicht ohne Weiteres auf diese eine Ursache zurückführen. Heute haben wenige Ostdeutsche Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich inne. Unter den Rektoren, Leitungen großer Forschungseinrichtungen usw. sind nur 8,2 % Ostdeutsche bei 19 % Bevölkerungsanteil, auch wenn

ihr Anteil in den vergangenen Jahren gestiegen ist.¹ Aber das lag nicht direkt an den Entscheidungen zum Umbau des Wissenschaftssektors Anfang der neunziger Jahre. Bis Ende der neunziger Jahre hat im Vergleich zu Westdeutschland ein geringerer Anteil der Ostdeutschen studiert (1992 16,9 % zu 28,5 %).² In Anbetracht der allgemeinen Unsicherheit zogen viele eine Ausbildung vor. Auch trifft man selten auf so viele überqualifizierte Menschen in der Verwaltung wie an ostdeutschen Hochschulen – Sekretariatskräfte mit Abitur und Verwaltungskräfte mit Doktortitel. Viele sind in der damaligen Zeit in sichere Jobs gegangen. Dadurch standen in dieser Generation weniger Ostdeutsche für eine akademische Karriere und Führungspositionen zur Verfügung. Das Problem lässt sich nicht einfach beseitigen.

Bomski: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Problem zu begegnen? Wie können Forschung und Politik zur deutsch-deutschen Integration auch im Wissenschaftsbetrieb beitragen?

Lorenz: Das Positive an einer freien Gesellschaft trotz all ihrer Restriktionen, die es da natürlich auch gibt, ist die Fähigkeit zur Selbstreflexion und zum Umsteuern. Das hat auch der Bundestag fraktionenübergreifend anerkannt, deshalb ist er zum Beispiel dem Vorschlag der Kommission ..30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit" von 2020 gefolgt, ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation zu schaffen. Es soll fragen: Was kann man lernen aus all diesen Prozessen für die Zukunft, für ganz Europa? Wie kann man in künftigen Veränderungsprozessen mehr Menschen mitnehmen und Expertise anerkennen? Das Zentrum bietet dann eine Möglichkeit für Forschung, Dialog und Ausstellungen zu all diesen Themen und verknüpft diese Bereiche systematisch. Wissenschaft und Gesellschaft werden nicht getrennt gedacht, und mit dem erweiterten Blickwinkel auf Europa wird besser sichtbar, dass man bei Fragen wie Transformation der Hochschul- und Wissenschaftspolitik sowie Personalpolitik auch viel von den Erfahrungen in anderen Ländern lernen kann.³

¹ Vgl. https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/ (22.1.2024).

² Fbd

³ Mehr hier: https://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/themen/zukunftszentrum (22.1.2024).

Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre personellen Auswirkungen

Wolfgang Schieder (Köln) und Jörg Schönert (Hamburg) im Gespräch mit Andrea Albrecht (Heidelberg) Der sogenannte Hochschulumbau Ost wurde, den Empfehlungen des Wissenschaftsrats folgend, für Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR unterschiedlich umgesetzt. Die einstigen DDR-Universitäten wurden einer

inneren Transformation unterzogen, um ihre Forschungskompetenz und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die zu diesem Zweck von den Ländern eingerichteten Kommissionen entschieden meist auf Aktengrundlage und ohne Anhörung der Betroffenen. Im Unterschied dazu sollten die Akademie-Institute, an denen Forschung, aber keine Lehre betrieben wurde, nicht umgestaltet, sondern weitgehend aufgelöst werden.

Politisch tragbare und akademisch produktive Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Akademien wollte man unter anderem in neu zu gründenden Geisteswissenschaftlichen Zentren auffangen. Die Evaluation der Akademie-Institute wurde unter der Leitung des Wissenschaftsrats nach dem Begehungsprinzip der DFG – also im direkten Kontakt mit den jeweils verantwortlichen Wissenschaftler:innen – durchgeführt.

In beiden Bereichen war die fachliche Evaluierung des wissenschaftlichen Personals durch westdeutsche Expertinnen und Experten ein zentrales Instrument des personellen Ab- und Umbaus; und es ist dieser Personalumbau, der besonders konfliktbehaftet war und die Erinnerungen bis heute prägt. Wolfgang Schieder und Jörg Schönert, die beide an der Evaluierung mitwirkten, berichten im Gespräch mit Andrea Albrecht über ihre Erfahrungen.

Jörg Schönert hatte sich 1977 an der Universität München habilitiert. 1983 wurde er als Professor für Neuere deutsche Literatur an die Universität Hamburg berufen und dort 2007 in den Ruhestand versetzt. Seine

Forschungen sind insbesondere in der Sozialgeschichte der Literatur von 1750 bis 1920, der Literaturtheorie und Methodologie und zudem auch in der Wissenschaftsgeschichte angesiedelt. Er gehört der Hamburger Arbeitsstelle für Geschichte des Wissens und der Literatur an. Jörg Schönert war an den Evaluierungen der Universitäten Rostock und Greifswald beteiligt und hat im Auftrag der DFG an der Evaluation zur Weiterentwicklung des Ostberliner Zentralinstituts für Literaturgeschichte teilgenommen. An die Stelle des Zentralinstituts für Literaturgeschichte ist nach einer Übergangsphase 1996 das Zentrum für Literaturforschung, heute Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL), getreten.

Wolfgang Schieder wurde 1970 als Professor für Neuere Geschichte an die Universität Trier berufen und folgte 1991 dem Ruf auf eine Professur für Neuere und Neueste Geschichte an die Universität zu Köln, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2000 forschte und lehrte. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der italienischen Zeitgeschichte, der vergleichenden Faschismusforschung sowie der europäischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Von 1992 bis 2003 war er Mitglied und zugleich Vorsitzender der Gutachtergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF), eines der neu eingerichteten geisteswissenschaftlichen Forschungszentren. Von 1993 bis 2003 gehörte er außerdem der Leitungskommission der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften an.

Das Gespräch führte Andrea Albrecht, Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg.

Gespräch mit Jörg Schönert

Wissenschaftliche Kontakte und gegenseitige Wahrnehmung vor 1989

Albrecht: Herr Schönert, Sie sind 1983 an die Universität Hamburg gekommen. Wie war das Verhältnis der Hamburger Literaturwissenschaft zur Ost-Germanistik vor 1989?

Schönert: Entscheidend für die Zeit vor 1989 war das Kulturabkommen, das 1986 zwischen der DDR und der Bundesrepublik geschlossen wurde, um eine verstärkte Zusammenarbeit in Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft zu fördern. Es ermöglichte in den Wissenschaften, was zuvor sehr schwierig war: das Zusammentreffen und den wissenschaftlichen

Austausch zwischen Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesrepublik und der DDR. Dies geschah nach dem Wunsch der Kolleginnen und Kollegen aus der DDR paritätisch, also zu gleichen Zielen und im gleichen personalen Umfang im Wechsel zwischen Veranstaltungsorten in der BRD und der DDR. Eine der wichtigen Zusammenkünfte zwischen Germanistinnen und Germanisten fand im November 1988 in Bremen statt: zum Thema "Kulturelles Erbe zwischen Tradition und Avantgarde". Dabei traf eine Delegation prominenter DDR-Germanisten – darunter Hans-Günther Thalheim, Claus Träger, Hans-Georg Werner – auf ausgewählte Germanisten aus der Bundesrepublik, darunter neben Germanisten aus Bremen Klaus Garber, Walter Müller-Seidel, Karl Robert Mandelkow und Rolf Grimminger.

Ich habe auch an weiteren kleineren Konferenzen teilgenommen, die wir auf der Grundlage des Kulturabkommens veranstaltet haben: Im Oktober 1988 haben wir mit Professoren aus Halle und Jena in Hamburg zum Thema "Das Spektrum der erzählenden Literatur um 1800" getagt. Im März 1989 fand dann eine Tagung zur Theorie der Interpretation literarischer Texte statt, an der aus der DDR unter anderem Dieter Schlenstedt und Karlheinz Barck teilgenommen haben. Heinz-Jürgen Staszak wurde die Teilnahme von seiner Universität verweigert, woraufhin er seinen Doktoranden Klaus Blaudzun als Vertreter schickte. Das Tagungspendant in der DDR fand gleichsam mitten in der Wende im November 1989 in Jena statt.

Generell habe ich mich intensiv mit der DDR-Germanistik beschäftigt. Zum einen hatte das den Grund, dass ich 1956 mit der Familie aus Jena nach München gewechselt war, zum anderen, dass ich meine in Jena verbliebenen Großeltern dann regelmäßig besucht habe und meinen Zwangsumtausch in Primärliteratur und in Fachliteratur der Germanistik umgesetzt habe. Ich hatte eine aufschlussreiche Begegnung in Bremen, als einer der DDR-Germanisten auf mich zukam und sagte: "Wir verfolgen, was Sie zu Christa Wolf und anderen unserer Autoren publiziert haben. Das ist ordentlich, aber ich darf Ihnen das nur unter vier Augen sagen."

Albrecht: Aus den Zusammenarbeiten gingen eine ganze Reihe von innovativen Impulsen hervor, so kann man in den Erinnerungen des Rostocker Germanisten Klaus Blaudzun nachlesen. Viele der ostdeutschen Reformideen standen offenbar in Übereinstimmung mit dem, was man im Westen auch meinte, für die Geisteswissenschaft und insbesondere die Literaturwissenschaft auf den Weg bringen zu wollen. Wie muss man

sich diese Stimmung vorstellen, die ja am Beginn auch von Euphorie und Neuanfang, also Lust auf gemeinsames Lernen getragen war?

Schönert: Ja. wir wollten mit- und voneinander lernen. Das waren natürlich Einzelunternehmen, wie das zwischen den Hamburger Germanisten, die auch an Theorie interessiert waren, und den Rostocker Germanisten Heinz-Jürgen Staszak und seinem Mitarbeiter Klaus Blaudzun. Das lief erst auf inoffiziellen Wegen, dann versuchten wir, die Wege offizieller zu gestalten, und dann kam schon die "Wende". Dahinter stand der Versuch der Rostocker, so etwas wie ein neues sozialistisches Verständnis von Wissenschaft zu entwickeln. Und wir hatten auch als Germanisten in Hamburg durchaus die Vorstellung, dass unser Fach aus der Praxis, in der wir standen, weiterentwickelt und verändert werden musste. Das war eine sehr vielversprechende Aufbruchsstimmung, die dann auch von den jüngeren Kollegen aufgenommen und weitergegeben wurde. Die Studierenden allerdings spielten nach meiner Erinnerung in all diesen Vorgängen gerade aus der Perspektive der DDR keine große Rolle. Nach der "Wende" kam es immerhin noch zu einem gemeinsamen, zweijährigen DFG-Projekt der Universitäten Hamburg und Rostock zu "Theorie und Praxis der Werkinterpretation".

Albrecht: Wie ideologisch war die Literaturwissenschaft in der DDR? Gab es in der Germanistik bestimmte Bereiche, die wie in der Geschichtswissenschaft von vornherein als nicht fortsetzbare Forschungsfelder angesehen wurden? Oder war man in der Literaturwissenschaft flexibler?

Schönert: Ich glaube, in unserem Fach war man flexibler. In der bundesrepublikanischen Literaturwissenschaft war unter dem Einfluss der Sozialwissenschaften die Entwicklung der 1960er und 1970er Jahre vorausgegangen, die uns zumindest in die Nähe auch von Konzepten aus der DDR-Germanistik gebracht hatte. Der Unterschied war, dass in der DDR-Germanistik diese Konzepte nicht diskutiert werden konnten und sozusagen überwacht wurden, während doch in der Germanistik der Bundesrepublik ein gewisses freies Spiel der Kräfte eingesetzt hatte. Die Entwicklungsdynamik im Westen ist dann nicht in Richtung Soziologisierung verstärkt worden, sondern es kam unter anderem zum Poststrukturalismus als einer gegenläufigen Orientierung. Insofern erwies sich die Gemeinsamkeit von Ost und West dann doch nicht als so fruchtbar, wie es manch einer von uns sich vorgestellt hatte.

Umbauphase 1990

Albrecht: Herr Schönert, Sie wurden dann, womöglich auch wegen dieser kooperativen Vorgeschichte, als Gutachter bestimmt und mussten nun das DDR-Kollegium evaluieren. Wie gestaltete sich dieser Prozess?

Schönert: Ich nehme an, dass die Auswahl der Gutachter für die Begutachtung in Mecklenburg-Vorpommern, also Rostock und Greifswald, kein Zufall war, sondern dass Wolfgang Emmerich und ich, beide Jahrgang 1941, beide in der DDR noch Oberstufen-Schüler, dafür als passend galten. In unserem Beratungsbereich gab es ein dreistufiges Vorgehen. Ohne unsere Beteiligung agierte die sogenannte Ehrenkommission. Diese überprüfte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem die Professorinnen und Professoren, auf moralische Tauglichkeit. Es ging dabei um tiefergehende Verbindungen mit der SED. Gegen diese Entscheidungen konnten wir überhaupt nichts einwenden, wir konnten nur nachfragen, wie die Urteile zustande gekommen sind.

Danach übernahm die sogenannte Strukturkommission. Darin ging es darum, die künftigen Strukturen, die Ausdifferenzierung des Faches, die Lehrangebote für das neue Institut zu gestalten und gleichzeitig den Bedarf an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für diese Strukturen zu bestimmen. Es ist ja bekannt, dass die Personalbestände im Wissenschaftlerbereich, vor allem im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus, die wir in der DDR vorgefunden haben, quantitativ so gestaltet waren, dass sie nach den finanziellen Kalkulationen der Landesministerien nicht in dem Umfang erhalten werden konnten. Es ging um einen Abbau von bis zu 50 Prozent. Das war natürlich ein schwieriges Unterfangen, an dem sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den betroffenen Universitäten als auch wir als Gutachter beteiligt waren.

In der dritten Kommission, der Übernahmekommission für Mecklenburg-Vorpommern, in der ich gemeinsam mit Klaus Grubmüller (Universität Göttingen) agiert habe, ging es schließlich um die Frage der Übernahme des Personals, vor allem um die Übernahme der promovierten und habilitierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wie bei Berufungskommissionen in der Bundesrepublik mussten wir die Lehrpraxis und die Forschungsleistungen aufgrund der eingereichten Schriften und Aufstellungen, also nach Aktenlage, beurteilen und dann Empfehlungen abgeben. Direkten Kontakt mit den Betroffenen hatten wir nur in Ausnahmefällen. Wir haben Vorschläge erarbeitet, die ans Kultusministerium gingen, und diesem stand es dann frei, den Vorschlag weiter zu reduzieren oder zu erweitern. Letzteres hat nie stattgefunden. Für die Univer-

sitäten lag die Entscheidungshoheit jedenfalls – anders als bei den Akademien – eindeutig bei den Kultusministerien in Absprache mit dem Finanzministerium.

Albrecht: In der DDR herrschte offiziell Vollbeschäftigung. An den Universitäten hatte sich daraus der sogenannte Mittelbau-Bauch entwickelt. Mangelnde Kenntnis der Vorgaben zur Evaluation auf der Seite der Evaluierten scheint zu der Erwartung geführt zu haben, dass die Chancen zur Weiterbeschäftigung günstig seien. Die fiskalisch-ökonomischen Vorgaben aber forcierten in vielen Fällen die Abwicklung. Ist es diese Enttäuschung, die auch die heutigen Erinnerungen noch prägt?

Schönert: Die verdienstvolle Ausarbeitung von Mike Rottmann zur Hallenser Germanistik und den Kunstwissenschaften veranschaulicht dieses Problem. Es gab in der Hallenser Germanistik und Kunstwissenschaften 16 Professuren und Dozenturen und 54 wissenschaftliche Mitarbeiterstellen (ohne Sprachwissenschaft). Gerade die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Habilitierenden und Promovierenden, hatten "mit der Wende" einen großen Enthusiasmus ausgebildet und wollten neue akademische Gestaltungswege finden. Aber sie spielten in den Vorgaben überhaupt keine Rolle, sodass die Initiativen, die angestoßen wurden, mehr oder weniger privat blieben. So kamen Studierende aus Rostock zu uns nach Hamburg zu gemeinsamen Seminaren, und wir fuhren nach Rostock. Doch alle diese Aufbruchsbewegungen hatten nach den ersten Entscheidungen zugunsten der Neustrukturierung des Faches und der Institute ein jähes Ende.

Albrecht: An den Universitäten in Ostdeutschland ist ja sehr viel mehr auf die Lehre wert gelegt worden, gerade der Mittelbau qualifizierte sich in der DDR über die Lehre, sodass man keine großen Publikationslisten vorlegen konnte, oft auch keine Dissertation oder gar Promotion B, das Habilitationsäquivalent. Wie sollte der ostdeutsche Nachwuchs unter solchen Bedingungen mit dem westlichen Nachwuchs konkurrieren können?

Schönert: Die Stellen, die nicht durch die Übernahme von Wissenschaftlern zu besetzen waren, sind nach westdeutschem Muster neu ausgeschrieben worden. Gerade bei den jüngeren Wissenschaftlern waren so diejenigen, die sich in der Bundesrepublik gleichmäßig in Lehre und Forschung qualifiziert hatten, denjenigen aus der DDR, die vor allem in der Lehrpraxis aktiv waren, haushoch überlegen. Hinzu kam, dass man bei Begutachtungen für Stellenübernahmen vor allem die Forschungslage beurteilen konnte, also die Bücher, die Veröffentlichungen, sodass letztlich

fast alle Stellen im Bereich des Dozenten- und des Professorennachwuchses von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik besetzt wurden. Das hat noch einmal eine große Ernüchterung für die junge Generation der DDR-Wissenschaftler gebracht. Ähnlich ungleich war die Konkurrenz um Drittmittelförderungen, eine Praxis, die man im Osten nicht kannte. Nun sollten auch die ostdeutschen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler über Projektanträge ihre Stellen vorbereiten und halten. Die Generation des ostdeutschen wissenschaftlichen Mittelbaus wurde so mehr oder weniger aus den Institutionen hinausgedrängt.

Albrecht: Wie verliefen die Evaluationen am Ostberliner Zentralinstitut für Literaturgeschichte?

Schönert: Das Zentralinstitut für Literaturgeschichte war im Unterschied zur universitären Germanistik vor allem ein Gelehrtenunternehmen, also Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten ganz unterschiedlicher Art. Lehre spielte hier kaum eine Rolle. Hier wurden viele Forschungsprojekte gleichzeitig bearbeitet. DDR-Germanistinnen und -Germanisten, die sich von politischen Beeinflussungen frei halten wollten, hatten vielfach versucht, in den zahlreichen, langfristig angelegten Editionsprojekten des Zentralinstituts beschäftigt zu werden. Finanziell ließen sich diese Projekte nach der Wende nicht alle weiterführen, es musste eine Auswahl getroffen und in andere Strukturen, in die Drittmittelförderung, überführt werden. Hinzu kam, dass in der Akademie nach unserem Eindruck ein Arbeitsklima herrschte, das dem Grundsatz der Gründlichkeit in einer überzogenen Weise folgte. Man hatte Zeitvorstellungen für Projekte, die sich aus der westlichen Perspektive als utopisch ausnahmen. Die neuen Förderungsbedingungen, die sich an den gegebenen finanziellen Bedingungen orientierten, ließen beispielsweise nicht mehr zu, dass man eine Edition über 30 Jahre lang betrieb. Solche Projektanträge ließen sich bei keinem Drittmittelprojektträger mehr durchbringen. Daher waren die Einschnitte im Bereich des Zentralen Instituts für Literaturgeschichte viel umfassender.

Albrecht: Es gab aber ja Auffang-Institutionen, in die wenigstes ein Teil der Akademie-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter übernommen werden konnten.

Schönert: Ja. Vor allem die Bemühungen von Eberhart Lämmert, die ich, so gut ich konnte, unterstützt habe, haben zur Einrichtung eines Nachfolgeinstituts geführt, zum Zentrum für Literaturforschung, in dem auch ei-

nige der bereits in der DDR etablierten Forschungsunternehmungen fortgesetzt werden konnten.

Rückblick und Reflexion

Albrecht: Wenn man auf diese Zeit jetzt nach mehr als 30 Jahren zurückblickt, stellt sich die Frage, ob man in anderer Weise hätte vorgehen können. Welche Alternativen hätte es gegeben? Welche Fehler würde man heute gern nachträglich korrigieren können? Und wie könnte man aus den Erfahrungen mit dem Transformationsprozess 'der Wende' für unser gegenwärtiges Wissenschaftssystem lernen?

Schönert: Das Evaluationsverfahren stand auf sehr wackligen Beinen und hat uns Evaluierende schon während des Prozesses viele schlaflose Nächte eingebracht. Wir haben versucht, es einigermaßen gründlich und umsichtig durchzuführen, auch um Schlimmeres zu verhindern. Gegen die Zuschreibung der Kolonisierung haben wir uns zu Recht heftig gewehrt

Es stand außer Zweifel, dass das ostdeutsche Wissenschaftssystem einer grundlegenden Umstrukturierung bedurfte – vor allem im Blick auf das Personal. Es wäre wünschenswert gewesen, für die Transformationen mehr Zeit zu haben, um womöglich Alternativen zu entwickeln und so auch der Misere in den westdeutschen Universitäten abhelfen zu können. Wie Burkhart Steinwachs 1994 geschrieben hat: "Die Chance, den Umbau der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft in ein gesamtdeutsches Reformprogramm zu integrieren, wurde nicht genutzt."

Gespräch mit Wolfgang Schieder

Wissenschaftliche Kontakte und gegenseitige Wahrnehmung vor 1989

Albrecht: Herr Schieder, Sie waren bis zu Ihrem Wechsel an die Universität Köln 1991 an der Universität Trier tätig. Wie sahen Ihre Kontakte in die DDR vor der Wende aus?

Schieder: Die Beziehungen zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Historikerinnen und Historiker waren spätestens seit 1958 konfliktreich. Ernst Engelberg, Ordinarius in Leipzig und Mitglied der SED-Parteileitung, hatte auf dem Trierer Historikertag erklärt, ostdeut-

sche Geschichtswissenschaft wolle nichts mehr mit der westdeutschen zu tun haben und daher einen eigenen Historikerverband gründen. Unsere Kontakte waren seither hauptsächlich auf das Ausland beschränkt. Ich bin mehrfach mit DDR-Historikern zum Beispiel in Italien zusammengekommen, und Ernst Engelberg habe ich in Paris kennengelernt. Es gab nur wenige Ausnahmen, etwa den Berliner Historiker Reinhard Rürup, der frühzeitig Kontakte geknüpft hat.

Gemeinsam mit Reinhart Koselleck habe ich noch in meiner Assistenzzeit 1960 in Heidelberg ein Seminar mit DDR-Historikern und Studierenden aus Leipzig organisiert, dabei war auch Manfred Kossok, der ein renommierter Historiker werden sollte. 1964 kam es zu einem zweiten Seminar in Berlin. Als im gleichen Jahr der Westdeutsche Historikertag in Berlin stattfand, kam zufällig eine Kommission zustande, die von Hans-Adolf Jacobsen geleitet wurde; an ihr nahmen auch Hans Mommsen, Martin Broszat, Karl Heinz Janßen von der ZEIT und ich teil. Wir wurden in die Akademie der Wissenschaften nach Ostberline eingeladen und trafen dort den gut in den Westen vernetzten Ostberliner Wortführer Fritz Klein, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. Der Plan, die Kontakte fortzuführen, wurde jedoch durch Ernst Engelberg, inzwischen Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der Akademie, vereitelt, der erklärte, dass die DDR zuvor durch die Bundesrepublik anerkannt werden müsse.

Umbauphase 1990

Albrecht: Wie kamen Sie in die Rolle des Gutachters für das das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam?

Schieder: Nach meinem Eindruck sind die Evaluationskommissionen mehr oder weniger zufällig zustande gekommen. In meinem persönlichen Fall für die Evaluation in Potsdam hat der damalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Wolfgang Frühwald, den ich durch unsere gemeinsame Aufbauarbeit an der Universität Trier sehr gut kannte, gefragt, ob ich das machen wollte und ob ich weitere potentielle Evaluatoren kennen würde. Aus der Perspektive der DDR-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatte man womöglich den Eindruck einer ausgefeilten Planung. Das war aber nicht der Fall.

Albrecht: Wie haben Sie den Evaluationsprozess erlebt? Anders als die Universitäten wurden hier ja Begehungen durchgeführt, also mit direktem Kontakt zu den betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Schieder: Das Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung war bereits vor meiner Evaluationstätigkeit durch eine Kommission der Max-Planck-Gesellschaft gegründet worden. Es kam dann, weil hier Forschungsprojekte gefördert werden sollten, in die Hand der DFG, die in diesem Sinne unsere Gutachtergruppe zur Bewertung der Forschungsanträge zusammengerufen hat. Begutachtet wurden anfangs ausschließlich, dann aber immer weniger ehemalige Angehörige des Zentralinstituts für Geschichte an der Ostberliner Akademie, deren Überleitung in die westliche Wissenschaft durch das ZZF ermöglicht werden sollte.

Dabei gab es zwei große Probleme: Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten wussten nicht, wie man solche Anträge stellt, weil in der DDR diese Form der Anträgspraxis nicht üblich war. Die Anträge, die wir erhielten, waren entsprechend oft sehr lückenhaft und ungeübt. Das zweite Problem bestand darin, dass viele DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler durch die Ideologie des sogenannten wissenschaftlichen Kommunismus, das heißt durch den Marxismus-Leninismus geprägt waren und insofern nicht den Forschungsvorstellungen im Westen entsprachen, die ja bekanntlich pluralistisch und nicht durch eine einzige Weltanschauung geprägt sind. Das ist auch für die beiden ersten Leiter des Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung, für Christoph Kleßmann und Konrad H. Jarausch, ein Problem gewesen, das sie im Grunde durch die Aufnahme von immer mehr Westdeutschen gelöst haben. Zum Ende meiner Tätigkeit kam die Mehrzahl der Anträge von Westdeutschen, die eigentlich direkt an die DFG hätten gehen können.

Bei fast allen Anträgen, die sich mit DDR-Geschichte befassten, hatten wir den Eindruck, dass es für die Zukunft des Instituts besser wäre, wenn auch andere Themen aufgegriffen würden, etwa mit Projekten zur polnischen oder tschechischen Geschichte oder zu den Beziehungen zwischen der DDR und den osteuropäischen Ländern. Es wurden aber auch frühzeitig methodisch interessante Themen vorgeschlagen, etwa zur Kulturgeschichte, zur Wissenschaftsgeschichte und Ähnlichem, wie sie etwa dem Institut für Zeitgeschichte in München damals noch völlig fremd waren. Insofern hat das Institut frühzeitig ein eigenes Profil entwickeln können.

Albrecht: Die politischen und ökonomischen Vorgaben und Ziele des Transformationsprozesses haben sich erst mit der Zeit entwickelt und waren oft kurzlebig. Wie muss man sich ein Evaluationsverfahren vorstellen, bei dem man eigentlich nur Erfüllungsgehilfe eines Prozesses ist, dessen Bestimmungen so unklar sind?

Schieder: Das war in der Tat ein Dilemma auch unserer Gutachtergruppe. Wir waren von vornherein davon befreit, eine Art Ehrenkommission zu bilden, das heißt wir haben nicht geprüft, welche Art politischen Engagements die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Anträge stellten, in der DDR-Zeit ausgebildet hatten. Darüber waren wir froh. Doch der Prozess war trotzdem schwierig. Wir mussten den Antragstellerinnen und Antragstellern immer sofort mitteilen, welche Art von Urteil wir über ihre Anträge gefällt haben. Dieses Verfahren habe ich in schlechtester Erinnerung. Wir haben zwar nur die genannt, die mit ihren Anträgen Erfolg hatten. Aber auch die, die leer ausgingen, waren bei dieser Verkündung dabei – und dies war ein ziemlich unhaltbarer Zustand, den wir aber nicht ändern konnten, eben weil das von der DFG so vorgesehen war.

Albrecht: Gab es Bereiche der DDR-Geschichtswissenschaft, von denen man vermuten konnte, dass sie sich innerhalb der gesamtdeutschen Wissenschaft durchsetzen könnten? Beispielweise hätte der marxistisch-leninistische Ansatz ja als Variante der Sozialgeschichte in einem pluralistischen Wissenschaftssystem einen fördernswerten Strang bilden können.

Schieder: Ich muss einräumen, dass wir den wissenschaftlichen Kommunismus, der in der DDR gelehrt wurde, für ungeeignet hielten, auch wenn er vielleicht einen eigenen Beitrag hätte leisten können. Fast alle Kommissionsmitglieder waren schon ein langes Forschungsleben in die Auseinandersetzung über bestimmte Themen der Sozialgeschichte involviert; diese aber sah vollkommen anders aus als die Sozialgeschichte der DDR-Forscherinnen und Forscher. Es gab vereinzelte Ausnahmen. Ich erinnere mich an den Kollegen Helmut Zwahr aus Leipzig, der eine sehr seriöse sozialgeschichtliche Forschung betrieben hat, und zwar zum Proletariat in Sachsen im 19. Jahrhundert. Der Kollege durfte weiter lehren. Ausnahmen wie diese haben wir gerne aufgegriffen. Ich hatte ihn bei einer Tagung in Bremen kennengelernt und wir haben die ganze Nacht diskutiert, weil ich zum ersten Mal jemanden fand, der auf demselben Themengebiet wie ich unterwegs war.

Aber im Allgemeinen haben wir den den jungen Historikerinnen und Historikern, die aus der Akademie kamen, vorgeschlagen, neue Ansätze der Geschichtswissenschaft wie die Alltagsforschung oder auch die Wissenschaftsgeschichte und Ähnliches mehr aufzugreifen, statt weiter reine politische Geschichte oder solche mit marxistischer Prägung zu betreiben.

Albrecht: Sie waren Mitglied der Leitungskommission der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Wie sahen die wissenschaftlichen Übereinstimmungen zwischen West und Ost bei Editionsprojekten aus?

Schieder: Selbst bei Editionsprojekten gabe es Probleme. Bei der MEGA sind bestimmte Bände von der DDR und vor allem von den Sowjets so aufgezogen worden, dass wir sie eigentlich als Fälschung bezeichnen mussten. Texte von Marx und Engels, die nicht zusammengehörten, waren zusammengeführt worden. Zudem war die Editionsarbeit trotz vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unglaublich langsam vorangegangen. Allerdings hatten die Editoren in der DDR auch ein besonderes Problem: Der Nachlass von Marx und Engels ist auf drei Orte verteilt, Amsterdam, Berlin und Moskau, was große Koordinationsschwierigkeiten mit sich brachte. Zudem durften die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht frei in Moskau forschen, sondern bekamen nur das zu sehen, was ihnen von den russischen Kolleginnen und Kollegen vorgelegt wurde. Das dauerte.

Als 1989/90 der Umbruch kam, stellte sich die Frage, was aus der MEGA werden soll. Wir haben damals gewissermaßen freihändig und zunächst ohne festes Budget in Berlin eine Kommission gegründet mit Herfried Münkler als gewähltem Vorsitzenden. Kurioserweise hat uns dann vorübergehend die holländische Regierung finanziert, bis der Bundeskanzler Helmut Kohl auf die Idee kam, die Weiterführung zu seiner Sache zu machen. Wir konnten dann ein kleines Team aus Ostdeutschen und Westdeutschen zusammenstellen und haben mit großem Fleiß und großer Energie weitergearbeitet – bis zum heutigen Tag.

Rückblick und Reflexion

Albrecht: Wenn man den Transformationsprozess noch einmal neu starten könnte, hätte es für den Umgang mit der Akademie oder auch mit den Universitäten Alternativen gegeben?

Schieder: Akademien als zentrale Forschungseinrichtungen mit vielen Instituten sind ein Produkt der Sowjetisierung und in allen Ostblockländern entstanden. In manchen Ländern ist das auch nach der Wende so geblieben, manche sind sogar neu entstanden, wie zum Beispiel in Österreich. Aber aus der Sicht der Bundesrepublik wollte man diese Institution nicht erhalten. Das lag auch daran, dass es in Westdeutschland keine finanziell und personell so üppig ausgestatteten Akademien gab. Diese auch politischen Zusammenhänge darf man nicht vergessen. Dabei hatten

die Angehörigen der Akademie in der DDR falsche Erwartungen, wenn sie annahmen, dass die DFG oder auch die Max-Planck-Gesellschaft ähnlich strukturiert gewesen seien wie die Akademie. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Max-Planck-Gesellschaft nicht einen Teil der Tradition der DDR hätte fortführen können. Man hätte – rein theoretisch – die Akademie zugunsten mehrerer Institute auflösen und gewissermaßen privatisiert weiter betreiben können, so wie das in den Großforschungsorganisationen bis heute in der Bundesrepublik der Fall ist. Die DFG konnte hingegen nur kurzfristige Fördermittel zur Verfügung stellen, keine Langzeitforschung betreiben.

Ich glaube, dass es letztlich kaum eine andere Möglichkeit gab, es sei denn, die gesamte Wissenschaft oder das gesamte Personal zu übernehmen. Das war aber bei den finanziellen Vorgaben ausgeschlossen. Im Vergleich mit dem Westen waren die DDR-Institutionen personell stark überbesetzt. In Köln beispielsweise hatten wir zwar bei der Geschichte auch 25 Professuren, haben sie heute noch, hatten aber sehr viel weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als es an DDR-Institutionen üblich war. Man hätte die Professorinnen und Professoren vielleicht in größerem Stil übernehmen können, doch in einem Fach wie der Geschichte hätten sie sich dazu von ihren weltanschaulichen Vorgaben abwenden müssen.

Albrecht: Was können wir aus den Erfahrungen mit dem Tranformationsprozess für unser gegenwärtiges Wissenschaftssystem lernen?

Schieder: Das Problem, dass eine bestimmte Öffentlichkeit von der Wissenschaft Dinge erwartet und vielleicht auch politisch gerne vorschreiben möchte, die aus der Perspektive der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weder dringend noch wesentlich sind, tritt immer wieder auf, auch in Zeiten wie den unseren. Diese Erfahrung muss man, glaube ich, weitergeben und aufrechterhalten.

Literaturhinweise

Arnold, Heinz Ludwig/Frauke Meyer-Gosau (Hg.): Die Abwicklung der DDR, Göttingen 1992.

Blaudzun, Klaus: Zum Beispiel Rostock. Transformation statt Reformation des Wissenschaftssystems. In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes. 52.4 (2005), S. 470–478.

Boden, Petra/Dorothea Böck (Hg.): Modernisierung ohne Moderne. Das Zentralinstitut für Literaturgeschichte [ZIL] an der Akademie der Wissenschaften der DDR (1969–1991). Literaturforschung im Experiment. Heidelberg 2004.

- Boden, Petra: "Es geht ums Ganze!" Vergleichende Beobachtungen zur germanistischen Literaturwissenschaft in beiden deutschen Staaten 1945–1989. In: Euphorion 91.2 (1997), S. 247–275.
- Boden, Petra: So viel Wende war nie. Zur Geschichte des Projekts "Ästhetische Grundbegriffe". Stationen zwischen 1983 und 2000. Bielefeld 2014.
- Boden, Petra/Holger Dainat (Hg.): Was heißt hier Leistung? Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 45.4 (1998).
- Boden, Petra/Frank-Rutger Hausmann (Hg.): Evaluationskultur als Streitkultur. Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 52.4 (2005).
- Boden, Petra/Frank-Rutger Hausmann: Evaluationskultur Streitkultur. Die institutionelle Abwicklung der ostdeutschen Germanistik. In: K. Ehlich (Hg.): Germanistik in und für Europa. Faszination Wissen. Texte des Münchener Germanistentages 2004. Bielefeld 2006, S. 535–546.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Berlin 1998.
- Lämmert, Eberhard: Der lange Anlauf. Von der Evaluierung zur Chancengleichheit der Wissenschaftler in Ost und West. In: Merkur 47 (1993), S. 30–45.
- Lepper, Marcel/Hendrikje Schauer (Hg.): Germanistik in der DDR. Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes. 64.2 (2017).
- Mayntz, Renate: Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992. Frankfurt am Main 1994 (= Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln. Band 17).
- Morina, Christina/Franka Maubach (Hg.): Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland. Göttingen 2016.
- Oellers, Norbert: Ungetrübte Erinnerung. Informationen über die Struktur- und Berufungskommission des Fachbereichs Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin (1991–1994). In: ZfGerm NF 20.2 (2010), S. 388–394.
- Pöthe, Angelika/Reinhard Hahn: Germanistik in Jena zwischen 1945 und 1989. In: Dies. (Hg.): "...und was hat es für Kämpfe gegeben." Studien zur Geschichte der Germanistik in Jena. Heidelberg 2010, S. 252–292.
- Ritter, Gerhard A.: Der Umbruch von 1989/90 und die Geschichtswissenschaft, München 1995 (= Bayerische Akademie der Wissenschaften, H. 5).
- Rosenberg, Rainer: Literaturwissenschaftliche Germanistik in der DDR. In: C. König (Hg.): Germanistik in Mittel- und Osteuropa 1945–1992. Berlin, New York 1995, S. 41–50.
- Rottmann, Mike: Ost-/West-Germanistik an der Universität Halle (ca. 1980–2000). Zwischen Expansion, Transformation und Schrumpfung. In: Zeitschrift für Germanistik NF 33.1 (2023), S. 42–66.
- Saadhoff, Jens: Germanistik in der DDR. Literaturwissenschaft zwischen "gesellschaftlichem Auftrag" und disziplinärer Eigenlogik. Heidelberg 2007.
- Sabrow, Martin; Zeitenwende in der Zeitgeschichte, Göttingen 2023.
- Schönert, Jörg: Ohne Befremden? Wissenschaftskooperation als wechselseitiger Lernprozess zwischen germanistischen Arbeitsgruppen der Universitäten Hamburg und Rostock vor und nach 1989. In: Geschichte der Germanistik 51/52 (2017), S. 120–126.
- Schönert, Jörg: Der "Geheime Rat" und die angefochtene Existenz der Dichter. Goethe als Gegenbild im biographischen Erzählen der neueren DDR-Literatur. In: Ders./Karl Richter (Hg.): Klassik und Moderne. Die Weimarer Klassik als histori-

- sches Ereignis und Herausforderung im kulturgeschichtlichen Prozeß. Stuttgart 1983. S. 559–599.
- Schönert, Jörg: Neuere theoretische Konzepte in der Literaturgeschichtsschreibung. Positionen, Verfahren und Probleme in der Bundesrepublik und DDR. In: Thomas Cramer (Hg.): Literatur und Sprache im historischen Prozeß, Bd. 1: Literatur. Tübingen 1983, S. 91–120.
- Schönert, Jörg: Identität und Alterität zweier literarischer Kulturen in der Bundesrepublik und in der DDR als Problem für eine interkulturelle Germanistik. In: Alois Wierlacher (Hg.): Das Fremde und das Eigene. München 1985, S. 212–232.
- Staszak, Heinz-Jürgen: Evaluation und Transformation in der DDR-Germanistik. Ein Erfahrungsbericht. In: Jan Cölln/Franz-Josef Holznagel (Hg.): Positionen der Germanistik in der DDR, Berlin u. Boston 2013, S. 29–42.
- Steinwachs, Burkhart (Hg.): Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Akademie und Universitäten. Bd. 1: Berichte, Bd. 2: Projekte. Konstanz 1993.
- Steinwachs, Burkhart: Evaluierung geisteswissenschaftlicher Forschung in der ehemaligen DDR. Ein Rückblick auf die Zukunft. In: Grenzgänge 1.2 (1994), S. 150–166.
- Stockinger, Ludwig: Germanistische Literaturwissenschaft nach der deutschen Einheit. Berlin 2019.
- Thijs, Krijn: Die Evaluierer aus dem Westen und der Schein der Routine. Zur Begutachtung durch den Wissenschaftsrat am Beispiel der historischen Akademie-Institute in Ost-Berlin. In: Jens Blecher/Jürgen John (Hg.) Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive. Stuttgart 2021, S. 169–197.
- Wissenschaftsrat (Hg.): Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Köln 1991, URL www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/0334-91.pdf (17.9.2023).
- Wolf, Hans-Georg: Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR. New York 1996.

PUBLIKATIONEN

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945

Peer Pasternack
Uwe Grelak
Halle-Wittenberg

Die an dieser Stelle seit 1991 fortlaufend publizierte Bibliografie weist Veröffentlichungen nach, die seit 1990 erschienen sind. Erfasst werden ausschließlich selbstständige Publikationen: Monografien, darunter auch unveröffentlicht gebliebene Graduierungsarbeiten, Sammelbände, Bro-

schüren, Zeitschriften-Ausgaben, sofern diese einen hier einschlägigen thematischen Schwerpunkt haben, daneben auch ausführlichere Internetveröffentlichungen und auf elektronischen Datenträgern publizierte Texte oder Filme. Die Bibliografie ist primär nach Fächergruppen gegliedert und sekundär nach Orten bzw. Institutionen. Daher findet sich auf letztere bezogenes Fachgeschichtliches nicht im Gliederungspunkt "Regionales und Lokales", sondern in den fächergruppenspezifischen Gliederungspunkten.

1. Allgemeines und thematisch Übergreifendes

Kaule, Martin / Stefan Wolle: *100 Orte der DDR-Geschichte*, Ch. Links Verlag, Berlin 2018, 222 S. € 28,-.

Neben zahlreichen anderen werden auch folgende Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Wort und Bild vorgestellt: Jugendhochschule "Wilhelm Pieck" am Bogensee, Gewerkschaftshochschule "Fritz Heckert" Bernau bei Berlin, Institut für Marxismus-Leninismus Berlin, Offiziershochschule "Otto Lilienthal" Bautzen, Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow, Universitätshochhaus Leipzig, AdW-Institut für Kosmosforschung Berlin-Adlershof.

Habermann, Alexandra / Peter Kittel: Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare. Die wissenschaftlichen Bibliothekare der Bundesrepublik Deutschland (1981–2002) und der Deutschen Demokratischen Republik (1948–1990)

(Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderhefte Bd. 86), Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt a.M. 2004, XXIII + 232 S.

Fortsetzung eines Werkes von 1985, in dem die westdeutschen Bibliothekare bis 1980 vorgestellt wurden. Aufgenommen sind in den Berichtszeiträumen verstorbene Bibliothekar.innen, insgesamt 450, davon ein Drittel aus der DDR. Die Artikel verzeichnen Geburts- und Todesdaten, Studienfächer und bibliothekarische Laufbahn, ferner die Leistungen auf bibliothekarischem und wissenschaftlichem Gebiet sowie bibliografische Nachweise.

Amedick, Sigrid: "Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!". Bibliotheken, Bibliothekare und Politik in der SBZ und DDR 1945 bis 1965, in: Bibliothek und Wissenschaft Bd. 31, Harrassowitz, Wiesbaden 1998. S. 1–127.

Zunächst wird die Entwicklung vom 'bürgerlichen' zum 'sozialistischen' Bibliothekar nachvollzogen, sodann die Bestandsentwicklung der wissenschaftlichen Bibliotheken untersucht, woran sich eine Analyse der Bibliotheksnutzung der und der darauf bezogenen Steuerungsbemühungen anschließt.

Wawra, Steffen (Red.): "... eine Stütze des Gedächtnisses". Die Akademiebibliothek in Geschichte und Gegenwart, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Berlin 2000, 39 S.

Kompakte Bibliotheksgeschichte unter Einbeziehung ihrer Zeit als AdW-Bibliothek in den DDR-Jahrzehnten.

Köhler, Gabriele / Georg Knauss / Peter Zedler (Hg.): *Der bildungspolitische Einigungsprozess 1990. Verlauf und Ergebnisse der deutsch-deutschen Verhandlungen zum Bildungssystem*, Leske + Budrich, Opladen 2000, 275 S. Volltext in Universitätsnetzen unter https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-322-9221 9-9

Neben einer Einleitung der Hrsg. enthält der Band eine Dokumentation zur Arbeit der Gemeinsamen Bildungskommission BRD/DDR, die von der KMK und dem DDR-Ministerium für Bildung und Wissenschaft eingesetzt worden war und 1990 gearbeitet hatte. Besonders detailliert wird zwar die Arbeit der Unterkommission "Allgemeine schulische Bildung" dokumentiert, daneben geht es aber auch um die Verhandlungen zu Hochschulen und Wissenschaft sowie die Anerkennung von DDR-Abschlüssen im beruflichen wie hochschulischen Bereich.

Ensel, Leo (Hg.): Bilder vom fremden deutschen Alltag II. Teilnehmerberichte über ein Forschungsprojekt zu den psychosozialen Folgen der deutschen Vereinigung, Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung an der Carl von Ossietzky-Universität, Oldenburg 1993, 69 S.

Dokumentiert Fremd- und Selbstbilder von ost- und westdeutschen Studierenden, die im Kontext von seminaristischen Treffen von Oldenburger, Leipziger und Potsdamer Studierenden enstanden waren. (Der gleichnamige Band Nr. 1 ist aus unklaren Gründen 1996, drei Jahre nach Nr. 2, erschienen und war an dieser Stelle bereits vermerkt worden.)

Ash, Mitchell G.: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozess der deutschen Vereinigung 1989–2002. Eine politische Wissenschaftsgeschichte* (Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft Bd. 5), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, 394 S.

Dargestellt wird, wie sich die MPG im Einigungsprozesse positioniert hat (Ablehnung einer "Konvergenz" der beiden Wissenschaftssysteme), wie dabei Beziehungen von Wissenschaft und Politik neu verhandelt wurden (z.B. die strategische Mobilisierung der ostdeutschen Landesregierungen durch die MPG-Leitung infolge der Finanzkrise des Bundes 1992–1993, um die bis dahin beschlossenen Gründungen von Max-Planck-Instituten dort umzusetzen), welche wissenschaftspolitischen Debatten im Senat der MPG geführt wurden und wie sich die Machtverhältnisse innerhalb der MPG wandelten. Dabei kam es, so das Fazit, zu einer spektakulären Ausweitung der MPG-Tätigkeit in Ostdeutschland einerseits und einer umfassenden Spar- und Konsolidierungspolitik im Westen andererseits.

2. Gesellschafts- / Sozial- und Geisteswissenschaften

Schreiber, Theresia: *Die Darstellung von zentralen Konflikten im universitären Milieu bei Christoph Hein*, GRIN Verlag, München 2008, 26 S. € 15,99. Bezug über https://www.grin.com/document/145636

Die Autorin hat Heins literarische Texte, soweit bis Mitte der 2000er Jahre erschienen (davon die Mehrzahl in der DDR), daraufhin ausgewertet, ob und wie das universitäre Milieu und dabei insbesondere diesem angehörige Figurentypen darin vorkommen und dargestellt werden. Ergebnis: Es würden immer wieder verschiedene Wege vorgestellt und über Handlungsalternativen nachgedacht, verbunden mit subtiler Kritik oder Lob, wobei die Kritik überwiege.

Fuchs, Dennis: *Möglichkeiten der Wirklichkeit. Spuren der Philosophie Ernst Blochs im lyrischen Werk Volker Brauns*. Inaugural-Dissertation, Philologisch-Historische Fakultät der Universität Augsburg, Augsburg 2014, 363 S. Volltext unter https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/files/3840/Fuchs_Dissertation.pdf

Die DDR-Gesellschaftswissenschaften sollten immer auch praktisch werden. Hier wird ein Fall untersucht, in dem das gelang, allerdings weniger in dem Sinne, wie man sich das seitens der Politik gedacht hatte. Einleitend findet sich die Bloch-Rezeption bei Peter Huchel, Rainer Kirsch, Irmtraud Morgner, Günter Kunert und Christa Wolf dargestellt, sodann "Das Utopische als Grundkategorie künstlerischer Produktion. Ernst Blochs "Philosophie der Hoffnung" und deren Verschränkung mit der Kunst und Literatur" untersucht. Teil IV kommt dann zum eigentlichen Thema: "Ernst Blochs Philosophie der "Hoffnung" im lyrischen Werk Volker Brauns". Braun hatte ab 1960 in Leipzig Philosophie studiert, als Bloch dort bereits kaltgestellt war (und 1961 die DDR verließ), aber dessen Werke in Abweichung vom offiziellen Lehrplan, in dem Bloch nicht mehr vorkam, intensiv rezipiert.

Historiker-Gesellschaft der DDR (Hg.): Neue Anforderungen an die Arbeit der Historiker. Standpunkte – Probleme – Vorschläge. Materialien der erweiterten Tagung des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft vom 29. November 1989 (=Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR 1990/I), o.O. [Berlin] 1990, 73 S.

Zeitdokument, das die Bemühungen der DDR-Historiker-Gesellschaft zeigt, der Delegitimierung ihres Faches entgegenzuwirken. Die Eröffnungsansprache hielt der Verbandspräsident Heinrich Scheel. Manfred Kossok trug Diskussionsthesen des Wissenschaftsbereichs Allgemeine Geschichte der Neuzeit 1500–1917 der Karl-Marx-Universität Leipzig vor und Klaus Kinner (Leipzig) solche der Hochschullehrer des Wissenschaftsbereiches Geschichte des Franz-Mehring-Instituts der Leipziger Universität. Ausführliche Diskussionsbeiträge sind von Kurt Pätzold, Rolf Richter, Karl Drechsler, Fritz Klein, Manfred Weißbecker,

Günter Wirth, Horst Helas, Erika Uitz, Reinhard Kluge, Walter Schmidt, Fred Dumke und Konrad Irmschler abgedruckt. Abschließend ein zusammenfassender Bericht zu der Tagung.

Härke, Heinrich (Hg.): *Archaeology, ideology and society. The German experience* (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel Bd. 7), 2., rev. ed., P. Lang Verlag, Frankfurt a.M. u.a. 2002, 437 S.

Ein Kapitel widmet sich "East Germany und Reunification" mit den beiden Beiträgen "Archaeology under Communist control: the German Democratic Republic, 1945–1990" (Werner Coblenz) und "German unification an East German archaeology" (Jörn Jacobs).

Mante, Gabriele: *Die deutschsprachige prähistorische Archäologie. Eine Ideengeschichte im Zeichen von Wissenschaft, Politik und europäischen Werten* (Internationale Hochschulschriften Bd. 467), Waxmann Verlag, Münster/New York/München/Berlin 2007, 278 S. € 29.90.

Vergleichende Untersuchung der west- und ostdeutschen prähistorischen Archäologie von 1945 bis 1989.

Benecke, Norbert / Philipp von Rummel (Hg.): Das Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie (ZIAGA) und das Deutsche Archäologische Institut (DAI). Erinnerungen und Berichte aus der Vor- und Nachwendezeit (1975–2010) (Das Deutsche Archäologische Institut Geschichte und Dokumente Bd. 12), Otto Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2021, 187 S. € 39,-.

Zum Jahreswechsel 1991/1992 wurde infolge der deutschen Vereinigung das AdW-Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie aufgelöst. Einige seiner Mitarbeiter.innen konnten ihre wissenschaftliche Arbeit am Deutschen Archäologischen Institut fortsetzen. Der 25. Jahrestag dieses Ereignisses war Anlass für einen forschungsgeschichtlichen Workshop an der Wissenschaftlichen Abteilung der Zentrale am 10. November 2017. Bei diesem Treffen stand die Frage im Vordergrund, welche Impulse das DAI durch die Übernahme von Mitarbeiter innen und Forschungsinfrastruktur (Bibliotheken, Labore) des ZIAGA erhielt. Mehrere Beiträge befassen sich mit den Forschungen und Forschungsmöglichkeiten in den Jahren der Vor- und Nachwendezeit in den verschiedenen archäologischen Disziplinen und Bereichen, der Urgeschichtsforschung (Knut Rassmann), der Klassischen Archäologie (Gerda von Bülow), den Forschungen zu Germanen, Römern und Slawen (Erdmute Schultze/Hans-Ulrich Voß), der Mittelalter-Archäologie (Eike Gringmuth-Dallmer), der Außereuropäischen Archäologie (Andreas Reinecke) und den Archäo-Naturwissenschaften (Norbert Benecke). Ergänzt wird der Band durch zwei Beiträge, die sich den Anfängen der Vor- und Frühgeschichtsforschung an der Berliner Akademie der Wissenschaften 1892-1971 (Achim Leube) sowie persönlichen Erinnerungen an das Verhältnis von Römisch-Germanischer Kommission und ZIAGA in den 1980er Jahren (Siegmar von Schnurbein) widmen.

Jahnke, Karl Heinz: Rückblick: Forschungen an den Universitäten Greifswald und Rostock (1957–1991) zum Anteil der Jugend am antifaschistischen Widerstand 1933–1945, Ingo Koch Verlag, Rostock 2004, 154 S.

Jahnke (1934–2009) forschte und lehrte von 1957 bis 1969 an der Universität Greifswald und 1969–1991 an der Universität Rostock, seit 1973 als Professor für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Einer seiner Forschungsschwerpunkte war der Widerstand Jugendlicher gegen das NS-Regime. Diesem widmet er hier eine zusammenfassende Darstellung einschließlich eines Dokumentenanhangs und von Verzeichnissen thematisch einschlägiger Graduierungsarbeiten, die unter seiner Betreuung geschrieben wurden.

Dreetz, Dieter (Hg.): MGI 1958 bis 1990/92 – Militärgeschichtliches Institut der DDR. Einführungen – Chronik – Erinnerungen, Selbstverlag, Berlin 2007, 608 S

Zeitzeugen liefern Einblicke in die Arbeit des MGI. Übersichtsbeiträge stellen Gründung und Entwicklung 1958 bis 1969 (Reinhard Brühl), die Zeit als Zentrum militärgeschichtlicher Forschung mit Hochschulcharakter von 1970 bis 1985 (Werner Stang), Forschung, Lehre und versuchten Aufbruch 1985 bis 1990 (Wilfried Hanisch) sowie die Abwicklung des MGI 1990 bis 1992 (Dieter Dreetz) dar. Dazu gibt es Jahrgangschroniken, zahlreiche Erinnerungen von MGI-Angehörigen, Statistiken und ein Verzeichnis aller MGI-Mitarbeiter.innen.

Welitschkin, Petra: *An Russland kann man nichts als glauben...*, Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza 2018, 247 S.

Im Alter von 18 Jahren wurde die Autorin zu einem Geschichtsstudium nach Woronesh (Sowjetunion) delegiert. Dieser prägenden Erfahrung ist ein Großteil des Buches gewidmet.

Hans Mayer (=Revue Germanique Internationale - numéro 33), CNRS Editions, o.O. [Paris] 2021, 201 S. € 30,-.

Mit Beiträgen zu Hans Mayer, das Collège de Sociologie und die Frage des "politischen Mythos" (Stephanie Baumann); zur Rezeption von Georg Lukács durch Hans Mayer (Helmut Peitsch); Hans Mayer in der DDR (1956–1963); Disqualifizierungsprozessen und der Konstruktion von Homosexualität (Sarah Kiani); die Begegnung von Bertolt Brecht und Hans Mayer in der DDR 1948–1956 (Marielle Silhouette); Hans Mayer über Ernst Bloch (Norbert Waszek); Das Judentum als Stoff zum Nachdenken und Aspekte der kritischen Philologie Hans Mayers (Hans-Joachim Hahn); Mayer und Kleist (Clément Fradin); Mayer und Hofmannsthal (Michael Woll); Mayer und Kafka (Solange Lucas); die Briefe Hans Mayers (Bénédicte Terrisse).

Bleicher, Heinrich (Hg.): *Der unbequeme Aufklärer. Gespräche über Hans Mayer* (Talheimer Reihe politische Erfahrung Bd. 12), Talheimer, Mössingen-Talheim 2022, 256 S. € 36.-.

Auf die 15 Jahre 1948–1963, in denen Mayer (1907–2001) eine Professur in Leipzig bekleidete, beziehen sich vor allem folgende Beiträge: "Hans Mayer" von Volker Braun; "Dokumentarische Annäherung an Hans Mayer", Gespräch mit Thomas Grimm; "Goethehöchstselbst", Gespräch mit Christoph Hein, sowie "Die Bucht der Hingeschiedenen" von Volker Braun.

Czech, Gabriele (Hg.): *Germanistik und Deutschlehrerausbildung in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart* (Beiträge zur Geschichte des Deutschunterrichts Bd. 72), hrsg. in Zusammenarbeit mit Oliver Müller, Verlag Peter Lang, Berlin 2018, 254 S. € 58,95.

Im DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Kontext interessieren hier folgende Beiträge: "Lukács und seine Opponenten – ein unbeachteter Diskursansatz. Bemerkungen zu den Problemfeldern Deutschlehrerausbildung und Literaturunterricht in der DDR der 50er Jahre" (Werner Kahle); "Das Form-Inhalt-Problem in der ästhetischen Ausbildung in der DDR" (Bodo Lecke); "Schnittpunkt 1979: Zur Bedeutung der Literaturunterrichtskonferenz für Deutschunterricht und Deutschlehrerausbildung" (Hartmut Jonas) sowie "Deutschlehrerausbildung und Institutionen in der DDR: Institutionen und Strukturen" (Gabriele Chzech/Oliver Müller).

de León Schillgalies, Carolina: "Das Koordinatensystem der Vorstellungskraft". Fritz Rudolf Fries" trojanische Text-Pferde und das Spanische als Katalysator. Inaugural-Dissertation, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Fakultät Sprach-und Literaturwissenschaften, Bamberg 2006, 233 + XXVI S. Volltext unter https://fis.uni-bamberg.de/bitstreams/2cf24ec8-571d-4fda-9895-d6288e977ebc/d ownload

Analysiert werden fünf Romane von Fries, darunter drei wissenschaftsbelletristische: "Septembersong", "Der Weg nach Oobliadooh" und "Alexanders neue Welten". Leitende Fragestellung ist, neben der nach eingesetzten "spanischen Elementen" (Bezüge auf die spanische Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte), die nach subversiven Inhalten, ausgehend von der verbreiteten, aber noch nicht belegten These, Fries habe zu DDR-Zeiten literarische Kassiber verfasst.

Evaluation in den Geisteswissenschaften [Themenschwerpunkt Zeitschrift für Germanistik NF 33 (2023), Heft 1], Verlag Peter Lang, Bern 2023, 263 S. Volltexte unter https://www.ingentaconnect.com/contentone/plg/zfg/2023/00000033/00000001/art00007#

Unter anderem mit den Beiträgen "Evaluation um 1990. Praktiken, Einsatz, Forschungsaufträge" (Anna Axtner-Borsutzky); "Selbstevaluation. Germanistische Gutachten der Wendezeit an der Humboldt-Universität zu Berlin" (Erika Thomalla); "Ost-/West-Germanistik an der Universität Halle (ca. 1980–2000). Zwischen Expansion, Transformation und Schrumpfung" (Mike Rottmann); "Das "vereinigende Wort des Dichters". Zur deutsch-deutschen Geschichte der Hölderlin-Gesellschaft" (Sandra Schell) und "Von der Wörterbuchidee zur Wörterbuchwirklichkeit: Das Goethe-Wörterbuch", das seit 1947 als deutsch-deutsches Unternehmen betrieben wurde und sich heute in der Abschlussphase befindet (Undine Kramer/ Elke Dreisbach/Martina Eicheldinger).

Adams, Marina: *Wandel im Fach. Historiographie von DaF als Fachsprachen-Disziplin in der DDR* (Forum für Fachsprachen-Forschung Bd. 92), Frank & Timme, Berlin 2010, 281 S. + unpag. Anh.

Die Studie beschäftigt sich mit Entstehung und Entwicklung einer fachkommunikativen Forschung und Lehre im Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF). Dazu bezieht sie sich auf die universitären Gegebenheiten in Dresden und Karl-Marx-Stadt. Ein integratives Beschreibungsmodell dient als Grundlage für den Nachweis, dass im Fach DaF eine Fachsprachen-Disziplin als Theorie- und Praxisfeld existiert. Dafür werden verschiedene Parameter für Forschungsentwicklungen (wie Praxisanforderungen, Institutionalisierung, wissenschaftliche Leistungen) zur Prüfung herangezogen. Ergänzt wird die Studie zu diesem zeithistorischen Publikationsdiskurs durch Interviews mit beteiligten Forschern.

Ewald, Ivonne (2002): An den Quellen von Deutsch als Fremdsprache. Ausländische Studierende an der Universität Leipzig: Ein Beitrag zur Geschichte des Herder-Instituts. Magisterarbeit, Herder-Institut der Universität Leipzig 2002, 85 S., unveröff.

Das 1956 gegründete Herder-Institut war bis 1993 eine Vorstudienanstalt für ausländische Studierende an der Karl-Marx-Universität Leipzig und Stätte zur Förderung deutscher Sprachkenntnisse im Ausland. Die Arbeit liegt im Universitätsarchiv Leipzig vor (Nr. UAL-Bibl. 3632).

Fix, Ulla (2014): Sprache, Sprachgebrauch und Diskurse in der DDR. Ausgewählte Aufsätze. Frank & Timme, Berlin 2014, 735 S.

Unter anderem mit einer kultursemiotischen Studie "Die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968. Die Sprache der Texte und die Sprache der Bilder" und mehreren Beiträgen zur Sprachwissenschaft in der DDR: "'Sprachverwendung im Klasseninteresse'. Philosophische, sprachwissenschaftliche und sprachpraktische Äußerungen von Wissenschaftlern der DDR zum Gebrauch von Sprache im "Klassenkampf", "Die Sprache in der DDR und in der "alten' Bundesrepublik aus der Perspektive der DDR-Linguistik. Oder: Wie sie sprechen sollten" sowie "Stilistik als Forschungs- und Lehrgegenstand an den Hochschulen der DDR".

Bochmann, Klaus: *Lebendige Philologie. Studien zur Soziolinguistik, Gesellschaftstheorie und zur Wissenschaftsgeschichte der Romanistik*, hrsg. von Jürgen Erfurt und Falk Seiler unt. Mitarb. v. Sylvia Kolbe u. Ulrike Klemmer, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999, 219 S.

Zum 60. Geburtstag Bochmanns (*1939) von Schüler.innen veröffentlichte Schriftensammlung des Romanisten (und speziell Rumänisten) sowie Soziolinguisten, der 1978 bis 2005 Professor an der Leipziger Universität war. Die auf diese Weise zustandegekommene systematisierte Dokumentation der thematisch breiten Forschungsaktivitäten wird von den Herausgebern ausführlich eingeleitet.

Tobler, Berit: *Nordistik in der DDR. Am Beispiel des Nordischen Instituts in Greifswald 1954–1969*, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2011, 116 S. € 49.-.

1954 entwickelte das DDR-Außenministerium ein Programm zum Auf- und Ausbau der Beziehungen mit den nordischen Ländern. Das Nordische Institut in Greifswald sollte deshalb Nordeuropa-Experten ausbilden. Um den Aufgaben im späteren Berufsleben und den Bedürfnissen der DDR-Außenpolitik gerecht zu werden, wurde die Ausbildung länderkundlich angelegt. Anspruch und Wirklichkeit hätten allerdings deutlich im Zwiespalt gestanden.

Deutsche-Finnische Gesellschaft (Hg.): Zwischen zwei Sprachwelten. Festschrift für die Fennistin Kaija Menger zum 75. Geburtstag, Scheunen-Verlag, Kückenshagen 2009, 232 S.

Kaija Menger (1934–2013), gebürtige Finnin, lehrte 1963 bis 1997 Fennistik an der Universität Greifswald. In der Festschrift interessieren im hiesigen Kontext vor allem die Beiträge "Zur Geschichte des Finnischlektorats an der Universität Greifswald" (Manfred Menger), "'Zukünftige Vorposten des Sozialismus in ihrer Heimat'. Finnische Studenten an den Universitäten der DDR" (Seppo Hentilä), "Die ersten finnischen Studenten in der DDR" (Christina Nordgren-Siivonen), "Leipziger Alltagserfahrungen" (Maila Hölttä) und "Studienjahre in Greifswald" (Regine Pirschel/Brigitte Schedt/Iris Schulz/Hiltrud Fritz).

Niemeyer, Manfred: *Zur Geschichte des Greifswalder Instituts für Slawistik. Teil I. Struktur und Lehre* (Greifswalder Beiträge zur Slawistik Bd. VIII), Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald, Greifswald 2006, 108 S.

Neben einem kurzen Abriss zur Institutsgeschichte und Beiträgen aus Partnerinstituten enthält der größere Teil des Bandes Übersichten zu Struktur/Personal/Organisation und zur Lehre. Ein zweiter Band ist nicht erschienen.

Grundmann, Stefan (Hg.): Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Geschichte, Gegenwart und Zukunft, De Gruyter, Berlin/New York 2010, 1.422 S.

Im Gesamt des voluminösen Bandes zwar potenziell übersehbar, finden sich doch auch ein ausführliches Kapitel "Die Juristische Fakultät in der DDR" (S. 797–848, von Rosemarie Will) und eines zu "Die juristische Fakultät in den Jahren 1990 bis 1993 – Erinnerungen nach Aktenlage" (S. 849–872, von Hans Meyer).

Gröbel, Thomas / Irina Stange: *Die Geschichte des Standortes Potsdam-Golm 1935–1991*, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam, Potsdam o.J. [2011], 14 S. Volltext unter https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/7264/file/geschichte golm.pdf

Dokumentation der Poster einer Ausstellung, die sich vornehmlich mit der Juristischen Hochschule des MfS befasste.

Schwarz, Monika / Annik Trauzettel / Bill Nickl: *KdF-Sportheim – Schule des MfS – ZEGG. Über ein geschichtstrüchtiges Gelünde in Bad Belzig*, Treibgut Verlag, o.O. [Berlin] 2020, 80 S.

Der erste Teil (von M. Schwarz) befasst sich mit der Entwicklung des Geländes, seiner Bebauung und Nutzung bis 1989, der zweite Teil (von A. Trauzettel und B. Nickl) mit der Zeit ab 1991. Hier interessiert Teil 1: 1958 bis 1988 wurde auf dem Gelände die Schule der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS betrieben, seit 1968 "Fachrichtung für Aufklärung" und ab 1983 "Sektion Aufklärung" der MfS-Hochschule in Potsdam Golm, allerdings unter Beibehaltung des Belziger Standortes.

Düppe, Till (Hg.): *Die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin*, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin o.J. [2013], URL http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/start.php?type=einleitung&links=0

Erkennbar mit großen Aufwand erarbeitete historische Darstellung für die Zeit von 1810 bis 2012, erstellt im Rahmen eines Seminars unter Beteiligung von 19 Studierenden. Im hiesigen Kontext interessieren die umfänglichen Kapitel "1945–1989: Die wirtschaftswissenschaftliche Sektion zur Zeit der DDR" (http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/start.php? type=ddr&links=0) und "1989–2012: Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät heute" (http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/start.php?type=heute&links=0).

Eckardstein, Dudo von / Oswald Neuberger / Christian Scholz / Hartmut Wächter / Wolfgang Weber / Rolf Wunderer (Hg.): *Personalwirtschaftliche Probleme in DDR-Betrieben* (Zeitschrift für Personalforschung, Sonderheft), Rainer Hampp Verlag, München/Mering 1990, 251 S. Volltext unter https://www.ssoar.info/ssoa r/bitstream/handle/document/40918/ssoar-1990-Personalwirtschaftliche_Problem e_in_DDR-Betrieben.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1990-Personalwirtschaftliche_Probleme in DDR-Betrieben.pdf

Der Band enthält Beiträge von DDR-Autor.innen zu personalforscherischen Themenkreisen, die jeweils mit ein bis zwei Kommentaren westdeutschen Personalexperten versehen sind. Es wurde damit zu einem frühen Zeitpunkt eine kommentierte Bestandsaufnahme zu wesentlichen Themen der Personalforschung in der DDR vorgelegt. Beteiligte DDR-Autor.innen sind Brigitte Stieler (HfÖ Berlin), Gudrun Ranft (HfÖ Berlin), Rainhart Lang/Sieglind Lippert (KMU Leipzig), Klaus Ladensack (TH Leuna-Merseburg), Reinhard Münch (KMU Leipzig), Rudhard Stollberg (MLU Halle-Wittenberg), Wolf D. Hartmann (vormals Modeinstitut der DDR und HfÖ), Hella Bergmann/Peter Haase-Rieger/Kurt Völker (Zentrales Forschungsinstitut für Arbeit und TU Dresden), Birgit Lehne (KMU Leipzig), Diet-

helm Engel (TH Wismar), Constanze Schreiber (KMU Leipzig) und Klaus Jacob (HfÖ Berlin).

Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): *Institutionalisierung und Interdisziplinarität. Frauen- und Geschlechterforschung an der HU* (=ZiF Bulletin Nr. 19), Berlin 1999, 215 S.

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des ZiF widmete sich sein Bulletin mit folgenden Beiträgen dessen Geschichte: "Das ZiF – ein Paradigma der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung" (Hildegard Maria Nickel), "Zehn Jahre interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität. Eine persönliche Rückerinnerung an die Anfänge" (Irene Dölling), "Feministische Wissenschaft und politische Einmischung. Die Geburtsstunde des ZiF an der Humboldt-Universität Berlin" (Anna-Katharina Pelkner), "Das ZiF als Spiegelbild breiterer Entwicklungen in der Frauen- und Geschlechterforschung" (Christina von Braun), "Zehn Jahre danach. Zum Stand der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in den neuen Bundesländern" (Gabriele Jähnert). Als Gastbeitrag: "Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns. Eine Zwischenbilanz zum Transformationsprozeß" (Heike Kahlert).

3. Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur

Andrä, Helge: *Die Geschichte des Literaturinstituts "Johannes R. Becher" von der Gründung bis 1970. Magisterarbeit*, Institut für Germanistik der Universität Leipzig, Leipzig 2001, 107 S., unveröff.

Untersucht werden die ersten 15 Jahre des Literaturinstituts, geprägt durch die ihm politisch zugewiesenen Aufgaben, Schriftsteller für den Sozialismus zu "produzieren" und die Ausbildung zu professionalisieren. Die dem immanente Spannung führte auch zu – hier dargestellten – politischen Krisen des Instituts. Die Arbeit liegt in der Bibliothek des Leipziger Instituts für Germanistik vor.

Ames, Konstantin (2010): Zwischen Talentförderung und Publikationspolitik. Die Zusammenarbeit des Mitteldeutschen Verlages Halle (Saale) mit dem Institut für Literatur "Johannes R. Becher" in den 60er und 70er Jahren. Magisterarbeit, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Abt. Buchwissenschaft und -wirtschaft der Universität Leipzig, 84 S., unveröff.

Die Arbeit konzentriert sich auf die Entwicklungen im Bereich Lyrik. Die räumliche Nähe zwischen Verlag und dem Institut führte zu personellen Verflechtungen und diese zu Kooperationen, die für beide Seiten Vorteile boten. Indem der MDV Nachwuchslyriker.innen aus dem Institut an sich band, konnte dieses gegenüber der Kulturpolitik seine Leistungsfähigkeit betonen, nicht zuletzt als Argument in gelegentlichen Schließungsdiskussionen. Diese Entwicklungen werden mit Darstellungen zum Studienbetrieb incl. seiner auch politisch-repressiven Elemente verbunden. Die Arbeit ist in der Bibliothek der Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Uni Leipzig zugänglich.

Schulz, Torsten (Hg.): Orangemond im Niemandsland. 50 Jahre HFF "Konrad Wolf" in Potsdam-Babelsberg. Essays, Anekdoten, Erinnerungsprosa, Tagebuchnotizen, Gespräche. Vistas Verlag, Berlin 2004, 122 S.

13 ehemalige Studierende und Mitarbeiter.innen der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg haben hier Erinnerungen an ihre Zeit an der HFF zusammengetragen.

Wiehring von Wendrin, Lydia / Kirsten Lehmann: Filmografie der in Leipzig gelaufenen HFF-Filme 1961–1996. 40 Jahre Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm, Hochschule für Film und Fernsehen "Konrad Wolf", Potsdam-Babelsberg 1997, 80 S.

HHF-Studierende haben auf der Dok-Film-Woche in Leipzig – im Rahmen von Sonderveranstaltungen der HFF – bis 1996 200 Filme vorgestellt. Diese sind hier verzeichnet, ergänzt jeweils um Pressestimmen zu diesen Filmen und ggf. Auszügen aus zeitgenössischen Protokollen.

Earnest, Steve: The State Acting Academy of East Berlin. A History of Actor Training from Max Reinhart's Schauspielschule to the Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" (Studies in theatre arts vol. 7), Edwin Mellen Press, Lewiston/Queenston/Lampeter 1999, 178 S.

Eine Geschichte der Hochschule, deren größten Teil die DDR-Jahrzehnte einnehmen, die aber auch die Vorgeschichte seit 1910 und die Jahre bis 1993 einbezieht.

Hochschule für Musik und Theater Leipzig, der Rektor (Hg.): *Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelssohn Bartholdy" Leipzig*, Leipzig 2004, 44 S.

Mit Beiträgen zur Kunst- und Musikstadt Leipzig, zur Geschichte der Hochschule und ihren Gebäuden, zum Großen Saal und den Orgeln der Hochschule, zum Ausbildungsprofil und internationalen Verbindungen.

Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar (Hg.): 75 Jahre Schulmusik-Studium in Weimar, o.O. o.J. [Weimar 2004], 31 + 37 S.

Im Mittelpunkt steht der zeitgeschichtliche Abriss "75 Jahre Schulmusik-Studium in Weimar – ein Überblick" von Wolfram J. Huschke. Daneben zahlreiche Erinnerungsbeiträge von früheren und aktuellen Angehörigen des heutigen Instituts für Schulmusik und Kirchenmusik.

Knoblauch, Günther (Hg.): *Der Schrei. Die Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar. Ein Buch gegen das absichtliche Vergessen*, BoD, Norderstedt 2023, 184 S. € 10.80.

Beiträge zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte der Weimarer Musikhochschule, an der nach – ausführlich begründeter – Ansicht des Herausgebers und der Autoren an der Hochschule selbst kein Interesse bestehe. Der Band setzt mit weiterem Material die Publikation "Defekte einer Hochschulchronik" (Halle/Saale 2017) fort.

Rosenmüller, Annegret: Zur Geschichte des Kirchenmusikalischen Institutes von der Gründung bis zur Wiedereröffnung 1992. Materialsammlung anhand von Akten des Archivs der Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelssohn Bartholdy", Hochschule für Musik und Theater, Leipzig 1999, 88 S., unveröff

Mit dieser Arbeit liegt eine Art Findbuch für die im Titel angegebenen Bestände vor, wobei die Titelaufnahmen häufig mit Zitaten aus den Archivdokumenten angereichert sind. Das Kirchenmusikalische Institut war 1960 in die Hochschulabteilung Tasteninstrumente eingegliedert und erlangte erst 1992 wieder seine Selbstständigkeit. Die Arbeit liegt in der Bibliothek der Hochschule für Musik und Theater Leipzig vor (Signatur M.th 44).

Handwerksform Hannover / Hochschule für Kunst und Design Halle Burg Giebichenstein (Hg.): *Metall + Email. Irmtraud Ohme + Schüler, Hochschule Kunst + Design. Halle Burg Giebichenstein.* Hannover 1991, 67 S.

Vorgestellt werden Studienabschlussarbeiten, die im zurückliegenden Jahrzehnt im Fachgebiet Metall/Emailgestaltung der halleschen Kunsthochschule unter der Leitung von Irmtraud Ohme erstellt worden waren

Kunstmann, Joanna / Maria Rüth: *Burg Giebichenstein – Schmuck der halle-schen Schule*, Galerie für Angewandte Kunst/Bayerischer Kunstgewerbe-Verein, München 1994, 54 S.

Vorgestellt werden Arbeiten von Dozent.innen und Studierenden der Jahre 1974 bis 1994.

Kruppa, Karsten (Red.): Angewandte Kunst Schneeberg: 1878–1998. Zur Geschichte und Leistung einer Schule für Gestaltung, Westsächsische Hochschule Zwickau, Fachbereich Angewandte Kunst Schneeberg, Schneeberg 1999, 132 S.

Karsten Kruppa liefert einen Abriss der Schulgeschichte (seit 1962 Fachschule für Angewandte Kunst). Es folgen Beiträge zur Holzgestaltung (Gerd Kaden) sowie zur Ausbildung von Klöpplerinnen und Klöppellehrerinnen (der Ursprung der Schule). Beiträge von Weggefährten und eine Dokumentation runden das Ganze ab.

Hodžić, Aida Abadžić: *Selman Selmanagić und das Bauhaus. Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin* (Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin Beiheft 40). Aus dem Bosnischen von Ažra Dzajić-Weber, hrsg. vom Landesdenkmalamt Berlin, Gebr. Mann Verlag, Berlin 2018, 361 S. € 69,-.

Selmanagić (1905–1986) wird hier als Bauhäusler vorgestellt, der – als Leiter der Architekturabteilung der Kunsthochschule Berlin-Weißensee ab 1950 – die Architektenausbildung in der DDR maßgeblich beeinflusste und ein prägender Designer für die Werkstätten in Dresden-Hellerau war.

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Architektur Studiengang (Hg.): *Le Arch zwanzig12. 20 Jahre Architektur HTWK Leipzig*, Leipzig 2012, 286 S.

Obgleich die HTWK auf der TH Leipzig aufbaute, die wiederum in einer Bauhochschule wurzelte, wurde erst 1992 ein Architekturstudiengang eingerichtet. Dieser bilanziert hier seine ersten 20 Jahre.

4. Naturwissenschaften

Zillmann, Roland: *Der Disput um Christa Wolfs Störfall in der Zeitschrift Spectrum*, GRIN Verlag, München 2002, 27 S. € 0,99. Bestellung (PDF-Datei) unter https://www.grin.com/document/107412

Ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 erschien Christa Wolfs Erzählung "Störfall. Nachrichten eines Tages", deren einer von zwei Erzählanlässen der Tschernobyl-GAU war. Ein weiteres Jahr später startete die Zeitschrift der AdW "Spectrum" eine Diskussion über die von Wolf aufgeworfenen wissenschaftskritischen Fragen (und thematisierte damit erstmals die Reaktorkatastrophe, abgesehen von zwei kernenergiepropagandistischen Berichten im Jahrgang 1987). Zillmann rekonstruiert diese Debatte, in der sich die Mehrheit der teilnehmenden Wissenschaftler für die Kernenergie ausspricht, eine Minder-

heit Wolfs Anfragen bekräftigt. In einem zweiten Teil wird der "Störfall" literaturwissenschaftlich untersucht.

Heber, Irmgard / Klaus-Jochem Mank (Hg.): Bericht über die 10. Tagung der Fachleiter für Physik an den Seminaren der Lehrerausbildung in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Thema Die Ausbildung der Physiklehrer in der 1. und 2. Phase – ein Vergleich zwischen der ehemaligen DDR und der BRD – Informationstechnische Grundbildung im Physikunterricht (Schriften des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts), Hessisches Institut für Lehrerfortbildung, Weilburg 1991, 126 S.

Zum Vergleich zwischen Ost und West trugen auf der Tagung im September 1991 neben elf westdeutschen Beiträgen drei aus den östlichen Ländern bei: "Zur bisherigen Physiklehrerausbildung in den neuen Bundesländern" (Lothar Meier, Potsdam), "Probleme bei der Umstellung der Ausbildung für Lehrämter (speziell der wissenschaftlichen Ausbildung an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in Sachsen)" (Horst Bienioschek, Dresden) und "Physikdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Dresden" (Hans-Joachim Wilke, Dresden).

Porges, Karl / Uwe Hoßfeld: *Ernst Haeckel in der DDR*, THK-Verlag, Arnstadt 2023, 236 S. € 29,90.

Welche Rolle hat Haeckel in Forschung und Lehre sowie in der politischen Bildungsarbeit der DDR gespielt? Die Autoren haben neue und überraschende Facetten der Haeckel-Rezeption ausfindig machen können. In der DDR seien die Ideen Haeckels an einigen Stellen zur Begründung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung herangezogen worden. Der Jenaer Gelehrte sei damit de facto zu einem Kronzeugen des Sozialismus erhoben worden, habe es doch gegolten, die als gesetzmäßig geltende materialistische Weltanschauung wissenschaftlich zu begründen. Die Evolutionstheorie sei dafür bestens geeignet gewesen, indem die Idee von einer Höherentwicklung der Arten auf die Klassengesellschaft übertragen wurde. Hingegen seien die Ansichten Haeckels zur Eugenik und seine rassenbiologischen Thesen nicht totgeschwiegen, aber auch nicht in den Vordergrund gerückt worden. Ein Anhang enthält zwei Archivfunde: die Szenarien zweier geplanter, aber nicht realisierter populärwissenschaftlicher Haeckel-Filme von 1961 bzw. 1983.

Gliemeroth, K.: Zur Geschichte des Pillnitzer Gartenbauinstituts – gegenwärtig Institut für Obstforschung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Dresden-Pillnitz – von den Anfängen bis zur Gegenwart. Unter besonderer Berücksichtigung der obstbaulichen Forschung und der Situation im Obstbau der ehem. DDR. Pillnitz 1990, 141 + 33 S.

In der chronologischen Darstellung des Teil A. interessieren hier die Kapitel "Neubeginn der Forschung und Lehre in Pillnitz nach dem II. Weltkrieg", "Zur erweiterten Institutsgeschichte und der Situation in der Obstforschung und im Obstbau der DDR ab 1960 bis 1972", "... ab 1973 bis 1981" sowie "... ab 1982 bis 1990". Teil B. trägt den Titel "Biographien und zur Geschichte des Obstbaus. Bedeutende Persönlichkeiten der Obstbauwissenschaft und wesentlicher Perioden: Kurzer geschichtlicher Überblick unter besonderer Berücksichtigung verdienter Mitarbeiter des Pillnitzer Instituts und kooperierender Einrichtungen". Die schwer zugängliche Publikation liegt in der Bibliothek des Julius-Kühn-Instituts Quedlinburg vor.

Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft (Hg.): 75 Jahre gürtnerische Lehre und Forschung in Dresden-Pillnitz. Dresden 1997, 48 S.

Anlass der Publikation war der 90. Jahrestag der Gründung der sächsischen Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau, die am 1.6.1922 erfolgte. Die Broschüre liefert einen geschichtlichen Abriss der recht wechselhaften Institutionen, die in Pillnitz gärtnerische Lehre und Forschung betrieben, eine Zeittafel und Selbstvorstellungen der inzwischen acht einschlägigen Einrichtungen am Ort.

Verband Ehemaliger Dresden-Pillnitzer (Hg.): Pillnitz – Kompetenz im Grünen. Gründung der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Dresden-Pillnitz vor 80 Jahren und Beginn der höheren gärtnerischen Ausbildung vor 110 Jahren, o.O. o.J. [2002], 40 S.

Historische und aktuelle Darstellungen zu den verschiedenen beteiligten Einrichtungen. Die schwer zugängliche Publikation liegt in der Bibliothek des Julius-Kühn-Instituts Quedlinburg vor.

Hanke, Magda-Viola (Red.): *90 Jahre Forschung und Lehre für den Gartenbau in Dresden-Pillnitz* (Julius-Kühn-Archiv Bd. 435), Grünes Forum Pillnitz / Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, Quedlinburg 2012, 142 S. Volltext unter https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00021598/Julius-K%C3%BChn-Archiv%20435.pdf

Für die DDR-Jahrzehnte relevant sind die Darstellungen zu den Forschungsinstituten für Gartenbau (1952 bis 1990), zur gärtnerische Fortbildung an den Pillnitzer Fachschulen, der Entwicklung des Zierpflanzenbaus sowie der Obstzüchtung in Dresden-Pillnitz (1966 bis 1996). Heute befindet sich am Standort das JKI-Institut für Züchtungsforschung an Obst.

Grünes Forum Pillnitz (Hg.): *100 Jahre Lehre und Forschung für den Gartenbau in Dresden-Pillnitz*, Dresden 2022, 191 S. Volltext unter https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/40012/documents/62405

Ausführlicher, aber im wesentlichen inhaltsgleich mit der voranstehenden Publikation "90 Jahre …".

Buchroithner, Manfred F. / Wolf Günther Koch / Werner Stams (Hg.): *Karten und Gletscher. Vorträge des wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 100. Geburtstages von Prof. Dr. Wolfgang Pillewizer* (Kathographische Bausteine Bd. 38), TU Dresden, Fakultät Umweltwissenschaften, Institut für Kathographie, Dresden 2012, 114 S.

Der Österreicher Wolfgang Pillewizer (1911–1999) wurde 1958 aus Westdeutschland nach Dresden auf die Professur für Kartographie berufen und gab die Professur 1970 wegen politischer Unzufriedenheiten wieder auf. Er lehrte dann an der TH/TU Wien. In Dresden hatte er das Fachgebiet Kartographie aufgebaut, was im Mittelpunkt dieser Festschrift steht (Beiträge von Wolf Günther Koch, Werner Stams und Siegfried Meier). Daneben auch eine Bibliografie Pillewizers und ein Verzeichnis der Dresdner Kartographie-Diplomarbeiten von 1960 bis 1970.

Paufler, Peter: *Die personelle und strukturelle Erneuerung der Hochschulen im Zuge der friedlichen Revolution in der DDR. Am Beispiel der Fachrichtung Physik der TU Dresden in den Jahren 1990–1993* (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse Bd. 66 H. 6), S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2023, 82 S. € 40,-.

Detaillierte Darstellung des personellen (weniger des strukturellen) Umbaus der Dresdner Universitätsphysik.

Geyer, Bodo / Dieter Michel: *Geschichte der Physik an der Universität Leipzig. Die Physik und ihre Verflechtung mit der Mathematik und den Nachbardisziplinen in der Zeit des 600-jährigen Bestehens der Alma Mater Lipsiensis*. 3 Bde., Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, in Kommission bei S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2023, 602 + 735 + 686 S. € 332,-.

Band 1 behandelt die Zeit von 1409 bis 1945. Im hiesigen Kontext interessieren die Bände 2 und 3: Band 2 liefert zwei chronologische Darstellungen unter den Titeln "Vom Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg zum Neubau des Physikalischen Instituts (1956) und dem Aufbau erfolgreicher Forschungslinien und internationaler Kooperationen und danach von der Gründung der Sektion Physik (1969) bis zum politischen Umbruch (1945–1989/ 90)" sowie "Von der Neuorientierung der wiedergegründeten Institute in der Fakultät für Physik und Geowissenschaften nach 1990 zur Profilierung und internationalen Vernetzung von Studium und Forschung am Wissenschaftsstandort Leipzig". Band 3 liefert geschichtliche Abrisse zu den physikalisch geprägten Zweigen der Nachbardisziplinen. Für die Zeit ab 1945 geht es dabei um den Niedergang der Leipziger Astronomie nach 1945 und die Schließung der Sternwarte im Jahre 1956; die Aufnahme der wahlobligatorischen Ausbildung in Astrophysik an der Universität Leipzig in Kooperation mit der Thüringer Landessternwarte Tautenburg nach 1990; die experimentelle Psychologie, insbesondere der Psychophysik nach dem Zweiten Weltkrieg; die Physikalische und Theoretische Chemie nach 1945 und nach 1990; die Entwicklung der Geowissenschaften nach 1945 und nach 1990 (Geophysik und geophysikalische Erkundung, Meteorologie und Ozeanologie); die Medizinische Physik und Biophysik seit den 50er Jahren und nach 1990.

Max-Planck-Institut für Biogeochemie Jena (Hg.): *Rückblick 1997–2007*, Jena 2007, 35 S. Volltext unter https://www.bgc-jena.mpg.de/4930761/Rueckblick200 7desm.pdf

Zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau der 1990er Jahre gehörte unter anderem die Übertragung der westdeutschen Strukturen außeruniversitärer Forschung. In diesem Kontext wurden auch Max-Planck-Institute gegründet wie jenes, das seine ersten zehn Jahre in dieser Publikation resümierte.

Trampe, Tamara / Johann Feindt: *Der schwarze Kasten*. Dokumentarfilm, Deutschland, Max Film 1992, 95 Minuten. Online unter https://www.bpb.de/mediathek/video/346107/der-schwarze-kasten/

Trampe und Feindt gelang es 1990, einen MfS-Offizier vor die Kamera zu holen, der an der MfS-Hochschule in Potsdam-Golm das Fach "Operative Psychologie" für Vernehmer, Haftpsychologen und Führungsoffiziere gelehrt hatte. Er hatte durch diese Lehrtätigkeit großen Einfluss auf die Methodik der Alltagsarbeit der Staatssicherheit. Die Filmemacher beleuchten das private und berufliche Leben des Professors, sprechen mit Menschen aus seinem Umfeld und versuchen, den Drehpunkten seines Lebens, seiner Sozialisation, seines Denkens auf die Spur zu kommen. Der Protagonist selbst verteidigt seine Tätigkeit. Zusammengefasst lautet seine Argumentation: Es sei ihm um ein humanistischeres Vorgehen in der Aufklärungsarbeit des MfS gegangen; im Nachhinein bewerte man die Anwendungszwecke des von ihm Gelehrten anders, doch im Vorhinein hätten ihm die Kenntnisse des Danach nicht zur Verfügung gestanden; das wiederum lasse sich nur verstehen, wenn man es aus der damaligen Zeit und aus seiner Biografie erkläre.

5. Medizin und affine Fächer

Petermann, Jürgen: 100 Jahre Chirurgische Universitätsklinik Greifswald, Selbstverlag, Greifswald o.J. [2003], 60 S.

Petermann lehrte von 1987 bis 2004 Allgemeine Chirurgie an der Greifswalder Universität. Das Buch rekapituliert die dortige Geschichte des Faches. Es ist ausschließlich in der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern Schwerin zugänglich (Sign. 44 A 1402).

Reddemann, Hans: Die Kinderklinik an der Pommerschen Universität Greifswald. Von der Hunnenstraße über die Soldmannstraße zur Sauerbruchstraße. Zur Geschichte der Kinderklinik der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Druckhaus Panzig, Greifswald 2016, 372 S.

Detaillierte Klinikgeschichte.

Blau, Achim: Übergänge von Unheilbarkeit zur Rehabilitation. Aus dem Leben und der Arbeit eines Kinderarztes, hrsg. von Alexander Blau, Igor Wolfgang Blau, Katrin Kleditzsch und Gerhard R. Lang, Verlag Redieck & Schade, Rostock 2011, 137 S.

Der Autor (1934–2010) war pädiatrischer Onkologe, seit 1977 Professor für Kinderheilkunde an der Universität Rostock, 1993 mit einer offenbar zeittypisch eher schwachen Begründung aus dem Universitätsdienst entlassen worden, dann zunächst Assistenz- und bald darauf Chefarzt einer privaten Kurklinik in Zingst.

Bielka, Heinz: Zur Geschichte der Onkologie in Berlin-Buch. Mit einem Exkurs in die Anfänge der Onokologie in Berlin, Tumorzentrum Berlin-Buch, Berlin 2002, 27 S.

Historischer Abriss vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, vorgetragen bei der Veranstaltung zum zehnjährigen Gründungstag des Tumor-Zentrums Berlin-Buch.

Schwartze, Dieter: *Der blockierte Mensch. Zum Schicksal des Arztes Rudolf Zuckermann*, Mironde-Verlag, Niederfrohna 2023, 84 S. € 17,50.

Zuckermann (1910–1995) musste 1933 aufgrund jüdischer Herkunft nach Frankreich emigrieren, nahm ab 1937 am spanischen Bürgerkrieg teil und gelangte dann nach Mexiko. 1953 Rückkehr in die DDR, dort unter dem Verdacht der Agententätigkeit sofort Verhaftung, Verhöre und Folterungen. Nach einem halben Jahr Freilassung. In Mexiko-Stadt bereits angesehener Kardiologe, musste er in der DDR gegen den Widerstand der medizinischen Fachkollegen seine Habilitation durchsetzen. 1957 Berufung zum ersten deutschen Kardiologieprofessor an der Universität Halle-Wittenberg, allerdings ohne eigene Klinik. 1976 emeritiert

Kießling, Wolfgang: Absturz in den Kalten Krieg. Rudolf und Leo Zuckermanns Leben zwischen nazistischer Verfolgung, Emigration und stalinistischer Maβregelung (Hefte zur DDR-Geschichte H. 57), Helle Panke e.V., Berlin 1999, 72 S.

Das Heft liefert Ergänzungen zur voranstehenden Publikation: Unmittelbarer Anlass für Rudolf Zuckermanns Verhaftung war die Flucht seines Bruders aus der DDR, der gleichfalls in Mexiko im Exil gewesen war. Dieser hatte ab 1949 als Leiter der Präsidialkanzlei von DDR-Präsident Wilhelm Pieck gewirkt und war dann Professor und Dekan an der Deutschen Verwaltungsakademie in Potsdam-Babelsberg geworden. Als auf Moskauer

Druck hin in der DDR Schauprozesse gegen angebliche Westagenten in hohen Partei- und Staatsämtern vorbereitet wurden, war Leo Zuckermann einer der Verhaftungskandidaten. Dem entzog er sich durch seine Flucht und ging wieder nach Mexiko. Die beiden Brüder haben sich nie wieder gesehen.

Preuß-Suske, Kornelia (Red.): 60 Jahre Hochschulmedizin Magdeburg 1954–2014, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Medizinische Fakultät, Magdeburg 2014, 148 S. Volltext unter https://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/down load/pdf/2110754?originalFilename=true

Eingangs mit den drei Kapiteln "Kleiner Abriss zur Magdeburger Medizingeschichte", "Geschichte der Hochschulmedizin in Magdeburg und die Gründung der Medizinischen Akademie" sowie "Universitätsmedizin Magdeburg – gegenwärtiger Stand und zukünftige Entwicklung". Es folgen Beiträge zu den einzelnen Kliniken, Instituten und Dienstleistungseinheiten.

Herold, Matthias: *Eine retrospektive Vergleichsanalyse der zahnärztlichen Ausbildung in Deutschland unter dem Aspekt notwendiger Reformen*. Med. dent. Diss., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 2003, 106 S., unveröff.

Dargestellt werden Wandlungen der zahnärztlichen Ausbildung in der DDR wie der ehemaligen Bundesrepublik, um sie sodann zu vergleichen.

Schwender, Uwe: *Die Ausbildung von Physiotherapeuten und die Bedeutung des Fachgebietes in der DDR*, GRIN, 2011, 90 S. € 36,99. Bezug über (PDF): https://www.grin.com/document/174718

Die Ausbildung von Physiotherapeuten bzw. Krankengymnasten wurde nach dem Kriegsende zunächst von Medizinischen Fachschulen geleistet, dann von 1961 bis 1973 als Facharbeiterberuf betrieben und 1974 in das Fachschulsystem reintegriert, wobei die Fachschulen zum Teil innerhalb der Medizinischen Fakultäten an den Universitäten und Medizinischen Akademien existierten. Zugleich wurde die Wissenschaftsdisziplin Physiotherapie entwickelt

6. Ingenieurwissenschaften

Schöler, Horst H.: Über die Aktivitäten auf dem Gebiet der Photogrammetrie und des Baues von Bildmessgeräten im Jenaer Zeisswerk in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Geschichte und Entwicklung der Geodäsie Bd. 27), Deutsche Geodätische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2006, 84 S. Volltext unter https://dgk.badw.de/fileadmin/user_uplo ad/Files/DGK/docs/e-27.pdf

Darstellung der Entwicklung terrestrischer Beobachtungsinstrumente im Zeisswerk Jena seit den 1950er Jahren.

Weiße, Anette: *Die Bibliothek der Bergakademie Freiberg in den Jahren 1945 bis 1990* (Veröffentlichungen der Bibliothek "Georgius Agricola" der TU Bergakademie Freiberg Bd. 140), TU Bergakademie Freiberg, Freiberg 2008, 134 S.

Wie in einer Bibliotheksgeschichte zu erwarten, geht es um Leitung und Struktur, Bestandsaufbau und -entwicklung, Sondersammlungen (hier u.a. um die Zentrale Fachbibliothek Bergbau und Hüttenwesen), Bestandserschließung, Benutzung, regionale Kooperationsbeziehungen, internationale Beziehungen und Mitgliedschaften in nationalen und inter-

nationalen Fachgremien, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation und Information, Personal sowie Aus- und Weiterbildung, Raumsituation und Bibliotheksbau sowie um die technische Ausstattung und die Entwicklung elektronischer Datenverarbeitung.

Koppe, Klaus: Historische Entwicklung der Energietechnik an der TU Dresden und ihre Einordnung in die Technikgeschichte. Ein Beitrag aus Anlass der 175. Wiederkehr der Gründung der Technischen Universität Dresden im Jahr 2003, TU Dresden, Institut für Energietechnik, Dresden 2003, 40 S. Volltext unter https://tu-dresden.de/ing/maschinenwesen/ifvu/evt/ressourcen/dateien/Historie /175-Jahrfeier TUD Geschichtliche Entwicklung-1.pdf

Historische Fachgebietsdarstellung mit zahlreichen Übersichten.

Koppe, Klaus: Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Ein historischer Rückblick von nahezu 100 Jahren Dampfkesselwesen, Wärmetechnik, Kraftwerkstechnik sowie Verbrennung, Wärme- und Stoffübertragung an der Technischen Hochschule/Technischen Universität Dresden, Verlag & Druckerei Vogt, Coswig 2012, 76 S.

Koppe hat sich als Zeitzeuge – 1966 bis 2007 an der TU Dresden tätig – der Arbeit unterzogen, die dortige Forschung und Lehre zu Wärmetechnik und verwandten Gebieten zeithistorisch aufzubereiten.

Schelsky, Egon (Hg.): Universitäre Lehre und Forschung für die Luftfahrt in Dresden (1964–1999). 35 Jahre Dozentur für Betriebstechnik des Luftverkehrs. Jubiläumskolloquium, Institut für Luftfahrt der Technischen Universität Dresden, Dresden 2000, 186 S.

Bis 1992 bestand die Dozentur an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden und wurde mit deren Integration in die TU Dresden in die dortige Struktur überführt. Es handelt sich um die einzige luftfahrtrelevante Dozentur/Professur, die in der DDR bestand und auch danach kontinuierlich besteht (heute im Rahmen des Instituts für Luftfahrt und Logistik mit drei Professuren). Ausgebildet wurden Luftverkehrsingenieure.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Hg.): *Nikolai Ewers* *31.07.1900 – †07.04.1988 (Archiv für die Geschichte des Straßenwesens H. 9), Kirschbaum Verlag, Bonn 1996, 79 S.

Ewers baute nach dem Zweiten Weltkrieg das Zentrallaboratorium des Straßenwesens mit Sitz in Magdeburg auf, leitete es bis 1975 und wirkte als Professor für Verkehrsbauwesen an der Hochschule für Bauwesen Leipzig. Die Broschüre enthält u.a. eine Würdigung von Oskar Kast, dem Leiter der Arbeitsgruppe "Asphaltstraßen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, einen biografischen Artikel von R. Guericke zu Ewers und eine Ewers-Bibliografie.

Ahrens, Gerd-Axel (Hg.): Festschrift anlässlich des 75. Geburtstages von Herrn Prof. em. Dr.- Ing. habil. Kurt Ackermann, Technische Universität Dresden, Fakultät Verkehrswissenschaften "Friedrich List", Institut für Verkehrs- und Infrastrukturplanung, Dresden 2009, 124 S.

Ackermann (1934–2013) war nach der Promotion 1966 Leiter des Büros für Verkehrsplanung der Stadt Leipzig und wurde 1980 als Dozent für Verkehrsplanung an die TU Dresden berufen. Von 1990 bis 2000 war er dort Professor für Verkehrs- und Infrastrukturplanung. Neben den festschrifttypischen Beiträgen zu seinem Leben und Werk ist vor allem der Vortrag "Die Entwicklung des Systems repräsentativer Verkehrsbefragungen (SrV) im Zeit-

raum von 1966 bis 1990" von Hermann Saitz von Interesse. Ackermann war einer der Initiatoren der SrV.

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, FB Bauwesen (Hg.): *Festschrift 175 Jahre Baukunst aus Leipzig*, HTWK, Fakultät Bauwesen, Leipzig 2013, 263 S. Volltext unter https://docplayer.org/storage/54/34703782/16954 15675/ulDldMvDhlOaiTZNLbuZLw/34703782.pdf

Nach verschiedenen Vorgängereinrichtungen eröffnete 1945 in Leipzig eine Ingenieurschule, die dann zur Fachschule für Bauwesen wurde. 1954 wurde die Hochschule für Bauwesen gegründet, die 1977 zur TH Leipzig wurde, aus der wiederum 1992 die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur entstand.

Formella, Jürgen (Red.): Chronik des Universitätsrechenzentrums Greifswald 1969–2009. Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums am 30. April 2009, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 2009, 103 S.

Die Publikation präsentiert eine instruktive Zeittafel.

7. Regionales und Lokales

Busch, Herold: Zeittafel der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1945–1960, Greifswald 1990, 278 S.

Rossow, Karl / Herold Busch: *Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Zeittafel 1961–1985*, Greifswald 1991, 497 S.

Busch, Herold: Zeittafel der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1986–1990, Greifswald 1994, 402 S.

Verzeichnet sind rund 2.000 Ereignisse (Bd. 1), 3.200 Ereignisse (Bd. 2) und 1.500 Ereignisse (Bd. 3) aus dem jeweils angegebenen Zeitraum. Mit Personenregistern.

Clemens, Petra / Monika Schneikart (Hg.): Berufungsreserve. Studierende und lehrende Frauen an der Universität Greifswald 1945–1975. Eine Ausstellung des Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Greifswald, Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Greifswald. Greifswald 2008. 122 S.

1959 entdeckte das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen Frauen als "Berufungsreserve" – vor dem Hintergrund zahlreicher Abgänge an den DDR-Hochschulen in Richtung Westen. Neben allgemeinen Rahmenbedingungen werden die Entwicklungen des Studierens und Lehrens von Frauen an der Universität Greifswald dargestellt. 20 Personenporträts lassen dies dann anschaulich werden.

Tietz, Karl-Ewald (Hg.): *HSG. Eine Gemeinschaft im Wandel der Zeiten. Zur Geschichte der Hochschulsportgemeinschaft Greifswald e.V. 1949–1999*, Hochschulsportgemeinschaft Greifswald e.V., Greifswald 1999, 161 S.

Artikel zu allen betriebenen Sportarten von zahlreichen Autor.innen.

Falanga, Gianluca: *Die Humboldt-Universität*, Berlin-Story-Verlag, Berlin 2005, 238 S.

Populäre Gesamtdarstellung, u.a. mit den Kapiteln "Sieger, Besiegte und Neubeginn – Die Teilung der Berliner Universität 1946–1949", "Realsozialismus und Dissidenz – Die Uni-

versität im Schatten der Mauer (1949–1989), "Um- und Abbau – Eine Zukunft nach der Wende (1990–2005) sowie Artikeln zu prägenden mit der HU verbundenen Personen, darunter Robert Havemann, Wolf Biermann und Rudolf Bahro. Ein eigenes Kapitel widmet sich der Universität zu Beginn des 21. Jahrhunderts und stellt sämtliche Standorte der Hochschule vor.

Hammer, Angela: Aussonderung nationalsozialistischer Literatur in ostdeutschen Bibliotheken nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin, o.O., o.J. [Berlin 2012], 36 S. URL https://www.yumpu.com/de/document/view/20720560/aussonderung-nation alsozialistischer-literatur-in-ostdeutschen-

Am Beispiel der HU-UB untersucht die Arbeit – eine gekürzte Fassung einer Masterarbeit am HU-Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft – die nach dem Zweiten Weltkrieg von der SMAD bzw. der DDR-Führung erlassenen Gesetze und Vorschriften zur Entfernung nationalsozialistischer und militaristischer Literatur aus wissenschaftlichen Bibliotheken. Neben dem Ablauf und der bibliografischen Dokumentation der Aussonderungen werden auch die Folgen dieser Maßnahmen für den Bibliotheksbetrieb beleuchtet. Abschließend geht es um die Rückgabe der Medien in den 1990er Jahren.

Reiche, Karin (Hg.): Frauen aus Lehre, Forschung, Verwaltung, vorgestellt in Lebensläufen und Interviews. Eine Dokumentation, TU Dresden, Referat Gleichstellung, Dresden 1996, 229 S.

(Berufs-)biografische Beiträge zu Frauen, die an der TU Dresden gewirkt haben, darunter 21 Frauen, die in der DDR dort tätig waren.

Demshuk, Andrew: *Demolition on Karl Marx Square. Cultural Barbarism and the People's State in 1968*, Oxford University Press, New York 2017, 256 S. € 76.-.

Demshuk entfaltet die These, wonach der Widerstand gegen die geplante Zerstörung der Leipziger Pauliner-Universitätskirche 1968 den größten und für das sozialistische Regime gefährlichsten Volksprotest geschürt habe, mit dem sich die DDR-Führung zwischen den Schlüsseljahren 1953 und 1989 konfrontiert sah. Demshuk rekonstruiert die Spannungen zwischen Partei und Bevölkerung, die im Laufe der Umgestaltung des Karl-Marx-Platzes in Leipzig entstanden, sowie die Konflikte zwischen verschiedenen Verwaltungsorganen zu den korrespondierenden Fragen von Städtebau und Architektur.

Soilihi Mzé, Hassan: Aspekte der Transformation. Die Entwicklung der Universitätsbibliothek Leipzig vom Kriegsende bis zur Bibliotheksreform der DDR (1945–1968/69), Historisches Seminar der Universität Leipzig, Leipzig 2011, 124 + XVIII S., unveröff.

Geschildert wird der Weg der Bibliothek zur "Massenbibliothek nach sowjetischem Vorbild", der einerseits in enger Verbindung zur Entwicklung der Gesamtuniversität gestanden habe und andererseits mitunter deutlich von dieser abgewichen sei. Die Darstellung geht bis zu der Bibliotheksreform, die im Windschatten der III. Hochschulreform stattegefunden hatte. Die Arbeit liegt im Universitätsarchiv Leipzig vor (Nr. UAL-Bibl. 8578).

Rothermund, Nina (Buch/Regie): *Medaillenschmiede des Ostens – Die DHfK in Leipzig*, Mitteldeutscher Rundfunk 2023, 45 Minuten. Bis 12.8.2024 in der ARD-Mediathek (https://www.ardmediathek.de/video/sport-im-osten/medaillenschmie

de-des-ostens-die-dhfk-in-leipzig/mdr-fernsehen/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MjA0MC80MTA3MDMtMzkxMTU3).

40 Jahre lang zählte die Deutsche Hochschule für Körperkultur zu den weltweit erfolgreichsten Sporthochschulen, ist seit den 90er Jahren Sportwissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig, wird aber allgemein nach wie vor DHfK genannt. Technik und Methodik standen bereits bei der Gründung am 22.10.1950 an erster Stelle der sportwissenschaftlichen Forschung und Ausbildung: Biomechanik, Trainingslehre, Sportmedizin (und seit den 70er Jahren kam Doping hinzu). Der Film widmet sich dem bis heute gepflegten und optimierten System der leistungssportlichen Eliteausbildung, erinnert an den gleichfalls bis heute legendären DHfK-Fasching und bezieht auch das 1969 gegründete "Forschungsinstitut für Körperkultur und Sport" (FKS) mit ein. Dieses, organisatorisch eigenständig, arbeitete auf dem Gelände der DHfK und zugleich streng geheim, beschäftigte über 500 Wissenschaftler.innen, entwickelte einerseits Strategien der Leistungsoptimierung sowie hochmoderne Trainings- und Sportgeräte und forschte andererseits zu Dopingsubstanzen und -wirkungen.

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (Hg.): 20 Jahre HTWK Leipzig, Leipzig 2012, 40 S.

Mit Erinnerungen der Rektoren seit 1992 sowie Darstellungen der 20jährigen Hochschulgeschichte im allgemeinen und ihrer Fakultäten im besonderen.

Pasternack, Peer: *Lose gekoppelt. Die Universität Halle-Wittenberg und die Stadt Wittenberg seit 1817: eine Beziehungsgeschichte*, unt. Mitarb. v. Daniel Watermann, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2024, 332 S. € 32,-.

Seit reichlich zwei Jahrhunderten trägt die hallesche Universität "Halle-Wittenberg" im Namen: 1817 war die Universität Wittenberg (gegr. 1502) in die heutige Martin-Luther-Universität (gegr. 1694) überführt worden. Ist die doppelte Ortsangabe "Halle-Wittenberg" nur eine historische Reminiszenz oder hatte und hat sie auch praktische Bedeutungen? Die wechselhafte Beziehungsgeschichte der heutigen MLU und der Stadt Wittenberg wird hier erstmals nachgezeichnet. Die Jahrzehnte nach 1945 finden sich dabei unter den Überschriften "Politische Verwertungen: Korrigierte Akzente im MLU-LEUCOREA-Verhältnis in der DDR" und "Halle-Wittenberg' im vereinigten Deutschland und im wiedererstandenen Sachsen-Anhalt" verhandelt.

Technische Universität Dresden, Kustodie (Hg.): *Gebäude und Namen. Die Campusentwicklung der TU Dresden*, Sandstein Verlag, Dresden 2020, 120 S. € 12.-.

Die TH Dresden wurde 1871 gegründet (auf Basis von Vorgängereinrichtungen, die auf 1828 zurückgehen). Der Band stellt alle Epochen der baulichen Entwicklung bis in die Gegenwart vor, zuzüglich ihrer Namensgeber. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Kapitel "Wiederaufbau und Stagnation" (die DDR-Jahrzehnte betreffend und doppelt falsch betitelt: es geht darin ausschließlich um 18 Neubauten der 50er bis 80er Jahre, d.h. weder um Wiederaufbau noch um Stagnation, durchschnittlich entstanden pro Jahrzehnt 4,5 architektonisch bemerkenswerte und daher hier vorgestellte Gebäude), "Gebäudekomplex des ehemaligen Landgerichts" (1957 durch die damalige TH übernommen) sowie "Hochschulerneuerung und Exzellenz" (die Zeit ab 1990 betreffend, vorgestellt werden vier Bauten, d.h. es entstanden durchschnittlich pro Jahrzehnt 1,3 architektonisch bemerkenswerte Gebäude). Ein eigenes Kapitel ist der Forstakademie Tharandt (1929 in die TH Dresden integriert) gewidmet.

Autorinnen & Autoren

Andrea Albrecht, Prof. Dr., Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg. eMail: andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de

Mitchell G. Ash, Prof. em. Dr., Historiker, zuletzt Ordentlicher Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. eMail: mitchell.ash@univie.ac.at

Franziska Bomski, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Forum, Potsdam. eMail: franziska.bomski@einsteinforum.de

Bernd Florath, Dr. phil., Historiker, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition, Berlin. email: bflorath@web.de

Carsten Gansel, Prof. Dr., Professor für Neuere deutsche Literatur und Germanistische Literatur- und Mediendidaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. eMail: carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de

Monika Juliane Gibas, Dr. phil. habil., arbeitete als Historikerin an den Universitäten in Leipzig, Jena und Magdeburg, zuletzt 2017–2023 Leiterin des Projekts "Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts" beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

Uwe Grelak M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: uwe.grelak@hof.uni-halle.de

Dorothea Horas M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam. eMail: horas@uni-potsdam.de

Axel-Wolfgang Kahl M.A., Historiker, Doktorand an der Universität Potsdam und Referent beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. eMail: axelkahl@uni-potsdam.de

Astrid Lorenz, Prof. Dr., seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. eMail: eMail: astrid. lorenz@uni-leipzig.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Sandra Schell, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. eMail: sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de

Wolfgang Schieder, Prof. Dr., lehrte von 1970 bis 1991 Neuere Geschichte an die Universität Trier und 1991 bis 2000 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität zu Köln.

Jörg Schönert, Prof. Dr., von 1980 bis 1983 Professor für Neuere Deutsche Literatur an der RWTH Aachen und von 1983 bis 2007 an der Universität Hamburg.

Dieter Segert, Prof. Dr., von 1989 bis 1998 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und von 2005 bis 2017 Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien.

Krijn Thijs, Dr., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Lieferbare Themenhefte "die hochschule" 2011–2023

Justus Henke / Annika Felix / Katja Knuth-Herzig (Hg.): Vermittelnde Expertise. Schnittstellen von Management und Kommunikation im Wissenschaftssystem (2023, 240 S., 20,-)

Peer Pasternack / Daniel Watermann (Hg.): *Studieren mit und ohne Corona* (2022, 254 S.; € 20,-)

Rocio Ramirez / Andreas Beer / Peer Pasternack: *WiHoTop – Elemente einer Topografie der deutschen Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unt. Mitarb. v. Sophie Korthase (2021, 153 S.; € 17,50)

Annemarie Matthies / Bettina Radeiski (Hg.): Wissenstransfer (in) der Sozialen Arbeit. Zur Produktivität wissenschaftlicher Vermittlungs- und Transfervorstellungen (2020, 180 S.; € 17,50)

Sandra Beaufaÿs / Anja Franz / Svea Korff (Hg.): Ausstieg aus der Wissenschaft (2020, 175 S.; \in 17,50)

Annett Maiwald / Annemarie Matthies / Christoph Schubert (Hg.): *Prozesse der Akademisierung. Zu Gegenständen, Wirkmechanismen und Folgen hochschulischer Bildung* (2019, 189 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Arbeit an den Grenzen. Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen* (2018, 279 S.; € 20,-)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem. Folge 2 (2017, 176 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem (2017, 193 S.; € 17,50)

Peter Tremp / Sarah Tresch (Hg.): Akademische Freiheit. ,Core Value' in Forschung, Lehre und Studium (2016, 181 S.; € 17,50)

Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)

Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft (2015, 185 S.; € 17,50)

Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld (2014, 226 S.; € 17,50)

Jens Gillessen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken (2013, 198 S.; € 17,50)

Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg (2012, 328 S.; € 17,50).

Karsten König / Rico Rokitte: Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund (2012, 210 S.; € 17,50)

Edith Braun / Katharina Kloke / Christian Schneijderberg (Hg.): *Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung* (2011, 212 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulföderalismus* (2011, 217 S.; € 17,50)

Bestellungen unter: institut@hof.uni-halle.de http://www.die-hochschule.de

Bestellung und Abbonnement Einzelheft Ausgabe/Jahr \in 17,50 mal die hochschule im Jahresabonnement à \in 34, mal die hochschule im PrivatabonnentInnen-Abo à \in 19,-

Name, Vorname Straße Hausnummer PLZ Ort eMail Ort, Datum

Hinweis zum Abbonement: Ich erkläre mich damit einverstanden, dass sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.

Hinweise zur Bestellung: Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Abogebühren inklusive Versandkosten.

Kündigungen: Jeweils bis vier Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz weisen wir unsere Abonnent.innen darauf hin, dass wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Einzusenden an:

Institut für Hochschulforschung, Vertrieb "die hochschule", Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg, oder institut@hof.uni-halle.de

HoF-Handreichungen

Online unter https://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm

- 15: Peer Pasternack / Philipp Rediger / Sebastian Schneider: *Instrumente der Entbürokratisierung an Hochschulen*, Halle-Wittenberg 2021, 119 S.
- 14: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister: Kultur und Gesellschaft gemeinsam erforschen. Überblick und Handlungsoptionen zu Citizen Science in den Geistes- und Sozialwissenschaften, unt. Mitarb. v. Susann Hippler, Nicola Gabriel und Steffen Zierold, Halle-Wittenberg 2020, 128 S.
- 13: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Integrieren und kommunizieren. Leitfaden und Toolboxen zur koordinativen Begleitung von Forschungsverbünden und Förderprogrammen*, Halle-Wittenberg 2020, 140 S.
- 12: Peer Pasternack: Partizipation an Hochschulen. Zwischen Legitimität und Hochschulrecht, Halle-Wittenberg 2020, 92 S.
- 11: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: Exzellenzstrategie und die Universitäten in den ostdeutschen Flächenländern. Input- und Leistungsdaten Schlussfolgerungen, Halle-Wittenberg 2020, 52 S.
- 10: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Sven Preußer: Administrationslasten. Die Zunahme organisatorischer Anforderungen an den Hochschulen: Ursachen und Auswege, Halle-Wittenberg 2019, 146 S.
- 9: Justus Henke / Peer Pasternack: *Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme*, Halle-Wittenberg 2017, 93 S.
- 8: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.
- 7: Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.
- 6: Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider: Mission possible Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.
- 5: Jens Gillessen / Isabell Maue (Hg.): Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.
- 4: Peer Pasternack / Steffen Zierold: Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillessen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.
- 3: Peer Pasternack / Johannes Keil: Vom "mütterlichen" Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.
- 2: Peer Pasternack (Hg.): Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.
- 1: Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.
- 0: Daniel Hechler / Peer Pasternack: Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung, Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

Schriftenreihe "Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg" 2016–2023

Andreas Beer / Daniel Hechler / Peer Pasternack / Rocio Ramirez: *Der Wissenschaftliche Beirat. Das letzte bislang unaufgeklärte Qualitätsinstrument in der Wissenschaft*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, 227 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: 150.000 Seiten konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Bibliografische Dokumentation der seit 1990 publizierten Literatur, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 327 S.

Sylvi Mauermeister: Eingeschrieben und Geblieben? Herkunftsgruppenspezifische Bedingungen des Studienverbleibs nach der Studieneingangsphase an Universitäten, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 390 S.

Peer Pasternack: MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2021, 678 S.

Justus Henke: Third Mission als Organisationsherausforderung. Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissenschaftsmanagement, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 296 S.

Peer Pasternack: Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 497 S.

Rui Wu: Zur Promotion ins Ausland. Erwerb von implizitem Wissen in der Doktorandenausbildung. Am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 383 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack / Steffen Zierold: Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten, unt. Mitw. v. Uwe Grelak und Justus Henke, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 359 S.

Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 361 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitw. v. Jens Gillessen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S.

Peer Pasternack (Hg.): Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 274 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 341 S.

Peer Pasternack: 20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S.

HoF-Arbeitsberichte 2019–2023

Online unter https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof arbeitsberichte.htm

- 123: Rocio Ramirez / Olivia Laska / Arne Böker: Studienvorbereitung für internationale Studieninteressierte in Deutschland. Eine Momentaufnahme eines dynamischen Feldes, unt. Mitarb. von Ricarda Abendroth, Sophie Korthase, Roxana Schwitalla, 2023, 82 S.
- 122: Justus Henke: *Hochschulkommunikation im Zeitalter der KI: Erste Einblicke in die Nutzung und Perspektiven generativer KI-Tools*, 2023, 53 S.
- 121: Peer Pasternack (Hg.): Weit verbreitet und kaum erforscht: Wissenschaftliche Beiräte in der Wissenschaft, 2022, 86 S.
- 120: Peer Pasternack: *Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817*, 2022, 143 S.
- 119: Sebastian Schneider / Sylvi Mauermeister / Robert Aust / Justus Henke: *Parallel-universen des Wissenschaftsmanagements: Ein Vergleich zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen*, 2022, 114 S.
- 118: Peer Pasternack / Andreas Beer: *Die externe Kommunikation der Wissenschaft in der bisherigen Corona-Krise (2020/2021). Eine kommentierte Rekonstruktion*, unt. Mitarb. v. Justus Henke, Sophie Korthase und Philipp Rediger, 2022, 79 S.
- 117: Cristina Raffaele / Philipp Rediger: *Die Partizipation Studierender als Kriterium der Qualitätssicherung in Studium und Lehre*, unt. Mitarb. v. Sebastian Schneider, 2021, 51 S.
- 116: Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: Zum Stand der Disziplinent-wicklung der Kindheitspädagogik. Materialband zum WiFF-Report, 2021, 126 S.
- 115: Peer Pasternack: Das fünfte Jahrfünft. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2016–2020, 2021, 97 S.
- 114: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister / Verena Plümpe: *Citizen Science jenseits von MINT. Bürgerforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unter Mitarbeit von Nicola Gabriel, 2020, 105 S.
- 113: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: Input- und Leistungsdaten der Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern unter besonderer Berücksichtigung der Universitäten, 2020, 69 S.
- 112: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: Kommunikation organisieren. Die koordinierende Begleitung von Forschungsförderprogrammen, verhandelt an Beispielen aus der Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulforschung, unter Mitarbeit von Jennifer Jacob und Steffen Zierold, 2019, 148 S.
- 111: Peer Pasternack / Sebastian Schneider: Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts, unter Mitarbeit von Carolin Seifert, 2019, 129 S.
- 110: Anke Burkhardt / Florian Harrlandt / Jens-Heinrich Schäfer: "Wie auf einem Basar". Berufungsverhandlungen und Gender Pay Gap bei den Leistungsbezügen an Hochschulen in Niedersachsen, unter Mitarbeit von Judit Anacker, Aaron Philipp, Sven Preußer, Philipp Rediger, 2019, 142 S.
- 109: Justus Henke / Norman Richter / Sebastian Schneider / Susen Seidel: *Disruption oder Evolution? Systemische Rahmenbedingungen der Digitalisierung in der Hochschulbildung*, 2019, 158 S.

Andreas Beer / Daniel Hechler / Peer Pasternack / Rocio Ramirez

Der wissenschaftliche Beirat

Das letzte bislang unaufgeklärte Qualitätsinstrument

Unter Mitwirkung von Melanie Augustin, Gudrun Calow, Sophie Korthase und Sabine Lucks

BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, 227 S. ISBN 978-3-8305-5565-0. € 29,-

Seit Qualitätssicherung und -entwicklung (QS/QE) im 20. Jahrhundert ein Thema der Wissenschaftsorganisation geworden war, sind sämtliche QS/QE-Instrumente vielfach untersucht worden. Nur eines nicht: Wissenschaftliche Beiräte, also Gremien, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von ihresgleichen in wissenschaftlichen Angelegenheiten beraten werden. Doch obwohl nahezu kein systematisches Wissen dazu vorliegt, ob solche Beiräte hilfreich sind, genießen sie allgemein eine positive Bewertung: Sie sind ein Instrument des Nachfragens, das keinen Nachfragen ausgesetzt ist. Hier nun werden die Beiräte im deutschen Wissenschaftssystem erstmals systematisch analysiert. Dabei geht es darum, wie ver-



breitet Wissenschaftliche Beiräte sind und wieviele es insgesamt gibt, welche offiziellen und inoffiziellen Funktionen sie wahrnehmen, wie sie zusammengesetzt sind und welche Kosten sie verursachen. Dabei wird der entstehende Ressourcenverbrauch – Zeit und Geld – den Effekten der Beiratsarbeit gegenübergestellt. Die Effekte werden auf der Ebene der beratenen Einrichtung, der Ebene des Wissenschaftssystems sowie als individueller Nutzen bei den Mitgliedern der Beiräte identifiziert. Abschließend werden kritische Punkte zusammengefasst und ein Ausblick auf mögliche Veränderungen in der innerwissenschaftlichen Beiratsarbeit skizziert.

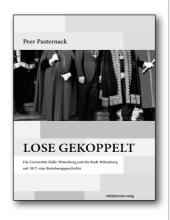
Peer Pasternack

Lose gekoppelt

Die Universität Halle-Wittenberg und die Stadt Wittenberg seit 1817: eine Beziehungsgeschichte

mitteldeutscher verlag, Halle (Saale) 2024, 332 S. ISBN 978-3-96311-874-6. € 32,-

Hochschulfusionen sind auch dann immer noch heikle Angelegenheiten, wenn beide vorherigen Standorte beibehalten werden. Besonders heikel aber sind sie, wenn dabei einer der Standorte aufgegeben wird. So geschehen 1817, als die Universität Wittenberg (gegr. 1502) in die hallesche Universität (gegr. 1694) integriert wurde. Der symbolische Ausweg, um die Sache etwas abzufedern, war die neue Namensgebung: Seit reichlich zwei Jahrhunderten trägt die hallesche Universität "Halle-Wittenberg" im Namen. Ist die doppelte Ortsangabe nur eine historische Reminiszenz? Oder hatte und hat sie auch praktische Wirkungen? Jedenfalls



unterliegen die Universität in Halle und die Stadt Wittenberg seither der Erwartung, dass sie etwas miteinander zu tun haben sollten. Dass die Partner dabei eine Universität als Organisation und eine Stadt als Gebietskörperschaft sind, verweist bereits auf eines der möglichen Probleme. Bislang hatte die Beziehungsgeschichte der heutigen Martin-Luther-Universität und der Stadt Wittenberg noch keinen Chronisten gefunden. Dem ist hier nun abgeholfen worden. Wie sich herausstellt, waren die Verbindungen während der zurückliegenden zwei Jahrhunderte höchst wechselhaft.